

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahreswirtschaftsbericht 1979/1980 und die Jahreswirtschaftsübersicht 1979/1980

»EG-Dok. Nr. 9917/79«

Jahreswirtschaftsbericht 1979/1980

Vorwort

Der Entwurf des Jahreswirtschaftsberichts der Kommission für 1979/80 wird den Gemeinschaftsorganen gemäß der Entscheidung¹⁾ des Rates von 1974 zur Erreichung eines hohen Grades an Konvergenz der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten vorgelegt. Danach verabschiedet der Rat jeweils im vierten Quartal auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Parlaments und des Wirtschafts-

und Sozialausschusses einen Jahresbericht über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft und legt Leitlinien für die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten fest.

Wie im vergangenen Jahr hat die Kommission zum Jahreswirtschaftsbericht als Hintergrunddokument eine Jahreswirtschaftsübersicht erstellt, in der sie ausführlicher auf die Wirtschaftsentwicklung und die Aussichten für das kommende Jahr eingeht. Das zweite Dokument wird dem Rat, dem Parlament und dem Wirtschafts- und Sozialausschuß zur Information vorgelegt.

Inhalt	Seite
1. Wirtschaftliche Aussichten und Ziele für 1980	2
2. Wirtschaftspolitische Grundsätze für die Gemeinschaft als Ganzes	4
3. Die Hauptzüge der Wirtschaftspolitik	5
4. Wirtschaftspolitik in den Mitgliedstaaten	6
5. Schlußfolgerungen	9

¹⁾ Artikel 4 der Entscheidung 74/120/EWG vom 18. Februar 1974 in der Fassung der Entscheidung 75/787/EWG

1. Wirtschaftliche Aussichten und Ziele für 1980

Dieser Bericht hat zum wichtigsten Gegenstand die Wirtschaftspolitik für die Europäische Gemeinschaft, die im kommenden Jahr erforderlich ist, um die ungünstige Wendung der internationalen Wirtschaftslage zu bewältigen.

Berücksichtigt man die Erdölverteuerung in den letzten zwölf Monaten, die gegenwärtige Rezession in Nordamerika sowie die zahlreichen ungelösten inländischen Probleme der Volkswirtschaften von Mitgliedstaaten, so müssen die Erwartungen für 1980 zwangsläufig bescheiden sein.

Die Konjunkturprognosen der Kommission für das kommende Jahr sind in Tabelle 1 zusammengefaßt.

Die Gemeinschaft kann für 1980 immer noch eine mäßige Zuwachsrates für das reale Sozialprodukt von 2½ bis 3 % in den meisten Mitgliedstaaten anvisieren; da andere vermutlich darunter bleiben werden, könnte der Gemeinschaftsdurchschnitt bei 2 % zu liegen kommen. Vergleichsweise wurde für 1978 wie für 1979 ein Wachstum von durchschnittlich etwas über 3 % erreicht oder wird gegenwärtig erwartet.

Die Tatsache, daß sich Erdöl in den zwölf Monaten bis Juni 1979 um etwa 60 % verteuert hat, bedeu-

tet für die Gemeinschaft als Ganzes einen primären deflationären Effekt in der Größenordnung von 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts, der, wenn man verschiedene Sekundärwirkungen berücksichtigt, nach einem Jahr auf 1 % steigen könnte.

Das geringere voraussichtliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im nächsten Jahr bedeutet, daß die Zunahme der gesamten Beschäftigtenzahl, die 1979 zu verzeichnen ist, 1980 wahrscheinlich zum Stillstand kommt. Bei weiterer Zunahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (1980 um 0,5 %) dürfte die Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft als Ganzes — jedoch nicht in allen Mitgliedsländern — erneut leicht ansteigen. Realistisches Ziel für 1980 sollte sein, das wirtschaftliche Wachstum spürbar in Gang zu halten, um alles zu vermeiden, was wie die Rezession von 1974 bis 1975 in der Gemeinschaft zu einer Verdoppelung der Arbeitslosenquote führte.

Die Auswirkungen auf das Preisniveau sind sehr erheblich, vor allem wenn die erwünschte Verteuerung aller Energiearten in Betracht gezogen wird: im Durchschnitt werden die Verbraucherpreise der Gemeinschaft deswegen wohl um 2 bis 2½ % steigen; dabei sind aber die Sekundärwirkungen über die Preis-Lohn-Spirale noch nicht berücksichtigt: diese müßten so niedrig wie möglich gehalten werden. Die

Tabelle 1

Die Wirtschaft der Gemeinschaft 1973 bis 1980

	BIP Zuwachs real %	Verbraucher- preise Anstieg in %	Leistungs- bilanz 1 000 Millionen ERE	Defizit des Staatssektors % BIP	Geldmenge M 2/M 3 Zuwachs in %	Arbeitslose in % der Erwerbs- personen
1973	6,0	8,4	1,1	— 0,7	16,5	2,5
1974	1,6	13,4	— 9,5	— 1,7	12,8	2,9
1975	— 1,6	12,8	0,8	— 5,6	12,7	4,3
1976	5,0	11,1	— 6,2	— 3,8	12,5	4,9
1977	2,3	10,5	1,2	— 3,3	12,3	5,3
1978	3,1	6,8	14,0	— 4,0	12,7	5,5
1979 ¹⁾	3,1	8,9	— 3,3	— 4,0	10,9	5,6
1980 ¹⁾	2	9	— 5¼	— 3,9	10½	6,2

¹⁾ Berechnungen der Kommission, ausgehend von der bisherigen oder zu erwartenden Politik.

Gemäß Artikel 2 Satz 2 des Gesetzes vom 27. Juli 1957 zugeleitet mit Schreiben des Chefs des Bundeskanzleramts vom 6. November 1979-14-680 70-E-Wi 23/79.

Der Jahreswirtschaftsbericht bzw. die Jahreswirtschaftsübersicht ist mit Schreiben des Herrn Präsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 18. Oktober 1979 dem Herrn Präsidenten des Rates der Europäischen Gemeinschaften übermittelt worden.

Die Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem genannten Jahreswirtschaftsbericht bzw. der Jahreswirtschaftsübersicht ist vorgesehen.

Mit der alsbaldigen Beschlußfassung durch den Rat ist zu rechnen.

Preiswelle wird wohl hauptsächlich in der zweiten Hälfte dieses Jahres rollen. Die Inflationsrate wird dadurch 1979 und 1980 zwangsläufig vorübergehend auf rd. 9 % steigen, nachdem sie 1978 einen Tiefstand von knapp unter 7 % erreicht hatte. Es sollte versucht werden, die Inflationsrate um nicht mehr als 2 % steigen zu lassen und sie im Laufe des kommenden Jahres wieder zu drücken. Die Gemeinschaft hat ein besonderes Interesse daran, daß die jüngste Divergenz der Inflationsraten schnell gestoppt wird.

Die Leistungsbilanz der Gemeinschaft verschlechtert sich zur Zeit, und für 1979 und 1980 muß mit Defiziten von $3\frac{1}{4}$ bis $5\frac{1}{4}$ Mrd. ERE gerechnet werden, nachdem es 1978 noch einen kräftigen Überschuß von 14 Mrd. ERE gegeben hatte. Hierin zeigt sich einmal die Phasenverschiebung zwischen der europäischen und der amerikanischen Konjunktur und zum anderen die Verteuerung des Erdöls, wodurch sich die Ölrechnung der Gemeinschaft um 20 Mrd. ERE erhöht. Die Leistungsbilanzen der Mitgliedstaaten könnten sich durchaus weiter bis zum Ende des Jahres verschlechtern, dürften sich aber im Laufe des nächsten Jahres wieder erholen, wenn die OPEC-Einfuhren zunehmen und die Verschiebung der Konjunkturphasen weniger ausgeprägt wird. Die Verschlechterung der Zahlungsbilanz muß gegenwärtig hingenommen werden, und zwar wegen der besonderen Lage, in der sich einige Mitgliedstaaten befinden, und aus der Einsicht heraus, daß dem Ausbau der Energiepolitik zur Verringerung der Abhängigkeit von eingeführtem Erdöl höchste Priorität zukommt.

Die Gemeinschaft sieht sich zwei schwierigen strukturellen Problemen gegenüber. Im ersten Falle geht es um die komplizierten Sachverhalte der Produktivitätsentwicklung, der Arbeitsmarktpolitik und der Industriepolitik, im zweiten um die Energieversorgung. Wie die Gemeinschaft diese Probleme bewältigt, ist genau so wichtig für die künftige Geldwertstabilität und das Wachstum wie die kurzfristige Konjunkturpolitik.

Eine Reihe von Faktoren deuten darauf hin, daß die bisherige langfristige Produktivitätsentwicklung mit einer durchschnittlichen Zuwachsrate von jährlich 4,3 %, wie sie 1960 bis 1973 in der Gemeinschaft erreicht wurde, in absehbarer Zeit nicht zu wiederholen ist. Die Produktivität wird voraussichtlich langsamer wachsen; es wäre aber falsch, die Ursachen dafür zu begrüßen als Heilmittel für das Beschäftigungspöblem. Die Menge an verfügbarer Arbeit ist keine feste Größe, und eine wachsende Produktivität ist erforderlich, um Kosten- und Preissteigerungen aufzufangen und eine günstige, erwünschte Kombination von Wachstum, Beschäftigung und Währungsstabilität zu verwirklichen.

Die Industrie ist einem dauernden Zwang zur Anpassung an den Wandel der Nachfrage und an neue Herstellungsverfahren unterworfen. Fortschritte in der Industrie brauchen Wettbewerb und, zur Finanzierung von Forschung und Entwicklung, Rentabilität. Interventionen zugunsten von Wirtschaftszweigen mit schrumpfender Nachfrage müssen sich darauf beschränken, eine geordnete und sozial vertret-

bare Umstrukturierung bei entsprechendem Kapazitätsabbau zu gewährleisten.

Der Trend der Beschäftigtenzahl in der Industrie selber weist darauf hin, daß die Industrie der meisten Mitgliedsländer — es dürfte Ausnahmen geben — nicht in der Lage sein wird, einen erheblichen Teil der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit zu absorbieren. Eine konkurrenzfähige Industrie ist trotzdem Grundlage der wirtschaftlichen Prosperität und Stärke der Gemeinschaft und Fundament für die allgemeinen Aussichten einer wachsenden Beschäftigung, zum Beispiel über die Befruchtung verwandter Dienstleistungsbranchen. Außerdem dürfte die Beschäftigung in einigen Wachstumsbranchen, insbesondere in energieverwandten Sektoren, kräftig zunehmen.

Im tertiären Sektor besteht, wie die Entwicklung anderer Länder gezeigt hat (in den Vereinigten Staaten ist die Entwicklung bereits weiter gegangen als in Europa), ein wesentlich größerer Spielraum für ein Beschäftigungswachstum, denn latente Nachfrage und latentes Angebot wachsen hier ständig. Die Bereiche Gesundheitswesen, Bildungswesen, Touristik, Freizeit und Sozialwesen expandieren fortwährend, obwohl auch die Kritik an der Qualität der staatlichen Versorgungsleistungen zunimmt.

Eine stärkere einheimische Energieerzeugung und Energiesparen sind vitale gesamtwirtschaftliche Aufgaben geworden. Wenn sie nicht zufriedenstellend gelöst werden, sind die Aussichten für ein inflationsfreies Wachstum schlecht. Die Gemeinschaft hat sich kurz- und mittelfristige Beschränkungen auferlegt (eine Höchstmenge von 500 Millionen t für den Verbrauch im Jahr 1979 und von 472 Millionen t für die Einfuhren im Jahr 1985). Der Augenschein legt nahe, daß diese Ziele erreicht werden können, wenn der Zusammenhang zwischen Sozialproduktwachstum und Ölverbrauch, wie er in der Vergangenheit üblich war, durchbrochen wird; das mögliche Ausmaß dieses Wandels ist allerdings zur Zeit noch ungewiß.

Dem Sparen der privaten Haushalte sowie den privaten Investitionen einschließlich dem Lageraufbau kommt eine zentrale Bedeutung zu, um 1980 ein mäßiges Sozialproduktwachstum in der Gemeinschaft zu erreichen und um diesen Strukturproblemen zu begegnen. Diese Größen sind schwer vorhersehbar; man kann jedoch für ihre Verhalten eine Reihe von Gesetzmäßigkeiten unterstellen.

Im kommenden Jahr wäre ein gewisser Rückgang der Sparquote der privaten Haushalte wünschenswert; auf diese Weise würde die reale Nachfrage ohne Kosten- und damit auch Preissteigerungen gestützt. Zu erwarten ist dies aber nur, wenn die Inflationserwartungen schnell wieder abnehmen. Dazu wiederum ist Vertrauen in die Ziele der Wirtschaftspolitik erforderlich.

Investitionen einschließlich Vorratsveränderungen sind von allen Komponenten der Gesamtnachfrage im Konjunkturzyklus am wenigsten vorhersehbar: 1975 sanken die Investitionen in der Gemeinschaft real um 5 %, und allein der Abbau der Lagerbestände trug 2 % zum Rückgang des Bruttoinlandsprodukts bei. Gegenwärtig sind die Anzeichen nicht

schlecht. Die Investitionstätigkeit hat sich 1979 belebt; Konjunkturprognosen und -umfragen lassen für 1980 anhaltend kräftige Investitionen in der Gemeinschaft erwarten. Die Lagerbestände sind nach Unternehmerbefragungen in den letzten achtzehn Monaten ständig abgebaut worden, so daß ein weiterer Abbau einigermaßen unwahrscheinlich ist, wenn das wirtschaftliche Verhalten in anderen Bereichen stabil bleibt. Investitionen und Lagerhaltung reagieren jedoch sehr empfindlich auf die Finanzlage des Unternehmenssektors, und zwar sowohl im Hinblick auf Rentabilität als auch auf Kreditversorgung. Diese Faktoren wiederum hängen weitgehend davon ab, ob die privaten Haushalte im kommenden Jahr über die Entwicklung ihrer Nominaleinkommen die Einkommenseinbuße akzeptieren, die von der Ölverteuerung über schlechtere Terms of Trade verursacht wird, oder ob sie versuchen werden, durch Forderungen nach einem Lohnausgleich die Einbuße dem Unternehmenssektor oder den Staatsfinanzen zuzuschieben.

2. Wirtschaftspolitische Grundsätze für die Gemeinschaft als Ganzes

Die besondere Aufgabe der Gemeinschaft besteht darin, die gemeinsamen, im nationalen Rahmen nicht angemessen lösbaren Probleme zu identifizieren, und eine abgestimmte Reaktion auf diese Probleme auszuarbeiten, damit bessere Ergebnisse erzielt werden.

Die Gemeinschaft hat mit der Schaffung des Europäischen Währungssystems einen Schritt getan, der während der vergangenen sechs Monate zu einer dringend notwendigen Stabilität der innergemeinschaftlichen Wechselkurse und im September zu einem wirksamen Verfahren für begrenzte Anpassungen der Leitkurse beigetragen hat. Die von dem System ausgehende Wechselkursstabilität muß über den Kreis der gegenwärtig teilnehmenden Währungen hinaus ausgedehnt werden, z. B. indem eine abgestimmte Politik zusammen mit den Vereinigten Staaten gegenüber dem Dollar entwickelt wird.

In der vor uns liegenden Zeit müssen die Auswirkungen der neuen Erdölverteuerung auf die Zahlungsbilanzen absorbiert werden. Die Kreditmechanismen der Gemeinschaft in dem erweiterten Umfang innerhalb des Europäischen Währungssystems sind die Mittel, um Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu gewährleisten.

Es soll nicht behauptet werden, daß die Verpflichtung auf ein System fester Wechselkurse, das selbst allen Spannungen aus einer divergierenden ökonomischen Entwicklung unterworfen ist, eine erschöpfende Lösung für die wirtschaftspolitischen Probleme der Gemeinschaft ist. Das Europäische Währungssystem bietet aber einen Rahmen für die kurz- und mittelfristige Wirtschaftspolitik, die zwar unvermeidlich den besonderen Umständen in jedem Mitgliedstaat angepaßt ist, deren Elemente insgesamt jedoch einen koordinierten Ansatz zur Bewältigung dieser Probleme darstellen.

In der gegenwärtigen Lage ist eine abgestimmte Reaktion erforderlich: Die Mitgliedstaaten sollten gemeinsam zwei aufeinanderfolgende wirtschaftspolitische Phasen durchlaufen. Die erste und unmittelbare Notwendigkeit besteht darin, einen sekundären Anstieg der Inflationsrate zu verhindern, nachdem die Erdölverteuerung voll auf die Verbraucher durchgeschlagen hat. Dies bedeutet, daß von jetzt an bis ungefähr zur Mitte des Jahres 1980 die Entwicklung und Verteilung der Einkommen angepaßt werden muß, entweder über ein niedrigeres Niveau der Realeinkommen oder über eine zeitweilige Korrektur der vollen Wirksamkeit von Indexmechanismen; dabei würden die Einzelheiten selbstverständlich je nach Land verschieden sein. Alsdann wird das Europäische Währungssystem dazu dienen, die Verteidigungslinie gegen monetäre Divergenzen zu verstärken.

Auf diese Weise sollte ein gewisser Spielraum geschaffen sein für eine zweite wirtschaftspolitische Phase. Die Kontrolle über die Geldmenge sollte auf ihrem gegenwärtig strikten Kurs bleiben. Es kann jedoch im Zuge nachlassender Inflationserwartungen möglich und wünschenswert werden, im Laufe des Jahres 1980 die Haushaltspolitik stärker konjunkturstützend zu gestalten, falls Investitionen und privater Verbrauch sich als schwächer erweisen als erwartet. Das konjunkturpolitische Instrumentarium könnte in diesem Fall, oder bis zu einem gewissen Grade auch als Alternative, eine Entschärfung der Zinssteigerungen einschließen. Urteile über diese Fragen sowie die möglichen nachfolgenden wirtschaftspolitischen Anpassungen werden eine sorgfältig abgestimmte Artikulation erfordern.

Eine weitere dringende und unbedingte Notwendigkeit ist die Verstärkung der Energiepolitik in der Gemeinschaft. Die im Juni in Straßburg vereinbarten Höchstmengen für Erdöleinfuhren sind im September im einzelnen spezifiziert worden. Jetzt sind Fortschritte zur Verwirklichung dieser Ziele erforderlich, indem die tiefgreifenden strukturellen Veränderungen bei Gewinnung und Einsparung von Energie durch Regierungen, Unternehmen und Haushalte in Gang gesetzt werden. Der Preismechanismus muß auf der Ebene der Energieverbraucher seine Kraft entfalten, und die Regierungen sollten mit Investitionsprogrammen und Anreizen für den privaten Sektor vorangehen.

Auf der Ebene der Gemeinschaft stehen eine Anzahl weiterer wirtschaftspolitischer Instrumente zur Verfügung. Insbesondere die strukturpolitischen Instrumente der Gemeinschaft wachsen mit zunehmendem Engagement des Sozialfonds, des EAGFL, Abteilung Garantie, des Regionalfonds, im Bereich der Industrie- und der Energiepolitik, aber auch mit zunehmender Investitionsfinanzierung durch die Europäische Investitionsbank und die Kreditfazilitäten der Kommission im Euratom- und im Montanbereich sowie deren neuen Instrumenten zur Finanzierung von Investitionen. Die verschiedenen Finanzierungsaktivitäten sind ganz auf die vorrangigen Erfordernisse der Wirtschaftslage gerichtet: Arbeitsmarkt, Industrieinvestitionen, Infrastruktur, Ausbau der Energieversorgung.

3. Die Hauptzüge der Wirtschaftspolitik

Die Geld- und Kreditpolitik spielt eine wichtige Rolle im Kampf gegen die Inflation. 1979 wird es der Geld- und Kreditpolitik vermutlich gelingen, die Zuwachsraten der Geldmenge im Gemeinschaftsdurchschnitt auf etwa $11\frac{1}{2}\%$ zu drücken; das wäre der gleiche Prozentsatz, um den auch das nominelle Bruttoinlandsprodukt der Gemeinschaft ansteigt. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Indiz für eine restriktivere Politik; die Geldmenge hatte sich 1978 im Zeichen der Wachstumsstimulierung um $13\frac{1}{2}\%$ erhöht — das waren zwei Prozent mehr als die Zuwachsraten des nominellen Bruttoinlandsprodukts.

Die Geldmengenziele für 1980 sollten entweder unter den Zielen für 1979 bleiben oder zumindest über sie hinausgehen. Bis auf einige Fälle, in denen eine weitere Verlangsamung der Umlaufgeschwindigkeit zu erwarten ist, sollte die Geldmenge etwas geringfügiger zunehmen als das nominelle Bruttoinlandsprodukt; damit würde ein Signal für den Abbau der Inflationsraten im kommenden Jahr gesetzt und dieser Weg auch tatsächlich eingeleitet. Für die Gemeinschaft insgesamt könnte die Geldmenge — nach Schätzungen der Kommissionsdienststellen und bei unveränderter Wirtschaftspolitik — auf eine Zuwachsraten von $10\frac{1}{2}\%$ begrenzt werden, das wäre etwas unterhalb des Anstiegs des nominellen Bruttoinlandsprodukts ($11\frac{1}{4}\%$).

Die nominellen Zinssätze dürften im Vergleich zur Vergangenheit hoch zu bleiben haben, um eine ausreichende nichtgeldschöpfende Finanzierung der öffentlichen Haushaltsdefizite zu ermöglichen. Wenn die Inflation wieder abnimmt, wäre eine Zinssenkung wünschenswert, um die Investitionen anzuregen und die Zinslast der öffentlichen Finanzen zu mildern. Eine eventuelle Rückführung des Zinsniveaus wäre typischerweise die Aufgabe von quer durch die Gemeinschaft abgestimmten Entscheidungen. Die Notwendigkeit zu einer verbesserten Koordinierung auf diesem Gebiet ist durch die Operationen des Europäischen Währungssystems vergrößert worden.

Die Haushaltspolitik war 1978 wie 1979 expansiv. Das Defizit der öffentlichen Hände insgesamt stieg in der Gemeinschaft als Ganzes von $3,3\%$ des Bruttoinlandsprodukts 1977 auf $4,0\%$ 1978 und 1979. Es wäre wünschenswert, 1980 mit dem Abbau der Haushaltsdefizite zu beginnen, damit mehr Kapital in private Investitionen fließen kann und der Beitrag der öffentlichen Finanzen zur monetären Expansion verringert wird. Wie weit hierbei zu gehen ist, richtet sich nach den Verhältnissen der einzelnen Mitgliedstaaten. Kriterien hierfür wären: Stärke oder Schwäche der Konjunktur, Größe der Haushaltsdefizite in den letzten Jahren, Hartnäckigkeit der Inflationserwartungen, Übereinstimmung mit den geldpolitischen Zielen und Dringlichkeit einer Schwerpunktverlagerung der Ressourcen vom öffentlichen auf den privaten Sektor — aus Zahlungsbilanzgründen oder zur Stärkung der unmittelbar produktiven Basis der Wirtschaft. Die Kombination dieser Kriterien rechtfertigt eine breite Spanne erwünschter Ergebnisse, die von einem Abbau des So-

zialproduktanteils der Haushaltsdefizite (zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland, in Irland, Italien, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich) bis zu einer ungefähren Stabilisierung in anderen Ländern reichen. Für die Gemeinschaft insgesamt wird das Defizit aller öffentlichen Haushalte wahrscheinlich von $4,0\%$ des Bruttoinlandsprodukts 1979 auf $3,9\%$ 1980 zurückgehen. Der Finanzierungsbedarf des Zentralstaates dürfte sich zu meist in die gleiche Richtung entwickeln (obgleich im Gemeinschaftsdurchschnitt aufgrund einiger außergewöhnlicher Transaktionen eher ein etwas höherer Sozialproduktanteil erreicht werden könnte).

Diese Entwicklung entspricht den zugrundeliegenden makroökonomischen Zielen und Vorausschätzungen. Die Haushaltspolitik muß jedoch ihre antizyklische Funktion behalten: Wenn das Wirtschaftswachstum größer als erwartet ist, müßten die Haushaltsdefizite stärker abgebaut werden, ist das Wachstum hingegen geringer, müßten die Haushaltsdefizite höher ausfallen. Es wäre nicht der richtige Augenblick, die Konjunktur jetzt auf breiter Front uneingeschränkt über den Haushalt anzukurbeln, um die Folgen der Erdölverteuerung aufzufangen; warum dies nicht möglich ist, wurde bereits erwähnt. Unter bestimmten Voraussetzungen könnte jedoch eine aktivere Haushaltspolitik 1980 in Frage kommen, insbesondere dann, wenn sie dazu beitragen könnte, ein festeres und weniger inflationistisches Wachstum zu sichern (siehe dazu die folgenden Erwägungen im Zusammenhang mit Einkommensverhandlungen), und wenn sie mit den geldpolitischen Zielen im Einklang steht.

Die Einkommensverhandlungen werden im kommenden Jahr weitgehend darüber entscheiden, ob die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten aufgefangen werden können, ohne daß die Aussichten auf anhaltenden wirtschaftlichen Fortschritt hierunter leiden. In den letzten 18 Monaten hat die Entwicklung der Lohneinkommen in der Gemeinschaft insgesamt — von Ausnahmen abgesehen — zur Dämpfung der Inflation im Jahre 1978 beigetragen und danach in den meisten Ländern eine Verschärfung des allgemeinen Preisanstiegs verhindert, wobei die Verschärfung zu einem großen Teil von der Verschlechterung der Terms of Trade ausgegangen war und somit einen Lohnausgleich nicht rechtfertigt. Die nominellen Stundenlöhne stiegen in der Gemeinschaft wie folgt: 12% im Jahre 1977, 11% 1978 und 10% im zweiten Quartal 1979 gegenüber einem Jahr zuvor.

Auf mittlere Sicht gesehen, haben Lohneinkommen und Unternehmereinkommen noch nicht wieder die Anteile am Volkseinkommen erreicht, die für die Förderung produktiver und Arbeitsplätze schaffender Investitionen als normal angesehen werden können. Zunächst einmal müssen sich die Sozialpartner darüber einigen — jedes Land gemäß der Art seiner Lohnvereinbarungen und Verhandlungspraktiken —, die Rückwirkungen der Energieverteuerung auf die Einkommen auf ein Minimum zu beschränken. In Ländern mit festen Tarifabkommen bedeutet dies, daß die Partner nicht während der Lauf-

zeit Neuverhandlungen fordern. In Ländern mit einer umfassenden, rasch wirkenden Indexbindung der Löhne muß entweder auf die Zahlung eines Teils der künftigen Indexanpassungen verzichtet werden, um die Energiepreissteigerungen nicht weiterzugeben, oder es müssen gleichwertige Abstriche bei den Forderungen nach realer Kaufkraftsteigerung gemacht werden. In einigen Mitgliedstaaten werden diese Grundsätze eingehalten, aber in anderen Ländern mit Indexbindung der Löhne bestehen Probleme. Diese Unterschiede sind besorgniserregend, da sie zu einer neuen Divergenz der Inflationsraten der Mitgliedstaaten führen können.

In der vor uns liegenden Zeit sollten reale Lohnsteigerungen im Gemeinschaftsdurchschnitt nahe bei Null liegen: Erhaltung der Kaufkraft, kaum mehr. Die einzelnen Länder mögen bis zu einem gewissen Grade von diesem Durchschnitt abweichen; wie weit dies vertretbar ist, hängt ab von der Produktivitätsentwicklung der letzten Zeit, der Finanzlage des Unternehmenssektors und dem Grad der augenblicklich erreichten Preisstabilität.

Ein Verhalten nach diesen Grundsätzen würde eine beständigere Aufwärtsentwicklung des realen Wirtschaftswachstums und bessere Aussichten für die Beschäftigung ermöglichen als es sonst der Fall wäre. Kommt eine Anpassung an den Energiepreisschock nicht zustande, wären die Folgen nach bisherigen Erfahrungen weitaus unangenehmer.

Die allgemeine Arbeitsmarktstrategie muß sich auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich in weitestem Sinne stützen; gleichzeitig muß sie aber auch eine hohe Produktivität in der Industrie anstreben. Die Arbeitsmarkt-, Industrie- und Regionalpolitik sollte diese Entwicklung fördern, wobei allerdings Grenzen — vorwiegend haushaltspolitischer Art — für den Umfang direkter staatlicher Interventionen auf dem Arbeitsmarkt existieren. In den letzten drei Jahren hat sich der Wirkungsbereich der direkten staatlichen Beschäftigungspolitik erheblich ausgedehnt. Die Zahl der Personen, die in den Genuß von vier großen Bereichen der Arbeitsmarktpolitik kommen (Zuschüsse zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, Praktikantenprogramme, Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst und Erhaltung von Arbeitsplätzen) wuchs in der Gemeinschaft von 1,4 Millionen 1976 auf 2,1 Millionen 1977 und stieg 1978 weiter. Der Umfang dieser Hilfen, gemessen an der Zahl der registrierten Arbeitslosen, war erheblich.

Angesichts anhaltend hoher Arbeitslosigkeit in fast allen Gemeinschaftsländern und den Aussichten auf eine raschere Zunahme des Arbeitskräfteangebots im Laufe der nächsten fünf bis zehn Jahre wurde in den Diskussionen über die Arbeitsmarktpolitik immer wieder über Vorschläge zur Verkürzung der Arbeitszeit oder eine stärkere Umverteilung der Arbeit debattiert. Es läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, wie groß kurz- und mittelfristig die Wirkung einer Verkürzung der Arbeitszeit sein würde. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist kein schnell wirkendes Allheilmittel und auch kein Ersatz für eine allgemeine Wachstums- und Anpassungspolitik. Es

sollte ins Auge gefaßt werden — ohne jedoch die Kostenlage der Unternehmen zu belasten —, den langfristigen Trend zur Verkürzung der jährlichen Arbeitszeit (Arbeitswoche oder Urlaub) zu verstärken und mit anderen Formen der Arbeitsumverteilung zu verbinden (vorzeitige Pensionierung, flexible Altersgrenze, Halbtagsarbeit, weniger Überstunden) sowie die Berufsausbildung und -fortbildung weiter auszubauen.

4. Die Politik in den Mitgliedstaaten

In Dänemark besteht die Gefahr, daß sich das Defizit der Leistungsbilanz infolge der Verschlechterung der Terms of trade 1980 erheblich vergrößert. Trotz der vor kurzem erfolgten Abwertung der dänischen Krone im europäischen Währungssystem wird das wirtschaftliche Wachstum weiterhin von außenwirtschaftlichen Zwängen beeinflusst bleiben. Unter diesen Bedingungen sollten die Behörden in erster Linie darauf abzielen, eine dauerhafte Mäßigung des Kostenanstiegs zu erreichen, insbesondere um die Zahlungsbilanz zu verbessern. Dies bedeutet, daß die Einkommen 1980 deutlich langsamer wachsen sollten als in den Vorjahren, was einschließt, daß sie schwächer zunehmen, als im Rahmen der gegenwärtig gültigen Vereinbarungen vorherzusehen ist. Auch nach der im Juni beschlossenen Anhebung der indirekten Steuern und der Beschneidung der Staatsausgaben dürfte das Finanzierungsdefizit aller öffentlichen Haushalte von 1 % des BIP im laufenden Jahr auf 2 % des voraussichtlichen BIP im Jahre 1980 steigen. Es könnte notwendig werden, dieses Defizit zu verringern, falls der Einkommensanstieg nicht deutlich gebremst wird. Zur Finanzierung des gestiegenen Zahlungsbilanzdefizits und zur Stützung der dänischen Krone auf dem Devisenmarkt sind in der Geld- und Kreditpolitik hohe Zinssätze und eine strikte Beschränkung der Kreditausweitung erforderlich.

In der Bundesrepublik Deutschland haben die hauptsächlich 1978 von der Regierung verabschiedeten Ankurbelungsprogramme einen kräftigen Wirtschaftsaufschwung in Gang gesetzt, der in zunehmendem Maße durch die endogenen Expansionskräfte der Wirtschaft, vor allem die Investitionen, abgestützt wird. Die Beschäftigung entwickelte sich günstiger, als noch zu Beginn des Jahres erwartet wurde. Zum Teil sind diese Ergebnisse auf die ausgesprochen gemäßigten Lohnvereinbarungen zurückzuführen. Die Verschlechterung des Preisklimas ist in wesentlichem Maße durch den Anstieg der Ölpreise und die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Juli 1979 — mit dem Ziel einer mittelfristigen Veränderung der Steuerstruktur — bedingt. Die vorausweisenden wirtschaftlichen Indikatoren deuten darauf hin, daß sich die günstige Wirtschaftslage in das Jahr 1980 hinein fortsetzen wird, wenn auch im Jahresverlauf mit einer Verlangsamung zu rechnen ist. Dies bedeutet, daß für nächstes Jahr ein gewisser Rückgang des Finanzierungsdefizits des Gesamtstaates, das 1979 etwa 3 % des BIP ausmachen dürfte, zu erwarten ist. Das Risiko einer stärkeren Ab-

schwächung der Wirtschaftsaktivität ist jedoch nicht auszuschließen. Abgesehen von außenwirtschaftlichen Unsicherheiten könnte sich die Inlandsnachfrage, insbesondere der private Verbrauch, deutlich verlangsamen. Falls er sich erheblich stärker als erwartet abschwächen sollte, könnte die Regierung gewisse Einkommenssteuerermäßigungen, die zur Zeit für Anfang 1981 geplant werden, vorziehen. Im Bereich der Geld- und Kreditpolitik hat die Bundesbank den Zuwachs der Geldmenge seit Beginn des Jahres beträchtlich eingedämmt. Infolgedessen liegt die Wachstumsrate der Zentralbankgeldmenge gegenwärtig in dem von der Bundesbank Ende vergangenen Jahres abgesteckten Bereich. Auch im nächsten Jahr sollte das Geldmengenziel so festgelegt werden, daß die Möglichkeiten für hausgemachte Preissteigerungen in engen Grenzen bleiben. Eine so ausgerichtete Politik sollte es den Sozialpartnern erleichtern, mäßige Lohnvereinbarungen zu treffen, die eine unabdingbare Voraussetzung für ein gleichgewichtiges Wachstum im nächsten Jahr sind.

In Frankreich ist die Wirtschaftspolitik nach wie vor auf Strukturanpassungen ausgerichtet. Die höhere Beitragsbelastung, die den privaten Haushalten auferlegt wurde, um die Finanzen der Sozialversicherung zu sanieren, kommt zu einer ziemlich restriktiven Haushaltsgebarung des Zentralstaates hinzu. Gleichzeitig wurde jedoch die Abstützung der Wirtschaftsaktivität bis Ende 1979 und Anfang 1980 sichergestellt, durch Investitionshilfen und durch Unterstützung der Empfänger niedriger Einkommen. Diese globale Ausrichtung der Politik sollte 1980 fortgesetzt werden, um ein befriedigendes Wachstum beizubehalten und den Außenhandel (trotz der Verschlechterung der Austauschrelationen, die 1979 verzeichnet wurde und 1980 wahrscheinlich ist) nahe dem Gleichgewicht zu halten. Beim Vollzug des Haushaltsplans im Jahre 1980 sollte versucht werden, das Finanzierungsdefizit in den Grenzen von 1979, d. h. 1,7 % des BIP, zu halten, womit sich das Finanzierungsdefizit des Gesamtstaates stabilisieren würde. Bei langsamerem Wirtschaftswachstum und weiter ansteigender Produktivität wird sich die Zunahme der Beschäftigung 1980 abschwächen. Wegen der höheren Zahl von Personen, die neu auf dem Arbeitsmarkt erscheinen, und trotz der jüngsten Maßnahmen zugunsten Jugendlicher muß mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Als Folge könnte sich die Sparquote erhöhen, die, wenn sie das Ausmaß von 1978 erreicht, die Entwicklung des realen privaten Verbrauchs deutlich verlangsamen könnte. Außerdem könnte der Anstieg des Zinsniveaus, der aus Wechselkurspolitischen Gründen notwendig wurde, falls er sich fortsetzt, die bereits ziemlich schleppende Investitionsneigung bremsen. Wenn dieser Fall eintritt, wäre es angebracht, die Ende August 1979 eingeführten Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaftsaktivität zu verstärken, auch wenn sich dadurch das Haushaltsdefizit erhöhen würde. Darüber hinaus sollte man zum Abbau des Inflationsdrucks nicht nur die Politik der Dämpfung der Nominalerlöse fortsetzen, sondern auch dafür sorgen, daß der freie Wettbewerb in allen Zweigen, vor allem auch im Dienstleistungsbereich, wiederhergestellt

wird. Zur Sanierung der Wirtschaftsstrukturen müssen ferner die Subventionen für einige große Staatsunternehmen begrenzt werden. Das Hauptziel der Geld- und Kreditpolitik wird auch weiterhin die Stabilität des Franc bilden. Zu diesem Zweck sollte man die Liquiditätsquote der Wirtschaft stabil halten oder sogar vermindern.

In Irland wird das Wachstum 1980 infolge eines langsameren Anstiegs der Inlandsnachfrage und trotz der erwarteten Verbesserung bei den Agrarexporten bescheiden bleiben. Der primäre Effekt der Verteuerung importierter Rohstoffe wird wahrscheinlich durch die Automatik der Lohnindexierung verstärkt werden. Dadurch dürfte die Schaffung neuer Arbeitsplätze behindert werden und sich die Arbeitslosigkeit bei dem schnellen Anstieg der Erwerbsbevölkerung verschärfen. Darüber hinaus dürfte die Verschlechterung des Zahlungsbilanzdefizits eine starke Fessel für die Wirtschaftspolitik werden. Die Haushaltspolitik sollte daher die Inlandsnachfrage zügeln und das Finanzierungsdefizit des Zentralstaates als Anteil am BIP deutlich abbauen, so daß sie innerhalb des 1978 festgesetzten Zieles bleibt, dieses Defizit 1980 auf 8 % des BIP zurückzuführen. Darüber hinaus sollten die Einkommenssteigerungen nicht darauf abzielen, die Verschlechterung der Austauschrelationen auszugleichen. Im Hinblick darauf sollten die Sozialpartner eine Änderung der Indexierungsklausel erwägen. Falls dies nicht geschieht, sollten die Abschlüsse, die nach dem Auslaufen der gegenwärtigen Regelungen zu vereinbaren sein werden, der Tatsache Rechnung tragen, daß die Einbuße wegen verschlechterter Austauschverhältnisse vorher bereits in unangemessener Weise kompensiert worden ist. Die Geld- und Kreditpolitik muß restriktiv bleiben, und insbesondere die Kreditausweitung muß streng begrenzt werden, damit die Zahlungsbilanz gestützt und die Währungsreserven geschont werden.

In Italien schloß die Leistungsbilanz trotz weiterhin ansteigender Konjunktur 1979 erneut mit einem beträchtlichen Überschuß ab. Der inflatorische Preisauftrieb hat sich jedoch in beunruhigendem Maße beschleunigt und könnte durch das Zusammenspiel der Ölpreiserhöhung und des Systems der Lohnindexierung sogar noch verstärkt werden. Aus diesem Grunde erscheint es unabdingbar, die Inflationsbekämpfung erheblich zu intensivieren und doch gleichzeitig den für die Stützung des Wirtschaftswachstums erforderlichen Ressourcentransfer wahrzunehmen. Im Bereich der öffentlichen Finanzen scheinen die Leitgedanken des — noch nicht in konkrete Maßnahmen umgesetzten — Dreijahresplanes für die Wirtschaft 1979 bis 1981 vom Januar dieses Jahres nach wie vor geeignet, diese Ziele zu erreichen. Man sollte hier anstreben, das Verhältnis des Defizits des erweiterten, öffentlichen Sektors¹⁾ zum

¹⁾ In der EWG-Definition umfaßt dieses Defizit außer dem Finanzierungsbedarf der öffentlichen Verwaltung insgesamt auch das Defizit des ENEL (öffentlicher Regiebetrieb für die Stromerzeugung), der autonomen Staatsunternehmen und der kommunalen Unternehmen; dagegen sind die Überweisungen an die Spezial-Kreditinstitute; die Zahlung von alten kommerziellen Schulden und Veränderungen der Bankanlagen in dem Defizit nicht enthalten

Bruttoinlandsprodukt 1980 auf 14 %, d. h. auf eine Zahl zu begrenzen, die etwas unter derjenigen liegt, die für 1979 erwartet wird (14,6 %). In diesem Rahmen sollte der Anteil der laufenden Ausgaben an den Gesamtausgaben gekürzt werden, während die Ausführung der öffentlichen Investitionen soweit wie möglich zu beschleunigen wäre. Zu diesem doppelten Zweck erscheint es namentlich notwendig, die Reform des Rentensystems zum Abschluß zu bringen und das Wachstum der Ausgaben für das Gesundheitswesen abzubremsen sowie die Verwaltungsverfahren, von denen die Durchführung wachsender Investitionen weitgehend abhängt, zu beschleunigen. Im Bereich der Geld- und Kreditpolitik gilt es, die reichliche Liquidität, die sich in der Wirtschaft gebildet hat, schrittweise abzuschöpfen. Daher sollten die Gesamtkreditausweitung gedämpft und die Politik zur Konsolidierung der öffentlichen Schuld fortgesetzt werden. Angesichts des starken Preisauftriebs und, in geringerem Maße, der Verminderung des Leistungsbilanzüberschusses erscheint ein ausreichend hohes Zinsniveau unerlässlich. Eine derartige Orientierung enthält teilweise Elemente, die der Tendenz nach das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen. Deshalb erscheint es als wesentlich, die Investitionsneigung der Wirtschaft im Einklang mit dem Dreijahresplan dadurch anzuregen, daß die Zunahme der Stundenlöhne im Rahmen der gleichzeitigen Preissteigerungsrate gehalten wird. Um dies zu erreichen, wäre es nützlich, die Bewegung der Lohngleitskala abzubremsen und zur Aufrechterhaltung der Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger diesen entsprechende Steuererleichterungen zu gewähren.

In den Niederlanden herrschte 1979 eine recht dynamische Wirtschaftstätigkeit; seit Mitte 1978 hat sich die Arbeitslosenquote auf etwa 4,5 % der zivilen Erwerbsbevölkerung zurückgebildet, und der Anstieg der Verbraucherpreise ist verhältnismäßig bescheiden geblieben. Die erwartete Abschwächung des Exportwachstums dürfte dazu führen, daß sich auch die holländische Wirtschaftsexpansion 1980 etwas verlangsamt. Angesichts der raschen Zunahme des Ausfuhrvolumens im Jahre 1979 und einer voraussichtlichen Erhöhung des Ausführpreises für Erdgas sieht die Tendenz der Leistungsbilanz günstiger aus, und die derzeitige Erholung dürfte anhalten. Daher ist der wirtschaftspolitische Spielraum, kurzfristig gesehen, wohl etwas größer, als zunächst angenommen wurde. Die Regierung hat im Rahmen des Entwurfs des zentralen Staatshaushalts für 1980 eine Reihe neuer Maßnahmen getroffen (Förderung der Beschäftigung, Energiesparen, Anreize für Innovationen und für Strukturwandel), die — unter Berücksichtigung einiger steuerlicher Entscheidungen — das Haushaltsdefizit um 1,135 Mrd. Gulden oder 0,3 % des BIP ansteigen lassen werden. Trotzdem muß man sich weiter bemühen, das mittelfristige Wachstum der Ausgaben zu bremsen, denn dies bildet die einzige Möglichkeit, die Zunahme der Steuerbelastung der Erwerbstätigen in Grenzen zu halten und die Beschäftigungsaussichten dauerhaft zu verbessern. Das Ziel für den Finanzierungsbedarf des Zentralstaates im Jahre 1980 sollte sein, daß er 3,7 % des BIP (4,1 % des Volkseinkommens) nicht

überschreitet; das Verhältnis zwischen dem Kassenfinanzierungsbedarf der öffentlichen Verwaltung insgesamt und dem BIP könnte so unverändert bei 4,7 % (5,2 % des Volkseinkommens) gehalten werden. Die größte Gefahr liegt in einer Beschleunigung der Inflation, da hierdurch die in letzter Zeit bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit erzielten Erfolge in Frage gestellt werden könnten. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu vermeiden, daß der Anstieg der Preise der Energieträger einen Anstieg der nominalen Einkommen verursacht.

In Belgien hat sich die Konjunkturbelebung, die 1978 einsetzte, 1979 deutlich beschleunigt. Trotz der Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung (Lehrgänge für Jugendliche, vorzeitige Pensionierung usw.) hat die Arbeitslosigkeit — allerdings nur die von Frauen — weiter zugenommen. Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich beschleunigt. Das Leistungsbilanzdefizit schien trotz der relativ dynamischen Entwicklung der Ausfuhrern erneut zu zunehmen. Das Wachstum wird 1980 wahrscheinlich etwas langsamer ausfallen, und zwar namentlich als Folge einer Abschwächung der Exportmärkte.

Unter diesen Umständen könnte die Beschäftigungslage durchaus weiterhin prekär bleiben. Auch ist eine gewisse Beschleunigung des Verbraucherpreisanstiegs wahrscheinlich. Für die Wirtschaftspolitik stellt die Situation der öffentlichen Finanzen nach wie vor das größte Problem dar. Wenn kurzfristig gesehen das Gewicht der Anpassung von der Geld- und Kreditpolitik getragen werden konnte, so dürfte doch eine Verminderung des Haushaltsdefizits die einzige Möglichkeit sein, die Spannungen auf dem Kapitalmarkt dauerhaft abzubauen und gleichzeitig den inflationistischen Tendenzen entgegenzuwirken. Um eine merkliche Erhöhung der Steuern und der parafiskalischen Abgaben zu vermeiden, ist es eine vorrangige Aufgabe, die in den letzten Jahren unternommenen Anstrengungen zur Einschränkung des Wachstums der Ausgaben der Zentralregierung zu verstärken und ähnliche Anstrengungen auch bei anderen öffentlichen Verwaltungen, namentlich in der Sozialversicherung, zu unternehmen. Ohne eine derartige Ausweitung von Sparmaßnahmen wird eine weitere Zunahme des Finanzierungsbedarfs der öffentlichen Verwaltung insgesamt nicht zu vermeiden sein, während eine Zurückführung des Finanzierungsbedarfes der Zentralregierung auf höchstens 7,1 % des BIP für 1980 angestrebt werden sollte. Was die Einkommen angeht, ist es wichtig, der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die Verschlechterung der Austauschrelationen den Spielraum für reale Erhöhungen (abgesehen von der Indexierung) beträchtlich einschränkt.

In Luxemburg hat sich die Wirtschaftslage recht dynamisch entwickelt, und die Arbeitslosigkeit ist tendenziell etwas zurückgegangen. Die Steuereinnahmen waren — vor allem dank der anhaltend kräftigen Entwicklung des Dienstleistungssektors — erheblich höher, als vor einem Jahr angenommen wurde. Das Konto des Staates wird daher 1979 eine Finanzierungskapazität von 1,7 % des BIP und auch 1980 einen Überschuß ausweisen. Selbst wenn sich das Wirtschaftswachstum etwas verlangsamen soll-

te, dürfte es nicht unter eine 1%ige Zunahme des BIP fallen. Deshalb sollte die Kreditgewährung der Zentralregierung von 1979 auf 1980 um nicht mehr als 0,5 % des BIP gesenkt werden.

Im Vereinigten Königreich zeigte die Wirtschaftstätigkeit im Jahre 1979 eine etwas unausgeglichene Entwicklung. Die erhöhte Nachfrage wurde weitgehend durch Einfuhren gedeckt, so daß die Leistungsbilanz in ein erhebliches Defizit geriet, obwohl bei der Ölversorgung durch die Förderung von Nordseeöl der Selbstversorgungsgrad nahezu erreicht wurde. Das Pfund blieb jedoch aufgrund der Situation auf den internationalen Energiemärkten und der straff geführten Geldpolitik fest. Diese Entwicklung half die Inflation zu dämpfen, verursachte jedoch auch eine weitere Verschlechterung in der Wettbewerbsposition des Vereinigten Königreichs. Nach Ansicht der neuen Regierung liegen die Hauptschwächen der britischen Wirtschaft auf der Angebotsseite und sie versucht, diese Strukturprobleme dadurch zu lösen, daß sie die staatlichen Interventionen einschränkt und die Leistungsanreize für die Privatwirtschaft verbessert, insbesondere durch eine scharfe Kehrtwendung von direkten zu indirekten Steuern, und gleichzeitig eine strikte Geldpolitik betreibt. Die Devisenkontrollen sind ebenfalls erheblich gelockert worden. In Anbetracht der kurzfristigen Bremswirkungen der neuen Fiskal- und Geld- und Kreditpolitik dürfte sich die inländische Nachfrage 1980 abschwächen und sich das Defizit der Leistungsbilanz erheblich vermindern. Bei unveränderter Politik dürfte das Finanzierungsdefizit des öffentlichen Sektors 1980 bis 1981 nicht höher ausfallen als die 4½ % des BIP, die für 1979 bis 1980 erwartet werden. In Anbetracht der wahrscheinlichen Verlangsamung des Produktivitätsfortschritts und des Wachstums im Jahre 1980 hätte ein übermäßiger Einkommensanstieg schwerwiegende Konsequenzen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit und insbesondere für die Beschäftigungsaussichten. Die Regierung sollte keinesfalls eine derartige Entwicklung durch eine Anpassung der Zielsetzung für die Expansion der Geldversorgung unterstützen. Die Durchsetzung einer dauerhaft niedrigen Inflationsrate und die Verbesserung wirtschaftlichen Leistungskraft müssen vorrangige Ziele sein.

5. Schlußfolgerungen

Wegen der Erdölverteuerung und wegen rezessiver Tendenzen in Industrieländern außerhalb der Gemeinschaft sind die wirtschaftlichen Aussichten

für 1980 ungünstiger geworden. Die Lage in der Europäischen Gemeinschaft bietet jedoch einige erfreuliche Gesichtspunkte: Im Jahre 1979 ist ein konjunktureller Aufschwung eingetreten, die Wechselkurse sind im Europäischen Währungssystem stabiler geworden, und die Zahlungsbilanzen der meisten Mitgliedstaaten wiesen ein verhältnismäßig gesundes Gleichgewicht auf.

Die neu aufgetretenen nachteiligen Faktoren bringen für die Gemeinschaft drei Probleme: Die Kombination von Inflation und Wachstum wird sich während einer gewissen Zeitspanne verschlechtern, es besteht die Gefahr, daß neue Divergenzen zwischen den Preissteigerungsraten der Mitgliedstaaten auftreten, und in der Energiepolitik bleibt vieles zu tun, um auf die neue Lage angemessen zu reagieren.

Die Antwort der Gemeinschaftspolitik muß aus folgenden drei Elementen bestehen:

1. In einer ersten wirtschaftspolitischen Phase müssen die Einkommen so begrenzt werden, daß die Verbraucher die höheren Energiekosten absorbieren und ein sekundärer Anstieg der Inflationsraten vermieden wird. Während dieser Zeit soll die Geld- und Kreditpolitik auf striktem Kurs bleiben, und die Haushaltspolitik sollte in dieser Phase die Auswirkungen der Erdölverteuerung nur in sehr begrenztem Maße ausgleichen.
2. Falls und wenn positive Ergebnisse in bezug auf die Inflation gewiß werden, könnte die Konjunkturpolitik schließlich im Laufe des Jahres 1980 eine aktiver stützende Haltung annehmen; das gilt insbesondere für den Fall, daß auch die privaten Investitionen und der private Verbrauch sich deutlich abschwächen sollten.
3. Die Energiepolitik muß unbedingt in allen ihren Teilen verstärkt werden, ohne einen grundlegenden Wandel in der herkömmlichen Beziehung zwischen Einfuhr und Wirtschaftswachstum sind die Aussichten für das Wachstum düster.

Dieser wirtschaftspolitische Ansatz verrückt nach Ansicht der Kommission nicht die wirtschaftspolitischen Ziele, nämlich Priorität für die Inflationsbekämpfung ohne das Wachstum abzuwürgen. Eben- sowenig sollte die im Laufe der beiden Monate definierte Wirtschaftspolitik grundlegend geändert werden. Diese wirtschaftspolitischen Entschlüsse verlangen vielmehr nach einer konsequenten und baldigen Verwirklichung.

Entscheidung des Rates zur Verabschiedung des Jahresberichts über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft sowie zur Festlegung der wirtschaftspolitischen Leitlinien für 1980

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN,

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Entscheidung 74/120/EWG des Rates vom 18. Februar 1974 zur Erreichung eines hohen Grades an Konvergenz der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft¹⁾, in der Fassung der Entscheidung 75/787/EWG²⁾, insbesondere auf Artikel 4,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments³⁾,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses⁴⁾,

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Der Rat verabschiedet den im Anhang in Teil 1 enthaltenen Jahresbericht über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft und legt die in den Teilen 2 bis 5 enthaltenen Leitlinien für die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten im Jahr 1980 fest.

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

¹⁾ ABl. EG Nr. L 63 vom 5. März 1974, S. 16

²⁾ ABl. EG Nr. L 330 vom 24. Dezember 1975, S. 52

³⁾ ABl. EG Nr.

⁴⁾ ABl. EG Nr.

Jahreswirtschaftsübersicht 1979 bis 1980**Inhaltsverzeichnis**

	Seite
1. Die Volkswirtschaft der Gemeinschaft 1979 und 1980	15
2. Die konjunkturelle Entwicklung in den siebziger Jahren	25
3. Arbeitsmarkt	36
4. Preise und Kosten	45
5. Konvergenz und Divergenz der Volkswirtschaften	56
6. Haushaltsentwicklung und Haushaltspolitik	64
7. Geld und Kredit: Tendenzen und Politik	72
8. Zahlungsbilanzen	76
9. Das Europäische Währungssystem: die ersten sechs Monate	83
10. Energie	86
11. Internationale Spezialisierung und Arbeitsteilung bei gewerblichen Erzeugnissen	96

Verzeichnis der Tabellen	Seite
1.1 Nachfrage und Produktion, 1960 bis 1980, Veränderung in Prozent ..	18
1.2 Entwicklung der verfügbaren Einkommen und der Ersparnis der privaten Haushalte, EG insgesamt, 1975 bis 1980, Veränderung in Prozent	18
1.3 Salden der Handels- und Leistungsbilanzen auf Weltebene, 1975 bis 1980, Mrd. USD	19
1.4 Bruttoinlandsprodukt und Preise 1978 bis 1980, Veränderung in % ..	20
1.5 Aggregate der öffentlichen Finanzen, 1978 bis 1980	21
1.6 Monetäre Aggregate 1978 bis 1980 (Jahresendzahlen) — Veränderung in %	22
1.7 Arbeitsmärkte 1978 bis 1980	23
1.8 Zahlungsbilanz 1978 bis 1980	23
2.1 Realer Anstieg des BIP	30
2.2 Beiträge zu den Veränderungen des realen BIP in % vom BIP des Vorjahres zu Preisen von 1970	31
3.1 Bevölkerung, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft 1961 bis 1979, Veränderung in %	40
3.2 Abhängige Beschäftigte und Arbeitsstunden, Gesamtwirtschaft, Veränderung in %	40
3.3 Produktivität je Beschäftigten und je Stunde, Gesamtwirtschaft, 1960 bis 1979	41
3.4 Arbeitslosenquoten nach Alter und Geschlecht in der Gemeinschaft ..	41
3.5 Personen, die eine bezahlte Beschäftigung suchen, nach Hauptgruppen, EG, 1973, 1975 1977	42
3.6 Regionale Arbeitslosenquoten	43
3.7 Gesamtbevölkerung und Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, EG 1979 bis 1995 — Prozentuale Veränderung	43
4.1 Anstieg der Verbraucherpreise, der Großhandelspreise und der Preise des BIP (in %)	50
4.2 Komponenten der Verbraucherpreisentwicklung (Anstieg in %)	51
4.3 Einkommen aus unselbständiger Arbeit je unselbständig Beschäftigten	52
4.4 Auswirkungen eines 60 %igen Preisanstiegs für Energieerzeugnisse auf die impliziten Preise der Ausgaben des privaten Verbrauchs (errechnet an Hand von Input-Output-Tabellen)	53
4.5 Auswirkung der Entwicklung der Terms of Trade auf das reale Inlandseinkommen der Gemeinschaft	54
4.6 Effektive Wechselkurse, relative Preisentwicklung und Wettbewerbsfähigkeit	55
5.1 Streuung des Bruttoinlandsproduktes, des privaten und öffentlichen Verbrauchs sowie der Investitionen je Einwohner zwischen den Mitgliedstaaten zu Kaufkraftparitäten und Wechselkursen 1970, 1977 und 1979	60
5.2 Durchschnittliche Bruttostundenlöhne in der Industrie insgesamt (ERE)	61
5.3 Divergenz von Preisen, Kosten und Wechselkursen zwischen den neun Mitgliedstaaten von 1958 bis 1979	61

5.4	Indikatoren für die Entwicklung von Preisen und Kosten, bereinigt um Wechselkursänderungen gegenüber der ERE (jahresdurchschnittliche Erhöhung in %)	Seite 62
6.1	Nettosalden der Zentralstaaten und Finanzierungssalden des Gesamtstaates in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (1973 bis 1979)	69
6.2	Entwicklung der Ausgaben des Staates und ihrer Zusammensetzung (in Prozent des Bruttoinlandsprodukts)	70
6.3	Entwicklung der laufenden Einnahmen des Staates und ihrer Zusammensetzung (in Prozent des Bruttoinlandsprodukts)	70
7.1	Entwicklung der Geldmenge im weiten Sinne (in % der Geldmenge zu Beginn des Zeitraums)	75
7.2	Entwicklung der Inflationsrate und der kurz- und langfristigen Zinssätze in den Mitgliedsstaaten seit Dezember 1976	75
7.3	Geldpolitische Ziele oder Leitlinien für 1978 und 1979 und Ergebnisse 1978	76
8.1	Leistungsbilanz auf Weltebene 1974 bis 1979 (Milliarden US-Dollar)	80
8.2	Zahlungsbilanz der Gemeinschaft 1974 bis 1979 (Milliarden ERE)	80
8.3	Geographische Struktur des EG-Handels (fob-cif Milliarden ERE)	81
8.4	EG-Direktinvestitionen (Milliarden ERE)	81
8.5	Übersicht über die Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten 1966 bis 1978 (Milliarden ERE)	82
9.1	Leitkurse der Gemeinschaftswährungen gegenüber der ERE (Einheiten nationaler Währungen je ERE)	84
10.1	BIP-Elastizität des Energieverbrauchs (Verhältnis zwischen dem mittleren jährlichen Wachstum des Energieverbrauchs und dem des BIP)	89
10.2	Energiebilanz der Gemeinschaft 1958 bis 1990	90
10.3	Anteil der verschiedenen in den Wärmekraftwerken der Gemeinschaft verfeuerten Brennstoffe (EG-9)	92
10.4	Kernkraftwerke — Entwicklung der installierten und im Bau befindlichen Leistung — GWE — 1973 bis 1978	93
10.5	Entwicklung des relativen Preises für Normalbenzin in den Ländern der Gemeinschaft (Indizes 1970 = 100)	94
10.6	Schwankungen der relativen Energieverbraucherpreise (1973 = 100)	94
10.7	Quellen der Stromgewinnung 1978 bis 1990 — Mio t ROE	95
11.1	Vergleich der Einfuhrstrukturen der fortgeschrittenen Industrieländer nach dem Gehalt der Erzeugnisse an qualifizierter Arbeit und Kapital (in % von der Einfuhr der Gesamtheit der Verarbeitungserzeugnisse)	100
11.2	Spezialisierungsindizes und Indizes der relativen Einfuhrabhängigkeit für die dem Wettbewerb der neuindustrialisierten Länder stark ausgesetzten Erzeugnisse entsprechend ihrem Gehalt an qualifizierter Arbeit und an Kapital	101
11.3	Produktionsbereiche mit hoher Intensität der qualifizierten Arbeit	103
11.4	Entwicklung der Marktanteile, der Spezialisierungs- und der Einfuhrabhängigkeitsindizes — Gesamtheit der „fundamentalen“ Erzeugnisse	104

Verzeichnis der Schaubilder

	Seite
2.1 BIP, Prozentuale Trendabweichungen, 1970 bis 1979 Qu 1	32
2.2 BIP und Konjunkturindikatoren, 1970 bis 1979 Qu 1	33
2.3 Verwendungskomponente des Gemeinschafts-BIP, prozentuale Abweichungen vom Trend, 1970 Qu 1 bis 1979 Qu 1	34
2.4 Finanzierungsüberschuß (+) oder -defizit (—) der Gemeinschaft, in % des EG-BIP	35
Bruttoersparnis und -investitionen des privaten Sektors in % des EG-BIP	35
EG-BIP Wachstum	35
3.1 Bevölkerung, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft, 1960 bis 1979 (mit Projektionen für die Bevölkerung bis 1995)	44
3.2 Registrierte Arbeitslose und offene Stellen in der Gemeinschaft	45
4.1 Verbraucherpreise und wichtigste Komponenten, EG insgesamt — Veränderung in sechs Monaten (saisonbereinigt), in Jahresraum	56
5.1 Streuung des Bruttosozialprodukts, des privaten und öffentlichen Verbrauchs sowie der Investitionen je Einwohner zwischen den Mitgliedstaaten zu Kaufkraftparitäten, 1970 und 1977	63
5.2 Wechselkursvariabilität und Divergenz des Verbraucherpreisanstiegs in der Gemeinschaft, 1956 bis 1978	64
9.1 Europäisches Währungssystem	85
Bewegungen innerhalb des Abweichungsindikators	85
Bilaterale Wechselkursschwankungen	85

1. Volkswirtschaft der Gemeinschaft 1979 und 1980

Im Verlauf dieses Jahres geriet die schrittweise Erholung der Wirtschaft in der Gemeinschaft durch die turbulente Lage auf dem Weltölmarkt ins Wanken. Zunächst führten die Entwicklungen im Iran zu Beginn des Jahres zu Störungen auf dem Markt, so daß eine Versorgungslücke zu einer realen Gefahr wurde, doch sind daraus für die Gemeinschaft keine ernsthaften wirtschaftlichen Probleme entstanden. Statt dessen führten diese Störungen zu einer Reihe von Erhöhungen des Weltmarktpreises für Erdöl, so daß dieser Ende Juni im Vergleich zum Preisniveau von Ende 1978 um fast 60 % angestiegen war. Andere Rohstoffpreise sind ebenfalls in die Höhe gegangen, wenn auch im allgemeinen verhältnismäßig weniger als die Ölpreise.

Die Verschlechterung der Austauschrelationen, die mit der Erhöhung der Ölpreise einherging, bewirkte eine gesteigerte Inflationsrate in der gesamten Gemeinschaft im Jahre 1979, und wenig Aussichten auf Besserung im Jahre 1980. Sie führte auch dazu, daß das Wachstum in der Gemeinschaft 1979 etwas geringer als erwartet ausfiel, und daß für 1980 eine stärkere Verlangsamung vorausgesagt wird. Für alle ölimportierenden Länder außerhalb der Gemeinschaft hat der Anstieg der Ölpreise die kurzfristigen Aussichten beeinträchtigt. Insbesondere verschärfte sich im zweiten Halbjahr 1979 der Konjunkturrückgang in den Vereinigten Staaten, so daß man nicht länger erwarten kann, daß dieses Land in den nächsten 12 Monaten einen großen Beitrag zum Wachstum des Welthandels leisten wird.

Bei der Ausarbeitung der Prognosen für 1980 ist die Kommission davon ausgegangen, daß das Wachstum der Welteinfuhren außerhalb der Gemeinschaft von $3\frac{1}{2}$ % im Jahre 1979 auf $3\frac{1}{4}$ % im Jahre 1980 leicht zurückgehen wird. Wie 1979 wird die Inlandsnachfrage die Hauptantriebskraft für das Wachstum der Gemeinschaft als Ganzes bleiben. 1979 trugen sowohl der private Verbrauch als auch die Anlageinvestitionen wesentlich zum Wachstum bei, doch wird die Nettoauswirkung des Außenbeitrags 1979 wahrscheinlich negativ sein und damit die starke Zunahme der Einfuhren in den Gemeinschaftsländern mit schnellerem Wachstum und im Vereinigten Königreich sowie das langsame Wachstum der Einfuhren der Nichtmitgliedstaaten widerspiegeln. Für 1980 jedoch wird erwartet, daß die Wachstumsraten aller Komponenten der Inlandsnachfrage, insbesondere die des Privatverbrauchs und des Lageraufbaus, zurückgehen werden. Die schwächere Zunahme der Einfuhren der Gemeinschaft, deren Wachstumsrate etwa auf die der Welteinfuhren insgesamt fallen wird, bedeutet — allgemein gesprochen —, daß sich der Außenbeitrag 1980 nur geringfügig auf das Wachstum des realen BIP auswirken wird. Folglich wird für das BIP der Gemeinschaft für 1979 eine Wachstumsrate von etwas über 3 % — die gleiche wie für 1978 — vorausgesagt, doch wird damit gerechnet, daß die jährliche Wachstumsrate 1980 auf 2 % fallen wird. Im Laufe des Jahres wird die Wachstumsrate sogar noch niedriger — in der Größenordnung von $1\frac{1}{2}$ % — liegen.

Der Anstieg des Verbraucherpreisdeflators in der Gemeinschaft wird sich vermutlich von 7 % im Jahre 1978 auf rund 9 % in den Jahren 1979 und 1980 erhöhen. Diese gesteigerte Inflationsrate spiegelt sowohl die ursprüngliche Auswirkung der Ölpreiserhöhung auf die Konsumgüterpreise als auch die sekundären Auswirkungen von Ausgleichsanpassungen bei anderen Kosten und Preisen wider. Die Entwicklungen der Komponenten der Einkommen der privaten Haushalte werden die Tabelle 1.2 dargestellt. Die Wachstumsrate des verfügbaren realen Einkommens wird von rund 4 % im Jahre 1978 auf knapp 3 % im Jahre 1979 und dann auf etwa 2 % im Jahre 1980 absinken.

Der langsamere Anstieg der Übertragungen an Privathaushalte und Erhöhungen der direkten Steuern insbesondere im Jahre 1980 tragen dazu bei, daß das verfügbare Realeinkommen wieder rasch zunimmt. Tabelle 1.2 macht deutlich, daß diese Vorausschätzungen mit dem Risiko behaftet sind, daß das Wachstum von rund 2 % der privaten Verbrauchsnachfrage im Jahre 1980 nicht erreicht wird. Es wird angenommen, daß die Sparquote — wenn auch nur geringfügig — zurückgeht und so dazu beiträgt, das Niveau der Verbrauchsausgaben zu unterstützen, obwohl das bei fortdauernd hoher Inflationsrate und andauerndem Beschäftigungsrisiko möglicherweise nicht der Fall sein mag.

Tabelle 1.3 zeigt die Vorausschätzungen für die Entwicklung der Handelsbilanz- und Leistungsbilanzsalden der Gemeinschaft und der wichtigsten Handelsblöcke der Welt. Danach wird die Leistungsbilanz der Gemeinschaft, nach einem deutlich positiven Saldo in 1978, 1979 ein bescheidenes und 1980 ein etwas umfangreicheres Defizit aufweisen. Die Verschlechterung der Leistungsbilanz der Gemeinschaft im Jahre 1979 ist zum Teil durch die Auswirkung der erhöhten Erdöl- und Rohstoffpreise auf die Austauschrelationen und zumindest im gleich starken Maße durch die Verschlechterung der realen Handelsbilanzen Deutschlands, Italiens und des Vereinigten Königreichs zu erklären. Ein weiterer Faktor, der sich auf den Leistungsbilanzsaldo des Jahres 1979 negativ auswirkt, ist der beträchtliche Anstieg bei der Rückführung von Gewinnen in Nicht-Gemeinschaftsländer. Für 1980 erwartet man, daß sich die Handelsbilanz der Gemeinschaft volumenmäßig stark verbessern wird, da die Einfuhren in allen Ländern erheblich langsamer zunehmen, doch wird diese Verbesserung durch die Verschlechterung der Austauschrelationen mehr als aufgehoben.

Außerhalb der Gemeinschaft ist die Verschlechterung der Leistungsbilanzen der anderen OECD-Länder zusammen für die Jahre 1979 und 1980 auf die Verschlechterung der Austauschrelationen und 1980 auf eine geringere Zunahme des Volumens der Einfuhren durch die nicht-ölproduzierenden Entwicklungsländer zurückzuführen. Dahinter verbirgt sich ein deutlicher Rückgang des Defizits sowohl in den Vereinigten Staaten einerseits, deren Bilanz 1980 nahezu ausgeglichen sein dürfte, und ein Abbau der Überschüsse in Japan, wo man 1979 und 1980 mit einem geringen Defizit rechnet. Trotz der erwarteten starken Zunahme der Einfuhren der OPEC-Länder

im Jahre 1980 erhöht sich der Aktivsaldo dieser Staaten in beiden Jahren beträchtlich. Das Defizit der nicht-ölproduzierenden Entwicklungsländer wird das Wachstum des Einfuhren im Jahre 1980 einengen, doch wird trotzdem ein bedeutender Anstieg der Defizite vorausgesagt.

Was schließlich die Gemeinschaft als Ganzes anbelangt, erscheint es nützlich, die Auswirkungen der Erhöhung der Ölpreise im Jahre 1979 zusammenfassend darzustellen. Man schätzt, daß der Ölimportpreis in Dollar für die Gemeinschaft im Jahre 1979 um 56 % steigt, wobei man jedoch davon ausgeht, daß die Preise im zweiten Halbjahr stabil bleiben. Die Gemeinschaft — ohne das Vereinigte Königreich (da die Steigerung der Förderung von Nordseeöl die Berechnungen komplizieren würde) — führte 1978 rund 436 Millionen t Öl im Werte von rund 40 Mrd. USD ein. Aus dem Preisanstieg ergibt sich daher für die Zahlungsbilanz eine direkte Belastung von 25 Mrd. USD in einem ganzen Jahr. Davon müßten für die Reduzierung der Importe, die durch Oleinsparungen und Ersatz durch andere Energiequellen erreicht werden kann, ein kleiner Betrag und für den Anstieg der Ausfuhren der Gemeinschaft in die OPEC-Länder — abzüglich eines leichten Rückgangs der Ausfuhren in andere weniger entwickelte Länder — ein größerer Betrag abgezogen werden. Diese Aufrechnung macht zusammen 9 Mrd. USD für ein ganzes Jahr aus. Die jährliche Belastung der Zahlungsbilanz durch die 1979er Ölpreiserhöhungen kann auf rund 16 Mrd. USD geschätzt werden, wobei jedoch die sekundären Auswirkungen der Veränderungen auf die Raten des wirtschaftlichen Wachstums und auf die Exportpreise unberücksichtigt bleiben. Ein großer Teil davon wird 1979 zutage treten, da der durchschnittliche Ölpreisanstieg im Verhältnis zum Vorjahr rund 40 % beträgt; ein Teil der Auswirkungen wird sich jedoch erst 1980 bemerkbar machen.

Die Primärauswirkung des Anstiegs der Ölpreise auf die Verbraucherpreise in der Gemeinschaft beläuft sich auf 1½ % für ein ganzes Jahr, diese Zahl erhöht sich auf 2 bis 2½ % bei Berücksichtigung der Anpassungen der Preise für andere Energieträger. Diese Zahlen berücksichtigen jedoch nicht die Auswirkungen von Lohnanpassungen zum Ausgleich der zusätzlichen Inflation. Die ganzjährige Auswirkung des Anstiegs der Ölpreise auf die reale Produktion schätzt die Kommission — unter Berücksichtigung von inländischen Multiplikatoren und ihrer Weitergabe durch die internationalen Handelsverflechtungen — auf etwa 1 % für die Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit; der ursprüngliche direkte Effekt im Vergleich hierzu beträgt 0,7 % (unter der Annahme, daß die direkte Handelsbilanzverschlechterung von 16 Mrd. USD eine entsprechende Verringerung der Binnennachfrage nach sich zieht).

Wirtschaftliche Aussichten für die Mitgliedstaaten 1979 und 1980

Die Vorausschätzungen der Kommission für die wichtigsten Wirtschaftsaggregate der Mitgliedstaaten in 1979 und 1980 sind in den Tabellen 1.4 bis 1.8 dargestellt. Hier sollen diese Voraussagen nicht

im einzelnen kommentiert, sondern es soll vielmehr auf bestimmte große Entwicklungen bei der Konvergenz oder Divergenz in der Wirtschaftspolitik und der wirtschaftlichen Leistung der Mitgliedstaaten aufmerksam gemacht werden.

Tabelle 1.4 zeigt die Aussichten für das reale und nominale Wachstum des Bruttoinlandsproduktes sowie Vorausschätzungen für den BIP- und den Verbraucherpreisdeflator. Die Ziffern für den Volumenzuwachs zeigen, daß zwar für die Gemeinschaft insgesamt für 1979 eine Wachstumsrate vorausgesagt wird, die der von 1978 entspricht, bei den einzelnen Ländern jedoch bedeutende Veränderungen zu verzeichnen sind. 1980 tragen alle Länder dazu bei, daß sich die Wachstumsrate verringert, doch ist die Verlangsamung in Deutschland und in Italien, deren Wirtschaften 1979 relativ schnell expandierten, und im Vereinigten Königreich, dessen Wirtschaft 1979 kaum ein Wachstum zu verzeichnen hatte und für das für 1980 nun ein Rückgang des BIP vorausgesagt wird, am deutlichsten bemerkbar. Nach diesen Schätzungen werden die Wachstumsraten 1980 allgemein absinken und, mit Ausnahme Dänemarks und des Vereinigten Königreichs, zwischen 2 und 3 % liegen.

Die Inflationsraten in 1979 zeigten in einigen Mitgliedstaaten im Verhältnis zu 1978 eine Verbesserung und in anderen eine Verschlechterung. Nimmt man den Verbraucherausgabendeflator als Kriterium, so wird die Inflation 1980 nur in Frankreich und Italien, wo sie relativ hoch ist, merklich zurückgehen, wohingegen sie in den Beneluxländern ansteigen wird. Insgesamt werden die Standardabweichungen der Inflationsraten wahrscheinlich von 3,2 % im Jahre 1978 auf 4,1 % im Jahre 1979 ansteigen, um dann im Jahre 1980 auf 3,2 % zurückzugehen.

Die in Tabelle 1.5 dargestellten Aggregate der öffentlichen Finanzen für 1979 sind Schätzungen der Kommission; für 1980 handelt es sich für die meisten Länder um Projektionen der Resultate der für 1980 angekündigten Staatshaushalte. Soweit erforderlich, wurden diese in die standardisierten gemeinschaftlichen Definitionen für die Konten des Gesamtstaates und der Zentralregierung umgesetzt. Die Zahlen entsprechen in etwa den Haushaltsleitlinien, die die Kommission im Juli dieses Jahres vorgeschlagen und die der Rat seinerzeit angenommen hatte. Wo bisher kein Staatshaushaltsentwurf vorlag — wie in Irland, Italien und im Vereinigten Königreich —, spiegeln die Zahlen in Tabelle 1.5 die Einschätzung der Kommission darüber wider, welche annähernden Ergebnisse eine Beibehaltung der gegenwärtigen Haushaltspolitik im Jahre 1980 haben würde.

Für einige Länder — Deutschland, Irland, die Niederlande und das Vereinigte Königreich — sieht die Kommission, gemessen am Nettokreditbedarf des Gesamtstaates, eine straffere Steuerpolitik voraus; nur in Dänemark ist mit einem erheblich größeren Defizit zu rechnen.

Die in Tabelle 1.6 dargestellten monetären Aggregate für 1979 und 1980 sind Voraussagen, die hohen

Fehlermargen unterliegen und keine Empfehlungen zur Politik implizieren. Sie beruhen auf der Hypothese, daß die derzeitige Geld- und Kreditpolitik in den einzelnen Mitgliedstaaten bis Ende 1980 aufrechterhalten wird. Diese Vorausschätzungen stimmen mit denen für Wachstum des BIP und Inflation überein und berücksichtigen Änderungen in der Umlaufgeschwindigkeit.

Die vier großen Mitgliedstaaten stellen quantitative Ziele für monetäre Aggregate auf. Für die Bundesrepublik entspricht die Projektion von 7 % Geldmengenwachstum für M3 einem Zuwachs der Zentralbankgeldmenge von 7 % der innerhalb der Zielmenge dieses Jahres liegt. Für 1980 wird erwartet, daß das Wachstum von M3 und Zentralbankgeldmenge auf 6½ % zurückgeht, was in Übereinklang steht mit einem langsameren Wachstum des nominalen BIP. In Frankreich weisen die bisher vorliegenden Zahlen auf ein Wachstum von 12½ % in 1979 hin. Für 1980 erscheint entsprechend dem schwächeren nominalen BIP-Wachstum ein Ziel von 11 % für den Geldmengenzuwachs plausibel. Italien dürfte 1980 einen weiteren erheblichen Rückgang der monetären Expansion erreichen, dies unter der Annahme, daß das größere Haushaltsdefizit zu einem höheren Anteil nicht-monetär finanziert werden kann. Eine Verringerung des projizierten Leistungsbilanzüberschusses würde in die gleiche Richtung wirken. Entsprechend der gegenwärtig verfolgten strikten Geld- und Kreditpolitik des Vereinigten Königreiches wird eine gegenüber 1979 beschleunigte Verringerung der Relation: Geldmenge zu BIP in 1980 erwartet; dabei würde der Finanzierungsbedarf des öffentlichen Sektors ausschließlich nicht-monetär finanziert.

Keines der kleineren Mitgliedsländer stellt förmliche Ziele für die Geldmenge auf, da stabile Wechselkurse als das primäre Ziel der Geldpolitik angesehen werden. In mehreren von ihnen unterliegt die Kreditexpansion jedoch politischen Beschränkungen. Das Geldmengenwachstum für Dänemark sieht eine Verlangsamung von 9 % in 1979 auf 8½ % in 1980 vor angesichts des geringeren nominalen BIP-Wachstums. In Irland wurde das Geldmengenwachstum in 1978 und 1979 durch spezielle Faktoren, einschließlich des Beitritts zum EWS, beeinflusst. Für 1980 wurde angenommen, daß das Wachstum der Geldmenge dem des BIP weitgehend folgt. Die Vor-

ausschätzung für die Niederlande impliziert eine konstante Umlaufgeschwindigkeit. Es wurde angenommen, daß dies weitgehend durch eine geringere monetäre Finanzierung des Staatsdefizits erreicht wird. Für Belgien hingegen wird für 1980 mit einem Anstieg der Liquiditätsrelation entsprechend dem gegenwärtigen Trend gerechnet. Um jedoch das in Tabelle 1.6 angegebene Geldmengenwachstum zu erreichen, ist ein Anstieg des nicht-monetär finanzierten Teiles des Staatsdefizits erforderlich. (Bezüglich von Vergleichen zwischen Ländern ist zu erwähnen, daß die statistischen Diskrepanzen zwischen den Länderzahlen gemäß Tabelle 1.6 für die Kreditentwicklung größer sind als für die Geldmengenentwicklung).

Wie in Tabelle 1.7 aufgezeigt, nahm die Erwerbstätigkeit 1979 beträchtlich zu, und man nimmt an, daß sie 1980 nur geringfügige Änderungen aufweisen wird; in Irland und Belgien jedoch wird sie deutlich zunehmen und im Vereinigten Königreich absinken. Bei fast gleichbleibender Zahl der Erwerbstätigen wird für nahezu alle Länder in 1980 eine Zunahme der Arbeitslosigkeit vorausgesagt. Da die betreffenden statistischen Reihen zwischen den einzelnen Ländern im wesentlichen vergleichbar sind, weisen die Vorausschätzungen darauf hin, daß die Unterschiede der Arbeitslosenquote zwischen den Ländern 1980 wahrscheinlich größer werden.

Die Vorausschätzungen für die Zahlungsbilanz sind in Tabelle 1.8 enthalten. Die wesentlichen Faktoren, die zu der Umkehr der Leistungsbilanz der Gemeinschaft geführt haben, sind oben aufgezeigt worden. Das Nettoergebnis ist, daß unter den Mitgliedstaaten nur Italien 1980 einen beträchtlichen Leistungsbilanzüberschuß haben wird, der zum Großteil auf den Tourismus zurückzuführen ist. Für das Vereinigte Königreich und die Niederlande wird für 1980 in anbetracht eines bescheidenen Wachstums des Importvolumens und einiger Marktanteilgewinne für die Niederlande eine nahezu ausgeglichene Leistungsbilanz vorausgesagt. Für alle anderen Mitgliedstaaten erwartet man 1980 Defizite. Die Größenordnung des Defizits in Irland und Dänemark ist besonders beunruhigend. Die dramatischste Kehrtwendung zeigt sich jedoch in der Bundesrepublik, deren Bilanz in 1978 noch einen sehr beträchtlichen Überschuß, in 1980 jedoch ein erhebliches Defizit aufweist.

Tabelle 1.1

Nachfrage und Produktion, 1960 bis 1980
(Veränderung in %)

	1960 bis 1970 Durch- schn.	1971 bis 1975 Durch- schn.	1976	1977	1978	1979	1980	1978 II	1979 I	1979 II	1980 I	1980 II
Privater Verbrauch	4,6	3,3	3,7	2,2	3,7	3,4	2	3,3	4,0	2,0	2 ¹ / ₄	2
Off. Verbrauch	3,6	3,5	3,0	1,4	3,2	2,8	2	2,6	3,7	1,3	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₂
Bruttoanlageinvest.	5,6	0,6	3,1	1,3	2,9	3,4	3	4,7	1,5	6,2	1 ³ / ₄	2
Vorratsveränderung a)	1,3	0,9	1,1	1,0	0,9	1,2	1 ¹ / ₂	1,0	1,4	1,1	3 ¹ / ₄	1 ¹ / ₂
Inlandsnachfrage	4,7	2,2	5,3	2,2	3,3	3,7	1 ³ / ₄	4,4	4,2	2,1	1 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂
Ausfuhren	7,9	6,2	10,9	4,1	5,1	5,5	4	5,9	4,0	8,6	2 ¹ / ₄	3
Einfuhren	8,3	4,5	13,2	1,5	6,0	8,0	3 ¹ / ₄	8,2	9,7	5,4	2 ³ / ₄	2 ³ / ₄
Reales BIP zu Marktpreisen ..	4,6	2,7	5,0	2,3	3,1	3,1	2	3,8	2,6	3,1	1 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂
BIP-Preisdeflator	4,1	9,6	10,5	10,4	7,8	8,3	9	8,3	7,6	9,4	9	9
Verbraucherpreisdeflator ..	3,8	9,5	11,1	10,5	6,8	8,9	9	7,2	8,7	11,0	8 ¹ / ₄	8 ³ / ₄

a) in Prozent des BIP

Tabelle 1.2

**Entwicklung der verfügbaren Einkommen
und der Ersparnis der privaten Haushalte, EG insgesamt, 1975 bis 1980**
(Veränderung in %)

	1960 bis 1970 Durch- schn.	1971 bis 1975 Durch- schn.	1976	1977	1978	1979	1980
						Voraus- schätzung	
Einkommen aus unselbständiger Arbeit ..	9,8	14,7	12,7	10,9	10,1	12,0	11
Einkommen je beschäftigten Arbeitnehmer	8,8	14,3	12,9	9,9	9,8	11,0	11
Sonstige Einkommen der privaten Haushalte	—	—	13,3	15,0	11,4	12,5	13
Empfangene laufende Übertragungen	—	—	14,4	6,0	13,8	11,7	11 ¹ / ₂
Direkte Steuern	—	—	18,0	9,1	10,6	11,0	14 ¹ / ₄
Getätigte laufende Übertragungen	—	—	16,6	11,0	7,6	12,9	11 ¹ / ₄
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	9,0	11,8	12,1	9,9	11,3	11,8	11 ¹ / ₂
Verfügbares Realeinkommen der privaten Haushalte	5,1	2,1	2,4	0,6	3,9	2,7	2
Realer Privatverbrauch	4,6	3,3	3,6	2,1	3,7	3,4	2
Sparquote	—	—	18,0	16,8	16,9	16,6	16 ¹ / ₂

Salden der Handels- und Leistungsbilanzen auf Weltebene ^{a)}, 1975 bis 1980

Mrd. USD

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
EG								
Handelsbilanz	7,0	— 3,5	9,1	— 1,9	7,6	18,5	1,4	0
Leistungsbilanz	1,3	— 11,3	2,0	— 5,5	2,5	17,9	— 4,5	7 ¹ / ₄
Andere OECD-Länder								
Handelsbilanz	1,2	— 22,0	— 4,5	— 16,4	— 32,2	— 18,1	— 39,8	— 40
Leistungsbilanz	8,2	— 15,0	— 0,1	— 12,0	— 27,7	— 9,0	— 26,5	— 28
OPEC								
Handelsbilanz	21,5	77,0	49,5	65,0	61,5	43,0	84,3	106 ¹ / ₄
Leistungsbilanz	7,75	59,5	27,5	36,5	29,0	7,0	44,3	62 ¹ / ₄
Andere Entwicklungsländer								
Handelsbilanz	— 7,5	— 23	— 38,5	— 25	— 23,5	— 36,5	— 45,5	— 55 ³ / ₄
Leistungsbilanz	— 6,0	— 23,5	— 37,5	— 25,5	— 23,0	— 35,0	— 44,0	— 54
Andere Länder ^{b)}								
Handelsbilanz	1	— 4	— 10,5	— 7,5	— 5,5	— 4,0	— 5,8	— 7 ¹ / ₄
Leistungsbilanz	— 1,5	— 6,5	— 14,0	— 10,0	— 7,0	— 5,0	— 7,3	— 9 ¹ / ₄

a) zu den jeweiligen Wechselkursen; infolge von Erfassungsfehlern addieren sich die Zahlen nicht zu Null

b) einschl. Staatshandelsländer und andere nichtklassifizierte Länder

Quellen: 1973 bis 1977, EG-Zahlen EUROSTAT, andere: OECD,
1979 bis 1980, Kommissionsdienststellen

Tabelle 1.4

Bruttoinlandsprodukt und Preise 1978 bis 1980
Veränderungen in %

	BIP zu konstanten Preisen			BIP zu jeweiligen Preisen		
	1978	1979	1980	1978	1979	1980
Dänemark	0,9	1,8	$\frac{3}{4}$	10,7	9,9	$9\frac{3}{4}$
Bundesrepublik Deutschland ..	3,2	4,3	3	7,2	8,2	$7\frac{1}{4}$
Frankreich	3,3	2,9	$2\frac{1}{4}$	13,5	12,7	$11\frac{1}{4}$
Irland	6,1	2,8	3	18,1	15,2	$16\frac{1}{2}$
Italien	2,6	4,3	$2\frac{1}{4}$	16,2	19,2	$17\frac{1}{4}$
Niederlande	2,4	2,6	$2\frac{1}{4}$	7,8	7,0	$9\frac{1}{2}$
Belgien	2,5	3,0	$2\frac{1}{2}$	7,2	7,3	$9\frac{1}{2}$
Luxemburg	3,2	2,5	2	6,5	8,0	$8\frac{1}{2}$
United Kingdom	3,7	0,3	— 1	14,1	14,1	$14\frac{1}{2}$
EG	3,1	3,1	2	11,1	11,6	$11\frac{1}{4}$

	BIP-Deflator			Verbraucherpreisdeflator		
	1978	1979	1980	1978	1979	1980
Dänemark	9,7	8,0	9	9,4	9,7	$9\frac{3}{4}$
Bundesrepublik Deutschland ..	3,9	3,9	$4\frac{1}{4}$	2,6	4,3	$4\frac{1}{2}$
Frankreich	9,9	9,6	$8\frac{3}{4}$	8,8	10,2	$9\frac{1}{2}$
Irland	11,3	12,1	13	7,9	13,2	13
Italien	13,3	14,3	$14\frac{3}{4}$	12,7	15,2	$14\frac{1}{2}$
Niederlande	5,3	4,3	7	4,4	4,8	$6\frac{3}{4}$
Belgien	4,6	4,2	$6\frac{3}{4}$	4,5	4,5	7
Luxemburg	3,2	5,4	$6\frac{1}{2}$	3,1	4,5	$6\frac{1}{2}$
United Kingdom	10,2	13,8	$15\frac{1}{2}$	8,5	12,8	$12\frac{3}{4}$
EG	7,8	8,3	9	6,8	8,9	9
Standardabweichung	3,5	3,9	3,7	3,2	4,1	3,2

Tabelle 1.5

Aggregate der öffentlichen Finanzen 1978 bis 1980

Gesamtstaat Veränderungen in %						
	Ausgaben			Einnahmen		
	1978	1979	1980	1978	1979	1980
Dänemark	9,1	14,5	10,5	14,5	13,2	8,2
Bundesrepublik Deutschland ..	7,4	7,6	6,4	6,7	6,8	7,1
Frankreich	16,7	14,7	13,4	11,8	16,5	13,4
Irland ³⁾	19,7	22,6	13,4	14,3	9,2	40,4
Italien	27,9	18,1	16,6	22,4	15,0	17,0
Niederlande	9,7	11,3	9,8	9,1	10,3	11,0
Belgien	11,1	9,5	11,0	10,6	7,6	10,4
Luxemburg	7,4	8,3	9,1	10,8	6,4	7,8
United Kingdom	13,0	14,4	16,2	11,0	16,6	18,6
EG	13,0	12,3	11,6	10,9	12,0	12,2

	Gesamtstaat in % des BIP			Zentralstaat in % des BIP		
	Nettokreditaufnahme ¹⁾			Nettofinanzierungsbedarf ²⁾		
	1978	1979	1980	1978	1979	1980
Dänemark	— 0,5	— 1,0	— 2,0	— 2,8	— 3,5	— 4,3
Bundesrepublik Deutschland ..	— 2,7	— 3,1	— 2,8	— 3,0	— 3,4	— 3,2
Frankreich	— 2,3	— 1,7	— 1,7	— 1,6	— 1,7	— 1,7
Irland ³⁾	— 10,8	— 15,8	— 7,3	— 12,7	— 15,0	— 8,0
Italien	— 10,6	— 11,5	— 11,4	— 13,1	— 13,6	— 14,4
Niederlande	— 2,0	— 2,3	— 2,0	— 3,1	— 3,8	— 3,7
Belgien	— 6,3	— 7,2	— 7,4	— 6,4	— 7,2	— 7,1
Luxemburg	+ 2,8	+ 1,8	+ 1,0	+ 2,8	+ 1,8	+ 1,1
United Kingdom	— 3,9	— 3,1	— 2,4	— 4,9	— 4,5	— 4,1
EG	— 4,0	— 4,0	— 3,9	— 4,5	— 4,6	— 4,8

¹⁾ Definition der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Transaktionsbasis ohne Darlehen und Beteiligungen)²⁾ Haushaltsdefinition, Kassenbasis, einschließlich Darlehen und Beteiligungen³⁾ Die Zahlen für 1979 und 1980 sind verzerrt durch den Poststreik 1979.

Tabelle 1.6

Monetäre Aggregate 1978 bis 1980 (Jahresendzahlen)
Veränderungen in %

	Geldmenge		
	1978	1979	1980
Dänemark (M 2)	6,7	9,0	8 ¹ / ₂
Bundesrepublik Deutschland (M 3)	11,0	7,0	6 ¹ / ₂
Frankreich (M 2)	12,3	12,5	11
Irland (M 3)	28,7	21,0	16
Italien (M 2)	22,8	17,8	16 ¹ / ₂
Niederlande (M 2)	4,2	8,1	8 ³ / ₄
Belgien (M 2 H)	9,5	9,1	10 ³ / ₄
Luxemburg			
United Kingdom (sterling M 3)	13,7	12,5	11 ¹ / ₂
EG ¹⁾	12,7	10,9	10 ¹ / ₂

	Kredite monetärer Institutionen an Unternehmen und private Haushalte ²⁾		
	1978	1979	1980
Dänemark ³⁾	5,9	3,7	3
Bundesrepublik Deutschland	10,5	11 ¹ / ₂	9
Frankreich	11,0	11,9	11
Irland	32,0	24,0	20
Italien	18,0	13,0	10
Niederlande	22,6	18,7	16 ³ / ₄
Belgien	11,9	11,0	10 ³ / ₄
Luxemburg			
United Kingdom ⁴⁾	17,1	17,1	14 ¹ / ₂
EG ¹⁾ ⁵⁾	(13,5)	(13,0)	(11)

¹⁾ gewichtet mit BIP von 1978 zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

²⁾ wegen unterschiedlicher Abgrenzungen nicht vergleichbar zwischen Ländern

³⁾ Beitrag zum Anstieg der Geldmenge in Prozent der Geldmenge am Jahresanfang

⁴⁾ Sterling-Kreditvergabe an den Privat- und Auslandssektor

⁵⁾ ohne Dänemark

Tabelle 1.7

Arbeitsmärkte 1978 bis 1980

	Erwerbstätige insgesamt Veränderungen in %			Arbeitslosenquote in % der ziv. Erwerbsbevölkerung		
	1978	1979	1980	1978	1979	1980
Dänemark	1,0	0,8	0,2	6,6	5,8	6,1
Bundesrepublik Deutschland ..	0,3	1,1	0,0	3,9	3,4	3,4
Frankreich	1,0	0,5	0,1	5,0	5,9	6,8
Irland	1,1	2,1	0,6	8,7	7,9	7,8
Italien	0,6	0,5	— 0,2	7,1	7,7	8,4
Niederlande	0,2	0,2	0,2	4,2	4,3	4,3
Belgien	— 0,4	0,2	0,6	8,3	8,7	8,8
Luxemburg	— 0,7	0,6	— 0,1	0,8	0,8	0,9
United Kingdom	0,2	0,8	— 0,5	5,7	5,6	6,6
EG	0,3	0,7	0	5,5	5,6	6,2

Tabelle 1.8

Zahlungsbilanz 1978 bis 1980

	Leistungsbilanz Mrd. ERE			in % des BIP		
	1978	1979	1980	1978	1979	1980
Dänemark	— 1,2	— 1,8	— 2,0	— 2,6	— 3,7	— 3,9
Bundesrepublik Deutschland	7,4	— 0,9	— 3,1	+ 1,5	— 0,2	— 0,5
Frankreich	2,9	0,3	— 0,8	+ 0,8	+ 0,1	— 0,2
Irland	— 0,2	— 0,9	— 1,0	— 2,6	— 8,3	— 8,2
Italien	4,9	3,5	3,5	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,3
Niederlande	— 0,7	— 0,3	0	— 0,7	— 0,3	0
Belgien	— 1,2	— 1,4	— 1,9	— 1,5	— 1,8	— 2,2
Luxemburg	0,5	0,5	0,6	—	—	—
United Kingdom	1,6	— 2,3	— 0,4	+ 0,6	— 0,8	— 0,1
EG	14,0	— 3,3	— 5,2	0,9	— 0,2	— 0,3

Projektionen der Kommission, Grundsätze und Methoden

Die Kommissionsdienststellen arbeiten dreimal jährlich, und zwar im Januar, Mai und September kurzfristige Wirtschaftsprojektionen aus. Die ersten Projektionen für ein bestimmtes Jahr werden im Mai des vorhergehenden Jahres aufgestellt. Diese werden dann unter Berücksichtigung zusätzlicher Informationen bei den darauffolgenden Beratungen bis zum Oktober des betreffenden Jahres laufend angepaßt. Der dreimal jährliche Rhythmus ergibt sich aus den drei Hauptaufgaben, die der Rat der Kommission übertragen hat. Es handelt sich dabei erstens um die Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichts im vierten Quartal eines jeden Jahres, in dem u. a. die Leitlinien für die Wirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten festgelegt werden, zweitens um die Anpassung dieser Leitlinien im ersten Quartal des darauffolgenden Jahres unter Berücksichtigung der neuesten Entwicklung der wirtschaftlichen Lage und drittens im zweiten Quartal um die Festlegung quantitativer Orientierungsdaten für die Entwürfe der Staatshaushalte des folgenden Jahres¹⁾. Diese verschiedenen Leitlinien werden von der Kommission jeweils auf der Grundlage ausführlicher Projektionen für jeden Mitgliedstaat aufgestellt; die Projektionen umfassen:

1. Wachstum des BIP und seiner Komponenten sowohl real als auch nominal
2. Produktion und Beschäftigung, unterteilt nach großen Wirtschaftssektoren
3. Ausgaben der privaten Haushalte sowie deren Einkommen aufgegliedert nach den wichtigsten Einkommensarten
4. Laufende und vermögenswirksame Einnahmen und Ausgaben des Staates, d. h. konsolidierte Rechnungen des Zentralstaats, der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger
5. Kapitalkonto über Ersparnis, Kapitalbildung und Kreditbedarf der einzelnen Sektoren
6. Leistungsbilanz, untergliedert nach Waren, Dienstleistungen und Übertragungen
7. Schließlich eine Reihe wichtiger wirtschaftlicher Gesamtgrößen und Indikatoren einschließlich Industrieproduktion, Beschäftigung und Lohnentwicklung.

Die Aufstellung der Projektionen beginnt jeweils mit verschiedenen Hypothesen über die wirtschaftlichen Entwicklungen außerhalb der Gemeinschaft, insbesondere das Wachstum des BIP und der Einfuhren in den übrigen OECD-Ländern, den OPEC-Ländern, den nicht-ölproduzierenden Entwicklungsländern und den Staatshandelsländern. Diese Annahmen werden wegen der wechselseitigen Einflüsse, die zwischen diesen Ländergruppen und der Gemeinschaft bestehen, während der Projektionsarbeiten entsprechend den sich herauskristallisierenden Aussichten für die Gemeinschaftseinfuhren laufend angepaßt. Gleichzeitig werden Hypothesen über die Preistrends für die Gemeinschaftseinfuhren ver-

schiedener Rohstoffe einschließlich Öl sowie Fertigwaren aufgestellt. Auf der Grundlage dieser Annahmen werden zusammen mit ersten Schätzungen der Ausfuhrpreis- und Einfuhrvolumensveränderungen für jeden Mitgliedstaat Vorausschätzungen über das Wachstum der Marktanteile und die Veränderungen der Einfuhrkosten für jeden Mitgliedstaat unter Verwendung einer (18 x 18) Matrix der bilateralen Handelsströme auf der Basis der neuesten verfügbaren Angaben erstellt. Während die inländischen Projektionen allmählich Gestalt annehmen, wird der Prozeß der Neuberechnung der Veränderungen von Marktanteilen und Einfuhrkosten weitergeführt. Wenn die Handelsprojektionen abgeschlossen werden, müssen zwei Konvergenzkriterien erfüllt sein: Die innergemeinschaftlichen Einfuhren und Ausfuhren in jeweiligen und konstanten Preisen müssen gleich sein, und die projizierten Veränderungen der Ausfuhranteile oder Abweichungen zwischen den berechneten Einfuhrkosten und den projizierten Einfuhrpreisen müssen unter Berücksichtigung von Faktoren wie Veränderungen der Wettbewerbsfähigkeit begründet werden.

Die Projektionen für die inländische Wirtschaft bestehen aus drei eng miteinander verflochtenen Teilen, nämlich der Aufstellung von Projektionen für den Privatsektor, den öffentlichen Sektor und die monetären Aggregate. Für diese drei Gruppen von Projektionen sind Fachleute der jeweiligen Gebiete zuständig, die jedoch zwangsläufig sehr eng miteinander zusammenarbeiten. Die Vorausschätzungen für den Privatsektor stützen sich bis zu einem gewissen Grade auf simultane ökonomische Relationen, doch werden die Ergebnisse dieser Modellrechnungen nur insoweit übernommen, als sie sachlogisch aus der Kenntnis der einzelnen Länder gerechtfertigt erscheinen.

Die Projektionen für den öffentlichen Sektor, insbesondere für Steuereinnahmen und soziale Übertragungen, hängen von der Entwicklung im Privatsektor sowie von dem jeweiligen politischen Kurs ab („keine politischen Änderungen“ oder umgekehrt). Wenn erst kurz zuvor der Haushalt des Zentralstaats oder steuerliche Maßnahmen verabschiedet wurden, läßt sich dieser Begriff leicht interpretieren. Sind politische Änderungen nur wahrscheinlich oder werden sie zur Zeit noch diskutiert, so ist die Interpretation offensichtlich Ermessenssache. Die monetären Projektionen, die besonders eng mit denen des öffentlichen Sektors zusammenhängen, stützen sich auf die Annahme, daß die Währungspolitik unverändert bleibt.

Vor und während der Aufstellung der Projektionen stehen die Kommissionsdienststellen in enger Verbindung mit den zuständigen Regierungsstellen in den Mitgliedstaaten und besprechen die Projektionen mit diesen. Schließlich wird bei einem gemeinsamen Treffen der Projektionsexperten aus den Mitgliedstaaten und den zuständigen Dienststellen der Kommission über die Vorausschätzungen beraten. Nichtsdestoweniger erstellt die Kommission ihre Projektionen unabhängig und ist für die Veröffentlichung der wichtigsten Gesamtgrößen in dieser Broschüre (sowie in anderen Ausgaben der Europäischen Wirtschaft) allein verantwortlich.

¹⁾ Artikel 2, 3 und 4 der Entscheidung 74/120/EWG vom 18. Februar 1974

2. Die konjunkturelle Entwicklung in den siebziger Jahren

In diesem Kapitel wird die Konjunktorentwicklung der Realwirtschaft vom Anfang dieses Jahrzehnts bis zur Gegenwart behandelt. Es soll darin kurz überprüft werden, wie die europäische Wirtschaft sich in den verschiedenen Konjunkturabschnitten verhalten hat, vor allem in dem durch den Ölpreisanstieg von 1973 bis 1974 und in den nachfolgenden wirtschaftspolitisch bestimmten Phasen; diese führten zu der derzeitigen Aufgabe 1979 und 1980 zusätzlich zu den schwerwiegenden ungelösten Problemen der gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte, einen zweiten Ölschock zu bewältigen.

Der Referenzzyklus in der Gemeinschaft, 1970 bis 1979

Die jährlichen Wachstumsraten des BIP für die Länder der Gemeinschaft, der Vereinigten Staaten, Japans und des OECD-Wirtschaftsraumes sind in Tabelle 2.1. dargestellt. Ein genaueres Bild der Wirtschaftstendenzen vermittelt Schaubild 2.1., in dem für die Gemeinschaft und die vier großen Mitgliedstaaten das BIP entsprechend den Quartalsabweichungen vom Trend dargestellt ist. Dieses Schaubild ermöglicht die Abgrenzung mehrerer bestimmter Konjunkturphasen seit 1970. Während der genaue zeitliche Ablauf von Land zu Land verschieden war, neigten die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft während der siebziger Jahre jedoch mehr als je zuvor, teils infolge ihrer wachsenden gegenseitigen Handelsverflechtung und teils auf gemeinsame Erschütterungen von außen hin zu einer hochsynchronisierten Konjunktorentwicklung.

Das gegenwärtige Jahrzehnt begann mit einer leichten Wachstumsverlangsamung (von Mitte 1970 bis Ende 1972) überall in der Gemeinschaft und im gesamten OECD-Raum. Von Ende 1972 bis Mitte 1974 erlebte die Gemeinschaft einen starken Aufschwung, an dem alle Mitgliedstaaten — wenn auch im Falle des Vereinigten Königreichs nur kurz — beteiligt waren. Die nachfolgende Rezession, die stärkste seit den 30er Jahren, dauerte bis Ende 1975. In der ganzen Gemeinschaft war in 1976 eine kräftige, wenn auch kurzlebige Erholung zu verzeichnen. Daran schloß sich 1977 ein Jahr des langsamen Wachstums in der Gemeinschaft an, das mit einer verhältnismäßig starken andauernden Erholung in Japan und den Vereinigten Staaten kontrastierte. Die beinahe Stagnation von 1977 wurde schließlich vom zweiten Halbjahr 1978 an in den meisten Mitgliedstaaten durch höhere Wachstumsraten abgelöst. Diese Entwicklung kann als ein erneuter Erholungsprozeß ausgelegt werden, der jedoch durch die nachteiligen Auswirkungen des sehr harten Winters 1978/79 zeitweise gedämpft wurde und nunmehr durch den neuen Ölschock beeinträchtigt wird.

Der Ölpreisschock von 1973 bis 1974

Es wird heute allgemein anerkannt, daß die Saat einer rückläufigen Konjunkturbewegung bereits

während der Hochkonjunktur von 1972 bis 1973 gesät wurde. In allen EG-Ländern und in den meisten OECD-Ländern stieg der Zuwachs der Geldmenge 1971 und 1972 erheblich, was bis zu einem gewissen Grad als politische Reaktion auf die Konjunkturabschwächung in den Jahren 1970 bis 1972 zu werten ist. 1973 stieg die Inflationsrate überall in der Gemeinschaft, was teilweise eine Reaktion auf den beschleunigten Anstieg der Rohstoffpreise — der Dollar-Gesamtindex des Economist, der 1972 im Mittel bei 107 gelegen hatte, stieg 1973 auf 166 — war, die ihrerseits auf die wachsende Nachfrage aus den Industrieländern reagierten. Dieser inflationäre Auftrieb war weitgehend für die Maßnahmen zur Senkung der Geldmengenwachstumsrate verantwortlich, die in mehreren Mitgliedstaaten, vor allem in Frankreich, Deutschland, Belgien, Dänemark und dem Vereinigten Königreich sowie Japan und in den Vereinigten Staaten während des Jahres 1973 getroffen wurden. In der gesamten Gemeinschaft und in den meisten Industrieländern schnellten die Zinssätze 1973 in die Höhe. Dies war der Hintergrund, vor dem die Ölpreise in den vier Monaten vor Januar 1974 um das Vierfache stiegen.

Im zweiten Halbjahr 1974 war ersichtlich, daß sich eine ernsthafte Rezession anbahnte. Schaubild 2.2 zeigt die Abweichungen vom Trend für eine Reihe von Konjunkturindikatoren der Gemeinschaft insgesamt im Vergleich zu denjenigen des BIP auf der Basis von Vierteljahreszahlen. Wie zu ersehen ist, waren die Produktionserwartungen gemäß den Unternehmensbefragungen in der Gemeinschaft seit Mitte 1973, also vor der ersten Ankündigung höherer Ölpreise, gefallen und fielen rasch weiter. Die Auftragsbestände schwanden, und seit Ende 1973 kam es zu einem Vorratsüberhang bei Fertigerzeugnissen.

Damit aber der Ölpreisanstieg die Rezession auslöste, mußte die durch ihn verursachte Verschlechterung der Austauschrelationen im Außenhandel in einen effektiven Angebots- und Nachfragerückgang übergehen. Mit anderen Worten, einer oder mehrere der größten Sektoren, Haushalte, Unternehmen oder der Staat, hatten eine Kürzung ihrer Realausgaben für Waren und Leistungen hinzunehmen. Was sich im allgemeinen ereignet zu haben scheint, ist, daß das verfügbare Realeinkommen des Haushaltssektors und wohl auch seine Hauptkomponenten, das Arbeitseinkommen, nicht abnahmen, sondern sowohl 1974 als auch 1975 sogar wuchsen. Andererseits wurden die Gewinne des Unternehmenssektors 1974 wesentlich abgebaut, wodurch allem Anschein nach sein externer Finanzierungsbedarf rasch stieg. Wegen des steilen Anstiegs der Sparquote des Haushaltssektors ging der Finanzüberschuß des privaten Wirtschaftsbereichs insgesamt 1974 jedoch nur geringfügig zurück. Dadurch, daß 1975 die gestiegenen Kosten in Form von höheren Erzeugerpreisen abgewälzt, die Investitionsausgaben gekürzt und die Vorratsbestände stark abgebaut wurden, verbesserte sich die Finanzlage des Unternehmenssektors und schnellte der Finanzierungsüberschuß der Privatwirtschaft insgesamt von 0,4 % des BIP 1974 auf 5,3 % im Jahre 1975 hoch (siehe Schaubild 2.4). Schau-

bild 2.3 veranschaulicht die Quartalsabweichungen vom Trend für den privaten Verbrauch, die Bruttoanlageinvestitionen und die Ausfuhren der Gemeinschaft insgesamt. Die Wachstumsrate des Verbrauchs sank im Verlauf des Jahres 1974 und blieb von Mitte 1974 bis Anfang 1976 unter dem Trend. Die Wachstumsrate der Anlageinvestitionen verringerte sich zwar nach dem Boom von 1973, blieb jedoch höher als der Trendwert, um erst gegen Ende 1974 scharf abzufallen. Der ernsthafte Rückgang des Welthandels wirkte sich nachteilig auf die Ausfuhren aus, deren reale Wachstumsrate ab Mitte 1974 rasch fiel.

Die finanziellen Überschüsse und Defizite des privaten und des öffentlichen Sektors sowie der gesamten Gemeinschaft gegenüber der übrigen Welt von 1960 bis zur Gegenwart sind im Schaubild 2.4 dargestellt. Offenkundig stellt das Jahr 1975 einen vollständigen Bruch mit den vorhergehenden 15 Jahren dar, in denen die sektoralen Defizite und Überschüsse innerhalb einer 2 %-Marge des BIP schwankten. Da aber die Rezession das gemeinschaftliche Leistungsbilanzdefizit 1975 beseitigte, spiegelte sich der enorme Sprung beim privaten Sektor hauptsächlich in dem sprunghaften Anstieg des öffentlichen Defizits wider. Es gilt daher, die politische Reaktion auf die Ölkrise zusammen mit der automatischen Rückwirkung der Rezession auf die öffentlichen Haushalte zu prüfen.

Die Antwort der Wirtschaftspolitik auf die Ölkrise von 1973 bis 1974

In 1974 war die Haushaltspolitik leicht stimulierend. Der staatliche Nettofinanzierungssaldo in Prozent des BIP in der Gemeinschaft verdoppelte sich beinahe, doch blieb das Gesamtdefizit mit 1,7 % in jenem Jahr verhältnismäßig gering. Grund für das steigende Defizit waren hauptsächlich automatische Stabilisatoren, insbesondere in Form von niedrigeren Steuereinnahmen und höheren Sozialtransfers. Gleichwohl war weiterhin in den meisten Ländern, besonders in Italien und im Vereinigten Königreich, eine restriktive Geldpolitik zu beobachten. Tatsächlich war sowohl 1974 als auch 1975 der Anstieg der Geldmenge in der Gemeinschaft nicht höher als der Anstieg des Verbraucherpreisdeflators.

In den Jahren 1974 und 1975 wurden jedoch mit Hilfe weitreichender Indexierungsvereinbarungen in den meisten Ländern der Gemeinschaft die Löhne zum Ausgleich der unmittelbaren inflationären Wirkungen des Ölpreisanstiegs erhöht. Tatsächlich stiegen während dieser beiden Jahre die durchschnittlichen Reallöhne in allen Mitgliedstaaten. Diese Entwicklung hatte mehrere wichtige Folgen. Zunächst wurde das verfügbare Realeinkommen des Haushaltssektors erhalten. Zum anderen wurde damit der Finanzierungsspielraum des Unternehmenssektors weiter eingeschränkt, was zu dem starken Rückgang der Investitionsausgaben beitrug. Drittens stiegen die Inflationserwartungen weiter, wodurch sich die mit jedem beliebigen Output-Niveau verbundene Inflationsrate weiter verschlechterte. Der Inflationsanstieg an sich bewirkte eine erhebliche Senkung der Gesamtnachfrage durch die Reaktion der

Haushalte auf die Verminderung des realen Wertes ihrer Geldvermögen und -anlagen¹⁾.

1975 verschärfte sich die Rezession durch einen starken Lagerabbau, der mit 2 1/2 % zum Sinken des BIP-Niveaus beitrug (siehe Tabelle 2.2). In den letzten Monaten 1974 und ersten Monaten von 1975 gelangten die Behörden in den Mitgliedstaaten zu der Überzeugung, daß eine Änderung der Politik erforderlich war. Ihre Reaktionen waren jedoch von Land zu Land verschieden. Im Vereinigten Königreich wirkten das zunehmende öffentliche Defizit, eine Lohnexplosion und stark gestiegene Inflationserwartungen zusammen und begrenzten den Rückgang von Produktion und Beschäftigung, allerdings auf Kosten einer stark erhöhten Inflationsrate. Im Gegensatz hierzu wurde in einigen anderen Ländern durch strenge Währungs- und Steuerpolitiken vor allem auf eine Senkung der Inflationsrate abgestellt. Diese Haltung wurde in gewissem Maße in der Bundesrepublik Deutschland und außerhalb der Gemeinschaft vor allem in der Schweiz eingenommen. Im Vereinigten Königreich stieg die Inflationsrate, die 1974 noch 16 1/2 % betragen hatte, 1975 auf 23 1/2 %. In Deutschland sank sie geringfügig von 7 % 1974 auf 6 % 1975, während sie in der Schweiz von 9 % auf 4 % zurückging. 1975 ging die Beschäftigung im Vereinigten Königreich um weniger als 1/2 %, in Deutschland um 3 1/2 % und in der Schweiz um 9 % zurück.

Dänemark, Italien und Belgien können ebenfalls recht willkürlich als Länder eingestuft werden, die eine „Anpassungspolitik“ verfolgten, insofern als in diesen Ländern die Währungspolitik verhältnismäßig liberal und die öffentlichen Haushalte expansiv waren. So tendierte die politische Einstellung zur Hinnahme der direkten und indirekten inflationären Wirkungen des Ölpreisanstiegs, wobei in erster Linie versucht wurde, die rezessive Wirkung auf Produktion und Beschäftigung einzudämmen. Die meisten Mitgliedstaaten tendierten jedoch zu einer kombinierten Politik, bei der die Verknappung der Geldmenge mit kompensierenden wachsenden öffentlichen Defiziten einherging. Das Nettoergebnis war, daß die Verbraucherpreise in der Gemeinschaft insgesamt sowohl 1974 als auch 1975 um etwa den gleichen Satz (13 %) anstiegen, während das BIP weiter, nach Mitte 1975 allerdings langamer fiel.

¹⁾ Eine Untersuchung der Wirkung der Inflationsraten auf die Verbraucherausgaben in den vier größten EG-Mitgliedstaaten, über die in einer kommenden Ausgabe von Europäische Wirtschaft berichtet wird, ergibt, daß die Verbraucherverhaltensstrukturen sich nach dem 1973–74er Ölschock zu höheren Sparquoten hin veränderten und daß diese Veränderung durch die Abwehrreaktionen der Verbraucher gegen die wachsende Inflation verursacht wurde. Sodann gibt es zumindest im Falle der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs sprunghafte Reaktionen auf die Inflationsraten in der Form, daß ab einer bestimmten kritischen Inflationsrate die Inflationsempfindlichkeit der Ersparnisbildung zunimmt. So stellte sich dort, wo die Inflationsraten unter das kritische Niveau sanken, wie in Deutschland und Frankreich, die vorherige Struktur wieder ein.

Der enorme Anstieg des Finanzierungsdefizit im öffentlichen Sektor in 1975 war das Ergebnis einer automatisch anwachsenden Komponente aufgrund eingebauter Stabilisatoren bei Steuern und Übertragungen sowie einer dem Ermessen anheimgestellten Steigerung, die eine expansionistischere Fiskalpolitik spiegelte. In der ersten Hälfte 1975 waren die Steuermaßnahmen mehr oder weniger auf einige bescheidene Anhebungen der Arbeitslosenunterstützung und verbesserte Beihilfen für Privatinvestitionen begrenzt. Doch im August und September wurden in Deutschland, Frankreich, Italien, Dänemark und in den Niederlanden bedeutsame koordinierte Expansionsprogramme mit erheblichen budgetären Auswirkungen beschlossen. In Deutschland wurde im August ein Investitionshilfeprogramm über 6 Mrd. DM angekündigt und ein zusätzliches Defizit von 15 Mrd. DM geplant. Im September kündigte die französische Regierung ein 30 Milliarden-Expansionsprogramm an. Im August wurde in Italien zugleich mit weiteren Anregungsmaßnahmen ein Ausgabenpaket im Werte von 400 Mrd. Lire bereitgestellt.

In Tabelle 2.2 sind die Beiträge der öffentlichen Ausgaben zum BIP-Wachstum in 1975 wiedergegeben. Veränderungen bei den Steuereinnahmen und anderen laufenden Einnahmen bildeten ebenfalls einen Beitrag zum Wachstum des BIP in Dänemark, Deutschland, Irland und Italien. Mit dem kombinierten Beitrag des staatlichen Sektors insgesamt mit Ausnahme Frankreichs, Belgiens, Luxemburgs und des Vereinigten Königreichs stellte das öffentliche Defizit einen wichtigen Beitrag zur Stützung der Wirtschaftstätigkeit dar. In allen Ländern waren die sozialen Übertragungen eine besonders expansive Komponente der staatlichen Ausgaben. Die Investitionen des öffentlichen Sektors waren auch in Frankreich und Italien wesentlich. In der Gemeinschaft insgesamt leistete der staatliche Sektor einen direkten Beitrag von etwa 0,7 % zum Wachstum des BIP, davon stammten 0,6 % aus öffentlichen Ausgaben und 0,1 % aus verringerten Steuereinnahmen.

Aufschwung 1976

In allen EG-Ländern stieg die Produktion 1976 kräftig an, wenngleich auch im allgemeinen nicht so schnell wie in den Vereinigten Staaten, Japan oder in einigen europäischen Ländern außerhalb der Gemeinschaft. Wie aus Tabelle 2.2 hervorgeht, war diese Erholung hauptsächlich auf die erneute Zunahme des privaten Verbrauchs und der Vorratsbildung zurückzuführen und spiegelte in einigen Ländern die Steuerermäßigungsmaßnahmen des Vorjahres wider. Nur in Dänemark trugen die Anlageinvestitionen im Privatsektor bedeutsam zur erhöhten Wirtschaftstätigkeit bei. Nur in Dänemark und Irland leisteten die öffentlichen Ausgaben einen bemerkenswerten Beitrag.

In dem Maße wie die Ölpreiserhöhungen und andere Rohstoffpreiserhöhungen absorbiert waren und die Inflationserwartungen in den meisten EG-Ländern sanken (der reale Ölpreis blieb in ERE von Ende 1974 bis Ende 1978 konstant), verbesserte sich auch die Inflation Output-Wechselwirkung generell, so daß nach Ansicht aller Mitgliedstaaten höhere

Produktion bei weniger Inflation möglich erschienen. Das rasche Wachstum im gesamten OECD-Raum und eine Tendenzwende in den Entwicklungsländerimporten (außer Öl-Entwicklungsländer), die 1975 real gesunken waren, kamen der Gesellschaft zugute.

Nach den koordinierten Konjunkturspritzen des zweiten Halbjahres 1975 mag es sonderbar erscheinen, daß der öffentliche Sektor 1976 einen verhältnismäßig geringen Wachstumsbeitrag leistete, ob gemessen wie in Tabelle 2.2 oder als Abnahme des Finanzierungssaldos in Schaubild 2.4. Jedoch führten im Verlauf des Jahres 1976 wachsende Befürchtungen über die Folgen von derart hohen öffentlichen Defiziten aus Besorgnis, daß entweder die Privatinvestitionen „verdrängt“ oder aber unerwünschte und inflationäre Geldmengen zunehmen entstehen würden — zu Maßnahmen, die den Zuwachs der Regierungsausgaben dämpfen sollten. In Deutschland verzögerte sich die Durchführung der öffentlichen Ausgabenprogramme häufig durch Verwaltungsfragen. Im Falle Irlands und Italiens, wo die staatlichen Defizite 1976 weit über 10 % des BIP betrugen und die Leistungsbilanzdefizite rasch zunahmen, wurden restriktive Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsanleihen getroffen. Im Vereinigten Königreich, wo der Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors 1975 eine alarmierende Höhe von 11 % des BIP erreicht hatte und für 1976 eine weitere Zunahme erwartet wurde und wo der durchschnittliche effektive Wechselkurs in der Zeit 1975 bis 1976 um rund 15 % zurückging, trafen die Behörden strenge Maßnahmen zur Dämpfung des öffentlichen Ausgabenwachses. Insgesamt war es jedoch vielmehr das rasche Wachstum der Einnahmen als das der Ausgaben, im Gefolge der realen und nominalen Einkommenszuwächse, doch in Italien auch wegen Steuererhöhungen, das die globalen staatlichen Haushaltsdefizite in absoluten Werten in Dänemark, Deutschland, Frankreich, Irland, Italien und in den Niederlanden unter die Werte von 1975 absinken ließ. Damit hatte sich die Steuerprogression mit der Zunahme des Anteils der direkten Steuern am BIP der Gemeinschaft von 12,9 % auf 13,5 % als äußerst wirksam erwiesen.

Im Verlaufe des Jahres wurde die Währungspolitik immer restriktiver. Gemäß der weiteren Definition (M2 oder M3) ging die Zunahme der Geldmenge in keinem Mitgliedstaat, mit Ausnahme der Niederlande, über die nominale BIP-Wachstumsrate hinaus. In der ganzen Gemeinschaft stiegen während dieses Jahres insbesondere die kurzfristigen Zinsen.

Die Erholung von 1976 zeigte schon gegen Sommerende Zeichen der Schwäche. Die Quartalszuwachsrate der Industrieproduktion für die Gemeinschaft insgesamt, die im ersten Quartal 1975 3,4 % betragen hatten, sanken im zweiten Quartal 1976 auf 2,2 %, im dritten Quartal auf Null und im letzten Quartal auf bescheidene 0,8 %. Im nachfolgenden Abschnitt prüfen wir, welche Faktoren dem vorzeitigen Ende der Erholung zugrunde lagen, zu einem Zeitpunkt als die industrielle Produktion im allgemeinen noch unter ihrem Höhepunkt von 1974 verblieb und die Arbeitslosigkeit in den meisten Fällen seit noch nicht einmal sechs Monaten abnahm.

Eine Periode langsamen Wachstums: Ende 1976 bis Mitte 1978

Die oberflächlichen Gründe für das Erlöschen des 1977er Aufschwungs sind aus den Beiträgen zum Wachstum in 1977 der Hauptnachfragekomponenten zu ersehen (siehe Tabelle 2.2). Das Gesamtbild zeigt eindeutig eine schwache Nachfrage der Haushalte, noch schwächere Investitionen des privaten Sektors, einen vernachlässigbaren Beitrag der öffentlichen Ausgaben, einen mäßigen Lagerabbau und unterschiedliche Beiträge der Handelsbilanz.

Ausgabenkürzungen und steigende Steuern, die in den meisten Ländern eine restriktive Haushaltspolitik anzeigten, ergaben, daß das Finanzierungsdefizit des Gesamtstaates in allen Mitgliedstaaten, außer in Belgien und Luxemburg abnahm. Für die Gemeinschaft sank es von 5,2 % des BIP in 1975 auf 3,7 % im Jahre 1976 und weiter, bis auf 3,3 % des BIP in 1977; nur Frankreich und in geringerem Umfang Belgien verzeichneten einen Anstieg des Finanzierungsdefizits in 1977. Das Finanzierungsdefizit des öffentlichen Sektors sank sogar noch stärker als das des Gesamtstaates, da die Investitionsprogramme der verstaatlichten Industrien in vielen Ländern im Interesse der monetären Disziplin gekürzt wurden.

Es wurde bereits hervorgehoben, daß die Geldpolitik 1976 in der Praxis im allgemeinen streng gehandhabt wurde, obgleich der Geldmengenzuwachs häufig über die ursprünglichen Zielsetzungen hinausging. 1977 wurde sie in Deutschland, Frankreich und im Vereinigten Königreich etwas aufgelockert, während sie in anderen Ländern — teilweise wegen der Wechselkursprobleme — weiterhin streng gehandhabt wurde. Im Vergleich zu 1976 ging in Dänemark, den Niederlanden und Belgien der Geldzuwachs 1977 zurück. Im allgemeinen sanken die Zinssätze schrittweise während des ganzen Jahres 1977.

Die während 1976 eingenommene wirtschaftspolitische Haltung trug eindeutig zur vorzeitigen Verlangsamung des Erholungsprozesses und zu dem schleppenden Wachstum im darauffolgenden Jahr mit bei. Die haushalts- und steuerpolitische Ausrichtung wurde festgelegt, bevor sich herausstellte, daß Privatinvestitionen und -verbrauch nachlassen würden. Als sich der Erholungsprozeß im zweiten Halbjahr 1976 verlangsamte, sahen sich die Entscheidungsträger durch hohe Haushaltsdefizite, Inflationsdruck und — in einigen Ländern durch Währungsschwäche eingeengt und bestenfalls zu einem insgesamt neutralen Verhalten gezwungen.

Während die Inflation in Deutschland und in den Beneluxländern weiter abflaute, stieg sie gegen Ende 1976 in Dänemark, Frankreich, Italien und im Vereinigten Königreich erneut an. In Italien, Irland und im Vereinigten Königreich überstiegen die Inflationsraten nach wie vor erheblich den gemeinschaftlichen Durchschnitt. Diese Länder waren zugleich mit Belgien auch am stärksten von den monetären Folgen der Finanzierung ihrer großen öffentlichen Defizite betroffen. Das Vereinigte Königreich, Italien und Frankreich waren in besonderer Sorge wegen ihrer Wechselkursentwicklungen. Das britische Pfund, dessen Kurs sich im ersten Halbjahr 1976

stark abgeschwächt hatte, erholte sich etwas in den Sommermonaten, erfuhr aber gegen Jahresende unvermittelt einen neuen Kurseinbruch, so daß es innerhalb von zwölf Monaten eine effektive Abwertung von über 20 % verzeichnete. Die Lira verhielt sich ähnlich und verzeichnete einen effektiven Kursverlust der gleichen Größenordnung. Auch der Kurs des französischen Franken sank im zweiten Halbjahr, allerdings weniger dramatisch mit einer effektiven Entwertung von rund 10 % über zwölf Monate.

Im Bereich des Privatverbrauchs hätte angesichts der das ganze Jahr 1976 hindurch sinkenden Inflationsraten eine Steigerung der Verbraucherausgaben erwartet werden können, und tatsächlich wies die Sparquote in mehreren Ländern (Dänemark, Deutschland, Frankreich und Irland) 1976 auch eine rückläufige Tendenz auf, stabilisierte sich jedoch 1977 im allgemeinen. Tatsächlich wuchs 1976 und 1977 das verfügbare Realeinkommen langsamer, was in manchen Fällen teilweise auf die auf Stärkung der Unternehmensgewinne angelegten Einkommenspolitiken zurückzuführen war. Danach schwächte sich auch die Wiederbeschaffung von langlebigen Gütern, vor allem Kraftfahrzeugen ab, die während der Rezession aufgeschoben worden war und den Verbrauch im ersten Halbjahr 1976 angeregt hatte. Nichtsdestoweniger kam das 1977 und Anfang 1978 verzeichnete Wachstum insgesamt vom Beitrag der Privatverbraucherausgaben her.

Im Fall der Privatinvestitionen war die Entwicklung während des Berichtszeitraums angesichts der in allen Mitgliedstaaten getroffenen beträchtlichen Förderungsmaßnahmen und der besseren Finanzlage des Unternehmenssektors enttäuschend. In vielen Wirtschaftsbereichen war jedoch die Kapazität noch immer ungenügend ausgelastet, und die erste Reaktion war, durch Verminderung der kurzfristigen Verbindlichkeiten die Bilanzen zu verbessern, statt in neue Investitionsprogramme einzusteigen. Die Unternehmerbefragungen in der Gemeinschaft ergaben das ganze Jahr hindurch einen sich verschlechternden Konjunkturklimaindikator.

In Anbetracht der schleppenden wirtschaftlichen Entwicklung kam der Europäische Rat im April 1978 überein, daß die Gemeinschaft eine Strategie ausarbeiten solle, um „die unbefriedigende Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Gemeinschaft umzukehren“. Von der Kommission wurde gemeinsam mit den nationalen Behörden ein konzertiertes Aktionsprogramm ausgearbeitet und am 6. und 7. Juli 1978 auf der Tagung des Europäischen Rates in Bremen verabschiedet. Dieses Programm bildete die Grundlage für den Beitrag der Gemeinschaft zu einem im weiteren Rahmen koordinierten Bündel von Ankurbelungsmaßnahmen auf dem westlichen Wirtschaftsgipfel in Bonn in der darauffolgenden Woche.

Das konzertierte Aktionsprogramm der Gemeinschaft wurde auf der Finanzministertagung vom 24. Juli im einzelnen erörtert. Die Folgen der auf dieser Tagung getroffenen Entscheidung wurden in der Jahreswirtschaftsübersicht 1978 bis 1979 behandelt. Die deutschen Behörden ergriffen Förderungsmaßnahmen, die Anfang dieses Jahres auf rund 1 %

des BIP veranschlagt wurden. Die französische Regierung beschloß 1978 eine expansivere Haushaltspolitik und blieb dieses Jahr bei dieser Haltung. Einige andere Länder, namentlich Belgien, Irland und Italien, verfolgten die in Bremen vereinbarten Programme durch die Eindämmung der öffentlichen Defizite bei gleichzeitiger Umstrukturierung der Ausgaben zugunsten wachstumsorientierter Maßnahmen. Die wichtigsten Expansionsmaßnahmen, die Ende 1978 von der japanischen Regierung durchgeführt wurden, waren ein bedeutsamer Beitrag zu dem in Bonn in weiterem Rahmen koordinierten und beschlossenen Programm.

Der Ölpreisanstieg von 1979

Als die in Bonn und Bremen beschlossenen konzentrierten Aktionen Anfang dieses Jahres im allgemeinen anließen, bestanden bereits Anzeichen eines Aufschwungs (siehe Schaubild 2.1), der teilweise auf eine Auflockerung der Haushalts- und Währungspolitik in 1978 zurückzuführen war (Schaubild 2.4). Die höheren Defizite kamen in manchen Fällen hauptsächlich von den Indexierungsvereinbarungen her, so etwa in Italien. Im Vereinigten Königreich bestand die Förderung, die mehr als 1 % des BIP entsprach, teilweise aus Steuerermäßigungen aufgrund von Indexierungsvereinbarungen und teilweise aus erhöhten Ausgaben und besonderen steuerpolitischen Entscheidungen. In anderen Ländern, etwa in Deutschland, war sie weitgehend das Ergebnis der in den Vorjahren aufgestellten öffentlichen Ausgabenprogramme.

Der ungewöhnlich harte Winter 1978 bis 1979 und in einigen Mitgliedstaaten die Arbeitskämpfe führten zu einer Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit im Januar und Februar 1979. Von März bis Mitte 1979 erholte sich die Wachstumsrate des BIP wieder, so daß für das erste Halbjahr 1979 die Zuwachsrate bei 3 % gelegen haben dürfte, während sie im zweiten Halbjahr 1978 über 4 % betragen hatte.

Gleichzeitig stiegen die Ölpreise während des ganzen ersten Halbjahres 1979. Die OPEC-Konferenz von Ende Juni brachte den Dollarpreisanstieg über zwölf Monate auf insgesamt etwa 60 %. Für Zahlungsbilanz der Gemeinschaft — unterstellt die Einfuhren von Öl und Ölzeugnissen bleiben unverändert, der Dollarpreis für Ölprodukte steigt entsprechend dem des Rohöls und bei Außerachtlassung vermehrter OPEC-Importe — entsprach dies einem unmittelbaren Schock von 25 Mrd. \$ und bei den derzeitigen Wechselkursen 10,6 % der extra EG-Einfuhren in 1978 bzw. 1,1 % des gemeinschaftlichen BIP von 1978. Vergleichsweise erhöhte sich der Rohölpreis in der Zeit von Oktober 1973 bis Januar 1974 um durchschnittlich 288 %. Von denselben Annahmen ausgehend bedeutete dies für die Zahlungsbilanz eine unmittelbare Auswirkung von 35 Mrd. \$ bzw. 40 % der gemeinschaftlichen Einfuhren aus der

übrigen Welt (im Zeitraum 1972 VI bis 1973 III) und 3,4 % des gemeinschaftlichen BIP in 1973. Die direkten wirtschaftlichen Auswirkungen des Ölpreisanstiegs von 1979 sind somit erheblich geringer als jene von 1973 bis 1974.

Ein weiterer erheblicher Unterschied liegt im Verhalten der Rohstoffpreise (außer Ölprodukte). Wählt man in jedem Fall die zwölf Monate des raschesten Anstiegs, so stieg der Sterling-Index des Economist für alle Rohstoffe in der Zeit von Januar 1973 bis Januar 1974 um 64 %, hingegen der Dollar-Index um rund 55 %. In der Zeit von Juni 1978 bis Juni 1979 stiegen die entsprechenden Indizes um 8,7 % bzw. 24,6 %. Die Öl- und Rohstoffpreiserhöhungen bewirkten 1973 global einen Rückgang der gemeinschaftlichen Warenaustauschrelationen um 4,7 %, auf den 1974 ein weiterer Rückgang um 11,1 % folgte. Vom zweiten Halbjahr 1978 bis zum zweiten Halbjahr 1979 dürfte die Abnahme bei 2 % gelegen haben.

Wie 1973 sind in den meisten Mitgliedstaaten Bemühungen im Gange, die Wachstumsrate der Geldmenge einzudämmen, wenn nicht sogar zu verringern; die Zeit des steilen Ölpreisanstiegs war auch eine ansteigender Zinssätze. Andererseits ist das im Gemeinschaftsbericht aufgezeigte Klima des Geschäftsvertrauens in letzter Zeit stabil geblieben. Die kurzfristigen Produktionserwartungen und Auftragsbestände wachsen weiter. Dies steht im Gegensatz zu den Erfahrungen von 1973 bis 1974, als — abgesehen von einem kurzlebigen Aufschwung Anfang 1974 — die Auftragsbestände und Produktionserwartungen von Juli 1973 bis Ende 1974 ständig und steil sanken.

Auf innerstaatlicher Ebene sind die politischen Reaktionen auf den Ölpreisanstieg hauptsächlich auf Konservierungs- und Sparmaßnahmen gerichtet gewesen. Auf Gemeinschaftsebene äußerte der Europäische Rat seine Entschlossenheit, die gemeinschaftlichen Ölimporte von 1980 bis 1985 auf das Niveau von 1978 zu begrenzen, und auf dem westlichen Gipfeltreffen in Tokio im Juli stimmten Deutschland, Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich zu, daß der Beitrag jedes Mitgliedstaates zur Erreichung dieses Gesamtziels festgelegt werden solle. Bisher hat sich die Politik zur Steuerung der Nachfrage als Reaktion auf die Verschlechterung der Austauschrelationen nicht bedeutsam verändert, obgleich in Frankreich im August ein Bündel öffentlicher Ausgabensteigerungen und Beihilfen für Familien mit niedrigem Einkommen angekündigt wurde. Das Schaubild 2.4 zeigt, daß das Nettofinanzierungsdefizit des Staates insgesamt für die Gemeinschaft, das 1976 3,8 % betrug, 1979 auf schätzungsweise 4,0 % angestiegen ist. Hierin spiegelt sich hauptsächlich die geringfügig expansivere Haltung der Haushaltspolitik wider, die 1978 beschlossen und durch die konzertierte Aktion etwas weiter verfolgt wurde.

Tabelle 2.1

Realer Anstieg des BIP
Veränderungen in %

	1960 bis 1970	1971/72	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
Dänemark	4,9	4,0	5,2	— 0,6	— 1,2	6,3	1,8	0,9	1,8
Bundesrepublik Deutschland	4,7	3,5	4,9	0,5	— 2,1	5,6	2,8	3,2	4,3
Frankreich	5,6	5,7	5,4	2,8	0,3	4,6	3,0	3,3	2,9
Irland	4,2	4,9	4,6	2,1	1,2	2,9	5,5	6,1	2,8
Italien	5,6	2,3	6,9	4,2	— 3,5	5,7	1,7	2,6	4,3
Niederlande	5,4	4,2	5,9	4,2	— 0,9	4,5	2,4	2,4	2,6
Belgien	4,9	4,8	6,5	4,7	— 2,1	5,7	1,3	2,5	3,0
Luxemburg	3,3	5,4	11,3	5,0	— 11,0	2,9	1,3	3,2	2,5
United Kingdom	2,8	2,6	6,6	— 0,6	— 1,6	2,6	0,7	3,7	0,3
EG	4,6	3,8	5,8	1,7	— 1,6	4,7	2,2	3,1	3,1
USA	3,8	4,3	5,4	— 1,4	— 1,0	6,0	4,9	4,0	1,5
Japan	10,7	8,1	9,7	— 1,2	2,3	6,0	5,0	5,6	5,7
OECD	5,3	4,6	6,0	0,1	— 1,0	5,2	3,6	3,8	2,9

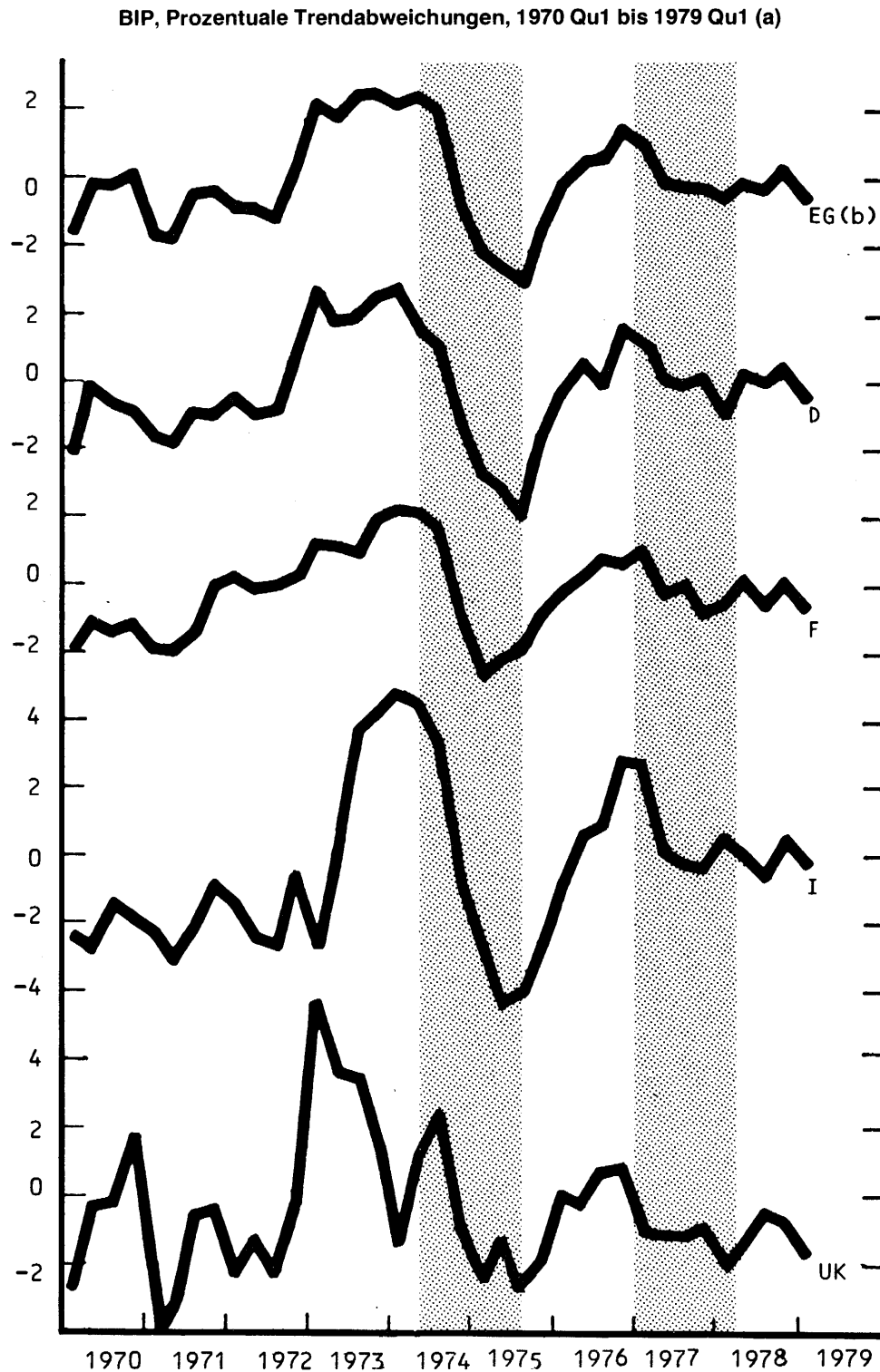
Anmerkung: EG-Gesamtwerte auf der Basis der Wechselkurse 1970, OECD-Gesamtwerte für 1960 bis 1970 auf der Basis der Wechselkurse 1963 und sodann der Wechselkurse 1970. Die Preisbasis ist 1970, mit Ausnahme von 1978 und 1979 für die Vorjahrespreise zugrundeliegen. Die amtlichen britischen Werte aufgrund der Preise von 1975 ergeben um etwa 0,75 % höhere Zuwachsraten 1976 und 1977 infolge der Höherbewertung des Nordseeöl-Output.

Quelle: Eurostat und Schätzung der Kommissionsdienststellen für 1977 und 1978.

Tabelle 2.2 Beiträge zu den Veränderungen des realen BIP in % vom BIP des Vorjahres zu Preisen von 1970

	1960 bis 1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
Dänemark										
Verbraucherausgaben	2,5	0,3	1,1	3,6	-0,4	1,8	3,0	0,4	-0,5	0,1
priv. Anlageinvestitionen	0,6	-0,1	2,1	2,6	-2,4	-2,6	3,3	-0,5	-0,1	0,0
Staatsausgaben	1,9	1,4	1,3	-0,1	0,6	1,2	1,3	0,7	1,1	1,2
Vorratsveränderungen	-1,6	-0,5	-0,4	1,4	-0,3	-2,7	2,3	-0,4	-0,2	-0,2
Nettoaußenbeitrag	1,5	1,4	1,2	-2,2	3,0	1,1	-3,6	1,6	0,5	0,8
Bundesrepublik Deutschland										
Verbraucherausgaben	2,7	3,0	2,5	1,4	0,7	2,1	2,0	1,6	1,9	2,0
priv. Anlageinvestitionen	1,2	1,6	1,1	0,1	-2,8	-0,8	1,2	1,0	1,0	1,3
Staatsausgaben	0,8	0,6	0,1	0,4	0,6	0,0	-0,2	0,0	1,0	0,8
Vorratsveränderungen	0,1	-1,7	-0,2	0,5	-0,2	-0,8	1,2	-0,1	-0,2	0,8
Nettoaußenbeitrag	0,0	-0,4	0,1	2,4	2,2	-2,6	0,5	0,3	-0,6	-0,7
Frankreich										
Verbraucherausgaben	3,4	3,8	3,7	3,4	2,0	2,0	3,5	1,7	2,5	1,8
priv. Anlageinvestitionen	1,6	1,7	1,7	1,4	-0,2	-1,1	0,6	-0,2	-0,1	0,3
Staatsausgaben	0,7	0,5	0,5	0,5	0,5	0,9	1,1	0,2	0,7	0,5
Vorratsveränderungen	0,0	-1,0	0,5	0,5	0,1	-2,7	1,6	0,0	-0,2	0,4
Nettoaußenbeitrag	0,0	0,5	-0,4	-0,4	0,8	-1,1	-1,8	1,1	0,3	-0,1
Irland										
Verbraucherausgaben	2,7	2,2	3,1	3,5	1,4	-2,3	1,8	3,9	5,6	1,7
priv. Anlageinvestitionen	0,9	1,5	0,6	3,5	-3,9	-1,4	1,3	1,9	3,4	2,5
Staatsausgaben	0,9	2,0	1,9	1,9	1,6	0,8	1,0	0,1	0,9	1,3
Vorratsveränderungen	0,1	-1,3	0,7	0,4	1,7	-4,8	2,2	1,2	-1,0	1,3
Nettoaußenbeitrag	-0,4	-0,2	-0,5	-4,7	1,3	8,9	-3,4	-1,6	-2,8	-3,9
Italien										
Verbraucherausgaben	3,9	1,9	2,3	3,9	1,7	-0,9	2,3	1,4	1,9	2,5
priv. Anlageinvestitionen	1,0	-0,6	0,1	1,7	0,5	-2,9	0,0	0,2	-0,8	0,8
Staatsausgaben	0,6	0,6	0,8	0,1	0,6	0,7	0,7	0,2	1,3	0,6
Vorratsveränderungen	0,1	-1,2	0,0	2,5	0,0	-3,0	2,8	-1,2	-0,6	0,9
Nettoaußenbeitrag	0,0	0,8	0,0	-1,3	1,4	2,6	0,0	1,4	0,9	-0,4
Niederlande										
Verbraucherausgaben	3,7	2,1	2,2	2,3	1,5	1,9	3,3	2,8	2,2	1,5
priv. Anlageinvestitionen	1,7	0,6	-0,5	1,5	-0,8	-1,5	-0,5	2,2	0,9	-0,2
Staatsausgaben	1,0	0,8	0,0	-0,2	0,3	1,1	0,6	0,6	0,2	0,6
Vorratsveränderungen	-0,4	-1,1	-0,6	1,2	1,1	-3,0	1,6	-0,4	0,6	-0,6
Nettoaußenbeitrag	-0,5	2,0	2,9	1,1	2,1	0,4	0,3	-2,4	-1,5	1,3
Belgien										
Verbraucherausgaben	2,4	2,9	3,7	4,8	2,1	0,1	3,7	1,3	1,5	1,9
priv. Anlageinvestitionen	1,1	-1,0	0,6	1,9	1,8	-0,6	0,3	-0,2	0,5	0,0
Staatsausgaben	0,9	1,3	1,0	0,2	0,2	1,0	0,9	0,4	1,0	0,7
Vorratsveränderungen	0,2	-0,1	-0,7	1,0	0,9	-3,0	1,0	-0,0	-0,3	0,1
Nettoaußenbeitrag	0,4	0,9	1,2	-1,5	-0,3	0,3	-0,3	-0,3	-0,2	0,4
Luxemburg										
Verbraucherausgaben	2,2	3,1	2,5	2,6	2,9	2,1	1,8	0,9	1,1	1,2
priv. Anlageinvestitionen	0,8	3,3	-0,2	1,4	-1,0	-2,6	0,7	-1,0	1,2	1,0
Staatsausgaben	0,3	1,2	1,1	1,4	1,6	0,8	0,2	0,5	0,4	0,6
Vorratsveränderungen	0,3	1,6	-1,8	-1,1	0,1	-0,6	-4,4	2,0	0,1	-0,2
Nettoaußenbeitrag	-0,3	-4,7	3,9	6,2	0,6	-9,2	3,8	-1,1	0,5	0,0
United Kingdom										
Verbraucherausgaben	1,5	1,8	3,6	2,9	-1,2	-0,8	0,5	-0,3	3,3	2,4
priv. Anlageinvestitionen	0,6	0,5	0,0	0,6	-0,5	0,1	0,2	0,0	1,0	0,1
Staatsausgaben	0,7	0,4	0,8	1,6	0,3	0,6	0,0	-0,7	-0,2	0,0
Vorratsveränderungen	-0,1	-0,8	-0,2	2,9	-1,3	-3,2	2,0	0,8	0,1	0,0
Nettoaußenbeitrag	0,2	0,7	-1,9	0,0	0,9	1,5	1,0	1,5	-0,5	-2,2
EG										
Verbraucherausgaben	2,7	2,7	3,0	2,8	0,9	1,0	2,3	1,2	2,2	2,0
priv. Anlageinvestitionen	1,2	0,9	0,8	1,1	-1,0	-1,1	0,6	0,4	0,5	0,6
Staatsausgaben	0,7	0,6	0,5	0,5	0,5	0,6	0,5	0,0	0,7	0,6
Vorratsveränderungen	0,0	-1,2	0,0	1,3	-0,2	-2,4	1,8	-0,1	-0,2	0,4
Nettoaußenbeitrag	0,0	0,4	-0,2	0,3	1,4	0,2	-0,2	0,7	-0,2	-0,5

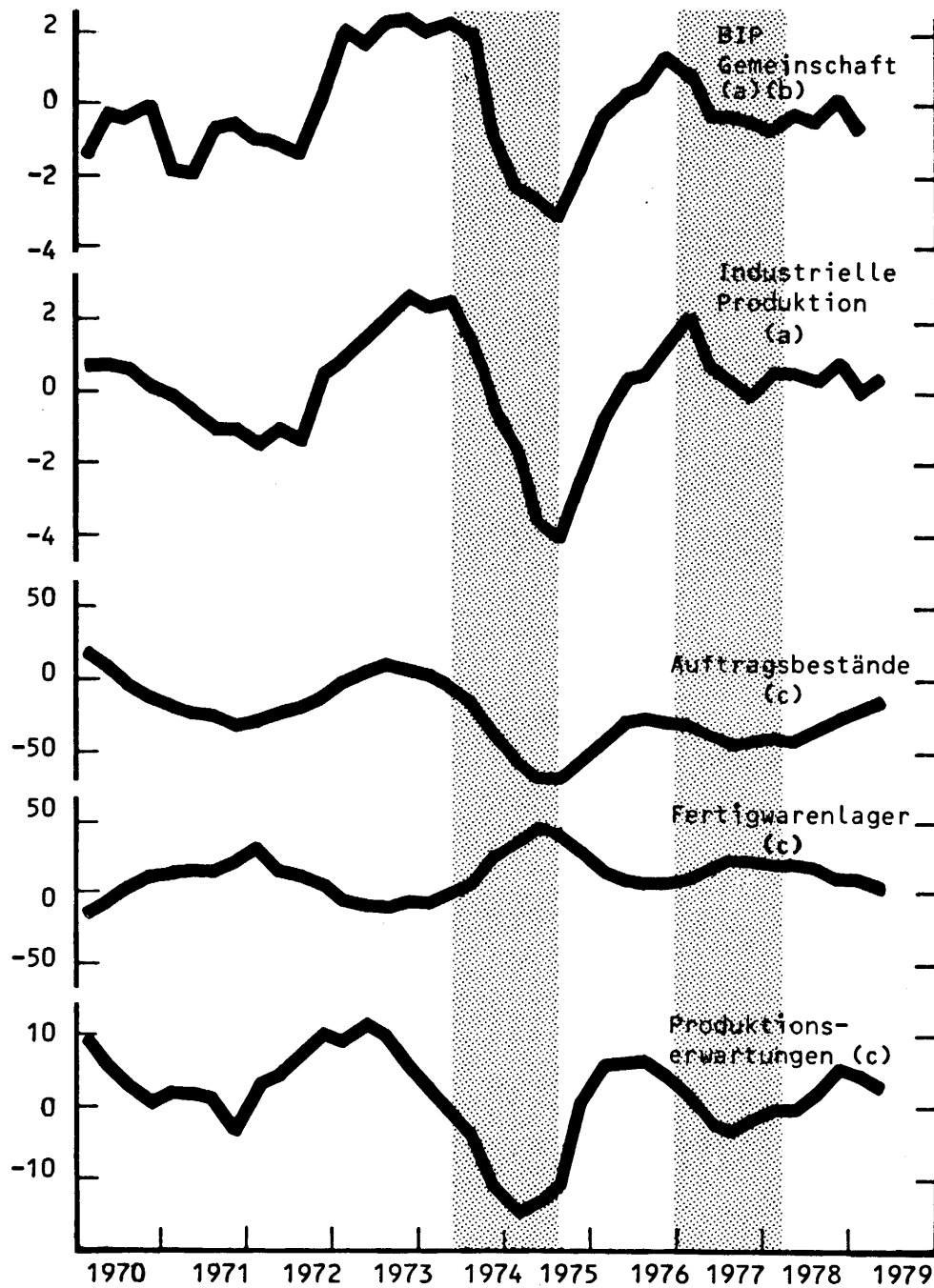
Schaubild 2.1



- a) Der Trend wird als gleitender 15-Quartalsdurchschnitt geschätzt, mit Anfangs- und Schlußperioden von 10 Quartalen, geschätzt durch Regression gegen die Zeit (Polynom zweiter Ordnung). Die durch Schattierung gekennzeichneten Rezessionsphasen sind gemessen am Rückgang der trendbereinigten Werte des EG-BIP während mindestens vier aufeinanderfolgenden Quartalen.
- b) Das vierteljährliche EG-BIP wurde geschätzt als die Summe der Reihen für Deutschland, Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich auf Basis der Wechselkurse von 1975.

Schaubild 2.2

BIP und Konjunkturindikatoren, 1970 Qu1 bis 1979 Qu1



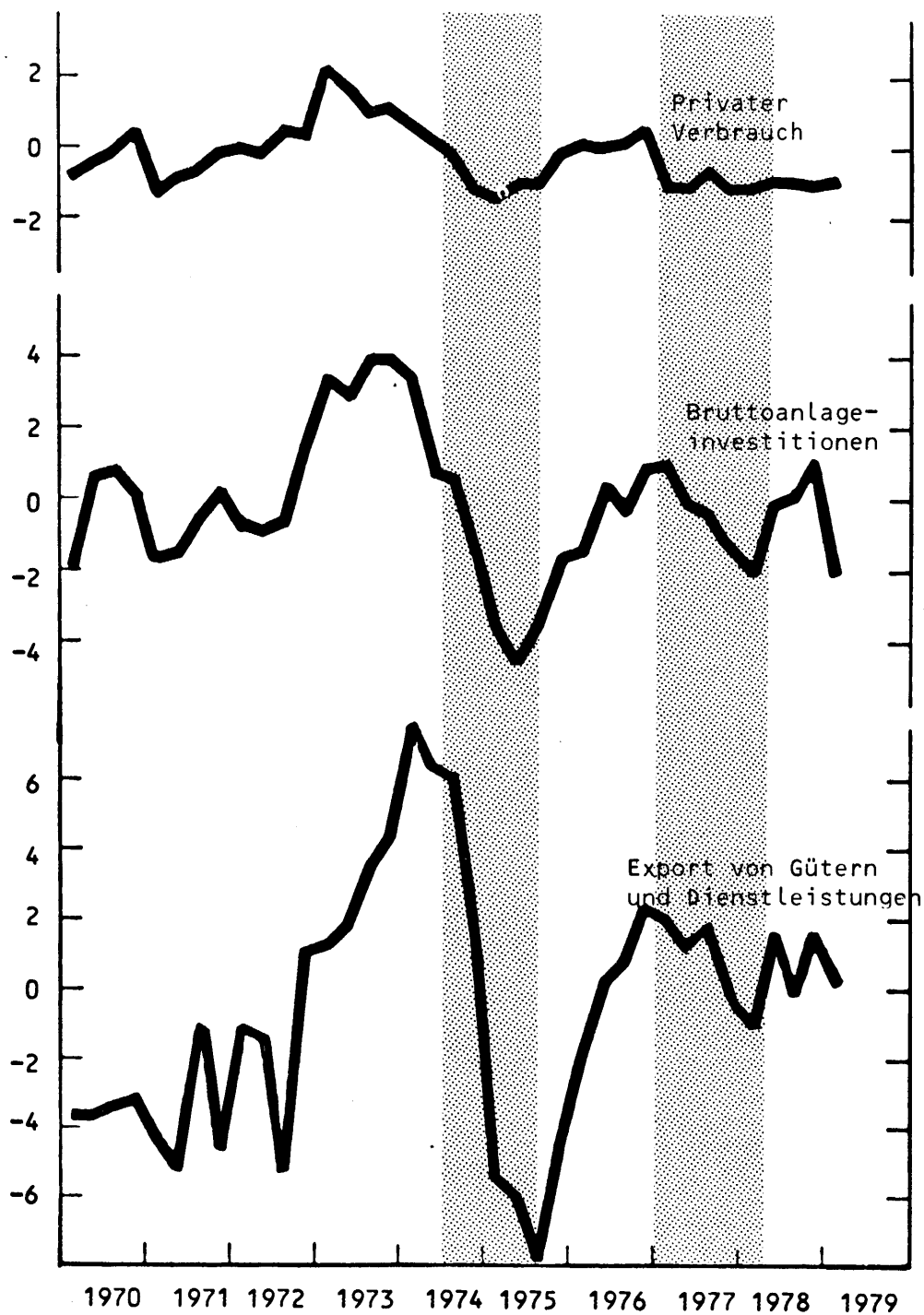
a) s. Anm. a) zu Schaubild 2.1

b) s. Anm. b) zu Schaubild 2.1

c) Nettosaldden, d. h. Unterschiede zwischen den Prozentsätzen der positiven und negativen Antworten.
Einzelheiten s. Europäische Wirtschaft, Beiheft B.

Schaubild 2.3

Verwendungskomponente des Gemeinschafts-BIP, prozentuale Abweichungen vom Trend, 1970 Qu1 bis 1979 Qu1 a) b)

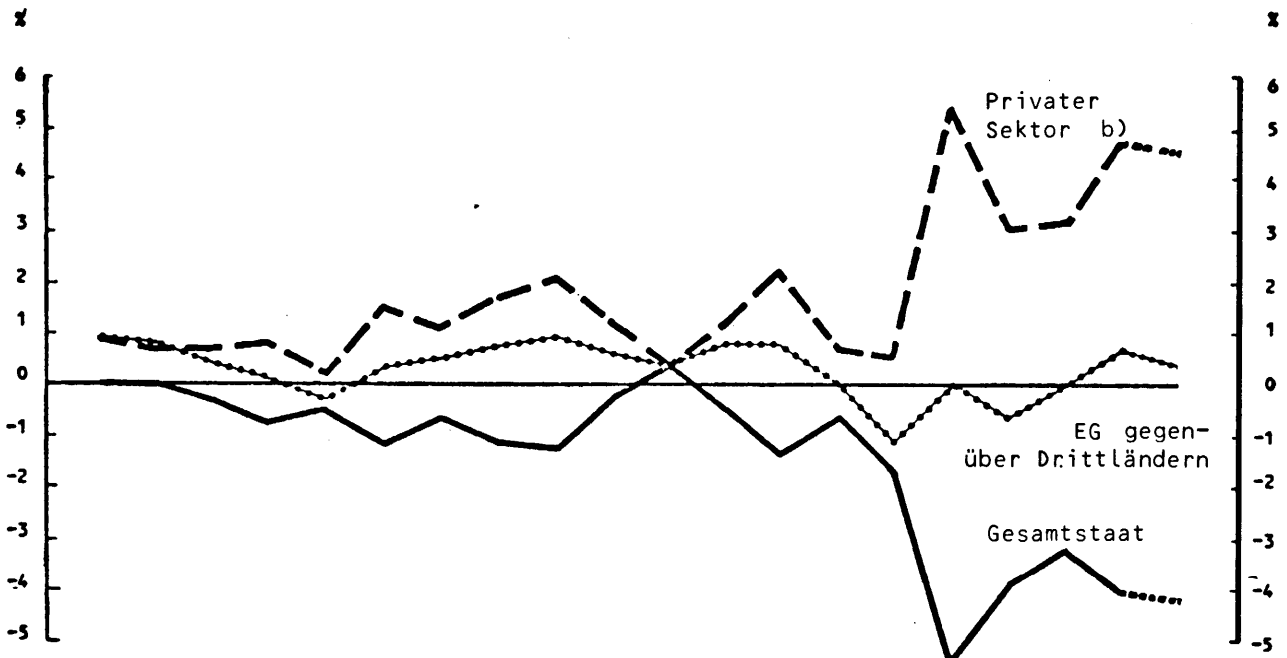


a) s. Anmerkung zu Schaubild 2.1

b) s. Anmerkung zu Schaubild 2.1

Schaubild 2.4

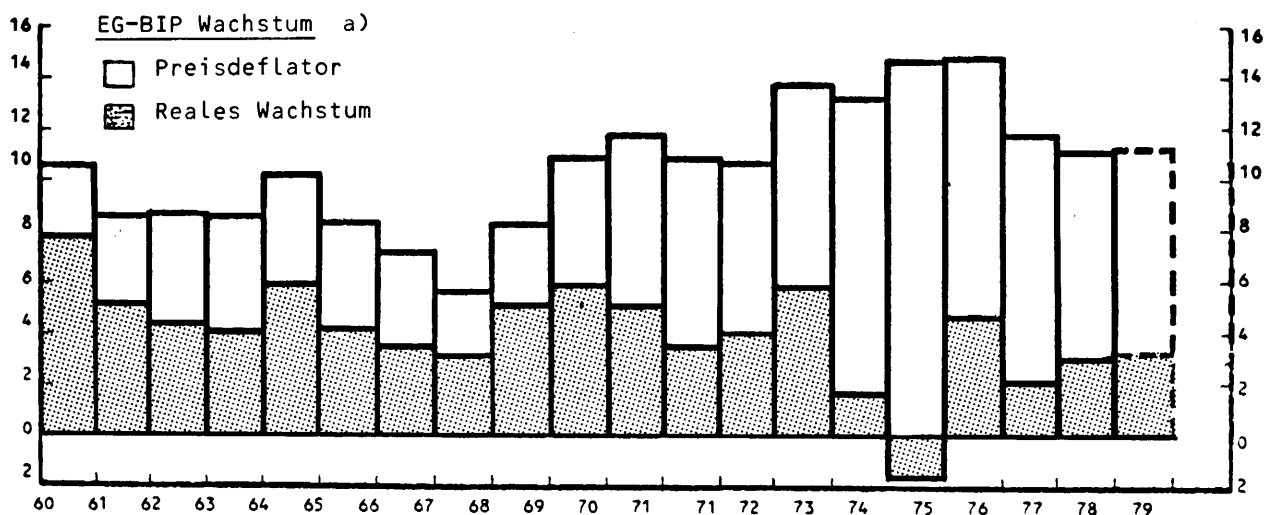
Finanzierungsüberschuß (+) oder -defizit (-) der Gemeinschaft, in % des EG-BIP a)



Bruttoersparnis und -investitionen des privaten Sektors in Prozent des EG-BIP a)



EG-BIP Wachstum a)



a) Quellen: Eurostat und Vorausschätzungen der Kommission

b) Privater Sektor, einschließlich verstaatlichte Industrien

3. Arbeitsmarkt

Entwicklung von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt seit 1973

Die Beschäftigung in der Gemeinschaft veränderte sich 1974 nur wenig, ging 1975 und 1976 zurück und erholte sich 1977 und 1978 in sehr bescheidenem Maße. 1978 war sie immer noch um 0,5 % niedriger als im Jahre 1973, während die Erwerbsbevölkerung in dem Fünfjahreszeitraum um 2,5 % angestiegen war (Tabelle 3.1 und Schaubild 3.1). Die Folge war, daß sich die Arbeitslosigkeit zwischen 1973 und 1978 mehr als verdoppelte.

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter stieg seit 1973 im Jahresdurchschnitt um 0,4 % (Tabelle 3.1 und Schaubild 3.1); außerdem trug auch eine Erhöhung der Erwerbsquoten ab 1977 zur Zunahme der Erwerbsbevölkerung bei. Die Erwerbsquote fiel von 41,3 % im Jahre 1973 auf 41,1 % im Jahre 1975, lag aber 1978 bei 41,7 %. Zu diesem Anstieg kam es, obwohl zwei Tatsachen die Erwerbsquote drückten: Die Zahl der als nicht erwerbstätig eingestuften Personen auf der Suche nach einer Arbeit nahm zwischen 1973 und 1977 um etwa 800 000 zu [Ergebnisse der Community Labour Force Sample Surveys (Gemeinschaftliche Stichprobenerhebungen über Arbeitskräfte) — siehe Tabelle 3.5], und die Erwerbsbevölkerung der Gemeinschaft verminderte sich zwischen 1973 und 1978 durch die Abwanderung von rd. 1 Million ausländischer Arbeitnehmer. Die höhere Erwerbsquote seit 1975 ist vollständig auf umfangreichere Berufstätigkeit innerhalb der einzelnen Geschlechts- und Altersgruppen zurückzuführen.

Hinter der Entwicklung der Gesamterwerbsquoten verbarg sich ein geringer Rückgang der Quote bei Männern (aufgrund der weiter wachsenden Zahl derjenigen, die eine höhere Schule besuchen und dem häufigeren vorzeitigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben), die aber durch einen Anstieg der Erwerbsquote bei Frauen mehr als ausgeglichen wurde.

Für den anhaltenden Anstieg der Erwerbsquoten der Frauen seit 1973 gibt es wahrscheinlich noch andere Erklärungen als die, die dem früheren Anstieg während der Jahre 1960 bis 1973 zugrunde lagen. Das reale verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stieg während des späteren Zeitraums sehr viel langsamer als während des früheren; dies mag mehr „sekundäre Arbeitskräfte“ veranlaßt haben, eine Beschäftigung aufzunehmen oder zu suchen. Darüber hinaus mögen auch die Bestimmungen über die gleiche Bezahlung des Arbeitskräfteangebot bei Frauen erhöht haben. Aus den Gemeinschaftlichen Stichprobenerhebungen über Arbeitskräfte (Community Labour Force Sample Surveys) geht hervor, daß sich die Zahl der Frauen, die arbeiten oder eine Arbeit suchen, zwischen 1973 und 1977 um etwa 4¾ Millionen erhöht hat, die Zahl der arbeitenden Frauen jedoch nur um 2¼ Millionen gestiegen ist.

Die Entwicklung der sektoralen Struktur der Beschäftigung seit 1973 entsprach in vieler Hinsicht der zwischen 1960 und 1973: die Beschäftigung in der Landwirtschaft ging weiterhin zurück (obwohl we-

niger rasch als in dem früheren Zeitraum), ebenso die Beschäftigung im Energiesektor, während die Zunahme der Beschäftigung bei den marktbestimmten und nicht marktbestimmten Dienstleistungen weiter anhielt. Die Beschäftigung in der Industrie dagegen erlitt 1975 einen scharfen Einbruch und zeigte auch danach geringere Einbußen.

In den Gemeinschaftsländern, für die Zahlen verfügbar sind, war nur in Frankreich die Gesamtzahl der gearbeiteten Stunden in der Zeit von 1960 bis 1973 angestiegen, in den vier größeren Ländern gingen jedoch die durchschnittlich gearbeiteten Stunden (für die Gesamtwirtschaft) so weit zurück, daß sich angesichts der Gesamtstundenzahl eine Erhöhung der Beschäftigung ergab. Die Durchschnittsstundenzahl verminderte sich auch in dem Zeitraum von 1973 bis 1978 (Tabelle 3.2). Aber trotz allgemein gedrückter Nachfrage und geringer Kapazitätsauslastung in der Wirtschaft war der Rückgang der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden von 1960 bis 1973 in der Gemeinschaft insgesamt offenbar nicht signifikant schneller.

Der Produktivitätsanstieg je Arbeitsstunde ging in der Zeit von 1973 bis 1978 gegenüber 1960 bis 1973 in allen Gemeinschaftsländern, für die Zahlen vorliegen, spürbar zurück (Tabelle 3.3). Von den vier größeren Mitgliedstaaten war die Verlangsamung im Zeitraum 1973 bis 1978 insgesamt in Italien am deutlichsten (hier war der Produktivitätsrückgang gegen Ende des Zeitraums wahrscheinlich am größten); er war am geringsten in Deutschland.

Wegen der rückläufigen durchschnittlichen Arbeitszeit war der Produktivitätszuwachs je Beschäftigten in beiden Zeiträumen und in sämtlichen berücksichtigten Ländern geringer als der Produktivitätszuwachs je Stunde. Wie die Produktivität je Stunde, stieg auch die Produktion je Beschäftigten 1973 bis 1978 weniger rasch als 1960 bis 1973. Für die Gemeinschaft insgesamt verlangsamte sich der Produktivitätszuwachs je Beschäftigten von jährlich 4,3 % im Zeitraum 1960 bis 1973 auf 2,4 % im Zeitraum 1973 bis 1978. 1979 könnte der Zuwachs unter 2½ % bleiben (Tabelle 3.3).

Die obigen Angaben beziehen sich selbstverständlich auf die erfaßten Entwicklungen in bezug auf Stunden und Beschäftigung. Aber auch die nicht erfaßten Veränderungen dieser Größen verdienen einige Beachtung. Nicht erfaßte Arbeit kann marktbestimmte oder nicht marktbestimmte Transaktionen betreffen. Bei der ersten Gruppe handelt es sich weitgehend um den Versuch, nicht nur Steuern und Sozialabgaben, sondern auch die durch verschiedene arbeitsrechtliche Bestimmungen auferlegten Restriktionen zu umgehen. Die zweite Gruppe umfaßt vor allem Instandhaltungs- und Verbesserungsarbeiten am Auto, im Haushalt usw., die im do-it-yourself-Verfahren erfolgen. Angaben über den Umfang nicht registrierter Transaktionen sind auf direktem Wege kaum zu bekommen. Nach jüngsten Schätzungen der ISTAT könnten sich in Italien die nicht registrierten marktbestimmten Transaktionen auf 10 % des BIP belaufen, während im Vereinigten Königreich die Steuerbehörden mit einem Anteil von etwa 7½ % rechnen.

Strukturelle Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt

Insgesamt ergab die Entwicklung von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt in der Gemeinschaft seit 1973 einen scharfen Anstieg der Zahl der registrierten Arbeitslosen (siehe Anhang Tabelle 3). Der Anstieg begann 1974 (+ 18 %), beschleunigte sich 1975 drastisch (+ 50 %) und setzte sich auch danach weiter fort (+ 14 % im Jahre 1976, + 10 % im Jahre 1977, + 4 % im Jahre 1978), bis er 1979 fast zum Stillstand kam.

Die Zunahme der Zahl der gemeldeten Arbeitslosen in der Gemeinschaft seit 1973 ging einher mit größeren Veränderungen ihrer strukturellen Zusammensetzung. Der Anteil Jugendlicher und Frauen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen stieg deutlich an, und der Abstand zwischen den Arbeitslosenquoten dieser Gruppen und den Gesamtarbeitslosenquoten stieg beträchtlich. Tabelle 3.4 gibt die Arbeitslosenquoten nach Alter und Geschlecht für 1973, 1975 und 1977 an (anhand der Ergebnisse der gemeinschaftlichen Stichprobenerhebung und nicht der registrierten Arbeitslosenzahlen). Selbst in einem Hochkonjunkturjahr wie 1973 (als die Arbeitslosigkeit insgesamt relativ niedrig war) lagen die Jugendarbeitslosenquoten tendenziell höher als die der älteren Arbeitnehmer. Die Fluktuationsarbeitslosigkeit ist bei jungen Arbeitnehmern generell immer höher und die Dauer der Arbeitslosigkeit kürzer. Obwohl beim Vergleich der Ergebnisse der Stichprobenerhebung über die Arbeitskräfte von 1968 und der Erhebungen späterer Jahre erhebliche Vorsicht angebracht ist, scheint der Abstand zwischen den Jugendarbeitslosenquoten und den allgemeinen Arbeitslosenquoten 1968 und 1973 weitgehend der gleiche gewesen zu sein (auch die Gesamtraten der beiden Jahre waren gleich). 1977 jedoch betrug die Arbeitslosenquote der Gruppe der 14- bis 19jährigen 12,5 % und die der 20- bis 24jährigen 8,8 % gegenüber einer Gesamtarbeitslosenquote (nach den Definitionen der Stichprobenerhebung) von 4,2 %. Seit 1977 scheint der Abstand zwischen den Jugendarbeitslosenquoten und den Gesamtarbeitslosenquoten nach den einzelstaatlichen Erhebungen und anderen Statistiken im Vereinigten Königreich und Deutschland etwas zurückgegangen zu sein und in Frankreich noch weiter zugenommen zu haben.

Jugendliche standen seit der Rezession von 1975 bei der Suche nach einer Beschäftigung einer Reihe von besonderen Problemen gegenüber. Erstens war es schwierig für sie, überhaupt eine Arbeit zu finden. Tabelle 3.5 (wiederum auf Basis der Ergebnisse der Stichprobenerhebungen von 1973, 1975 und 1977) zeigt einen Anstieg der Zahl der gemeldeten Arbeitslosen auf der Suche nach einem ersten Arbeitsplatz um mehr als eine halbe Million. Zweitens gibt es mindestens in einem größeren Mitgliedsland Anzeichen dafür, daß häufiger auf vorübergehende Beschäftigung zurückgegriffen wird, da die Arbeitgeber angesichts verschiedener arbeitsrechtlicher Bestimmungen stärker zögern, neue Arbeitnehmer ständig einzustellen. Daher dürften viele der neu auf den Arbeitsmarkt drängenden Jugendlichen, die eine Beschäftigung finden, nur vorübergehend eingestellt werden, was zu hoher Fluktuationsarbeitslosigkeit

führt. Drittens laufen junge Leute, selbst wenn sie einen festen Arbeitsplatz finden, eher Gefahr, entlassen zu werden als ältere Arbeitnehmer mit längerer Betriebszugehörigkeit und möglicherweise größerer Produktivität.

Während die Arbeitslosigkeit bei Frauen ebenfalls rascher stieg als die Gesamtarbeitslosigkeit, war der Trend bei ihnen nicht so stark ausgeprägt wie bei den Jugendlichen. Dennoch stieg der Abstand zwischen der Arbeitslosenquote bei Frauen und der bei Männern zwischen 1973 und 1977 in allen Altersgruppen mit Ausnahme der über Sechzigjährigen (Tabelle 3.4). Außerdem nahm die Zahl der arbeitslos und auf der Suche nach einer Beschäftigung gemeldeten Frauen zwischen 1973 und 1977 stark zu (Tabelle 3.5).

Der rasche Anstieg der Jugend- und Frauenarbeitslosigkeit kann das Ergebnis von für Jugendliche und Frauen ungünstigen Veränderungen der Arbeitsmarktstruktur oder die vorhersehbare Konsequenz des konjunkturell bedingten Anstiegs der Gesamtarbeitslosigkeit sein, oder beide Faktoren könnten eine Rolle spielen.

Bei der Jugendarbeitslosigkeit hat sich wahrscheinlich die zunehmende Rigidität des Arbeitsmarktes aufgrund der arbeitsrechtlichen Bestimmungen und der Haltung der Gewerkschaften zum Nachteil der Jugendlichen ausgewirkt. Diese Verhärtung hat offensichtlich besonders stark die seit 1975 neu auf den Arbeitsmarkt drängenden Jugendlichen betroffen. Aus Tabelle 3.5 geht hervor, daß zwischen der Stichprobenerhebung von 1975 und der von 1977 die Zahl der aufgrund von Entlassungen arbeitslos gewordenen Männer zurückgegangen ist, während die Zahl der Arbeitslosen, die eine erste Beschäftigung suchen oder nach einer freiwilligen Unterbrechung auf den Arbeitsmarkt zurückkehren, um fast 600 000 gestiegen ist. Die gesetzlichen Bestimmungen und Maßnahmen, die zu dieser Situation beigetragen haben, sind aufgrund der hohen konjunkturellen Arbeitslosigkeit entstanden, und ihre Auswirkungen könnten in einer Zeit steigenden Arbeitskräftebedarfs einigermaßen abgebaut werden. Dennoch könnte die Beschäftigung Jugendlicher langfristig erschwert bleiben.

Frauen, die nach einer Zeit der Arbeitsunterbrechung wieder auf den Arbeitsmarkt zurückkehren wollten, standen vor ähnlichen Problemen wie die Jugendlichen, die eine erste Beschäftigung suchten. Außerdem könnten die steigenden Gemeinkosten der Beschäftigung dazu geführt haben, daß die Arbeitgeber an Teilzeitarbeit weniger interessiert sind. Die Auswirkung dieser Tendenz würde hauptsächlich die weiblichen Arbeitskräfte treffen (die Stichprobenerhebung von 1977 zeigt, daß 23,7 % der beschäftigten Frauen in der Gemeinschaft teilzeitbeschäftigt waren, während es bei den Männern nur 1,6 % sind). Aus den einzelstaatlichen Quellen geht deutlich hervor, daß sich der Anteil der Frauen, die eine Teilzeitbeschäftigung suchen, beträchtlich erhöht hat, während die Zahl der Einstellungen langsamer zugenommen hat. Das Ergebnis war ein krasser Anstieg der Zahl der arbeitslosen Frauen auf der Suche nach einer Beschäftigung.

In allen Gemeinschaftsländern verschärften sich seit Beginn der Rezession von 1974 bis 1975 die regionalen Unterschiede der Beschäftigung (gemessen am Abstand zwischen der höchsten und der niedrigsten regionalen Arbeitslosenquote, Tabelle 3.6). Dies ist in einer Zeit allgemein hoher Arbeitslosigkeit nicht ungewöhnlich, und zunehmende regionale Disparitäten in Rezessionsjahren können ohne eingehende weitere Untersuchungen nicht als Beweis zunehmender struktureller Störungen oder steigender Diskrepanzen in der regionalen Wettbewerbsfähigkeit angesehen werden. Die Unterschiede könnten sich durchaus wieder vermindern, wenn die Gesamtnachfrage in der Wirtschaft wieder zunimmt. Tatsächlich sind in Deutschland und im Vereinigten Königreich, wo die Gesamtarbeitslosenquoten im letzten Jahr gefallen sind, die Abstände zwischen den höchsten und den niedrigsten regionalen Quoten ebenfalls zurückgegangen. Jedoch hatten seit den frühen siebziger Jahren eine Reihe regionaler Schwerpunktsindustrien teilweise in Gebieten mit bereits überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit schärfer als zuvor mit Problemen rückläufiger internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu kämpfen. Ohne größere geographische Mobilität oder ohne bessere Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in den Regionen, die durch rückläufige Beschäftigung bedroht sind, könnte sich beim nächsten Konjunkturaufschwung herausstellen, daß die regionalen Unterschiede der Beschäftigung in der Gemeinschaft gegenüber 1973 größer geworden sind. Welches Ausmaß sie annehmen werden, läßt sich jedoch nicht mit hinreichender Sicherheit voraussehen. Nach den Ergebnissen der Stichprobenerhebungen ist die geographische Mobilität der Beschäftigten seit 1973 in allen Ländern außer Belgien zurückgegangen (dies geht aus einem Vergleich der Zahl der Personen hervor, die die Region ihres Wohnsitzes geändert haben). Dieser Rückgang ist eine erwartete zyklische Erscheinung. Angaben über die Mobilität derjenigen, die arbeitslos geworden sind, sind schwieriger zu beschaffen. Die einzelstaatlichen Erhebungen über Arbeitslose lassen vermuten, daß in den letzten zwei oder drei Jahren der Anteil der Arbeitslosen, die zu einer Ortsveränderung bereit sind, zugenommen hat.

Ein Hauptproblem der Arbeitslosigkeit ist die fehlende Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage¹⁾. Anzeichen für ein wachsendes Mißverhältnis wären im Prinzip eine Veränderung im Verhältnis offene Stellen/Arbeitslose. Schaubild 3.2 gibt die Höhe der Zahl der gemeldeten Arbeitslosen in der Gemeinschaft gegenüber der Zahl der unbesetzten offenen Stellen für jedes Jahr wieder. Ganz auffällig ist dabei, daß die Höhe der offenen Stellen im Zusammenhang mit einer gegebenen Höhe der Arbeitslosigkeit (und umgekehrt) Ende der 60er Jahre stark nach oben ging. Dies kann als Hinweis auf ein zunehmendes Mißverhältnis in der Wirtschaft der Gemeinschaft angesehen werden, vielleicht hervorgerufen durch Veränderungen in der wirtschaftlichen Beschäftigungsstruktur oder der Struktur der Erwerbsbevölkerung nach Alter, Geschlecht und Qualifikationen. Es kann jedoch auch

ein Anzeichen dafür sein, daß sich die Zeit der „Arbeitsuche“ der Arbeitslosen dank besserer Arbeitslosenunterstützungen verlängert hat, die in einigen Ländern Mitte und Ende der 60er Jahre eingeführt wurden. Die verfügbaren Zahlen lassen dies zum Teil vermuten, obwohl Schätzungen der quantitativen Auswirkung weit auseinandergehen.

Schaubild 3.2 weist außerdem darauf hin, daß in den letzten drei oder vier Jahren eine weitere Veränderung des Verhältnisses Arbeitslose zu offenen Stellen stattgefunden hat und das Mißverhältnis größer geworden ist. Es gibt eine Reihe von Gründen, die diese Vermutung zulassen (wobei man immer berücksichtigen muß, daß das Verhältnis zwischen den gemeldeten offenen Stellen und den gesamten offenen Stellen in der Wirtschaft selbst möglicherweise nicht konstant ist). Erstens sind in diesem Zusammenhang die Probleme einer veränderten Struktur der Erwerbsbevölkerung nach Alter und Geschlecht und der regionalen Struktur der Beschäftigung zu nennen, die schon erwähnt wurden. Zweitens wurde es nach der Rückwanderung der Arbeitnehmer aus Drittländern seit dem Beginn der Rezession möglicherweise schwieriger, monotone, unangenehme und schlecht bezahlte Arbeitsplätze zu besetzen. Drittens war die Zeit seit der Rezession eine Phase, in der in einigen Ländern die Lohnunterschiede vermindert wurden. Es könnte sich ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, zum Teil als Ergebnis dieses Prozesses, ergeben haben. Eine jüngste amtliche Studie im Vereinigten Königreich legt nahe, daß der Arbeitskräftemangel in bestimmten hochqualifizierten Schlüsselberufen erheblich höher ist als bei der derzeitigen Konjunkturlage zu erwarten wäre. Von den fünf Ländern, die schon vor der Rezession an den harmonisierten Umfragen bei den Unternehmern der Gemeinschaft teilgenommen haben, ist der Anteil der Fertigungsbetriebe, die Arbeitskräftemangel als Grund für unterdurchschnittliche Auslastung angeben, in Deutschland und in den Niederlanden zwar niedriger als in Zeiten stärkerer Konjunktur, jedoch angesichts der bestehenden Arbeitslosigkeit ungewöhnlich hoch.

Zusätzlich zu dem zunehmenden Mißverhältnis haben die höheren Gemeinkosten je Arbeitsplatz und die größere Schwierigkeit, einmal eingestelltes Personal wieder zu entlassen, die Arbeitgeber möglicherweise veranlaßt, sich bei der Suche nach Arbeitskräften mehr Zeit zu lassen, einer Erscheinung, der auf der Angebotsseite des Marktes die längere „Arbeitsplatzsuche“ entspricht.

Entwicklungen und Aussichten im Jahre 1979

Vollständige Zahlen über die Entwicklung der Beschäftigung in der Gemeinschaft in der ersten Jahreshälfte 1979 sind in den meisten Fällen noch nicht verfügbar. Die bereits vorliegenden Zahlen weisen darauf hin, daß die Gesamtbeschäftigung in der Gemeinschaft im ersten Halbjahr 1979 etwas höher ausgefallen ist als im Jahre zuvor. Schätzungen der Kommissionsdienststellen für das ganze Jahr 1979 lassen vermuten, daß die Gesamtzahl der Beschäftigten in der Gemeinschaft gegenüber 1978 um 0,7 % zunimmt.

¹⁾ Vgl. Dokument SEC (79) 634 enddültig

Die folgenden Zahlen geben, ohne erschöpfend und konsistent zu sein, einen Anhaltspunkt für die Entwicklungen in der allerletzten Zeit. In Frankreich war die Zahl der Beschäftigten (alle marktbestimmten Branchen) in Betrieben mit zehn oder mehr Arbeitnehmern im ersten Halbjahr 1979 nur geringfügig höher als im ersten Halbjahr 1978, und sie scheint tendenziell zu stagnieren. In Deutschland lag die Beschäftigung insgesamt im ersten Quartal 1979 insgesamt um 1,3 % über dem Vorjahresstand, wobei die Beschäftigung im Baugewerbe am stärksten gestiegen ist. In Italien hatte sich die Beschäftigung in der Industrie im zweiten Quartal 1979 gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Im Vereinigten Königreich ging die Zahl der Beschäftigten (Gesamtwirtschaft) saisonbereinigt zwischen dem vierten Quartal 1978 und dem ersten Quartal 1979 um 0,2 % zurück, nachdem sie in den einzelnen Quartalen des Jahres 1978 jeweils zugenommen hatte (sie lag im ersten Quartal 1979 um 0,6 % über dem Stand des Vorjahres).

In allen Ländern, für die Angaben vorliegen, ging die Kurzarbeit im Laufe des Jahres 1979 rasch zurück, obwohl ungewöhnlich strenge Witterungsverhältnisse und die Auswirkungen der Arbeitskämpfe in einigen Ländern im ersten Quartal einen vorübergehenden Anstieg verursacht hatten. In fast allen Fällen (mit Ausnahme Belgiens) hatte der Rückgang der Kurzarbeit bereits im Jahre 1978 eingesetzt. Allgemein scheint die Verminderung der Kurzarbeit nicht mit erhöhten Entlassungen verbunden gewesen zu sein und kann deshalb als Hinweis angesehen werden, daß sich die Verhältnisse in den betroffenen Sektoren verbessert haben.

Wenig Angaben sind über die durchschnittlich geleisteten Stunden verfügbar. In Frankreich scheint die Zahl der durchschnittlichen Stunden in der Wirtschaft insgesamt zwischen dem ersten Halbjahr 1978 und dem ersten Halbjahr 1979 um etwa 0,6 % und in der Industrie um etwa 0,4 % zurückgegangen zu sein. In Deutschland könnte die Durchschnittstundenzahl in der Industrie im ersten Quartal gegenüber dem Vorjahr geringfügig angestiegen sein, wenn man die Verzerrung aufgrund von Streiks berücksichtigt, während die durchschnittliche Stundenzahl im Vereinigten Königreich in der Industrie zwischen dem ersten Quartal 1978 und 1979 relativ kontinuierlich um $\frac{1}{2}$ % pro Jahr zurückgegangen zu sein scheint.

Die saisonbereinigte registrierte Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft war seit der Mitte des Jahres 1978 mit knapp über sechs Millionen Arbeitslosen weitgehend unverändert. Im Durchschnitt des Jahres 1978 lag die Arbeitslosenquote bei 5,5 %; für 1979 ist mit derselben Zahl zu rechnen. Jedoch gab es bedeutende Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland, Dänemark, Irland und dem Vereinigten Königreich ging in den ersten beiden Ländern seit Mitte 1978, in den letzten beiden seit Anfang 1978 zurück. In Italien

und Belgien war die Arbeitslosenquote im ersten Halbjahr 1979 höher als im zweiten Halbjahr 1978, scheint sich aber nunmehr stabilisiert zu haben. In den Niederlanden und ausgeprägter noch in Frankreich steigt die Arbeitslosigkeit weiterhin. In allen Gemeinschaftsländern erhöhte sich die Arbeitslosigkeit in den Sommermonaten auf nicht bereinigter Basis, da die Schulabgänger auf den Arbeitsmarkt drängten. In der Gemeinschaft insgesamt nahm die saisonbereinigte Zahl der unbesetzten offenen Stellen im ersten Halbjahr 1979 relativ rasch zu, vor allem aufgrund der Entwicklungen in Deutschland und im Vereinigten Königreich. In Deutschland scheint der Anstieg der Zahl unbesetzter offener Stellen eher daher zu rühren, daß die Stellen länger unbesetzt bleiben; die Zunahme liegt weniger darin begründet, daß mehr offene Stellen gemeldet werden, was möglicherweise (wie auch durch die Ergebnisse der Wirtschaftsumfragen angedeutet) auf größere Schwierigkeiten als bisher hindeutet, geeignete Arbeitskräfte zu finden. Im Vereinigten Königreich stieg die Zahl der offenen Stellen im zweiten Halbjahr 1978 deutlich an und blieb hoch, nahm jedoch in letzter Zeit erneut ab.

Projektionen der Bevölkerung bis 1995

Tabelle 3.7 und Schaubild 3.1 stellen Projektionen der Gesamtbevölkerung und der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis 1995 dar. Die Zahlen basieren auf Angaben, die in der Studie „Wirtschaftliche Auswirkungen des demographischen Wandels in der Europäischen Gemeinschaft: 1975 bis 1995“ enthalten sind; sie wurde von einer von der Kommission eingesetzten Gruppe unabhängiger Sachverständiger erstellt. In der Gemeinschaft insgesamt dürfte die Bevölkerung während des Zeitraums 1979 bis 1995 relativ langsam und stetig (um 0,2 % pro Jahr), die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im gleichen Zeitraum jedoch um 0,4 % pro Jahr wachsen. Bis Mitte der achtziger Jahre wächst die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sogar noch schneller (zwischen 1980 und 1985 um 0,7 % bis 1,0 % pro Jahr); ihr Wachstum fällt aber in der zweiten Hälfte der 80er Jahre deutlich auf 0,2 % zurück und nimmt in der ersten Hälfte der 90er Jahre langsam weiter ab.

Die rasche Zunahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in der ersten Hälfte der achtziger Jahre läßt sich zum Teil aus den sehr hohen Geburtenraten der ersten Jahre nach dem zweiten Weltkrieg erklären. Die Verlangsamung dieses Wachstums in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre spiegelt zum Teil die Zweitgenerationsauswirkungen einer Rückkehr zu weniger hohen Geburtenraten in den frühen fünfziger Jahren wider; der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den frühen neunziger Jahren ist weitgehend die Erstgenerationsauswirkung der sehr niedrigen Geburtenraten während der Jahre hoher Arbeitslosigkeit und relativ niedriger Einkommen der Familienvorstände in der letzten Zeit.

Tabelle 3.1

**Bevölkerung, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft
1961 bis 1979,
prozentuale Veränderungen**

	1960 bis 1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	(1979)
1. Arbeitslose	—1,8	21,8	10,7	—9,4	18,2	50,3	13,6	9,5	4,1	1,4
2. Arbeiter und Selbständige ..	—2,5	0,5	—3,7	—1,1	—1,7	—2,3	—1,2	0,6	—0,2	:
3. Arbeitnehmer	1,0	0,4	0,4	1,8	0,5	—1,1	0,1	0,8	0,5	:
4. Beschäftigung im zivilen Bereich	0,3	—0,1	—0,3	1,2	0,2	—1,2	—0,2	0,4	0,3	0,7
5. Zivile Erwerbsbevölkerung	0,3	0,2	0,1	1,0	0,4	0,1	0,6	0,8	0,4	0,7
6. Bevölkerung im erwerbs- fähigen Alter	0,6	0,7	0,4	0,6	0,6	0,5	0,3	0,4	(0,5)	0,6
7. Bevölkerung insgesamt	0,8	0,8	0,6	0,6	0,4	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2

Anmerkung: Für die absoluten Zahlen (die in Schaubild 3.1 aufgezeichnet sind) ergeben Zeile 2 und 3 Zeile 4. Die Summe der absoluten Zahlen, auf denen Zeilen 4 und 1 beruhen, entspricht nicht genau den absoluten Zahlen von Zeile 5, da sich die Arbeitslosenzahlen auf Jahresdurchschnitte und die anderen Zahlen auf die Jahresmitte beziehen.

Quelle: Eurostat, Schätzungen der Kommissionsdienststellen.

Tabelle 3.2

**Abhängige Beschäftigte und Arbeitsstunden, Gesamtwirtschaft ¹⁾
Veränderungen in %**

	1960 bis 1973	1973 bis 1978	1974	1975	1976	1977	1978
Bundesrepublik Deutschland							
Arbeitsstunden insgesamt	— 0,4	— 1,7	— 2,9	— 5,8	1,3	— 1,3	— 0,2
durchschnittliche Stundenzahl	— 1,0	— 1,1	— 1,8	— 2,3	1,8	— 1,6	— 1,4
Beschäftigung	0,7	— 0,7	— 1,1	— 3,6	— 0,5	— 0,3	1,2
Frankreich							
Arbeitsstunden insgesamt	1,4	— 0,6	0,2	— 2,6	0,0	— 0,7	— 0,2
durchschnittliche Stundenzahl	— 0,4	— 1,1	— 1,3	— 1,7	— 0,7	— 0,9	— 0,7
Beschäftigung	1,8	0,4	1,5	— 0,9	0,6	0,2	0,4
Italien							
Arbeitsstunden insgesamt	— 0,6	1,2 ²⁾	1,4	— 0,2	1,7	1,9	:
durchschnittliche Stundenzahl	— 1,4	— 0,4 ²⁾	— 0,6	— 1,7	0,6	0,1	:
Beschäftigung	0,8	1,6 ²⁾	2,0	1,5	1,1	1,8	— 0,1
United Kingdom							
Arbeitsstunden insgesamt	— 0,1	— 0,5	— 0,7	— 3,3	0,5	0,3	0,6
durchschnittliche Stundenzahl	— 0,5	— 0,5	— 1,2	— 2,6	0,9	0,2	0,0
Beschäftigung	0,4	— 0,0	0,5	— 0,7	— 0,3	0,1	0,6

¹⁾ Frankreich: nicht-landwirtschaftlicher Marktsektor.

²⁾ 1973 bis 1977.

Quelle: Deutschland: IAB; Frankreich: INSEE; Italien: ISTAT; United Kingdom: Warton Business School, Eurostat.

Tabelle 3.3

Produktivität je Beschäftigten und je Stunde, Gesamtwirtschaft, 1960 bis 1979
Veränderung in %

	1973 bis 1978		1960 bis 1973		1974	1975	1976	1977	1978	(1979)
	je Beschäftigten	je Stunde	je Beschäftigten	je Stunde	je Beschäftigten					
Dänemark	3,8 ¹⁾	4,6	1,2	2,2	0,1 — 0,1	5,5	1,7	— 0,4	1,0	
Bundesrepublik Deutschland	4,3	5,5	3,0	4,1	2,4	1,5	6,0	2,9	2,4	3,2
Frankreich	4,9	5,3	2,8	3,9	2,5	1,4	4,4	2,2	3,6	2,4
Irland	4,6 ³⁾	:	3,7	:	1,1	2,9	4,5	5,2	4,9	0,7
Italien	5,5	7,0	2,5	2,2 ²⁾	2,7	4,6	5,0	1,3	1,9	4,1
Niederlande	4,9 ⁴⁾	6,0	2,6	3,7	4,2	0,4	4,9	2,0	2,4	2,4
Belgien	4,4	5,4	2,4	3,7	3,2 — 0,9	6,3	1,4	2,3	2,8	
Luxemburg	3,5	:	0,1	:	1,5 — 9,7	3,7	2,2	3,6	1,9	
United Kingdom	2,9	3,4	0,9	1,4	— 2,1 — 1,2	4,3	0,7	3,1 — 0,5		
EG	4,3	5,2	2,4	3,2	1,5	1,0	5,1	1,9	2,7	2,4

¹⁾ 1966 bis 1973.²⁾ 1973 bis 1977.³⁾ 1970 bis 1973.⁴⁾ 1963 bis 1977.

Quelle: Eurostat für die Produktion je Beschäftigten.

Stunden: Deutschland: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Frankreich: INSEE (nicht-landwirtschaftlicher Marktsektor); Italien: Schätzungen der Kommissionsdienststellen; Niederlande: Central Planbureau; Belgien: Bureau du Plan; United Kingdom: London Business School; Dänemark: Nationale Schätzungen.

Tabelle 3.4

Arbeitslosenquoten nach Alter und Geschlecht in der Gemeinschaft

	1973			1975			1977		
	T	M	F	T	M	F	T	M	F
14 bis 19	6,0	6,0	6,0	10,1	9,4	11,0	12,5	10,9	14,4
20 bis 24	4,1	4,0	4,0	7,0	7,3	6,7	8,8	8,0	9,8
25 bis 29	2,3	2,0	2,9	4,2	3,7	5,1	5,0	4,3	6,1
30 bis 39	1,2	1,0	1,4	2,8	2,3	3,7	2,8	2,3	3,7
40 bis 49	1,2	1,1	1,2	2,3	2,0	2,8	2,4	2,1	2,8
50 bis 59	1,7	1,1	1,4	2,3	2,0	2,7	2,6	2,4	3,0
60 bis 64	1,9	2,0	1,3	3,1	3,5	2,0	3,5	3,9	2,6
65 bis 69	0,9	1,1	—	2,2	2,7	1,1	1,4	1,5	1,1

Quelle: EG Labour Force Sample Surveys 1973, 1975 1977. Sozialindikatoren für die Europäische Gemeinschaft, 1975.

Tabelle 3.5

**Personen, die eine bezahlte Beschäftigung suchen, nach Hauptgruppen, EG ¹⁾,
1973, 1975, 1977
(Tausend).**

	1973			1975			1977		
	insge- samt	Männer	Frauen	insge- samt	Männer	Frauen	insge- samt	Männer	Frauen
Arbeitslose insgesamt	1880	1140	740	3 753	2176	1577	4353	2371	1983
davon:									
entlassen	525	..	..	1676	1136	542	1741	1055	665
ausgeschieden	262	138	123	507	268	241	583	285	296
im Ruhestand	9	9	—	34	28	6	13	12	1
selbständig	..	..	..	60	48	12	62	45	17
gelegentlich beschäftigt	..	..	..	236	142	93	235	117	117
freiwillige Unterbrechnung	171	34	137	433	148	286	550	251	299
auf der Suche nach einem ersten Arbeitsplatz	603	318	285	711	369	342	1167	576	587
Nicht erwerbstätige Personen auf der Suche nach einer bezahlten Beschäftigung insgesamt	1685 ²⁾	476 ²⁾	1209 ²⁾	1533	519	1014	2474	831	1644
davon:									
nach einer freiwill. Unter- brechnung	361 ²⁾	28 ²⁾	333 ²⁾	299	25	274	586	57	529
auf der Suche nach einem ersten Arbeitsplatz	612 ²⁾	149 ²⁾	463 ²⁾	248	104	144	1012	380	632
Sonstige	712 ²⁾	299 ²⁾	413 ²⁾	986	390	596	876	394	483

¹⁾ Die Zahlen für 1973 ohne Dänemark und Irland

²⁾ Ohne Bundesrepublik Deutschland

Quelle: Labour Force Sample Surveys for the European Community 1973, 1975, 1977

Tabelle 3.6

Regionale Arbeitslosenquoten

	Nationale Arbeitslosenquote ¹⁾			Höchste regionale Quote			Niedrigste regionale Quote		
	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt
Bundesrepublik Deutschland									
1973	0,4	0,8	0,5	0,8	1,1	0,8	0,2	0,5	0,3
1975	2,8	3,2	2,9	4,4	4,3	4,3	1,9	2,1	1,6
1977	2,4	3,8	2,9	4,5	6,2	4,1	1,4	2,2	1,8
Frankreich									
1973	1,5	2,6	1,9	2,7	5,6	3,7	0,6	1,3	0,9
1975	2,6	4,3	3,3	3,9	8,6	5,5	1,7	3,1	2,2
1977	3,3	6,1	4,4	4,5	8,8	6,0	2,0	3,9	2,7
Italien									
1973	3,3	6,1	4,0	6,6	11,0	7,6	1,5	3,1	2,0
1975	2,7	4,9	3,3	5,3	10,1	6,0	1,0	2,0	1,3
1977	3,3	7,0	4,4	6,1	16,9	8,6	1,3	3,1	2,0
Niederlande									
1973	1,9	1,7	1,9	2,6	1,7	2,5	1,7	1,6	1,7
1975	3,4	2,9	3,2	4,9	3,9	4,7	2,3	2,4	4,7
1977	3,3	3,3	3,3	4,5	4,9	4,6	2,5	2,6	2,5
Belgien									
1973	1,2	2,6	1,6	1,4	3,8	2,2	1,1	1,6	1,4
1975	2,2	5,5	3,2	2,7	7,3	4,1	1,9	4,6	4,1
1977	3,1	10,9	5,7	4,2	12,3	6,5	2,6	7,1	5,3
United Kingdom									
1973	2,4	1,7	2,1	4,9	3,9	4,6	1,0	1,1	1,1
1975	4,2	5,2	4,6	6,4	8,8	7,1	3,2	4,4	3,7
1977	4,8	4,4	4,7	8,8	7,9	8,5	3,8	3,6	3,8

¹⁾ Die Zahlen beziehen sich auf besondere Stichprobenergebnisse; sie sind nicht direkt vergleichbar mit an anderer Stelle benutzten Jahresdurchschnitten.

Quelle: Labour Force Sample Surveys for the European Community 1973, 1975, 1977

Tabelle 3.7

**Gesamtbevölkerung und Bevölkerung im
erwerbsfähigen Alter, EG 1979 bis 1995**
Prozentuale Veränderung

	insgesamt	15 bis 64 Jahre
1979	0,2	0,6
1980	0,4	0,7
1981	0,0	0,8
1982	0,2	1,0
1983	0,2	1,0
1984	0,2	1,0
1985	0,2	0,7
1986	0,2	0,2
1987	0,2	0,2
1988	0,2	0,2
1989	0,2	0,1
1990	0,2	0,0
1991	0,2	— 0,1
1992	0,2	— 0,1
1993	0,2	— 0,1
1994	0,2	0,0
1995	0,2	— 0,6

Quelle: „Die wirtschaftlichen Auswirkungen des demographischen Wandels in der Europäischen Gemeinschaft: 1975 bis 1995“, Bericht einer von der Kommission eingesetzten Gruppe unabhängiger Sachverständiger.

Schaubild 3.1

Bevölkerung, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft, 1960 bis 1979
 (mit Projektionen für die Bevölkerung bis 1995)

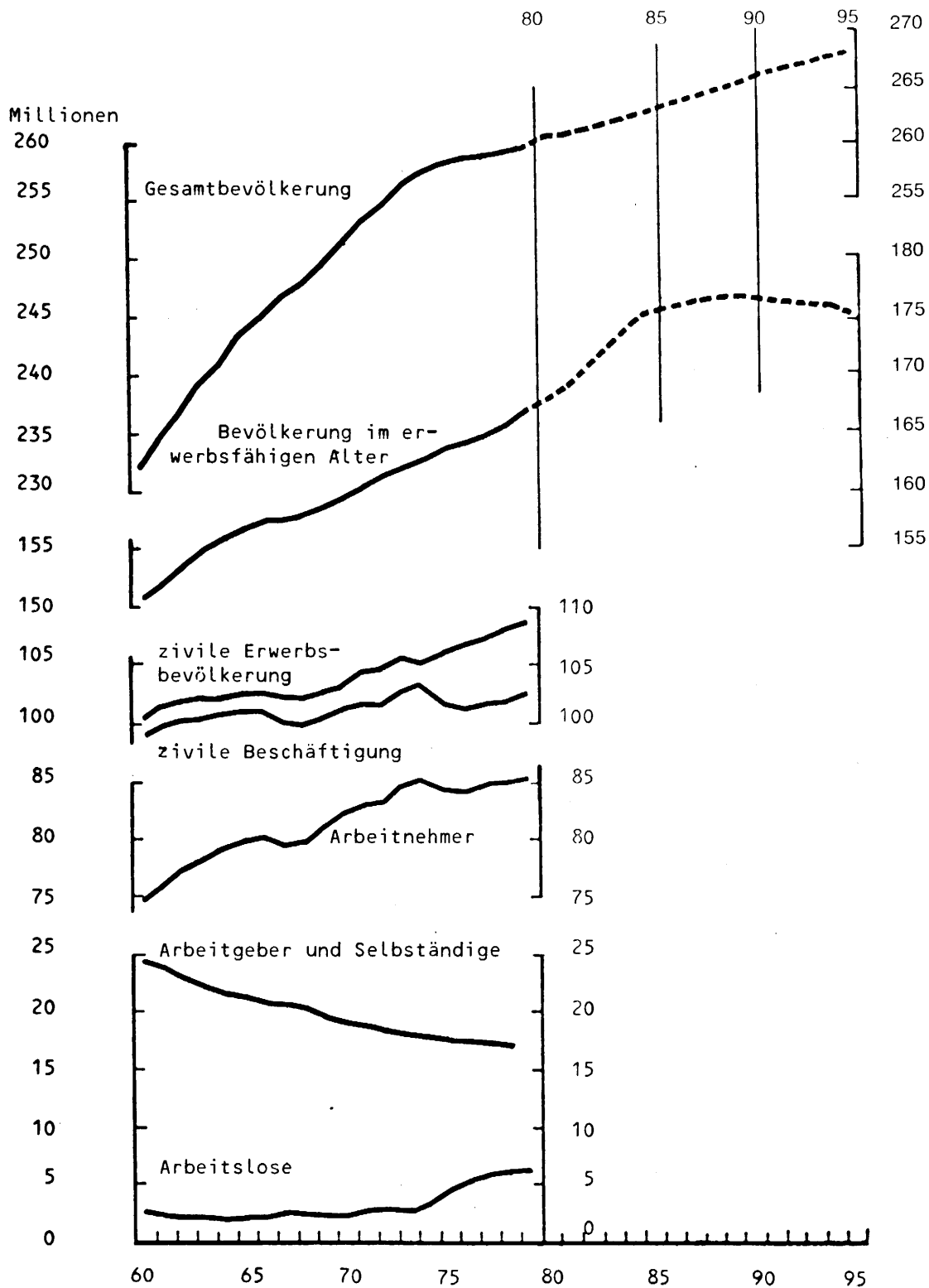
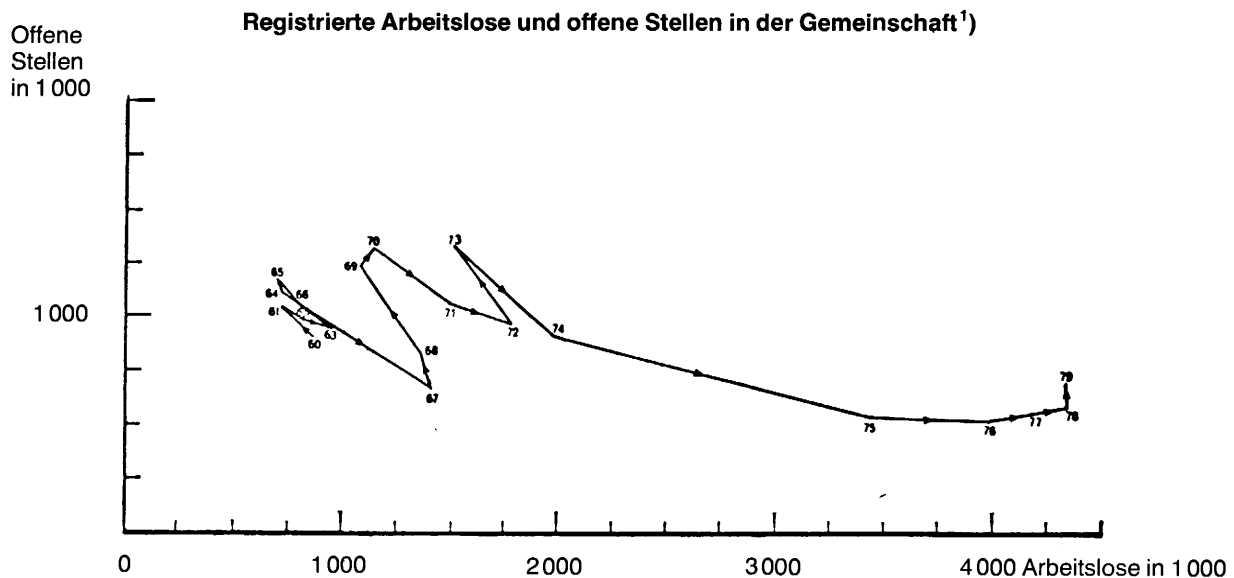


Schaubild 3.2



¹⁾ Ohne Italien und Irland; ohne Dänemark vor 1970. Die Zahlen für 1979 betreffen die ersten sechs Monate.
Quelle: Eurostat, Kommissionsdienststellen

4. Preise und Kosten

Preise: Tendenzen und Politik

Die in den Jahren 1975 bis 1978 beobachtete Abschwächung der Inflation geriet 1979 ins Stocken. Die impliziten Preise der Verbraucherausgaben dürften 1979 um 8,9 % steigen gegenüber 6,8 % im Jahre 1978 und der Deflator des Bruttoinlandsprodukts um 8,3 % gegenüber 7,8 %. Die Preistendenzen haben sich seit dem zweiten Halbjahr 1978 insbesondere im Zuge eines beschleunigten Anstiegs der Nahrungsmittelpreise, der Preise für Brennstoffe, Elektrizität und der Mieten (Schaubild 1) allmählich umgekehrt. In den zwölf Monaten bis Juni 1979 ist ein leichtes Wiederanziehen der Preise für andere Verbrauchsgüter als Nahrungsmittel, ein spürbarer Preisauftrieb für Mineralölzeugnisse und Strom sowie Mieten und eine leichte Beschleunigung der Dienstleistungspreise festzustellen. Der strenge Winter hat sich stark auf die Nahrungsmittelpreise ausgewirkt. Die Großhandelspreise für gewerbliche Erzeugnisse, die seit Beginn des Jahres im Zuge des Preisanstiegs für Rohstoffe und Mineralölzeugnisse spürbar gestiegen sind, haben die Preise der nicht zu den Nahrungsmitteln zählenden Verbrauchsgüter des Verbraucherpreisindex beeinflusst. Die beträchtliche Preissteigerung bei Mineralölzeugnissen und Strom ist im wesentlichen auf den Ölpreisanstieg im ersten Halbjahr 1979, aber auch auf eine Erhöhung der diese Erzeugnisse belastenden indirekten Steuern zurückzuführen. Die Mieten sind seit

dem zweiten Halbjahr 1978, insbesondere in Frankreich und in Italien, nachhaltig gestiegen. Die Freigabe der Mietpreise spielte dabei eine erhebliche Rolle. Im Vereinigten Königreich sind die Wohnungskosten insbesondere wegen der gestiegenen örtlichen Vermögensteuern und der höheren Hypothekenkosten sehr schnell gestiegen.

Im Jahre 1979 wurden die Preiskontrollen in mehreren Mitgliedstaaten in Frage gestellt. Dies entspricht der Vorstellung, daß eine Preisreglementierung letztlich höhere wirtschaftliche Kosten als die kurzfristig beim Preisindex erzielbaren Vorteile verursachen könnte. Durch Reduzierung des Wettbewerbs würde sie zur Erstarrung der Marktstrukturen beitragen, das Investitionstempo und folglich die wirtschaftliche Aktivität belasten und letztlich ein inflationärer Faktor sein.

In Frankreich hat die Freigabe der Preise für gewerbliche Erzeugnisse im Jahre 1978 nicht zu einer starken Beschleunigung geführt. Das Inflations-tempo ist in den beiden letzten Quartalen von 1978 mit 2,7 % bzw. 2,1 % langsamer geworden, hat sich aber seit dem zweiten Quartal 1979 beschleunigt (2,8 % gegenüber 2,2 % in den ersten drei Monaten). Diese Beschleunigung des Preisanstiegs ist auf alle Posten des Index, nämlich Verarbeitungserzeugnisse, Mineralölzeugnisse, Dienstleistungen und Mieten, zurückzuführen. Die Aufhebung von Preis- und Gewinnspannenkontrollen im Dienstleistungsbereich wurde 1979 verschoben.

In Italien ist 1979 das neue Mietgesetz in Kraft getreten. Die Mieten werden nunmehr nach Maßgabe des Mietwerts und der Entwicklung der Lebenshaltungskosten berechnet. Die Komponente Mieten des Preisindex hat sich beträchtlich erhöht, während bei den Nahrungsmitteln und Dienstleistungen eine nur leicht beschleunigte Preissteigerung zu beobachten war.

Im Vereinigten Königreich hat sich die Verteuerung von Erdöl und anderen Rohstoffen während der ersten Hälfte von 1979 nur zum Teil in den Einzelhandelspreisen niedergeschlagen. Dagegen sind die Preise für Nahrungsmittel sowie für verarbeitete Erzeugnisse deutlich gestiegen. Im Mai kündigte die neue Regierung an, daß sie die Preiskommission auflösen wolle; die Preiskommission konnte der Regierung eine geringere als die beantragte Preiserhöhung oder selbst einen Preisstopp vorschlagen. Die Erfahrung hatte gezeigt, daß das alte System den Preiswettbewerb zwischen den Unternehmen hemmte. Deshalb hat die Regierung eine aktivere Wettbewerbspolitik in Angriff genommen. Das Budget 1979 bis 1980 vermindert die direkte Besteuerung, erhöht dagegen die indirekten Steuern. Die Heraufsetzung der Mehrwertsteuer auf einen einheitlichen Satz von 15 % wird den Index der Einzelhandelspreise voraussichtlich mit 3,5 Prozentpunkten belasten. Da dieser Index nicht die Verminderung der direkten Steuern berücksichtigt, veröffentlicht die Regierung seit kurzem einen neuen Preis- und Steuerindex, der sowohl die Veränderung der Einzelhandelspreise als auch der Steuern einschließt und der deshalb ein besserer Indikator für die Kaufkraft der Bruttoeinkommen ist. Für die zwölf Monate bis Juli 1979 beträgt der Anstieg des Preis- und Steuerindex 13,2 %, der des Einzelhandelspreisindex 15,6 %.

In der Bundesrepublik Deutschland, wo die freie Preisbildung nahezu die Regel ist, beruht der beschleunigte Preisanstieg hauptsächlich auf der Verteuerung der Einfuhren von Mineralölerzeugnissen und Rohstoffen und ihren Auswirkungen auf die gewerblichen Erzeugnisse. Außerdem ist der Normalsatz der Mehrwertsteuer am 1. Juli um 1 % angehoben worden.

In den Niederlanden wurde es den Industrieunternehmen nach den Waren- und Dienstleistungspreisvorschriften für 1979 gestattet, die Lohnkosten bis zu 1 % auf die Preise abzuwälzen. Der Anstieg der anderen Kosten konnte vollständig überwältzt werden. Die Dienstleistungspreise durften nur zweimal im Jahr angehoben werden (+ 2 % am 1. Januar und + 2 % am 1. Juli). Die Handelsspannen blieben blockiert, und der Anstieg der öffentlichen Tarife wurde für 1979 auf 3,5 % beschränkt. Neben diesen allgemeinen Vorschriften gibt es zahlreiche spezifische Regelungen. Insgesamt hat sich die Inflation im ersten Halbjahr 1979 nicht beschleunigt, da sich die Verteuerung der Energiepreise noch nicht bemerkbar gemacht hat.

In Belgien hat die Regierung ihre Eingriffe (Überwachung der Entwicklung durch das Preisamt, Kontrolle durch die allgemeine wirtschaftliche Inspektion, Konsultation durch die Preiskontrollkommission)

angesichts der Abschwächung der Inflation im Jahre 1978 reduziert. Auf der Grundlage der bestehenden Rechtsvorschriften wurden Höchstpreise für einige Erzeugnisse (Brot, Briketts, Milch, Schweine- und Rindfleisch) oder höchstzulässige Erhöhungen (Mieten, öffentliche Verkehrstarife) festgesetzt. Das Inflationstempo hat sich im ersten Halbjahr nicht verändert, doch dürfte sich der Preisanstieg für Mineralölerzeugnisse im zweiten Halbjahr 1979 beschleunigen.

In Irland hing der spürbare Preisauftrieb im Jahre 1979 mit der Verteuerung des Erdöls, aber teilweise auch mit höheren Nahrungsmittelpreisen zusammen. Er wurde durch die zu Jahresanfang gekürzten Subventionen sowie durch die Auswirkungen der im Februar-Budget angekündigten höheren indirekten Steuern verstärkt. Im Oktober 1978 wurde das Preiskontrollsystem geändert; die wichtigste Neuerung besteht darin, daß für die großen Unternehmen die Voranmeldefrist für Preiserhöhungen verlängert wurde.

In Dänemark wurde der am 28. August 1978 in Kraft getretene vorübergehende Preisstopp am 1. April 1979 durch eine Kontrolle der Preise, Gewinne und Dividenden ersetzt. Der Preisstopp hatte eine Abschwächung des Inflationstempos ermöglicht: Der Einzelhandelspreisindex ist ohne die Auswirkungen der indirekten Besteuerung im Zeitraum September 1978/März 1979 auf Jahresbasis um 4,9 % gestiegen gegenüber 6,3 % in den sechs Monaten von Februar 1978 bis August 1978. Von April 1979 an hat sich der Preisauftrieb beschleunigt (auf Jahresbasis + 12,2 % von März bis Juli 1979). Der Anstieg der Nahrungsmittel- und der Dienstleistungspreise ist im ersten Halbjahr 1979 mäßig geblieben, was den ausgeprägten Preisauftrieb für Energieerzeugnisse etwas kompensiert hat. Dieser Preisauftrieb wurde durch die Anhebungen der Verbrauchsteuern und der Mehrwertsteuersätze auf Energieerzeugnisse Ende Juni noch verstärkt.

Einkommen: Tendenzen und Politik

In der Gemeinschaft insgesamt könnten die nominalen Pro-Kopf-Einkommen aus unselbständiger Arbeit 1979 etwas schneller steigen als 1978, und zwar um 11 % gegenüber 9,8 % (Tabelle 4.3). Die 1976 einsetzende Verlangsamung der Zuwachsrate der Nominallöhne wäre somit zum Stillstand gekommen. Die Lohnkosten je Produkteinheit dürften ebenfalls etwas rascher steigen (8,6 % im Jahre 1979 nach 6,8 % 1978), und zwar als Folge einer ungünstigeren Entwicklung der Arbeitsproduktivität im Jahre 1979. Der Reallohn je abhängig Beschäftigten wird 1979 voraussichtlich um 1,9 % und damit etwas schwächer als im Vorjahr (+ 2,8 %) steigen; dazu trägt der raschere Anstieg der Verbraucherpreise bei. Die realen Lohnkosten je Produkteinheit dürften sich um 0,3 % erhöhen, während sie 1978 um 0,9 % zurückgegangen waren. Damit wird die seit 1976 günstige Entwicklung unterbrochen werden; diese Entwicklung spiegelte die langsame Verbesserung der Gewinnspannen der Unternehmen wider, nachdem sich die Spannen in den Jahren 1974 und 1975 deutlich verschlechtert hatten.

In der Gemeinschaft insgesamt hat sich — mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs — der Gesamtrahmen für die Einkommensbestimmung nicht stark geändert. Gegenwärtig sind nur in zwei Mitgliedstaaten umfassende Abkommen in Kraft, nämlich in Dänemark und Irland, wo im Juli ein nationales Abkommen unterzeichnet wurde. In den anderen Mitgliedstaaten werden die Löhne hauptsächlich durch Abkommen auf Branchen- und Sektorebene ausgehandelt, weil es dem Staat entweder nicht gelungen ist, eine globale Lohnvereinbarung zu erreichen oder er die Verhandlungen darüber noch nicht eingeleitet hat oder auch, weil er traditionsgemäß nicht direkt in die Verhandlungen einbezogen wird (Bundesrepublik Deutschland) oder er sich auf globale Lohnempfehlungen beschränkt (Frankreich).

Im Vereinigten Königreich stützte sich die Einkommenspolitik der früheren Regierung für den Zeitraum August 1978/Juli 1979 auf die Festlegung einer Leitlinie von 5 % für den Gesamtanstieg der Durchschnittseinkommen und auf die Einhaltung eines Zwölfmonatsintervalls zwischen den Lohnerhöhungen. In den zehn Monaten von August 1978 bis Mai 1979 sind die Durchschnittseinkommen auf Jahresbasis um nahezu 14 % gestiegen. Die neue Regierung hat die Politik der Lohnleitlinien aufgegeben und die Tariffreiheit für die Lohnbildung wiederhergestellt. Die Behörden wollen die Inflation durch eine strenge Haushalts- sowie Geld- und Kreditpolitik und durch Förderung des Wettbewerbs bremsen. Im öffentlichen Sektor mußten sich die Lohnvereinbarungen an der finanziellen Ausgabenbegrenzung (cash limits) orientieren. Da keine Lohnnormen existieren, kann frei verhandelt werden; es muß jedoch davon ausgegangen werden, daß dabei die von der Wirtschaftspolitik gesetzten finanziellen Beschränkungen streng beachtet werden. Insgesamt dürften die Pro-Kopf-Reallöhne, die 1978 deutlich gestiegen sind (allerdings im Anschluß an einen beträchtlichen Kaufkraftverlust im Jahre 1977), im Jahre 1979 mäßiger zunehmen. Die Sozialleistungen sind ihrerseits an den Anstieg der Einzelhandelspreise angepaßt worden. Den Nichtlohneinkommen kommt die Abschaffung der Dividendenkontrolle und die Herabsetzung der Steuersätze für die direkten Steuern zugute.

Durch das für zwei Jahre geltende Lohngesetz, das das dänische Parlament am 28. März 1979 verabschiedet hat, ist die Regelung festgelegt worden, die an die Stelle des sechsmonatigen Preis- und Einkommensstopps tritt. Das System der Lohnindexierung wird beibehalten. Die Indexierung erfolgt automatisch und halbjährlich (März bis September). Gleichwohl wird der Preisanstieg nicht völlig kompensiert: Ein Anstieg der Verbraucherpreise um 1 % führt zu einer Anhebung der Löhne um 1/2 %. Die Sozialleistungen sind hingegen völlig an die Verbraucherpreise gebunden. Insgesamt könnte das Abkommen zu einem jährlichen Anstieg der Stundenlöhne um mindestens 8,5 % im privaten Sektor und um 7 bis 7,5 % im öffentlichen Sektor führen. Die Gesamtlohnkosten könnten angesichts der steigenden Soziallasten um etwa 10 %, d. h. gleich schnell wie in den Vorjahren, steigen. Im übrigen sind die

Gewinne und Dividenden blockiert und dürfen ihr Niveau von 1979 nicht übersteigen. Real dürften sich die Pro-Kopf-Löhne 1979 nicht erhöhen.

In Irland sah das nationale Lohnabkommen von März 1978 einen Anstieg der Basislöhne von 8 % für einen Zeitraum von zwölf Monaten und von 2 % für die darauffolgenden drei Monate vor. Unter Berücksichtigung des Überhangs von 1977 und der Lohn-drift sind die Pro-Kopf-Lohneinkommen 1978 um 15 1/2 % gestiegen, das entspricht einem Realanstieg von rund 7 %. Im Juli 1979 wurde ein neues Abkommen abgeschlossen, nachdem eine erste Fassung auf der Konferenz der Gewerkschaftsdelegierten im Mai abgelehnt worden war und die Regierung gedroht hatte, einen auf 7 % begrenzten Anstieg für sechs Monate durchzusetzen. Die Löhne können während der ersten neun Monate des Abkommens um 9 % angehoben werden. Im zweiten Zeitraum (sechs Monate) beträgt der Anstieg 2 %, wobei zusätzliche Erhöhungen entsprechend der Entwicklung des Preisindex möglich sind (vollständige Indexbindung bei einem Anstieg des Preisindex zwischen 7 und 12 % und 60 Pence je zusätzlichem Indexpunkt zwischen 12 und 16 %).

In der Bundesrepublik Deutschland werden die Einkommen ohne staatlichen Eingriff bestimmt. Es gibt kein Lohnindexierungssystem. Nach einem über 40 Tage andauernden Arbeitskonflikt in der Metallindustrie Ende 1978 haben sich die Sozialpartner der Länder Hessen und Nordrhein-Westfalen im Januar 1979 auf einen 15monatigen Tarifvertrag geeinigt, in dem die Löhne in diesem Sektor um 4 % angehoben werden und der Jahresurlaub auf sechs Wochen erhöht wird. Im März haben sich die Sozialpartner des öffentlichen Dienstes auf eine Einkommenserhöhung von 4 % geeinigt. Im Juli erklärten die Verantwortlichen der Gewerkschaften der Metallindustrie, daß sie die Tarifabschlüsse nicht aufgrund der Ölpreiserhöhungen in Frage stellen würden. Diese Mäßigung bei den Lohnforderungen war anschließend in allen Wirtschaftsbereichen zu beobachten. Die Reallöhne dürften 1979 etwas steigen.

In den Niederlanden werden die Löhne zweimal jährlich an einen besonderen Verbraucherpreisindex angepaßt, der die Auswirkung der indirekten Besteuerung ausschließt und dem eine reduzierte Gewichtung der Kosten für ärztliche Leistungen zugrunde liegt. Real betrug der Anstieg der Pro-Kopf-Lohneinkommen im Jahre 1978 1,4 %; 1979 könnte er etwas höher ausfallen.

In Belgien, wo die Löhne nach Überschreiten einer Indexschwelle von generell 2 % angehoben werden, hat sich die Zuwachsrate der Pro-Kopf-Lohneinkommen seit 1976 regelmäßig verlangsamt, während die Reallöhne seit 1977 um etwas weniger als 3 % jährlich zunehmen. Die Regierung hat im Oktober 1978 mehrere Einkommensübertragungen angehoben und die Steuersätze für direkte Steuern dahin gehend geändert, daß die Steuerlast für kleine und mittlere Einkommen verringert und die für Einkommen über 500 000 Francs erhöht wird. In Luxemburg, wo die Indexschwelle für die Lohnanhebungen 2,5 % beträgt, wurden die Tarifverträge ohne Eingriff der

Regierung erneuert. Die realen Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten haben 1978 ein wenig abgenommen.

In Frankreich ist der gesetzliche Mindestlohn (SMIC) an den Verbraucherpreisindex gebunden, wobei die Anpassungsschwelle 2 % beträgt. Gelegentlich beschließt der Staat eine über den Preisanstieg hinausgehende Erhöhung. So ist die Kaufkraft des Mindestlohns im Zeitraum Juli 1978 bis Juli 1979 um 2 % gestiegen. Für die anderen Arbeitnehmer werden die Löhne frei ausgehandelt. In der Praxis entspricht der Anstieg des Stundenlohnsatzes stets weitgehend dem des SMIC oder liegt etwas darüber. Im Jahre 1979 hat die Regierung versucht, den Lohnanstieg zu bremsen: Im Juli 1979 forderte der Premierminister eine Unterbrechung des Kaufkraftanstiegs der Lohnsumme. Die realen Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten sind 1978 um 2,8 % gestiegen, doch haben die Lohnkosten je Produkteinheit im gleichen Jahr abgenommen. 1979 hat sich der Anstieg des Reallohns je unabhängig Beschäftigten verlangsamt. Für die Familienzulagen und die Mindestaltersversorgung, deren Anhebung die Regierung beschlossen hat, ergibt sich 1979 ein Kaufkraftgewinn. Die Einkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen, die keiner Regelung oder Regierungsempfehlung (mit Ausnahme der Mieten) unterliegen, haben sich verbessert.

In Italien sind die Löhne indexgebunden. Im Jahre 1979 stand im übrigen die Erneuerung der dreijährigen Tarifverträge für über die Hälfte der italienischen Arbeitnehmer an. Zahlreiche Tarifverträge waren Mitte 1979 bereits unterzeichnet, insbesondere der Tarifvertrag für die metallverarbeitende Industrie, der häufig als Anhaltspunkt für den Abschluß anderer Tarifverträge dient. Schätzungsweise dürfte 1979 die Erhöhung der Lohnsumme der von der Erneuerung der Tarifverträge betroffenen acht Millionen Arbeitnehmer etwas über 4 % betragen, soweit die noch nicht unterzeichneten Verträge zu den gleichen Bedingungen wie in den bereits vorliegenden Lohnabschlüssen geschlossen werden. Die gesamte Lohnsumme könnte dann 1979 um 3,5 % zunehmen. 12,5 % des Anstiegs der Lohnsumme würden im übrigen auf die gleitende Lohnskala entfallen, so daß die Lohnsumme insgesamt unter Berücksichtigung der anderen Elemente (Arbeitszeit, Beschäftigung, Lohndrift) 1979 um 18½ % pro Kopf steigen dürfte. Die Inflation könnte in diesem Zeitraum schätzungsweise 15 % betragen.

Auswirkungen des Ölpreisanstiegs

Nach den Schätzungen der Dienststellen der Kommission anhand der Input-Output-Tabellen dürfte die Verteuerung des Ölpreises um nahezu 60 % und eine ähnlich hohe Preiserhöhung für Mineralöl-erzeugnisse einen zusätzlichen Anstieg der Verbraucherpreise um 1,5 % für die Gemeinschaft im Zeitraum von Mitte 1979 bis Mitte 1980 auslösen. Falls sich alle Energieerzeugnisse um 60 % verteuern, würde die Auswirkung 2,7 % betragen. Eine mittlere Auswirkung von etwa 2 % kann als am wahrscheinlichsten angesehen werden (Tabelle 4.4).

Für die einzelnen Mitgliedstaaten könnte die Auswirkung jeweils mehr oder weniger stark ausgeprägt sein, insbesondere angesichts der beträchtlichen Unterschiede im System der Einkommensbildung und -verteilung.

In den Ländern, in denen die kurzfristige Entwicklung der Lohnkosten durch ein Indexierungssystem beeinflusst wird, könnten die Preise verhältnismäßig schneller steigen als in den anderen Ländern, es sei denn, der Indexierungseffekt wird durch eine parallele Verlangsamung des Anstiegs der Reallohne (ohne Index) kompensiert, um eine globale Erhöhung der Lohnkosten zu erreichen, die mit den auf makro-ökonomischer Ebene verfügbaren Ressourcen vereinbar ist.

Die Berücksichtigung der tatsächlichen Ressourcen der Volkswirtschaft in den Lohnverträgen wirkt zweifellos einige methodologische Probleme auf. Traditionsgemäß wird bei den Lohnverhandlungen in den meisten Ländern auf den Anstieg der Lebenshaltungskosten und auf den Produktivitätszuwachs, d. h. die mengenmäßige Produktion je Beschäftigten, Bezug genommen. Bei Verschlechterung der Terms of Trade, die wie in den Jahren 1973 bis 1974 und 1979 bis 1980 auf einer Verteuerung der eingeführten Erzeugnisse gegenüber den ausgeführten Erzeugnissen beruht, ist der Produktivitätszuwachs nicht mehr die geeignete Größe, um das Volumen der für die Inlandsausgaben verfügbaren Ressourcen (pro Kopf) zu messen. Ein größerer Teil der Produktion muß ausgeführt werden, um den Kaufkraftverlust (auf den Auslandsmärkten) der Ausfuhrerlöse zu kompensieren.

Wie aus Tabelle 4.5 ersichtlich ist, war die Auswirkung der geänderten Terms of Trade auf das Wachstum der verfügbaren Ressourcen (reales Volkseinkommen) im Zeitraum 1961 bis 1972 im allgemeinen sehr gering und machte kaum mehr als 0,2 % des BIP in der einen oder anderen Richtung aus. Während dieses ganzen Zeitraums stand normalerweise die zusätzliche Produktion von Waren und Dienstleistungen für die Inlandsausgaben zur Verfügung. Seit 1972 ist die Entwicklung turbulenter geworden: Infolge des Preisanstiegs für Mineralöl und andere Rohstoffe betrug die negative Auswirkung auf die verfügbaren Ressourcen 1,2 % des BIP im Jahre 1973 und 2,7 % im Jahre 1974. Zwar konnte ein Teil dieses Verlusts durch eine Verbesserung der Terms of Trade in 1978 ausgeglichen werden, doch führt der Ölpreisanstieg im Jahre 1979 erneut zu einer Verringerung der im Inland verteilbaren Ressourcen in Höhe von 0,8 % des BIP; davon entfallen rund 0,5 % auf 1979 und 0,3 % auf 1980.

Wettbewerbsfähigkeit

Seit 1978 hat sich die durchschnittliche Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaft im Verhältnis zu ihren wichtigsten Konkurrentenländern etwas verschlechtert, während dies weder für die Vereinigten Staaten und noch weniger für Japan zutrifft. Die Tabelle 4.6 enthält die statistischen Elemente dieser Gegenüberstellungen, zunächst die effektiven Wechselkurse

(gewichtet mit dem Außenhandel), sodann die relative Entwicklung der Großhandelspreise für gewerbliche Erzeugnisse (ähnlich gewichtet) und schließlich den kombinierten Index der Wettbewerbsfähigkeit, der sich aus der Multiplikation der beiden ersten Reihen ergibt.

Vergleicht man die relative Preisentwicklung der Gemeinschaft zwischen 1973, einem geeigneten Ausgangsjahr, und 1978, so zeigt sich, daß sie sich wenig verändert hat, daß sie aber in der Zwischenzeit großen Schwankungen unterlag. Von 1978 bis zum zweiten Quartal 1979 hat sich die durchschnittliche relative Preisentwicklung der Gemeinschaft kaum verändert, während sich die der Vereinigten Staaten verschlechtert und die Japans verbessert hat. Allerdings hat sich der durchschnittliche effektive Wechselkurs der Gemeinschaft im gleichen Zeitraum beträchtlich erhöht (von 97 auf 101, das sind 4 Punkte), was mit dem Wertverlust des Dollars und dem noch

ausgeprägteren Wertverlust des Yen zusammenhängt. Zwischen 1978 und dem zweiten Quartal 1979 hat sich die durchschnittliche Wettbewerbsfähigkeit, die die Preis- und Wechselkurselemente kombiniert, für die Gemeinschaft um 4 Punkte verschlechtert, für die Vereinigten Staaten um 1 Punkt verschlechtert und für Japan um 12 Punkte verbessert.

In bezug auf die einzelnen Mitgliedstaaten läßt die Entwicklung zwischen 1978 und dem zweiten Quartal 1979 eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in Dänemark, Belgien und in den Niederlanden erkennen, eine Verschlechterung in Frankreich, in Italien und im Vereinigten Königreich, während sich die Position der Bundesrepublik Deutschland kaum verändert hat. (Im Vereinigten Königreich wurde jedoch die ausgeprägte Verschlechterung, die wegen des festen Pfundes bis zum zweiten Quartal 1979 zu beobachten war, durch eine Verbesserung im dritten Quartal abgelöst.)

Tabelle 4.1

Anstieg der Verbraucherpreise, der Großhandelspreise und der Preise des BIP
(in %)

	1960 bis 1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
	<i>Verbraucherpreise ¹⁾</i>							¹⁾
Dänemark	5,2	10,1	12,4	9,7	10,1	10,1	9,4	9,7
Bundesrepublik Deutschland	3,0	7,6	7,1	6,1	4,5	3,8	2,6	4,3
Frankreich	4,3	6,8	13,2	11,4	9,5	8,7	8,8	10,2
Irland	5,0	12,0	15,7	21,7	18,6	13,8	7,9	13,2
Italien	4,0	12,2	21,1	17,7	18,1	18,2	12,7	15,2
Niederlande	4,7	8,9	9,6	9,8	8,8	6,1	4,4	4,8
Belgien	3,1	5,8	12,2	12,2	7,7	6,5	4,5	4,5
Luxemburg	3,1	5,5	9,0	11,2	9,4	6,7	3,1	4,5
United Kingdom	4,3	8,6	17,4	23,4	16,0	14,7	8,5	12,8
EG	3,9	8,4	13,4	12,8	11,1	10,5	6,8	8,9
	<i>Großhandelspreise ²⁾</i>							²⁾
Dänemark	3,3	14,6	22,3	5,6	7,6	8,1	4,9	4,7
Bundesrepublik Deutschland	1,7	6,9	13,4	3,2	3,6	2,7	1,0	3,9
Frankreich	3,0	5,1	16,0	11,6	7,5	7,3	9,1	10,6
Irland	4,9	12,7	18,9	25,1	14,7	15,4	12,1	9,7
Italien	2,5	14,9	45,5	8,4	22,4	17,6	8,1	12,6
Niederlande	3,0	6,8	9,5	6,8	6,9	5,4	2,0	1,3
Belgien	2,1	3,4	17,2	7,0	3,8	3,1	0,9	3,7
Luxemburg	2,1	3,4	17,2	7,0	3,8	3,1	0,9	3,7
United Kingdom	3,6	7,9	24,4	24,2	16,5	17,9	10,1	10,5
EG	2,6	7,8	20,5	10,2	9,7	8,9	5,5	8,0
	<i>Preise des Bruttoinlandsprodukts</i>							¹⁾
Dänemark	6,2	9,5	10,4	12,5	8,6	9,0	9,7	8,0
Bundesrepublik Deutschland	4,0	6,0	6,9	6,6	3,1	3,9	3,9	3,8
Frankreich	4,6	7,8	11,1	13,4	9,7	9,1	9,9	9,6
Irland	6,0	15,5	7,1	23,6	19,2	13,5	11,3	12,1
Italien	4,8	11,7	18,3	17,7	18,0	18,9	13,3	14,3
Niederlande	5,5	8,2	8,6	11,3	7,8	6,7	5,3	4,3
Belgien	3,5	6,7	12,1	12,5	7,5	6,9	4,6	4,2
Luxemburg	3,7	11,7	15,5	2,1	12,5	1,7	3,2	5,4
United Kingdom	4,7	6,8	15,3	27,4	15,0	13,3	10,2	13,8
EG	4,6	7,7	11,7	15,0	10,5	10,4	7,8	8,3

¹⁾ Schätzungen der Dienststellen der Kommission.²⁾ 1. Halbjahr 1979 zum Vergleich zum 1. Halbjahr 1978.

Anmerkungen: Verbraucherpreisen = implizite Preise der Ausgaben des privaten Verbrauchs. Preise des BIP = impliziter Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quellen: EUROSTAT und Dienststellen der Kommission.

Tabelle 4.2

Komponenten der Verbraucherpreisentwicklung
(Anstieg in %)

	Nahrungs- mittel	Andere Ver- brauchs- güter	Mineral- ölerzeug- nisse und Strom	Mieten ¹⁾	Dienst- leistun- gen ²⁾	Insge- samt
EG Total						
1973	10,3	6,4	7,6	7,8	8,0	8,1
1974	11,9	14,1	25,6	7,9	10,0	12,4
1975	13,4	11,7	14,3	11,2	13,7	12,5
1976	12,5	8,3	12,8	10,5	10,5	10,3
1977	13,6	8,6	11,7	8,2	8,2	10,3
1978						
Dänemark	10,5	9,2	10,2	8,7	10,2	9,9
Bundesrepublik Deutschland	1,0	3,6	2,9	3,0	3,2	2,6
Frankreich	8,5	9,2	8,7	8,8	11,0	9,1
Irland	8,0		3,5			7,6
Italien	13,0	11,3	11,3	6,8	13,3	12,1
Niederlande	0,3	6,4	9,9	5,2	5,0	4,1
Belgien	1,4	3,3		7,3	8,3	4,4
Luxemburg	1,5		1,5			3,1
United Kingdom	7,8	8,3	7,6	7,2	11,6	8,3
EG	6,5	6,9	6,9	6,1	8,3	6,6
Anstieg in % Juni 1979/Juni 1978 ³⁾						
Dänemark	7,4	10,1	27,3	7,2	7,7	8,6
Bundesrepublik Deutschland	0,7	6,6	25,6	2,8	4,8	3,9
Frankreich	9,1	10,6	15,5	11,8	11,1	10,2
Irland	16,4		6,0			12,4
Italien	14,0	11,3	12,4	26,7	15,4	13,7
Niederlande	2,0	3,9	4,2	7,3	4,7	4,2
Belgien	0,5	5,8		6,1	5,9	4,5
Luxemburg	2,8		13,5			4,2
United Kingdom	11,3	9,3	5,4	22,7	8,8	11,4
EG	7,5	8,5	15,1	12,6	8,6	8,9

¹⁾ Einschließlich Reparaturen, Unterhalt der Gebäude und Ausgaben für Wohneigentum.

²⁾ Ohne Mieten.

³⁾ Mai 1979 bis Mai 1978 für Irland und Italien.

Anmerkung: Verbraucherpreise = Indizes der Verbraucherpreise.

Quellen: OECD und Dienststellen der Kommission.

Tabelle 4.3

Einkommen aus unselbständiger Arbeit je unselbständig Beschäftigten

	1960 1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
Dänemark	10,7	13,3	18,0	14,7	11,1	8,2	8,5	7,9
Bundesrepublik Deutschland	9,0	12,9	12,1	7,8	7,8	6,6	4,8	6,0
Frankreich	9,7	12,8	17,6	18,8	14,7	12,0	12,4	12,3
Irland	10,8	18,9	18,2	30,4	20,2	17,6	15,8	15,4
Italien	11,1	19,6	22,4	30,9	20,9	21,1	15,0	18,4
Niederlande	11,0	15,1	15,8	13,3	10,9	7,9	7,1	6,9
Belgien	8,6	12,9	18,0	16,8	15,0	9,2	7,1	7,4
Luxemburg	7,2	12,5	22,0	13,4	13,9	9,2	4,9	6,1
United Kingdom	7,9	12,3	20,6	29,9	15,5	9,2	12,6	15,2
EG	9,3	14,4	16,9	17,8	12,9	9,9	9,8	11,8
<i>Lohnkosten je Produkteinheit</i>								
Dänemark	7,4	9,6	18,1	14,8	6,2	6,5	7,3	7,3
Bundesrepublik Deutschland	5,2	8,3	9,5	6,2	2,2	4,1	2,8	3,2
Frankreich	5,6	9,5	15,5	17,5	10,3	10,0	8,7	9,9
Irland	7,3	15,8	17,9	26,1	15,1	12,6	10,4	14,6
Italien	6,8	13,6	19,7	25,5	15,3	19,8	12,6	14,8
Niederlande	7,3	9,1	11,5	14,1	6,0	6,4	5,1	4,7
Belgien	5,0	8,2	15,0	17,7	8,4	7,8	4,7	4,7
Luxemburg	5,3	4,9	21,2	26,2	9,9	7,0	0,8	4,4
United Kingdom	5,1	6,5	23,4	31,6	10,6	8,5	9,3	12,5
EG	5,5	9,6	15,5	16,7	7,3	8,1	6,8	8,6
<i>Reales Einkommen aus unselbständiger Arbeit je unselbständig Beschäftigten ¹⁾</i>								
Dänemark	3,8	2,9	5,0	4,6	0,9	— 1,7	— 0,8	— 1,6
Bundesrepublik Deutschland	4,7	4,9	4,7	1,6	3,1	2,7	2,1	1,6
Frankreich	4,8	5,6	3,9	6,6	4,7	3,0	3,3	1,9
Irland	8,1	6,1	2,2	7,1	1,3	3,3	7,3	1,9
Italien	5,9	6,6	1,1	11,2	2,3	2,5	2,0	2,8
Niederlande	5,1	9,9	5,5	3,2	1,9	1,7	2,6	2,0
Belgien	4,7	6,7	5,2	4,1	6,8	2,5	2,5	2,8
Luxemburg	3,5	6,6	11,9	2,0	4,1	2,3	1,7	1,5
United Kingdom	2,8	3,4	2,7	5,3	— 0,4	— 4,8	3,8	2,1
EG	4,4	5,5	3,1	4,4	1,6	— 0,5	2,8	1,9
<i>Reale Lohnkosten je Produkteinheit ²⁾</i>								
Dänemark	0,7	0,1	7,0	2,1	— 2,2	— 2,2	— 2,2	— 0,7
Bundesrepublik Deutschland	1,3	2,2	2,4	— 0,5	— 1,0	0,3	— 1,1	— 0,6
Frankreich	0,9	1,6	4,0	3,6	0,5	0,8	— 1,1	0,3
Irland	0,8	0,3	10,2	2,1	— 3,4	— 0,8	— 0,8	2,3
Italien	1,8	1,7	1,2	6,7	— 2,3	0,8	— 0,7	0,7
Niederlande	1,5	0,8	2,7	2,4	— 2,2	— 0,6	— 0,2	0,3
Belgien	1,2	1,4	2,5	4,6	0,8	0,9	0,1	0,5
Luxemburg	1,7	— 6,1	4,9	23,5	— 2,3	5,2	— 2,3	— 0,9
United Kingdom	0,1	— 0,3	7,0	3,3	— 3,8	— 4,2	— 0,8	1,6
EG	0,8	1,8	3,4	1,5	— 2,9	— 2,1	— 0,9	0,3

¹⁾ Einkommen aus unselbständiger Arbeit je unselbständig Beschäftigten, korrigiert mit dem impliziten Index der Verbraucherpreise.

²⁾ Lohnkosten je Produkteinheit, korrigiert mit dem impliziten Index der BIP-Preise.

Quelle: Eurostat und Dienststellen der Kommission.

Tabelle 4.4

**Auswirkungen eines 60%igen Preisanstiegs für Energieerzeugnisse auf die
impliziten Preise der Ausgaben des privaten Verbrauchs**
(errechnet an Hand von Input-Output-Tabellen) ¹⁾

	60%iger Preisanstieg	
	für Mineralöl und Mineralölerzeugnisse	für alle Energieerzeugnisse
Dänemark	1,8	2,2
Bundesrepublik Deutschland	1,3	2,5
Frankreich	1,6	2,5
Irland	1,7	2,6
Italien	2,1	3,1
Niederlande	0,8	1,5
Belgien	1,3	2,5
Luxemburg	.	..
United Kingdom	1,4	3,3
EG ¹⁾	1,5	2,7
Gewichte in den Verbraucherindizes (in %) (Marktpreise einschließlich indirekte Steuern)		
	des Mineralöls und der Mineralölerzeugnisse	aller Energieerzeugnisse
Dänemark	5,9	
Bundesrepublik Deutschland	2,9	6,6
Frankreich	5,7	8,6
Irland	5,7	10,5
Italien	1,8	3,4
Niederlande	2,3	6,2
Belgien	6,2	9,7
Luxemburg	3,2	8,1
United Kingdom	3,7	9,2

¹⁾ Diese Schätzungen berücksichtigen die direkte und indirekte Auswirkung eines 60%igen Preisanstiegs (a) für Mineralöl und Mineralölerzeugnisse und (b) für alle Energieerzeugnisse. Sie stützen sich auf eine Input-Output-Tabelle von 1970, die auf neuesten Stand gebracht wurde, um der seit diesem Jahr gestiegenen Gewichtung der Energieerzeugnisse Rechnung zu tragen. Die auf die Preis- und Einkommensbindungen zurückzuführenden Sekundärauswirkungen auf die Preise (beispielsweise Lohnindexierung) sind nicht berücksichtigt worden.

Quelle: Schätzungen der Dienststellen der Kommission.

Tabelle 4.5

**Auswirkung der Entwicklung der Terms of Trade auf das reale
Inlandseinkommen der Gemeinschaft**

	Wachstumsrate des realen BIP	Wachstumsrate des realen Inlandseinkommen	Beitrag der Veränderung der Terms of Trade zum Wachstum des realen Inland- einkommens ^{1) 2)}	Prozentuale Veränderung der Terms of Trade (Waren und Dienstleistungen)
1961	5,1	5,2	0,1	+ 0,5
1962	4,4	4,5	0,1	+ 0,7
1963	4,1	4,0	— 0,1	— 0,5
1964	5,9	6,0	0,1	+ 0,9
1965	4,2	4,2	0,0	0
1966	3,5	3,5	0,0	+ 0,3
1967	3,1	3,4	0,2	+ 1,2
1968	5,1	5,0	— 0,2	— 0,8
1969	5,9	5,9	0,0	+ 0,2
1970	5,0	5,2	0,2	+ 1,0
1971	3,4	3,5	0,1	+ 0,4
1972	4,0	4,3	0,3	+ 1,3
1973	6,0	4,8	— 1,2	— 4,4
1974	1,6	— 1,1	— 2,7	— 10,2
1975	— 1,6	— 0,8	0,8	+ 4,4
1976	5,0	4,3	— 0,7	+ 1,6
1977	2,3	2,4	0,1	+ 0,3
1978	3,1	3,9	0,8	+ 2,6
1979	3,1	2,6	— 0,5	— 1,6

¹⁾ Dieser Beitrag ist die Differenz zwischen den mit dem Einfuhrpreisindex deflationierten Ausfuhren und den mit dem Ausfuhrpreisindex deflationierten Ausfuhren. Die erste Größe drückt die Kaufkraft der realen Ausfuhrerlöse in eingeführten Waren und Dienstleistungen aus, die zweite dagegen das Volumen der ausgeführten Waren und Dienstleistungen. Die Differenz der beiden Größen gibt die Auswirkung der Veränderung der Terms of Trade auf die Kaufkraft der Ausfuhrerlöse an. Das reale Inlandseinkommen ist die Summe des realen Bruttoinlandsprodukts und dieser Auswirkung der Veränderten Terms of Trade.

²⁾ In Prozentpunkten des BIP des Vorjahres.

Bemerkungen: Für 1961 bis 1977 Veränderungen zu Preisen von 1977. Für 1978 und 1979 Veränderungen zu Preisen des Vorjahres.

Quelle: Eurostat und Dienststellen der Kommission.

Tabelle 4.6

Effektive Wechselkurse, relative Preisentwicklung und Wettbewerbsfähigkeit
Index 1972, 1. Quartal = 100

	DK	D	F	IRL	I	BL	NL	UK	EG	US	JAP
<i>Effektive Wechselkurse ¹⁾ (Durchschnitt)</i>											
1973	106,8	111,4	104,9	90,4	90,6	102,0	103,3	85,5	101,7	91,3	106,4
1974	107,5	118,0	98,1	88,1	82,0	103,9	109,1	82,8	100,1	93,4	99,6
1975	111,2	120,3	107,8	83,3	78,6	105,5	111,9	76,1	102,1	92,6	97,0
1976	113,7	127,3	103,9	74,8	65,2	107,7	115,0	64,9	93,6	97,4	101,4
1977	113,3	138,2	98,9	72,6	59,9	114,3	121,7	61,9	94,4	96,2	112,5
1978	113,8	147,6	97,8	73,6	56,4	118,5	125,4	62,7	97,1	86,9	136,7
IV 1978	115,3	152,0	98,0	73,3	54,9	120,3	127,2	62,2	98,4	83,3	145,0
I 1979	116,2	153,7	98,6	74,1	54,3	121,1	128,1	63,3	100,4	83,9	139,1
II 1979	112,8	152,6	97,5	73,5	54,7	119,0	126,6	66,6	101,0	85,6	129,5
<i>Relative Preisentwicklung</i>											
1973	106,7	97,8	96,9	105,4	106,6	95,2	98,5	100,3	98,3	96,3	106,5
1974	108,0	90,8	92,4	103,4	131,2	93,5	90,0	103,8	96,6	96,7	113,8
1975	103,7	85,0	95,2	113,8	130,8	92,0	88,4	119,0	97,6	100,0	104,7
1976	102,8	80,8	94,4	118,5	150,3	88,7	87,8	129,5	100,5	99,1	101,4
1977	102,7	76,6	94,1	123,6	166,2	85,5	86,3	143,3	103,0	99,1	95,6
1978	102,2	73,0	98,3	129,9	171,5	81,9	83,9	150,3	103,4	102,0	88,4
IV 1978	100,8	71,8	100,5	130,6	173,9	80,9	82,5	151,8	103,5	103,7	85,3
I 1979	100,2	71,3	100,2	131,5	177,6	80,4	81,2	152,8	103,5	104,1	84,5
II 1979	101,1	70,7	100,2	130,0	181,1	79,3	79,2	155,3	103,5	105,0	83,7
<i>Wettbewerbsfähigkeit ²⁾</i>											
1973	114,0	108,9	101,7	95,3	96,0	97,0	101,8	85,8	100,0	88,0	113,3
1974	116,1	107,2	90,6	91,1	107,6	97,1	98,2	85,9	96,7	90,3	113,3
1975	115,2	102,2	102,7	94,8	102,9	97,1	98,9	90,6	99,7	92,7	101,5
1976	116,6	102,8	98,1	88,7	98,0	95,6	100,9	84,1	94,1	96,5	102,9
1977	116,4	105,8	93,0	89,7	99,6	97,6	105,0	88,8	97,2	95,3	107,6
1978	116,3	107,7	96,2	95,6	96,7	97,1	105,2	94,2	100,4	88,6	120,8
IV 1978	116,2	109,2	98,4	95,8	95,5	97,4	105,0	94,4	101,9	86,3	123,7
I 1979	116,5	109,9	98,9	97,4	96,4	97,4	104,5	96,7	103,9	87,3	117,5
II 1979	114,0	107,9	97,7	95,6	99,0	94,3	100,2	103,4	104,5	89,7	108,4

¹⁾ Ein effektiver Wechselkurs über 100 entspricht einer Höherbewertung.

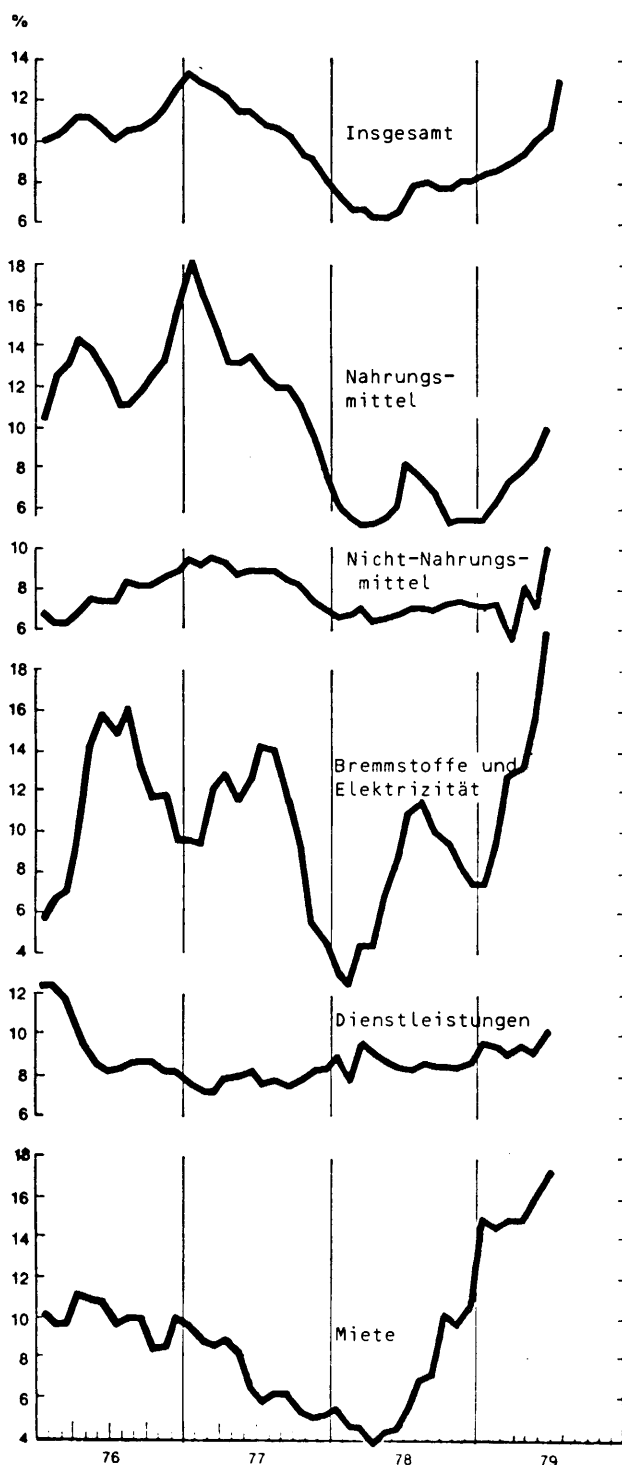
²⁾ Ein Index über 100 ist Ausdruck relativ hoher internationaler Preise und folglich einer Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit.

Anmerkung: Die Indizes der effektiven Wechselkurse und der relativen Preisentwicklung stellen jeweils den Wechselkurs eines Landes und die inländische Inflationsrate — hier gestützt auf die Großhandelspreise für gewerbliche Erzeugnisse — dem Durchschnitt der entsprechenden Indizes in den wichtigsten Konkurrentenländern gegenüber. Die Indizes der Wettbewerbsfähigkeit, die sich aus der Multiplikation der beiden erstgenannten Indizes ergeben, lassen erkennen, wie sich die Preise eines Landes gegenüber dem gewogenen Preisdurchschnitt seiner Konkurrenten nach Korrektur um die Wechselkursveränderungen entwickelt haben.

Quelle: Dienststellen der Kommission.

Schaubild 4.1

**Verbraucherpreise und wichtigste Komponenten,
EG insgesamt – Veränderung in sechs Monaten
(saisonbereinigt), in Jahresraum**



Quelle: Eurostat, OECD und Dienststellen der Kommission

5. Konvergenz und Divergenz der Volkswirtschaften

Das Konvergenzkonzept ist die Basis für die Gemeinschaftsziele der wirtschaftlichen und politischen Integration. Jedoch muß bei der Festlegung der zu erwartenden und anzustrebenden Konvergenzgrade und -arten auf Ausgewogenheit geachtet werden. Im Jahresbericht des vergangenen Jahres war das Kapitel fünf der Beurteilung der Konvergenz und der Divergenz von zwei Größen gewidmet: Preisinflation und Bruttosozialprodukt nach Mitgliedstaat und Region. Mit dem vorliegenden Kapitel wird die Berichterstattung zu diesen Punkten aktualisiert; die statistischen Verfahren und Quellen wurden verbessert.

Nunmehr können einzelne Aggregate der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Mitgliedstaaten exakter miteinander verglichen werden; es brauchen nicht nur die Wechselkurse herangezogen zu werden, wie es sonst häufig für Vergleiche geschieht. Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlichte im vergangenen Jahr aufgegliederte Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, die in Kaufkraftparitäten umgerechnet sind ¹⁾.

Kaufkraftparitäten zeigen die Beziehungen zwischen den Preisen in den einzelnen Ländern. Sie erlauben Vergleiche in realen Ausdrücken zwischen den verschiedenen Aggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Für jeden Strom von Waren- und Dienstleistungen gibt es eine spezifische Kaufkraftparität. Für die in der nachstehenden Untersuchung vorkommenden Gesamtgrößen wurde jedoch nur eine einzige Kaufkraftparität verwendet, nämlich die für die „letzte Inlandsverwendung“.

Die wichtigsten Daten werden in Tabelle 5.1 für das Bruttoinlandsprodukt, den öffentlichen und den privaten Verbrauch und die Investition sowohl in Kaufkraftparitäten als auch in jeweiligen Wechselkursen ausgewiesen (vgl. auch Schaubild 5.1); hinzugefügt sind zwei Meßzahlen für die Ungleichheit zwischen den Mitgliedstaaten. Die Daten für 1970 und 1977 fußen direkt auf den Berechnungen des Statistischen Amtes; die vorläufigen Zahlen für 1979 wurden von den Kommissionsdienststellen prognostiziert und geschätzt.

Der Gemeinschaftsdurchschnitt je Einwohner des jeweiligen Aggregats wird gleich 100 gesetzt, und die Zahlen zeigen die relative Position der einzelnen Länder. Bei Umrechnung in eine gemeinsame Einheit zu Kaufkraftparitäten (obere Tabellenhälfte) ist die Streuung zwischen den Ländern für sämtliche Aggregate deutlich niedriger, als wenn sie zu Wechselkursen des Devisenmarktes umgerechnet werden (untere Tabellenhälfte).

Beispielsweise war auf der Basis der Wechselkurse das BIP je Einwohner im Jahre 1977 in Dänemark 3,1 mal so hoch wie in Irland, jedoch nur 1,9 mal so hoch, wenn dem Vergleich die Kaufkraft der Krone und des Irischen Pfundes zugrunde gelegt werden.

¹⁾ Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ESVG, Aggregate 1960 bis 1977, 1978.

Vergleiche zwischen den verschiedenen Ländern in Wechselkursen überschätzen tendenziell die Abweichungen im Lebensstandard. Beispielsweise sind Dienstleistungen, die nicht international gehandelt werden, in den wohlhabenderen Ländern im allgemeinen verhältnismäßig teuer, doch spiegelt sich ihr Preis in den Wechselkursen nur unzulänglich wider. Außerdem werden die Wechselkurse von zahlreichen Faktoren beeinflusst, die — zumindest kurzfristig — nicht mit der Kaufkraft der Währungen im Zusammenhang stehen, so daß ihre Verwendung für internationale Vergleiche der Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen leicht in die Irre führt.

Beide Vergleichsverfahren weisen bezüglich der Konvergenz oder Divergenz die gleiche Tendenz für praktisch sämtliche Aggregate aus: Von 1970 bis 1977 hat die Streuung zwischen den Mitgliedstaaten leicht zugenommen, während die vorläufigen Zahlen für 1979 auf eine stärker konvergierende Entwicklung von 1977 bis 1979 hindeuten.

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner kann als der allgemeinste Indikator für den Vergleich des wirtschaftlichen Wohlstandes betrachtet werden. Legt man Kaufkraftparitäten zugrunde, scheinen sich die Abstände zwischen den Ländern von 1970 bis 1979 nicht wesentlich geändert zu haben. Der Quotient aus dem Pro-Kopf-Produkt des wohlhabendsten und dem des ärmsten Landes hat von 1970 bis 1979 leicht abgenommen (von 2,0 auf 1,9). Der Ungleichheitsindex (Theil-Index)¹⁾, der die relative Position sämtlicher Länder und ihren Bevölkerungsanteil berücksichtigt, zeigt eine leicht divergierende Entwicklung bis 1977 an, die sich jedoch in den letzten beiden Jahren umgekehrt zu haben scheint. Was die relative Position der einzelnen Länder angeht, ergeben sich die stärksten Abweichungen bei Frankreich, dessen auf dem Gemeinschaftsdurchschnitt basierender Index zwischen 1970 und 1977 von 106 auf 113 anstieg, und beim Vereinigten Königreich, dessen Index während des gleichen Zeitraums von 97 auf 92 fiel.

Von den Aggregaten der letzten Inlandsverwendung des BIP erweist sich der private Verbrauch je Einwohner als die Komponente mit der geringsten Streuung zwischen den Mitgliedstaaten, und zwar sowohl auf Kaufkraftbasis als auch bei einem Vergleich unter Zugrundelegung der Wechselkurse. In Kaufkraftparitäten gemessen, waren sowohl der Quotient aus dem Land mit dem höchsten Pro-Kopf-Verbrauch und dem mit dem niedrigsten (1970: 1,6; 1977 und 1979: 1,8) als auch der Ungleichheitsindex für den privaten Verbrauch in den drei betrachteten Jahren niedriger als für das BIP oder jegliches sonstige Aggregat. Die Lage der wohlhabenderen Länder — Wohlstand gemessen am BIP je Einwohner — spiegelt sich tendenziell weniger in der Höhe ihres

privaten Verbrauchs als in anderen Komponenten der Endnachfrage wider. Dänemark beispielsweise hatte 1977 ein BIP je Einwohner, das um 19 % höher war als der Gemeinschaft insgesamt, jedoch lag sein privater Pro-Kopf-Verbrauch nur um 10 % über dem Gemeinschaftsdurchschnitt. Auf der anderen Seite ist die Situation der ärmeren Länder tendenziell relativ besser, wenn man anstelle des gesamten BIP nur den privaten Verbrauch betrachtet. Irlands und Italiens BIP je Einwohner lag im Jahre 1977 um 38 % bzw. 28 % unter dem Gemeinschaftsdurchschnitt, der private Pro-Kopf-Verbrauch jedoch um 35 % bzw. um 23 % unter dem Durchschnitt der neun Länder. Bemerkenswerte Ausnahmen für die jüngsten Jahre bilden Frankreich und das Vereinigte Königreich: Frankreich als relativ wohlhabendes Land nimmt im Hinblick auf den privaten Verbrauch einen höheren Rang ein als im Hinblick auf sein BIP; das Vereinigte Königreich mit einem vergleichsweise niedrigen Pro-Kopf-Produkt steht in der Rangordnung im Hinblick auf den privaten Verbrauch noch weiter unten.

Der in Kaufkraftparitäten gemessene Staatsverbrauch stellt die inländische Nachfragekomponente mit der höchsten Streuung zwischen den Mitgliedstaaten dar. Er ist das einzige Aggregat, für das der Ungleichheitsindex auf eine weitere — wenn auch geringfügige — über 1977 hinausgehende Divergenz hindeutet, obgleich der Quotient aus dem höchsten und dem niedrigsten Wert für 1979 wahrscheinlich gegenüber dem für 1977 sinken wird. (Institutionelle Unterschiede bei der Organisation und Finanzierung der staatlichen Dienstleistungen machen Vergleiche auf diesem Gebiet allerdings besonders schwierig.)

Der Staatsverbrauch je Einwohner ist auch das Aggregat mit der höchsten Variabilität der relativen Position der Länder im Zeitablauf. Dänemarks Staatsverbrauch je Einwohner ist in der Gemeinschaft bei weitem am höchsten; obgleich sich die Abweichung vom Durchschnitt bei einem Vergleich in Kaufkraftparitäten in den jüngsten Jahren verringert hat, war er 1977 2,9 mal so hoch wie der Staatsverbrauch Italiens, des Landes mit dem niedrigsten Rang. Die Rangordnung einiger Länder hinsichtlich ihres Staatsverbrauchs unterscheidet sich beträchtlich von ihrer Rangordnung beim BIP. Bis 1977 hielten das Vereinigte Königreich und die Niederlande relativ hohe Positionen inne, während der deutsche Staatsverbrauch je Einwohner im Vergleich zum BIP je Einwohner relativ niedrig war. Die Zahlen für 1979 lassen vermuten, daß sich die Lage seither spürbar geändert hat.

Was die Investitionen je Einwohner angeht, stellt sich bei einem Vergleich zwischen den Mitgliedstaaten auf Basis der Kaufkraftparitäten heraus, daß der Quotient aus dem höchsten und dem niedrigsten Wert in der Gemeinschaft von 2,2 im Jahre 1970 auf 2,0 im Jahre 1977 und auf 1,9 im Jahre 1979 zurückgegangen ist, was geringfügig über den jeweiligen Werten für das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner liegt.

Betrachtet man anhand des Theil-Indexes sämtliche Länder, erweist sich die Ungleichheit für die Inve-

¹⁾ Der Theil-Index mißt die Ungleichheit der Reihen und ist definiert als der Logarithmus des gewogenen Mittels des Pro-Kopf-Produkts in jedem Land, bezogen auf das Pro-Kopf-Produkt sämtlicher Länder. Der Index variiert mit der Stärke der Streuung des Pro-Kopf-Produkts (ein Wert von Null entspricht dem Fall völliger Gleichheit).

stitutionen ebenfalls etwas größer als für das BIP. Für die Mehrheit der Mitgliedstaaten ist der Quotient aus ihren Pro-Kopf-Investitionen und dem Gemeinschaftsdurchschnitt größer als der entsprechende Quotient für das Bruttoinlandsprodukt; dies geht zu Lasten Italiens und des Vereinigten Königreichs. Die relative Höhe der italienischen Investitionen pro Kopf hat sich von 1970 bis 1977 weniger verschlechtert (sie sank von 71 % auf 69 % des Gemeinschaftsdurchschnitts) als die Höhe des Bruttoinlandsprodukts (das von 76 % auf 72 % zurückging); von 1977 bis 1979 scheint jedoch Italiens relative Investitionsposition konstant geblieben zu sein, während sich seine relative BIP-Position um 5 Punkte auf 77 % verbesserte. Im Vereinigten Königreich lag in allen drei betrachteten Jahren die Höhe der Pro-Kopf-Investitionen etwa 20 % unter dem Gemeinschaftsdurchschnitt. Während im Jahre 1970 der Abstand zwischen BIP und Investitionen je Einwohner außerordentlich groß war (das britische BIP je Einwohner lag nur 3 % unter dem Gemeinschaftsdurchschnitt), ist die relative Investitionsleistung in den letzten Jahren weniger stark hinter der Entwicklung des BIP zurückgeblieben, weil sich die Position in bezug auf das BIP verschlechtert hat.

Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften erstellt in regelmäßigen Zeitabständen harmonisierte Statistiken über die Löhne und Gehälter in der Industrie der einzelnen Mitgliedstaaten. Diese Statistiken fußen auf nationalen Erhebungen, die in den verschiedenen Ländern regelmäßig durchgeführt werden. Sie vermitteln Informationen über die Bruttostundenlöhne in der Industrie. Die — in Europäische Rechnungseinheiten umgerechneten — Ergebnisse sind in Tabelle 5.2 zusammengefaßt. Von 1972 bis 1977, dem Zeitraum, für den Daten für acht von neun Ländern vorliegen, hat sich der Quotient aus der höchsten und der niedrigsten Zahl von 1,9 auf 2,3 erhöht, doch hat sich der Abstand in jüngerer Zeit verringert. Der Variationskoeffizient, der von 21 % im Jahre 1972 auf 31 % im Jahre 1976 angestiegen war, deutet ebenfalls auf eine stärker konvergierende Entwicklung im Jahre 1977 (29 %) und vermutlich auch 1978 hin. So zeigen die Stundenlöhne in der Industrie eine ähnliche Entwicklung im Hinblick auf ihre Konvergenz oder Divergenz zwischen den Mitgliedstaaten wie das in Europäischen Rechnungseinheiten zu jeweiligen Wechselkursen ausgedrückte Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, dessen Variationskoeffizient von 25 % im Jahre 1972 auf 38 % im Jahre 1976 anstieg und 1970 auf 35 % sank. Auch hier ist die Streuung deutlich geringer, wenn die nationalen Daten auf der Basis von Kaufkraftparitäten verglichen werden. In diesem Fall beträgt der Variationskoeffizient für die Bruttostundenlöhne in der Industrie für 1972 wie für 1977 je 16 %.

Das Anlaufen des Europäischen Währungssystems am 13. März 1979 hat die Bedeutung ins Licht gerückt, die der Überwachung von Preis- und Kostentrends zukommt, um eine größere Wechselkursstabilität zu gewährleisten. Tabelle 5.3 enthält Angaben über die Streuung von drei Preis- und Kostenmaßzahlen zwischen den Mitgliedsländern (Verbraucher- und Großhandelspreise sowie Lohnstückkosten)

und über die Variabilität der Wechselkurse gegenüber der Europäischen Rechnungseinheit (oder ECU). In Schaubild 5.2 sind zwei dieser Indikatoren dargestellt, nämlich die Standardabweichung der Verbraucherpreise und die Variabilität der Wechselkurse.

Die Streuung der Verbraucherpreise zwischen den Gemeinschaftsländern war bis zu Beginn der siebziger Jahre einigermaßen stabil. Nur in den Jahren 1958 und 1969 traten — hauptsächlich wegen der französischen Werte — Störungen auf. Im Jahre 1973 begannen sich die Abstände zwischen den Preisanstiegen zusammen mit dem Anstieg der Inflationsraten drastisch zu vergrößern und erreichten 1975, als Standardabweichung gemessen, $5\frac{1}{2}\%$. Von 1976 bis 1978 nahmen die Abstände wieder ab (1978: 3,25 %). Ehe jedoch der Stand der sechziger Jahre erreicht wurde, deutet die voraussichtliche Standardabweichung für 1979 (ungefähr 4 %) auf ein erneutes Auseinanderlaufen der Inflationsraten hin. Die Streuung der Großhandelspreise zeigt in etwa das gleiche zyklische Muster mit einer noch stärkeren Divergenz ab 1973. Die Lohnstückkosten stehen in bemerkenswertem Gegensatz zu der Entwicklung der Preisstreuung: Obgleich sich die allgemeine Divergenz in der Mitte der siebziger Jahre in den Werten der Standardabweichung widerspiegelt (bis $7\frac{1}{2}\%$ im Jahre 1975), divergierten die Lohnstückkosten in diesem Zeitraum — im Vergleich zu den sechziger Jahren — wesentlich schwächer als die Preise. Von 1960 bis 1972 war die Standardabweichung der Lohnstückkosten in allen außer in zwei Jahren größer als die der beiden Preisindizes; von 1973 bis 1978 war sie jedoch in jedem Jahr kleiner als die der Preise.

Die Variabilität der Wechselkurse, wie in der rechten Spalte von Tabelle 5.3 ausgewiesen und durch Säulen in Schaubild 5.2 veranschaulicht, ist als durchschnittliche Veränderung aller Wechselkurse der Gemeinschaftswährungen gegenüber der Europäischen Rechnungseinheit oder der ECU von einem Jahr zum anderen berechnet. Ein Blick auf das Schaubild bestätigt die Ansicht, daß die Streuung der Inflationsraten zwischen den Mitgliedstaaten und die Variabilität der Wechselkurse zwischen den Gemeinschaftswährungen tendenziell den gleichen Verlauf nehmen. Die Zeiträume 1958 bis 1959, 1968 bis 1969 und insbesondere ab 1973 sind gekennzeichnet durch eine starke Zunahme sowohl der Streuung der Preise als auch der Wechselkursinstabilität. Der Korrelationskoeffizient beträgt 0,63, wenn die Streuung der Inflationsraten eines gegebenen Jahres mit der Wechselkursvariabilität des gleichen Jahres korreliert ist. Der Koeffizient ist niedriger (0,55), wenn die Dispersion der Inflationsraten eines gegebenen Jahres mit der Wechselkursvariabilität des folgenden Jahres korreliert ist; im entgegengesetzten Falle ist sie höher (0,74).

Es hat Jahre gegeben, in denen trotz großer Zahlungsbilanzdefizite oder -überschüsse die Wechselkurse relativ stabil gehalten werden konnten; dagegen ermöglichte es zu anderen Zeiten die Wechselkurspolitik den Märkten, schnell und unter beträchtlichen Wechselkursänderungen zu einem neuen

Gleichgewichtskurs zu finden. Aus diesem Grunde könnten sich Jahresvergleiche zwischen Preisstreuung und Wechselkursfluktuationen als zu eng herausstellen. Wie zu erwarten, ist die Korrelation für gleitende Dreijahresdurchschnitte höher; die Werte des Koeffizienten betragen 0,83 für die Korrelation der Zahlen des gleichen Jahres, 0,68 bei einer Verzögerung der Wechselkursvariabilität um ein Jahr und 0,88 bei einer Verzögerung der Preisstreuung um ein Jahr.

Daß die Streuung der Verbraucherpreise 1979 größer war als 1978, kann bis zu einem gewissen Grade durch einmalige Umstände erklärt werden. In einigen Ländern hat die Liberalisierung der Preispolitik zu plötzlichen Preisanpassungen geführt. Außerdem sind 1979 bei den indirekten Steuern größere Veränderungen eingetreten, deren Auswirkungen auf die Verbraucherpreise zu einer Überschätzung der Preisdivergenz führen können. Beide Effekte auf das Verbraucherpreisniveau sind schwer zu beurteilen. Eine grobe Schätzung der Standardabweichung der Verbraucherpreise im Jahre 1979 unter Berücksichtigung der wichtigsten Änderungen der indirekten Steuern ergibt 3,90 anstelle der in Tabelle 5.3 ausgewiesenen und in Schaubild 5.2 dargestellten 4,07.

Von weiterer Bedeutung für die Konvergenzanalyse ist der Umstand, daß im Falle alternativer Preis- und Kostenindikatoren das Muster der Abweichungen vom Gemeinschaftsdurchschnitt differieren kann. Die vorausgegangene Analyse im Zusammenhang mit den Wechselkursen verwendete die Verbraucherpreise als Indikator, um einen ersten einfachen Vergleich zu ermöglichen. Für die Frage, wie vom Wechselkurs eines Landes auf seine Wettbewerbsfähigkeit geschlossen werden kann, ist es jedoch empfehlenswert, auch die Trends der Lohnstückkosten, der Großhandelspreise und sonstiger in Tabelle 5.4 ausgewiesener Meßzahlen zu untersuchen. In dieser Tabelle sind die Preis- und Kostentrends im Zeitablauf um Veränderungen der Wechselkurse gegenüber der Europäischen Rechnungseinheit bereinigt, um (a) zu zeigen, in welchem Ausmaß die Wechselkurse lediglich die Preis- und Kostenunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten ausgeglichen

haben und (b) wie ein Vergleich zwischen den unterschiedlichen Preis- und Kostenindikatoren ausfällt.

Beispielsweise stiegen während des Zeitraums 1973 bis 1978 die niederländischen Verbraucherpreise, bereinigt um Wechselkursveränderungen, mit einer Jahresrate, die um 2,9 % über dem Gemeinschaftsdurchschnitt lag; die entsprechenden belgischen und dänischen Preisanstiege gingen um 2,4 % bzw. 1,1 % über den Durchschnitt hinaus. Bewertet auf der Basis eines internen Kostenindikators wie der Lohnstückkosten, hat sich die relative Position dieser Länder jedoch erheblich weniger verschlechtert als die Verbraucherpreise anzeigen. Die jährliche Abweichung nach oben der Lohnstückkosten vom Gemeinschaftsdurchschnitt beträgt 1,0 % für die Niederlande, 1,5 % für Belgien und 0,6 % für Dänemark. Deutschlands und Irlands relative Position nimmt sich für den Zeitraum 1973 bis 1978 nahezu unverändert aus, wenn sie auf der Basis der bereinigten Verbraucherpreise beurteilt wird; gemessen an den Lohnstückkosten, hat sich die Position dieser Länder gegenüber ihren Partnerländern in dem genannten Zeitraum jedoch deutlich verbessert.

Dagegen ist das Ergebnis für Italien und das Vereinigte Königreich für den Zeitraum 1973 bis 1978 deutlich ungünstiger, wenn es in Lohnstückkosten statt in Verbraucherpreisen gemessen wird. Der Anstieg der Lohnstückkosten im Vereinigten Königreich lag in diesem Zeitraum jährlich um 2,5 % über dem Gemeinschaftsdurchschnitt, wohingegen die britischen, wechselkursbereinigten Verbraucherpreise jährlich um 0,3 % weniger anstiegen als der Durchschnitt aus sämtlichen neun Ländern. Ein weiteres abweichendes Verhaltensmuster kann der Tabelle für Preise entnommen werden, die besonders empfindlich auf ausländische Einflüsse reagieren, wie z. B. Ausfuhr- und Großhandelspreise.

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, daß bei der Untersuchung der Bedingungen für Wechselkursstabilität eine Beschränkung auf eine Preis- oder Kostenreihe wie die Verbraucherpreise zu einer verzerrten Bewertung der relativen Lage der Länder führen kann.

Tabelle 5.1

**Streuung des Bruttoinlandsproduktes, des privaten und öffentlichen Verbrauchs
sowie der Investitionen je Einwohner zwischen den Mitgliedstaaten zu
Kaufkraftparitäten und Wechselkursen 1970, 1977 und 1979**

	Bruttoinlandspro- dukt (Schätzung)			Privater Verbrauch (Schätzung)			Staatsverbrauch (Schätzung)			Investitionen (Schätzung)		
	1970	1977	1979	1970	1977	1979	1970	1977	1979	1970	1977	1979
<i>zu Kaufkraftparitäten ¹⁾</i>												
Dänemark	121	119	116	115	110	108	170	179	155	131	135	122
Bundesrepublik Deutschland ..	116	119	118	111	117	109	99	101	128	131	119	128
Frankreich	106	113	112	106	115	116	101	105	94	109	124	116
Irland	61	62	61	71	65	65	63	70	63	60	73	81
Italien	76	72	77	82	77	83	68	62	67	71	69	69
Niederlande	107	108	103	100	100	103	124	122	106	121	110	105
Belgien	102	109	108	100	108	111	97	114	106	102	114	109
Luxemburg	127	110	111	109	110	106	90	108	97	129	135	143
United Kingdom	97	92	91	100	90	90	122	119	103	80	81	80
EG-Durchschnitt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
EG-Verhältnis maxi/min ²⁾ ..	2,0	1,9	1,9	1,6	1,8	1,8	2,7	2,9	2,5	2,2	2,0	1,9
EG-Ungleichheitsindex (Theil-Index)	,0039	,0076	,0070	,0028	,0065	,0036	,0103	,0127	,0128	,0092	,0122	,0113
<i>zu Wechselkursen ³⁾</i>												
Dänemark	131	148	141	125	136	132	186	224	189	141	166	148
Bundesrepublik Deutschland ..	124	138	134	119	137	125	107	120	146	139	138	145
Frankreich	113	118	116	113	119	121	108	110	96	115	127	118
Irland	54	48	51	63	52	55	56	56	52	53	57	66
Italien	70	57	62	76	61	68	63	49	54	65	54	56
Niederlande	99	126	119	93	118	119	115	145	121	111	127	120
Belgien	106	129	123	105	129	128	102	137	121	105	134	124
Luxemburg	128	128	123	110	127	122	91	127	106	132	156	158
United Kingdom	89	72	76	92	70	76	112	94	85	73	62	66
EG-Durchschnitt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
EG-Durchschnitt in ERE ³⁾ ..	2406	5342	6647	1451	3280	3933	338	850	1219	552	1115	1383
EG-Verhältnis maxi/min ²⁾ ..	2,4	3,1	2,8	2,0	2,6	2,4	3,3	4,6	3,6	2,7	3,1	2,2
EG-Ungleichheitsindex (Theil-Index)	,0092	,0261	,0200	,0072	,0271	,0248	,0130	,0261	,0270	,0204	,0323	,0304

¹⁾ Zu jeweiligen Preisen und jeweiligen Kaufkraftparitäten.

²⁾ Ohne Luxemburg.

³⁾ Zu jeweiligen Preisen und jeweiligen Wechselkursen.

Quelle: Eurostat sowie Schätzungen und Berechnungen der Kommissionsdienststellen.

Tabelle 5.2

**Durchschnittliche Bruttostundenlöhne in der Industrie insgesamt
(ERE)**

	1964	1970	1972	1975	1976	1977	1978
Dänemark	:	:	2,40	4,39	5,28	5,34	5,98
Bundesrepublik Deutschland ...	0,93	1,70	2,12	3,26	3,95	4,32	4,76
Frankreich	0,67	1,04	1,34	2,30	2,52	2,77	3,05
Irland	:	:	:	:	:	:	:
Italien	0,58	1,00	1,27	1,94	2,10	2,38	:
Niederlande	0,74	1,35	1,86	3,27	3,93	4,30	4,72
Belgien	0,79	1,34	1,81	3,19	3,95	4,48	4,89
Luxemburg	1,07	1,69	2,08	3,46	4,45	4,87	5,27
United Kingdom	:	:	1,56	2,20	2,10	2,36	2,59
Arithmetisches Mittel	0,74	1,29	1,77	2,94	3,54	3,85	—
Verhältnis maxi/min	1,6	1,7	1,9	2,3	2,5	2,3	—
Standardabweichung	0,16	0,28	0,37	0,76	1,09	1,10	—
Variantenkoeffizient ¹⁾	22 %	22 %	21 %	26 %	31 %	29 %	—

¹⁾ Standardabweichung in Prozent des arithmetischen Mittels.

Anmerkung: Die Angaben beziehen sich auf den Monat Oktober des jeweiligen Jahres. Der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung ist nicht berücksichtigt.

Quelle: Eurostat und Dienststellen der Kommission.

Tabelle 5.3

**Divergenz von Preisen, Kosten und Wechselkursen zwischen den neun
Mitgliedstaaten von 1958 bis 1979**

	Standardabweichung der prozentualen Änderungen der			Variabilität der Wechselkurse gegenüber der ERE in %
	Verbraucherpreise	Großhandelspreise	Lohnstückkosten	
1958	3,45	:	2,54	3,7
1959	1,82	:	2,58	4,8
1960	1,15	:	0,82	0,0
1961	0,77	1,40	2,72	1,5
1962	1,82	0,70	1,57	0,3
1963	1,75	2,01	3,81	0,0
1964	1,58	1,79	3,20	0,0
1965	1,04	1,25	2,40	0,0
1966	1,17	1,37	2,53	0,0
1967	1,21	1,34	1,62	0,7
1968	1,62	1,65	2,07	5,2
1969	2,01	2,06	2,89	1,3
1970	1,66	1,62	3,02	1,8
1971	1,55	2,41	1,61	1,2
1972	1,48	1,54	1,57	2,4
1973	2,32	4,14	3,16	7,1
1974	4,16	10,29	4,22	4,2
1975	5,45	7,92	7,49	4,7
1976	4,64	6,30	4,01	7,5
1977	4,42	5,39	4,38	5,1
1978	3,25	3,90	3,88	2,7
1979	4,07	—	3,95	—

Quelle: Dienststellen der Kommission.

Tabelle 5.4

**Indikatoren für die Entwicklung von Preisen und Kosten, bereinigt um
Wechselkursänderungen gegenüber der ERE**
(jahresdurchschnittliche Erhöhung in %)

	Wechsel- kurs gegen- über der ERE	Lohn- stück- kosten	Wert- schöp- fungs- deflator für die Industrie	BIP- Preis- deflator	Ver- braucher- preise	Aus- fuhr- preise	Großhan- delspreise in der Industrie ²⁾
Dänemark							
1960 bis 1973	— 0,10	:	5,1	6,7	6,4	4,6	3,4
1973 bis 1978	+ 1,11	11,5	11,6	11,3	11,1	10,6	10,6
Bundesrepublik Deutschland							
1960 bis 1973	+ 2,35	6,2	5,8	6,5	6,0	4,1	4,9
1973 bis 1978	+ 5,04	10,1	10,6	10,6	10,4	10,6	10,4
Frankreich							
1960 bis 1973	— 0,38	4,2	3,6	4,5	3,9	1,7	2,9
1973 bis 1978	— 0,96	10,1	9,6	9,6	9,5	9,0	9,2
Irland							
1960 bis 1973	— 2,20	:	3,6	4,8	3,5	3,9	3,8
1973 bis 1978	— 5,42	9,4	8,8	8,6	9,5	11,1	10,8
Italien							
1960 bis 1973	— 0,63	4,0	4,1	4,7	3,9	1,6	3,1
1973 bis 1978	— 8,40	10,3	8,9	7,8	8,1	9,4	10,1
Niederlande							
1960 bis 1973	+ 1,20	7,4	4,6	7,1	5,7	2,2	5,2
1973 bis 1978	+ 4,43	11,9	11,5	13,0	12,9	12,5	10,8
Belgien							
1960 bis 1973	+ 0,80	3,6	3,6	4,8	4,4	3,0	5,6
1973 bis 1978	+ 3,61	12,4	12,1	12,5	12,4	11,1	10,0
United Kingdom							
1960 bis 1973	— 2,20	2,6	1,4	2,9	2,4	1,8	2,6
1973 bis 1978	— 5,42	13,4	11,9	10,1	9,7	12,6	12,2
EG ¹⁾							
1960 bis 1973	—	4,7	4,1	5,0	4,4	2,7	4,0
1973 bis 1978	—	10,9	10,5	10,2	10,0	10,8	10,4

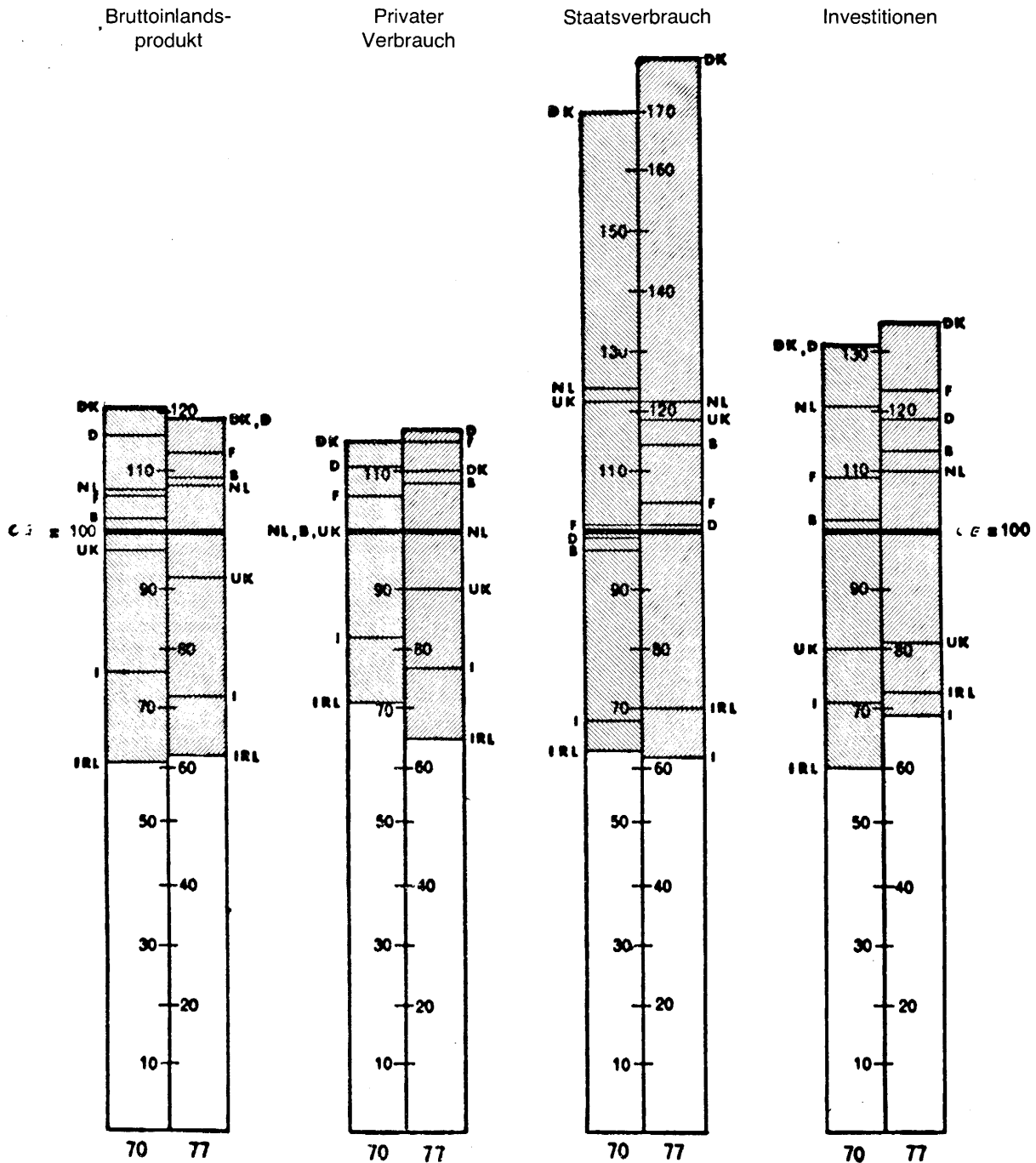
¹⁾ Für 1960 bis 1973 mit dem BIP von 1970 zu jeweiligen Wechselkursen und für 1973 bis 1978 mit dem BIP von 1977 zu jeweiligen Wechselkursen gewichtet.

²⁾ Mit Ausnahme Dänemarks, wo sämtliche Sektoren erfaßt sind.

Quelle: Dienststellen der Kommission.

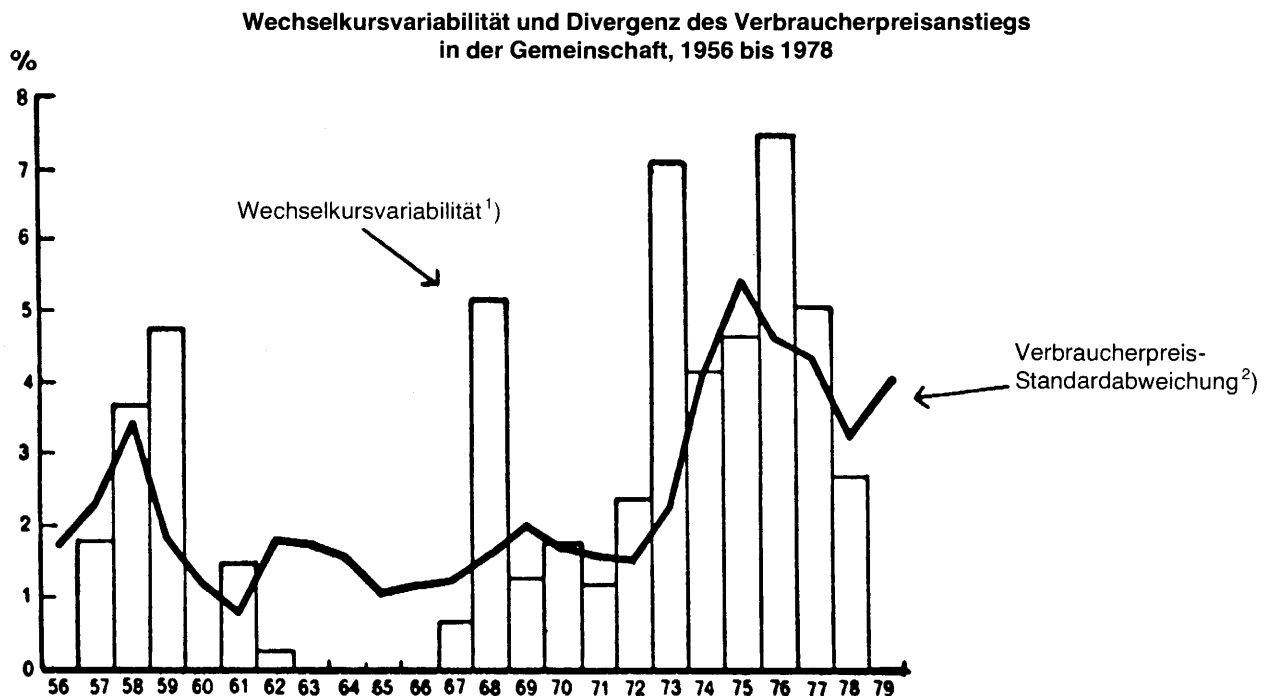
Schaubild 5.1

**Streuung des Bruttosozialprodukts, des privaten und öffentlichen Verbrauchs
sowie der Investitionen je Einwohner zwischen den Mitgliedstaaten
zu Kaufkraftparitäten, 1970 und 1977**



Quelle: Daten der Tabelle 5.1

Schaubild 5.2



¹⁾ Durchschnittliche Wechselkursänderungen sämtlicher Gemeinschaftswährungen gegenüber ERE/Ecu im Vergleich zum Vorjahr.

²⁾ Standardabweichung der jährlichen Anstiege in den Mitgliedstaaten.

Quelle: Daten der Tabelle 5.3.

6. Haushaltsentwicklung und Haushaltspolitik

Haushaltspolitik 1978 bis 1979

Nach den 1976 bis 1977 von allen Mitgliedstaaten unternommenen Anstrengungen, die öffentlichen Defizite auf ein mit der schrittweisen Wiederherstellung der Bedingungen für ein ausgeglichenes Wachstum zu vereinbarendes Niveau zu senken, hat es sich 1978 bis 1979 als erforderlich erwiesen, die Wirtschaftstätigkeit erneut stärker über die öffentlichen Haushalte zu stützen. Dieser Umschwung in der Haushaltspolitik, den die auf dem Weg zur Wiederherstellung des Gleichgewichts bereits erzielten Ergebnisse zu rechtfertigen scheinen, begann sich Mitte 1977 abzuzeichnen, als der Ministerrat für 1978 deutlich expansionsorientierte Leitlinien festlegte. Er fand seine Bestätigung in den Beschlüssen des Europäischen Rates von Bremen am 6. und 7. Juli 1978, die zur Annahme von noch etwas stärker stimulierenden Orientierungsdaten für 1979 führten.

Bei der Neigung der Haushaltsdefizite zur spontanen Ausweitung hätten in den meisten Fällen die Zielsetzungen zumindest global gesehen leicht ohne besondere Maßnahmen erreicht und sogar überschritten werden können. Der von den strukturellen Faktoren auf den Anstieg der öffentlichen Ausgaben ausgehende Druck ist nämlich erheblich und wird in Zeiten von Unterbeschäftigung und raschem Preisauftrieb nur noch verstärkt. Unter solchen Umständen kann das Einnahmenwachstum um so schwerer mit der Ausgabenentwicklung Schritt halten, als die

Anpassung der spezifischen Steuern der Preisentwicklung erst mit einem gewissen zeitlichen Abstand folgt und insbesondere die Progressionswirkung der Einkommensteuer für natürliche Personen immer häufiger durch eine mehr oder weniger integrale Indexbindung der Stufen des Einkommensteuertarifs abgeschwächt wird. Diese automatischen Kräfte hätten also im allgemeinen alleine schon genügt, um die Defizite 1978 bis 1979 erheblich auszuweiten, aber die Regierungen haben sie nur zum Teil frei wirken lassen, um den Handlungsspielraum wiederzugewinnen, der für die Durchsetzung von auf die konjunkturellen Erfordernisse zugeschnittenen Stützungsmaßnahmen unerlässlich ist. So kam es bei der in dieser Richtung verfolgten Politik zu einem komplexen Mischeinsatz von Vorkehrungen zur Eindämmung der automatischen Entwicklungen und von Beschlüssen, die im Gegensatz dazu eine gezielte Nachfragebelebung auslösen sollten.

Wie Tabelle 6.1 erkennen läßt, gingen diese stimulierenden Maßnahmen im wesentlichen von den zentralstaatlichen Haushalten aus. Die Sozialversicherungsträger unterliegen nämlich, besonders wenn sie autonom sind, finanziellen Verwaltungsvorschriften, die eine strenge Beachtung ihres finanziellen Gleichgewichts vorschreiben. Bei den lokalen Gebietskörperschaften wirkten die Veränderungen des Verschuldungsstandes in verschiedener Richtung, waren aber von untergeordneter Bedeutung.

Die budgetären Vorkehrungen der Mitgliedstaaten für 1978 bis 1979 entsprachen demnach insgesamt

den gleichen allgemeinen Lockerungstendenzen, auch wenn in einigen Fällen, wo die für 1978 eingeschlagene expansionistische Ausrichtung sich als besonders stark erwiesen hat, letztlich bestimmte gegenläufige Korrekturen an den Vorkehrungen für 1979 vorgenommen worden sind. Bei ihrer Bewertung nach der Veränderung des am Bruttoinlandsprodukt gemessenen Finanzierungsbedarfs des Gesamtsektors Staat im Verlauf des Zweijahreszeitraums ist festzustellen, daß dessen Umfang überall zugenommen hat; die Zunahme ist allerdings sehr unterschiedlich ausgefallen, und zwar ohne daß diese Unterschiede immer in engem Zusammenhang mit den Sachzwängen des binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichts stehen.

In den Ländern, in denen die vom Haushalt ausgehende stimulierende Wirkung am stärksten war, wurde sie in der Tat häufig vielmehr von den strukturell bedingten automatischen Effekten als durch gezielte Maßnahmen ausgelöst. Dies war vor allem in Italien sowie in geringerem Umfang in Belgien und in Dänemark der Fall, wo die Politik der Haushaltsinstanzen eher darauf ausgerichtet war, die automatischen Entwicklungen in Grenzen zu halten, als spezifische Stützungsmaßnahmen einzuleiten.

In Italien gingen die 1978 bis 1979 erneut festzustellenden starken Haushaltsimpulse nämlich größtenteils von der automatischen Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen aus; die Regierung hat daher in ihrem Dreijahresplan von 1978 bisher allerdings noch nicht formell verabschiedete Maßnahmen vorgesehen, um diese Entwicklungen besser in den Griff zu bekommen. Um eine zu starke Ausweitung des Defizits im Jahr 1979 zu verhindern, wurden Sofortmaßnahmen eingeleitet, die im wesentlichen darauf hinwirkten, bestimmte Lasten der Sozialversicherung zu verringern und vor allem ihr Mittelaufkommen zu verstärken. Das Defizit dürfte trotzdem 1979 noch erheblich zunehmen und für die Gesamtheit der öffentlichen Verwaltungen 11,5 % des Bruttoinlandsprodukts erreichen. Die Diskrepanz mit der auf der Ebene des Zentralstaats — d. h. des Schatzamts — veranschlagten Entwicklung ist nur scheinbar, soweit sie auf Mittelbewegungen im Zuge der beschlossenen Vereinheitlichung der öffentlichen Kassenhaushalte zurückzuführen ist. In Belgien, wo der Anteil des Finanzierungsbedarfs der öffentlichen Verwaltungen am Bruttoinlandsprodukt zwischen 1977 und 1979 von 5,6 % auf 7,2 % gestiegen ist, beruhte der Stimulationseffekt ebenfalls sehr weitgehend auf dem automatischen Abstand zwischen dem Wachstumsrhythmus der Steuereinnahmen und demjenigen der laufenden Ausgaben, deren Anstieg soweit wie möglich abgebrems werden mußte, um die Investitionsausgaben im erforderlichen Umfang aufstocken zu können, und insbesondere, um eine weitere Verstärkung des bereits sehr hohen Steuerdrucks zu vermeiden. In Dänemark, wo der Finanzierungsbedarf des Staates gemessen am Bruttoinlandsprodukt in zwei Jahren um 0,8 % gestiegen ist, hat es die Regierung zweimal, im August 1978 und im Juni 1979, für erforderlich gehalten, stärkeren Ausweitungstendenzen des Defizits durch Abstriche bei einigen Ausgaben, aber vor allem durch

Anhebung der Besteuerung (insbesondere im Bereich der indirekten Steuern) zu begegnen.

Auch in den Niederlanden wurde der Handlungsspielraum der Regierung durch das erhebliche Anwachsen der Zinslasten und vor allem der laufenden Übertragungsausgaben stark eingengt; die im Sommer 1978 getroffenen Vorkehrungen sollen diese Entwicklung mittelfristig unter Kontrolle bringen. Da die Regierung außerdem 1978 neue und umfangreiche Maßnahmen ergriffen hat, um die Investitionstätigkeit und den Arbeitsmarkt zu stützen — insbesondere durch die Einführung eines allgemeinen Systems von Investitionsprämien — sah sie sich gezwungen, die Erleichterungen aufgrund der Indexbindung der Einkommensteuer für natürliche Personen durch Anhebung einiger Steuern auszugleichen und den Vollzug bestimmter Ausgaben zu strecken, um die Zunahme des Finanzierungsbedarfs der öffentlichen Verwaltungen zwischen 1977 und 1979 innerhalb vertretbarer Grenzen — insgesamt 0,6 % des Bruttoinlandsprodukts — zu halten.

Im Unterschied zu den vorgenannten vier Ländern wurde im Vereinigten Königreich und in Irland eine kontrastreiche Politik verfolgt, die darin bestand, 1979 der stark expansionsorientierten Ausrichtung ihrer Haushalte im Jahr 1978 gegenzusteuern. Der Haushalt des Vereinigten Königreichs für 1978 bis 1979 stellte auf eine kräftige Stützung der Inlandsnachfrage und insbesondere des Verbrauchs ab. Er sah in erster Linie erhebliche Entlastungen bei der persönlichen Einkommensteuer vor, spiegelte aber auch die im Mehrjahresprogramm vom Januar 1978 angekündigte Lockerung der früheren restriktiven Auflagen bei den Ausgabenprogrammen wider. Im Haushalt für 1979 bis 1980 wird auf der Ausgabe-seite wieder eine striktere Linie verfolgt, und außerdem werden die neuen Erleichterungen bei der persönlichen Einkommensteuer zum großen Teil durch beträchtliche Anhebungen bei der indirekten Besteuerung ausgeglichen. Insgesamt gesehen dürfte nach der starken Ausweitung des Finanzierungsbedarfs im Jahr 1978 bis auf nahezu 4 % des Bruttoinlandsprodukts für 1979 bei den Verwaltungen insgesamt ein deutlicher Rückgang zu erwarten sein, der beim öffentlichen Sektor noch etwas ausgeprägter ausfallen wird. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich für Irland ab, wo nach dem stark expansiv ausgerichteten Haushalt von 1978 mit umfassenden steuerlichen Konzessionen und kräftigem Ausgabenanstieg, vor allem in der Vermögensrechnung, 1979 eine weit vorsichtiger Haushaltsführung folgte, aufgrund deren sich der um Sonderfaktoren bereinigte Finanzierungsbedarf der öffentlichen Hand gegenüber dem 1978 erreichten Niveau von 12,7 % erheblich verringern dürfte.

Eine ähnliche Abwärtsbewegung ist in Frankreich festzustellen: die Haushaltsgebarung wird 1979 weit strikter ausfallen als 1978, und der Gesamtbeitrag zur Stützung der Wirtschaft hält sich über beide Jahre hinweg in ziemlich engen Grenzen. Die Haushaltsführung war nämlich 1978 verhältnismäßig elastisch, obwohl es insgesamt gesehen nur zu begrenzten Konzessionen im fiskalischen Bereich kam und von der früheren strengen Ausrichtung der Ausga-

benwirtschaft nur zugunsten der Investitionstätigkeit und der Arbeitsmarktlage abgewichen worden ist. Beim Zentralstaat ergab sich infolgedessen ein gegenüber dem Vorjahr erheblich vergrößerter Fehlbetrag (1,6 % des Bruttoinlandsprodukts gegenüber 1,0 %); aufgrund der verschlechterten Lage der Sozialversicherung trat diese Entwicklung auf der Ebene des Gesamtstaats noch deutlicher zu Tage, denn hier stieg der Finanzierungsbedarf von 1,3 % auf 2,3 % des Bruttoinlandsprodukts. Die im Dezember 1978 und im Juli 1979 beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung dieser Lage dürften zusammen mit einer nahezu neutralen Haushaltsführung seitens des Zentralstaats den Umfang des Gesamtdéfizits der öffentlichen Verwaltungen 1979 wieder erheblich verringern.

In Deutschland war der haushaltspolitische Spielraum für eine gezielte Konjunkturstützung am größten, und zwar aufgrund der Tatsache, daß alle Verwaltungsebenen die laufenden Ausgaben außergewöhnlich fest im Griff hatten. Die Bundesregierung hat daher wiederholt, und zwar vor allem im September 1977 und im Juli 1978, eine Reihe von haushaltspolitischen Maßnahmen getroffen, um die Wirtschaftstätigkeit durch der Sachlage am besten entsprechende Mittel zu beleben: Beschleunigung der vorwiegend investiven Ausgaben sowie Entlastungen bei der Besteuerung der Unternehmen und bei der direkten Besteuerung der privaten Haushalte, die jedoch durch zweimalige Anhebung der Mehrwertsteuersätze — zum 1. Januar 1978 und zum 1. Juli 1979 — teilweise wieder kompensiert wurden. Insgesamt gesehen wird dieses Maßnahmenpaket den Finanzierungsbedarf der öffentlichen Verwaltungen zwischen 1977 und 1979 lediglich von 2,6 % auf 3,1 % des Bruttoinlandsprodukts ausgeweitet haben, aber gegenüber dem Ergebnis bei unveränderter Politik ergibt sich sowohl für 1978 als auch für 1979 eine Zunahme von 0,7 bis 0,8 %.

Entwicklung der Struktur der öffentlichen Finanzen

Im Jahre 1979 dürfte der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt der Gemeinschaft 47 % ausmachen gegenüber 46,6 % im Jahre 1975, als der langfristig beobachtete Rhythmus für die Zuwachsrates der öffentlichen Ausgaben infolge der Krise sehr brüsk beschleunigt worden war (die Staatsausgaben stellten 1973 nur 41,1 % und 1960 lediglich 32,7 % des Bruttoinlandsprodukts dar). Trotz der stärkeren Stützung der wirtschaftlichen Aktivität bestätigt die in den Jahren 1978 und 1979 verfolgte Haushaltspolitik die 1976 und 1977 unternommenen Bemühungen zur Stabilisierung des Anteils der öffentlichen Finanzen am Bruttoinlandsprodukt. Eine solche Orientierung war notwendig geworden, weil der Steuerdruck bei anhaltend langsamem Wachstum kaum erheblich verstärkt werden konnte und weil es ein zu starkes Aufblähen der Haushaltsdefizite zu vermeiden galt, welche bereits ein weitaus höheres Niveau als vor der Krise erreicht hatten (4,0 % des Bruttoinlandsprodukts der Gemeinschaft im Jahre 1979 gegenüber 0,7 % im Jahre 1973). In den Jahren 1976 und 1977 wurden die Defizite durch Stabilisierung des Anteils der öffentlichen Ausgaben am Brut-

toinlandsprodukt und durch einen Anstieg der Zwangsabgaben verringert. In den letzten beiden Jahren hingegen schlug sich die im allgemeinen mäßig expansive Ausrichtung der Haushalte in einer begrenzten Zunahme der Ausgaben (+ 1 % des Bruttoinlandsprodukts der Gemeinschaft) und einer eindeutigen Verlangsamung der Zuwachsrates der Einnahmen (+ 0,4 % des Bruttoinlandsprodukts) nieder.

Dieser Gesamttrend verdeckt sehr unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Mitgliedstaaten. In den Jahren 1978 und 1979 stiegen die Staatsausgaben in Italien (+ 3,6 % des Bruttoinlandsprodukts), in Belgien und in den Niederlanden (+ 3 % ungefähr), in Frankreich (+ 1,8 %) und in Irland (+ 2,3 %) viel schneller als im Gemeinschaftsdurchschnitt. Ihr Anstieg ist mäßiger in Dänemark (+ 0,9 %); in den restlichen Ländern (Deutschland, Luxemburg und Vereinigtes Königreich) geht ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt zurück. Im vorangegangenen Zeitraum 1975 bis 1977 waren in den einzelnen Mitgliedstaaten — von Irland abgesehen — gleichgerichtete Divergenzen ähnlichen Umfangs zu verzeichnen. Wie aus Tabelle 2 ersichtlich ist, sind diese Divergenzen hauptsächlich durch die von Land zu Land unterschiedliche Entwicklung der Ausgaben für die laufenden Übertragungen und die Zinsen zu erklären, die für die Gemeinschaft insgesamt etwas mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben des Staates ausmachen, im Jahre 1979 24,1 % des Bruttoinlandsprodukts. Außer dem unterschiedlichen Aktionsspielraum, über den die Länder für die Durchführung ihrer Haushaltspolitik verfügen, lassen sie eine ungleiche Fähigkeit erkennen, die zur Steigerung dieser Ausgabenkategorie drängenden automatischen Entwicklungen in den Griff zu bekommen. Die Ausgaben für den Staatsverbrauch (18,4 % des Bruttoinlandsprodukts der Gemeinschaft im Jahre 1979) und in geringerem Umfang die vermögenswirksamen Ausgaben (4,5 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahre 1979), auf die sich hauptsächlich 1976 bis 1977 die Bemühungen um eine Wiederherstellung des Gleichgewichts der öffentlichen Finanzen konzentriert hatten, nehmen in den meisten Mitgliedstaaten wieder stärker zu, außer im Vereinigten Königreich und in Luxemburg. Diese Entwicklung spiegelt das Anliegen der Behörden wider, die Haushaltsimpulse mehr von der Endnachfrage des Staates als von den an die restlichen inländischen Wirtschaftssektoren gezahlten Einkommensübertragungen ausgehen zu lassen.

In allen Mitgliedstaaten außer in Luxemburg und dem Vereinigten Königreich war der Anstieg der Einnahmen in den beiden letzten Jahren im Durchschnitt geringer als derjenige der Ausgaben. Die Zwangsabgaben (Steuern und Sozialbeiträge) dürften 40,6 % des Bruttoinlandsprodukts der Gemeinschaft im Jahre 1979 gegenüber 39,6 % im Jahre 1977 ausmachen. Die in der Entwicklung der Staatseinnahmen festgestellten Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten spiegeln die auf der Ausgabenseite beobachteten Divergenzen wider und lassen die Absicht der öffentlichen Hand erkennen, die Haushaltsdefizite nicht stärker auszuweiten, um einen Aktionsspielraum für spätere zur konjunkturellen Steu-

erung erforderlichen Maßnahmen zu behalten. So wurde das Niveau der Staatseinnahmen in Frankreich, in Irland, in den Niederlanden und in Belgien zwischen 1977 und 1979 angehoben zum Zwecke der Anpassung an die Entwicklung der Ausgaben, die schneller als in der Gemeinschaft insgesamt zugenommen haben. In den anderen Ländern hingegen hat sich der Anteil der Staatseinnahmen stabilisiert oder ist leicht zurückgegangen. Wie aus Tabelle 6.3 ersichtlich ist, bestätigt die Entwicklung der verschiedenen Komponenten der Staatseinnahmen die nach 1975 festgestellte Tendenz zur Zunahme oder zumindest Stabilisierung des Anteils der indirekten Steuern, die 13,3 % des Bruttoinlandsprodukts der Gemeinschaft ausmachen. Hingegen hat das Aufkommen aus den direkten Steuern in der Gemeinschaft insgesamt etwas langsamer zugenommen als das Bruttoinlandsprodukt (ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt geht von 12,5 % im Jahre 1977 auf 12,2 % im Jahre 1979 zurück), was insbesondere auf den langsameren Anstieg der Nominaleinkommen und auf Steuererleichterungen zurückzuführen ist, die in einigen Ländern im Rahmen der Maßnahmen zur Stützung der wirtschaftlichen Aktivität gewährt worden sind. Die Stagnation des Anteils der Sozialbeiträge am Bruttoinlandsprodukt (14,2 %) läßt sich durch die anhaltende Unterbeschäftigung, den geringeren Anstieg der Nominallöhne und die Maßnahmen zur Verringerung der relativen Arbeitskosten zum Zwecke des Abbaus der Arbeitslosigkeit erklären. Diese Einnahmekategorie nimmt allerdings in Frankreich rasch zu, in geringerem Umfang auch in Italien und den Niederlanden, um die kontinuierlich steigenden Sozialleistungen zu decken.

Aufgrund des schwachen Niveaus der privaten Investitionen und der relativ hohen Sparquoten der privaten Haushalte sind die anhaltend hohen Haushaltsdefizite und deren Anstieg zwischen 1977 und 1979 nicht mit einer entsprechenden Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Salden einhergegangen; die Finanzierungssalden der Mitgliedstaaten

gegenüber der restlichen Welt dürften sich 1979 nahezu auf ihrem Niveau von 1977 bewegen, außer in Belgien und den Niederlanden, wo sich diese Salden verschlechtern. Was die Deckung dieser Defizite anbelangt, so hatten sich die Mitgliedstaaten 1975 infolge der starken Auswirkung der Krise auf die öffentlichen Finanzen veranlaßt gesehen, zunächst auf Finanzierungsmittel zurückzugreifen, die sich direkt auf die Liquidität der Volkswirtschaft ausgewirkt haben. Später konnte der Anteil der Kreditaufnahme beim Bankensystem in den meisten Mitgliedstaaten spürbar verringert werden: Zunächst durch die Reduzierung der Haushaltsdefizite in einigen Mitgliedstaaten, und in allen Fällen aufgrund einer anhaltend hohen oder schnell zunehmenden Verschuldung beim inländischen Nichtbankensystem. So konnten in einigen Ländern (beispielsweise Dänemark und Irland) zusätzliche Mittel bei Wirtschaftssektoren aufgenommen werden, die vor der Krise nicht oder nur wenig zur Finanzierung des Haushalts beigetragen hatten.

Die anhaltend hohen Defizite führten zu einer beträchtlichen Erhöhung der Lasten des öffentlichen Schuldendienstes. In Italien, in den Niederlanden, in Belgien, im Vereinigten Königreich und in Irland erreichen oder übersteigen bereits zur Zeit die von der öffentlichen Hand gezahlten Zinsen die Ausgaben für Bruttoanlageinvestitionen. Auch wenn die Zunahme der Staatsschuld kaum Solvenzprobleme aufwirft, es sei denn in bezug auf die Auslandsverschuldung, die in allen Mitgliedstaaten gering bleibt, so könnte doch die Zunahme der Zins- und Tilgungslasten den Haushaltsspielraum einiger Mitgliedstaaten spürbar einengen. In mittelfristiger Sicht würde bei Ausbleiben einer nachhaltigeren Belebung der Wirtschaftstätigkeit sich die Wiederherstellung der Gleichgewichte der öffentlichen Finanzen ohne tiefgreifende Umstrukturierung der Haushalte der Gebietskörperschaften und insbesondere der Sozialversicherungssysteme als äußerst schwierig erweisen.

Tabelle 6.1

Nettosalden der Zentralstaaten ¹⁾ und Finanzierungssalden des Gesamtstaates ²⁾

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (1973 bis 1979)

	Nettosalden der Zentralstaaten ³⁾							Finanzierungssalden des Gesamtstaates						
	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
DK .	+ 2,3	+ 0,5	— 3,8	— 3,0	— 2,8	— 2,8	— 3,5	+ 5,6	+ 4,3	— 1,6	— 0,6	— 0,2	— 0,5	— 1,0
D ...	— 0,4	— 1,9	— 5,3	— 3,9	— 2,5	— 3,0	— 3,4	+ 1,2	— 1,4	— 5,8	— 3,6	— 2,6	— 2,7	— 3,1
F ...	+ 0,4	+ 0,4	— 2,6	— 1,0	— 1,0	— 1,6	— 1,7	+ 0,9	+ 0,6	— 2,2	— 0,4	— 1,3	— 2,3	— 1,7
IRL .	— 7,8	— 11,5	— 16,4	— 11,3	— 9,9	— 12,7	— 15,0 ⁵⁾	— 3,8	— 7,2	— 11,3	— 8,1	— 9,0	— 10,8	— 15,8 ⁵⁾
I ...	— 9,1	— 8,5	— 12,3	— 10,0	— 9,4	— 13,1	— 13,6	— 6,3	— 5,9	— 14,5	— 9,8	— 8,1 ⁴⁾	— 10,6	— 11,5
NL .	— 0,7	— 1,4	— 3,2	— 3,2	— 2,1	— 3,1	— 3,8	+ 1,1	— 0,1	— 2,7	— 2,7	— 1,7	— 2,0	— 2,3
B ...	— 4,6	— 3,6	— 5,2	— 5,9	— 6,4	— 6,4	— 7,2	— 2,6	— 1,6	— 3,9	— 5,2	— 5,6	— 6,3	— 7,2
L ...	+ 3,2	+ 3,5	+ 1,1	— 0,3	+ 1,4	+ 2,8	+ 1,8	+ 3,5	+ 5,1	+ 1,2	+ 1,7	+ 0,5	+ 2,8	+ 1,8
UK .	— 3,0	— 5,8	— 8,1	— 4,7	— 3,0	— 4,9	— 4,5	— 3,4	— 4,1	— 5,0	— 5,1	— 3,2	— 3,9	— 3,1
EG .	— 2,0	— 3,0	— 5,9	— 4,1	— 3,2	— 4,5	— 4,6	— 0,7	— 1,7	— 5,6	— 3,8	— 3,3	— 4,0	— 4,0

¹⁾ Nettosalden der Zentralstaaten im Vollzug, einschließlich Darlehen, Vorschüsse und Beteiligungen.²⁾ Finanzierungssalden des Gesamtstaates nach der harmonisierten Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, ohne Darlehen, Vorschüsse und Beteiligungen.³⁾ Für das Vereinigte Königreich beziehen sich die Angaben auf das Haushaltsjahr (1. April bis 31. März).⁴⁾ Ab 1977 wurde in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Italiens die BIP-Reihe nach oben berichtigt. Gegenüber der nicht berichtigten Reihe würde der Saldo für dieses Jahr — 9,8 % betragen.⁵⁾ Das Ergebnis für 1979 ist durch den Poststreik beeinflusst; die Zahlen in Tabellen 6.1 und 6.2 sind jedoch um die Auswirkungen des Streiks berichtigt.

Quelle: Dienste der Kommission: Für die Nettosalden der Zentralstaaten. Für 1973 bis 1978 von den nationalen Dienststellen übermittelte Vollzugsergebnisse, für 1979 Schätzungen. Für die Finanzierungssalden des Gesamtstaates: 1977 bis 1979: Dienste der Kommission — Wirtschaftsbudgets. 1973 bis 1976: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung OECD für DK und B, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ESGV für alle übrigen Länder.

Tabelle 6.2

Entwicklung der Ausgaben des Staates
(in % des Brutto)

	Ausgaben insgesamt					Staats		
	1960	1975	1977	1978	1979	1960	1975	1977
Dänemark	25,2	44,9	46,8	45,8	47,7	12,7	23,3	24,0
Bundesrepublik Deutschland	32,5	46,4	46,6	46,7	46,4	13,6	20,9	20,0
Frankreich	35,5	43,5	44,5	45,6	46,4	13,0	14,4	14,9
Irland ⁴⁾	27,6	48,5	47,0	47,6	49,3	12,1	19,0	18,4
Italien ³⁾	32,1	48,9	42,7	47,0	46,3	12,2	13,8	15,1
Niederlande	35,3	54,5	55,4	56,1	58,3	13,4	18,2	18,3
Belgien	30,5	47,5	49,2	50,9	52,0	12,8	17,1	17,3
Luxemburg	30,5	49,1	54,9	54,3	54,4	10,1	14,4	15,8
United Kingdom	31,7	47,7	43,3	42,6	42,8	16,4	22,4	20,7
EG	32,7	46,6	45,9	46,7	46,9	14,0	18,3	18,1

¹⁾ Laufende Übertragungen und gezahlte Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (vor allem Zinsen).

²⁾ Bruttoinvestitionen und Saldo der Vermögensübertragungen.

³⁾ Ab 1977 auf der Basis der nach oben revidierten BIB-Werte.

⁴⁾ Vgl. Fußnote ⁵⁾ zu Tabelle 6.1.

Quellen: 1977 bis 1979: Wirtschaftsbudgets. 1960 bis 1975: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ESVG und OECD.

Tabelle 6.3

Entwicklung der laufenden Einnahmen des
(in % des

	Laufende Einnahmen insgesamt ¹⁾					Indirekte		
	1960	1975	1977	1978	1979	1960	1975	1977
Dänemark	28,1	43,3	46,6	45,3	46,6	12,2	15,2	17,3
Bundesrepublik Deutschland	35,8	40,7	44,0	43,9	43,3	14,3	12,3	12,4
Frankreich	36,4	41,2	43,2	43,3	44,8	16,3	14,0	13,8
Irland ⁴⁾	25,4	37,2	38,0	36,8	38,9	16,4	16,9	17,3
Italien ³⁾	31,2	34,4	34,6	36,4	34,7	13,0	9,5	10,3
Niederlande	36,0	51,8	53,7	54,1	56,0	10,8	11,5	12,4
Belgien	27,6	41,6	43,6	44,6	44,8	11,3	11,5	11,8
Luxemburg	33,6	50,2	55,3	57,1	56,2	9,5	12,8	13,1
United Kingdom	30,7	42,6	40,0	38,8	39,6	13,1	13,4	14,5
EG	33,4	41,0	42,6	42,7	43,0	14,0	12,5	12,9

¹⁾ Die Differenz zwischen dem Gesamtbetrag und der Summe aus Steuern und Sozialbeiträgen besteht aus den verschiedenen laufenden Einnahmen (Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, laufende internationale Zusammenarbeit, Bruttobetriebsüberschuß).

²⁾ Einschließlich fiktive Sozialbeiträge.

³⁾ Ab 1977 auf der Basis der nach oben revidierten BIP-Werte.

⁴⁾ Vgl. Fußnote 5 zu Tabelle 6.1.

Quellen: 1977 bis 1979: Wirtschaftsbudgets. 1960 bis 1975: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ESVG und OECD.

Tabelle 6.2

und ihrer Zusammensetzung
 inlandsprodukts)

verbrauch		Sonstige laufende Ausgaben ¹⁾					Vermögenswirksame Ausgaben (netto) ²⁾				
1978	1979	1960	1975	1977	1978	1979	1960	1975	1977	1978	1979
24,3	25,0	9,0	17,3	18,3	17,4	18,4	3,3	4,3	4,5	4,1	4,7
20,0	19,8	14,6	20,0	21,3	21,3	21,0	4,3	5,5	5,3	5,4	5,8
15,1	15,3	18,8	24,8	26,0	27,0	27,7	3,7	4,3	3,6	3,8	3,5
18,7	19,9	12,4	23,7	22,2	22,8	22,5	3,1	5,8	6,3	6,2	6,9
15,9	16,3	15,8	28,0	23,2	26,0	24,7	4,1	7,1	4,4	5,1	5,1
18,3	18,7	16,7	30,7	32,6	33,4	34,4	5,1	5,6	4,5	4,4	5,3
18,0	18,1	15,6	24,9	27,8	28,8	29,5	2,1	3,5	4,1	4,3	4,4
15,8	15,9	15,4	26,9	30,1	30,3	30,1	5,0	7,8	8,9	8,2	8,4
20,2	20,6	12,5	19,0	18,6	18,9	19,2	2,7	5,9	4,0	3,5	3,0
18,3	18,4	15,1	22,9	23,3	24,0	24,1	3,6	5,4	4,5	4,5	4,5

Tabelle 6.3

Staates und ihrer Zusammensetzung
 Bruttoinlandsprodukts)

Steuern		darunter Direkte Steuern					Sozialbeiträge ²⁾				
1978	1979	1960	1975	1977	1978	1979	1960	1975	1977	1978	1979
18,1	18,9	11,6	24,6	24,6	24,5	25,4	1,5	0,7	0,7	0,6	0,7
12,8	12,9	9,3	12,0	13,7	13,0	12,6	9,7	14,9	15,5	15,5	15,3
14,1	14,5	6,2	7,2	8,4	7,9	7,9	11,1	17,1	18,4	18,5	19,5
16,5	16,7	4,7	10,3	11,6	11,2	12,0	1,1	6,7	4,8	4,5	4,8
10,1	9,3	5,7	7,3	8,6	10,3	9,7	10,5	15,2	13,8	14,1	14,2
12,6	12,5	12,5	16,5	16,4	16,5	17,9	8,9	19,7	18,0	18,2	18,5
12,0	11,9	7,6	16,6	17,0	18,2	18,5	7,1	12,8	12,7	12,4	12,4
13,2	12,8	11,9	17,4	20,5	22,0	21,5	9,0	15,1	17,0	16,5	16,4
14,6	16,0	10,9	17,0	14,4	13,9	13,5	3,6	8,3	6,7	6,2	6,2
13,2	13,4	8,7	11,8	12,5	12,4	12,2	8,1	14,1	14,2	14,1	14,2

7. Geld und Kredit: Tendenzen und Politik

Erfordernis einer wirksameren Koordinierung der nationalen Geldpolitiken

Das Inkrafttreten des EWS hat die gegenseitige Abhängigkeit der Volkswirtschaften der am System teilnehmenden Mitgliedstaaten verstärkt, denn die von den einzelnen Staaten verfolgten Politiken betreffen die anderen Partner jetzt noch unmittelbarer. Darüber hinaus kann das EWS das ihm aufgegebenes Ziel, zur inneren und äußeren Stabilität der beteiligten Währungen beizutragen, nur erreichen, wenn die Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistung der Mitgliedstaaten und insbesondere in den Inflationsraten schrittweise verringert werden. Eine dauerhafte Konvergenz in Richtung auf möglichst niedrige, mit einem ausgewogenen Wirtschaftswachstum kompatible Inflationsraten ist notwendig. Dieses Ziel läßt sich aber nur im Wege eines gesteigerten und stetigen Bemühens um Konzertierung auf Gemeinschaftsebene erreichen.

Als wesentliches Element der Wirtschaftspolitik im weiteren Sinne müssen auch die nationalen Geld- und Kreditpolitiken sowohl auf kurze wie auch auf mittlere Sicht koordiniert werden, um ein möglichst reibungsloses Funktionieren des EWS zu gewährleisten. Einerseits kann der tägliche Einsatz des währungspolitischen Instrumentariums in einem Mitgliedstaat, etwa eine Änderung der amtlichen Zinssätze, zwischen den Mitgliedstaaten Kapitalbewegungen auslösen und auf den Devisenmärkten Spannungen hervorrufen. Andererseits muß die übermäßige Schaffung von Liquidität in einem Mitgliedstaat, wenn sie über Jahre fortgesetzt wird, durch ihren kumulierenden Effekt auf die Inlandspreise die relative Wettbewerbsfähigkeit des betreffenden Landes gegenüber den Partnerländern, die eine gemäßigte Geld- und Kreditpolitik verfolgen, aushöhlen, was zu Spannungen führt und letztlich Paritätsanpassungen erforderlich macht. Nun ist eine solche Anpassung der Paritäten zwar mit dem EWS vereinbar; doch würde ein allzu häufiger Rückgriff auf dieses Verfahren auf die Dauer die Glaubwürdigkeit des Systems unterminieren. Die Währungsbehörden sollten deshalb ihre mittelfristigen Ziele und Leitlinien auf Gemeinschaftsebene koordinieren, um die monetäre Expansion schrittweise auf ein Tempo zu verringern, das mit ihrem binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewicht vereinbar ist.

Diese notwendige Konvergenz kann indessen nicht einzig und allein aus der Koordinierung der von den Währungsbehörden verfolgten Politiken resultieren, denn diese Stellen müssen den Endzielen ihrer Länder bezüglich des realen Wachstums und der Zahlungsbilanz sowie den Auswirkungen anderer nationaler Politiken — besonders der Haushalts- und Einkommenspolitik — Rechnung tragen. Eine Kohärenz der nationalen Geld- und Kreditpolitiken sowohl auf Gemeinschaftsebene als auch auf Landesebene setzt nämlich auch eine Konvergenz der Endziele der Mitgliedstaaten und eine Koordinierung dieser anderen nationalen Politiken voraus.

Was die Geld- und Kreditpolitik betrifft, so obliegt es den zuständigen einzelstaatlichen Behörden, sich insbesondere in den folgenden Bereichen verstärkt auf Gemeinschaftsebene abzustimmen:

- bei den ex-ante-Leitlinien für die nationale Geld- und Kreditpolitik, die oft in der erwarteten oder normativen Entwicklung eines monetären Aggregates (Kredit oder Geldmenge) ausgedrückt werden. Das heißt, die Währungsbehörden müßten den allgemeinen Zielen des EWS Rechnung tragen, wenn sie die Leitlinien für die nationale Geld- und Kreditpolitik festlegen;
- in der praktischen Geld- und Kreditpolitik innerhalb der Bezugszeiträume, für die die Normen oder Leitlinien gelten. Dies impliziert die gemeinsame Prüfung der Einhaltung der Normen und Leitlinien sowie der von den Währungsbehörden getroffenen Maßnahmen (beispielsweise der Änderung der Diskontsätze). Eine solche Maßnahme kann nämlich entweder eine Veränderung der Geldpolitik anzeigen, wenn diese ein bestimmtes Zinsniveau ansteuerte, oder auch eine unveränderte Politik, wenn die Behörden ihren Interventionssatz am Geldmarkt nur deshalb anpassen, um das Wachstum des Aggregates auf ein mit der Norm übereinstimmendes Tempo zurückzuführen.

Diese Koordinierung der einzelstaatlichen Geld- und Kreditpolitiken bei den ex-ante-Leitlinien als auch bei der laufenden Handhabung ließe sich durch Vertiefung gewisser technischer Arbeiten betreffend das währungspolitische Instrumentarium und eine vergleichende Analyse der Finanzaggregate erleichtern. In diesem Zusammenhang haben die Kommissionsdienststellen in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen nationalen Verwaltungen die Prüfung folgender Fragen in Angriff genommen:

- Verfügen die Währungsbehörden aller Mitgliedstaaten über ein hinreichend diversifiziertes Instrumentarium, das ihnen gestattet, nicht nur ihre Zwischenziele zu erreichen, sondern auch etwaige nachteilige Effekte zu begrenzen, den den Einsatz der Instrumente auf den Geldmärkten der Partnerländer zeitigen könnte? Es wäre nämlich möglich, daß ein begrenztes Instrumentarium in einem Mitgliedstaat die zuständigen Behörden des betreffenden Landes veranlassen könnte, ein Instrument, z. B. die Änderung der Diskontsätze, intensiver einzusetzen, und daß dies für die Partnerländer nachteiligere Folgen hätte als die gleichzeitige Verwendung mehrerer Instrumente, deren Auswirkungen sich möglicherweise zeitlich und über verschiedene Märkte verteilen. Wenn dies der Fall sein sollte, so könnte eine Erweiterung des Instrumentariums die Koordinierung in der laufenden Geld- und Kreditpolitik verbessern.
- Welches sind die geeignetsten Methoden, um bei der Gegenüberstellung der nationalen ex-ante-Leitlinien auf Gemeinschaftsebene die Kohärenz der ins Auge gefaßten Leitlinien mit den nationalen Endzielen zu überprüfen und die nationalen Leitlinien untereinander zu vergleichen? Was

den ersten Aspekt der Frage betrifft, so ist festzustellen, daß die Beziehungen zwischen monetären und realen Variablen von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich sind und daß sie auch innerhalb eines jeden Landes nicht immer konstant bleiben. Eine bessere Kenntnis des Übertragungsmechanismus würde hier weiterhelfen. Was den zweiten Aspekt der Frage, nämlich den Vergleich der währungspolitischen Leitlinien untereinander angeht, so ist zu bemerken, daß die Zwischenziele in den Mitgliedstaaten wegen der unterschiedlichen Definition der betreffenden Finanzaggregate (Kredit oder Geldmenge, enge oder weite Definition) recht heterogen sind, was ihren Vergleich stark erschwert. Um ihn zu erleichtern, haben die Dienststellen der Kommission in Zusammenarbeit mit den nationalen Währungsbehörden ein vereinfachtes Schema für Finanzströme entwickelt, das alle in den Mitgliedstaaten als Zwischenziele verwendeten Finanzaggregate einschließt und das die Beziehungen zwischen dem Zwischenziel und den anderen finanziellen Variablen aufzeigt. Dieser Schemaentwurf, der schon jetzt eine bessere Analyse der strukturellen Unterschiede der Finanzmärkte der Mitgliedstaaten ermöglicht, ist noch nicht auf seine Brauchbarkeit im Bereich der Prognosen der finanziellen und monetären Variablen und ihrer Gegenüberstellung auf Gemeinschaftsebene geprüft worden.

Ausrichtung der einzelstaatlichen Geld- und Kreditpolitiken 1978 und 1979

In dem hier betrachteten Zeitraum blieben die einzelstaatlichen Währungsbehörden weiterhin dem Ziel verpflichtet, zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung des binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichts beizutragen, was zuweilen schwierige Entscheidungen zwischen dem Ziel der Stützung der Wirtschaftstätigkeit und dem Ziel der Dämpfung der Inflationserwartungen bzw. der Verteidigung der nationalen Währung auf den Devisenmärkten mit sich brachte. In Anbetracht der großen Differenzen hinsichtlich der Größe der Volkswirtschaften und der Finanzstrukturen der Geld- und Kapitalmärkte einerseits und der unterschiedlichen Ausgangssituation insbesondere hinsichtlich der inflationistischen Spannungen, der Defizite der öffentlichen Hand und der Salden der Zahlungsbilanzen andererseits ist es nicht weiter erstaunlich, daß die Zuwachsraten der Geldmenge (vgl. nachstehende Tabelle 7.1) zum Teil beachtliche Unterschiede von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat aufweisen.

Die Zuwachsraten der Geldmenge in den einzelnen Ländern sind wegen der unterschiedlich definierten Aggregate nicht strikt miteinander vergleichbar. Die gleiche Zuwachsraten kann in einem Land zu hoch sein, während sie in einem anderen gerade richtig ist; ein reibungsloses Funktionieren des EWS setzt aber eine Verringerung des Tempos der Geldmengen Zunahme in denjenigen Mitgliedstaaten voraus, wo die inflationistischen Spannungen am ausgeprägtesten und das außenwirtschaftliche Gleichgewicht bedroht waren.

Die Entwicklung der Geldmenge in den Mitgliedstaaten im ersten Halbjahr 1979 zeigt, daß die beachtlichen Differenzen sowohl von Land zu Land als auch von Quartal zu Quartal fortbestehen. So kann man feststellen, daß die Expansion des Geldvolumens sich im zweiten Quartal in Dänemark, Deutschland und Frankreich verlangsamt hat, wogegen sie sich in den anderen Ländern beschleunigt hat, vor allem in Irland, wo sie zuvor bereits sehr stark war. Dazu ist allerdings anzumerken, daß die von den Währungsbehörden zur besseren Kontrolle der Geldmengenentwicklung ergriffenen Maßnahmen den allen gemeinsamen Willen widerspiegeln, sich nicht mit den von der jüngsten Erdölpreiserhöhung ausgehenden Inflationsimpulsen abzufinden. Die Verschärfung des Inflationstempos hat übrigens eine Verringerung der Liquiditätsquote der Wirtschaft zur Folge (Verhältnis zwischen Geldmenge und nominalem B.S.P.), wenn es den Behörden gelingt, die Expansion des Geldvolumens innerhalb der Ende 1978 für das laufende Jahr festgelegten Leitwerte zu halten.

Die vorstehende Tabelle 7.2, in der die Entwicklung der kurz- und langfristigen Zinssätze sowie die Inflationsraten in den Mitgliedstaaten miteinander verglichen werden, gestattet die Feststellung, daß die Zinssätze mehrerer Länder im Vergleich zur Währungserosion verhältnismäßig niedrig waren, was vor allem durch die Tatsache zu erklären ist, daß die Währungsbehörden dieser Länder die inländischen Zinssätze ziemlich streng reglementiert haben, um die aus der Finanzierung des Defizits der öffentlichen Hand und/oder der privaten Investitionen resultierende Belastung in Grenzen zu halten.

Der seit Beginn des laufenden Jahres praktisch weit verbreitete Anstieg der Zinssätze an den Geldmärkten und (in geringerem Maße) der Rendite der Schuldverschreibungen erklärt sich zum einen aus der Notwendigkeit, den Kurs der nationalen Währungen an den Devisenmärkten zu verteidigen, und zum anderen aus dem Bestreben der Währungsbehörden, die Inflationserwartungen zu dämpfen. Außerdem haben die Währungsbehörden mehrerer Mitgliedstaaten Maßnahmen beibehalten oder noch verstärkt, mit denen sie direkt die Ausweitung des Bankkredits einschränken; Ausnahme bilden Deutschland und Belgien. Diese Maßnahmen werden besonders in den Ländern für erforderlich gehalten, in denen die Nominalzinsen trotz ihrer Heraufsetzung im Verhältnis zu der gegenwärtig herrschenden oder erwarteten Inflation niedrig sind, und in den Ländern, wo die Nachfrage nach Bankkrediten auf eine Veränderung des Zinssatzes nicht sehr elastisch reagiert.

Die tatsächliche Entwicklung der Geldmenge oder der Zinssätze deutet nicht immer die mittelfristigen Zielvorstellungen der Behörden an. Die Zinssätze am Geldmarkt spiegeln nämlich oft den Zu- oder Abfluß von Kapital auf Veranlassung von Gebietsfremden wider; die Rendite der Schuldverschreibungen wird stark beeinflusst durch die Belastung, die durch die Finanzierung des Defizits des öffentlichen Sektors verursacht wird, sowie durch die Inflationserwartungen und die Nachfrage des Privatsektors nach

Bankkrediten folgt oft der Konjunktorentwicklung. Selbst die von den Währungsbehörden getroffenen Maßnahmen, wie die Änderungen des Diskont- oder Mindestreservensatzes, sind oft eher Ausdruck von Augenblicksreaktionen auf Spannungen am Devisen- oder Kapitalmarkt denn Ausdruck ihrer mittelfristigen Ausrichtung. Diese Ausrichtung muß daher anhand eines Vergleichs der erklärten Ziele der nationalen Währungsbehörden beurteilt werden.

Wie aus nachstehender Tabelle 7.3 ersichtlich, hatten die Währungsbehörden aller Mitgliedstaaten außer Belgien, Dänemark und Irland das Ziel ihrer Währungspolitik für den Berichtszeitraum (Kalen- oder Haushaltsjahr 1978 bis 1979) anhand einer normativen Zuwachsrate eines monetären Aggregats quantifiziert (Zwischenziel). In allen großen Volkswirtschaften der Gemeinschaft haben die Währungsbehörden quantitative Orientierungsdaten festgelegt, doch ist die Definition der Aggregate sehr uneinheitlich. Dagegen haben die Währungsbehörden der wegen der geringeren Wirtschaftsdimension stärker auf die Außenwirtschaft ausgerichteten Länder es nicht für sinnvoll oder möglich erachtet, solche Normen für ihre Länder aufzustellen — mit Ausnahme der Niederlande, wobei aber angemerkt werden muß, daß deren Norm, die mittelfristig eine Reduzierung des Verhältnisses Geldmenge/Nettovolkseinkommen vorsieht, flexibel genug angelegt ist, um eine Anpassung an die Konjunktorentwicklung und die Entwicklung der Zahlungsbilanz zu erlauben. In Irland haben die Währungsbehörden Maßnahmen ergriffen, um die Ausweitung der Bankkredite an die Privatwirtschaft zu kontrollieren, um die innere Kreditausweitung zu begrenzen.

Beim Vergleich der Normen für 1978 mit den erzielten Ergebnissen ist festzustellen, daß die Normen im Vereinigten Königreich und in Frankreich eingehalten, in Italien und vor allem in Deutschland dagegen überschritten wurden. Im letzteren Land hatten die Behörden diese Überschreitung geduldet, weil die Entwicklung der Preise günstiger verlaufen ist als erwartet und weil die Konjunktur ihnen relativ unsicher erschien.

Die Normen für 1979 zeigen in den vier größeren Volkswirtschaften eine gewisse Verringerung der Zuwachsraten gegenüber den Normen des Vorjahres; diese Verringerung ist indessen in Deutschland, wo die Berechnungsbasis modifiziert wurde, und im Vereinigten Königreich, wo die neue Norm sich nur auf die restlichen zehn Monate des Haushaltsjahres 1979/80, und nicht auf das genaue Haushaltsjahr bezieht, zum Teil mehr fiktiv denn real.

Die Aussichten, daß die zur Zeit geltenden Normen respektiert werden, lassen sich auf der Grundlage der verfügbaren Daten nicht sicher beurteilen, doch bleibt anzumerken, daß die Geldmengenerweiterung

im Vereinigten Königreich sich in den ersten beiden Bankmonaten (Juli und August) des neuen Bezugszeitraums genügend abschwächte, daß sie mit dem oberen Ende der Zielspanne vereinbar war. Die Geldmengenerhöhung in Frankreich verlief trotz einer ziemlich deutlichen Verlangsamung zum Ende des ersten Halbjahres rascher als vorgesehen, und die Währungsbehörden haben für das Jahr 1980 bereits eine Norm festgelegt, die ihrem Willen entspricht, die Liquiditätsquote der Wirtschaft im Rahmen einer mittelfristigen Ausrichtung schrittweise zu reduzieren. Das Expansionstempo der Zentralbankgeldmenge in Deutschland, das in den ersten fünf Monaten des Jahres geringfügig über der Norm lag, gab im Sommer nach und tendiert jetzt zum unteren Ende der Spanne hin.

In Italien entsprach die Entwicklung der Gesamtinlandskredite in den ersten Monaten des Jahres den von den Behörden vorgesehenen Leitlinien. In den übrigen Mitgliedstaaten, die stärker außenwirtschaftlich orientiert sind, ist die Geldpolitik stärker auf Wechselkurs- und/oder Zinsziele als auf quantifizierte Ziele für ein monetäres Aggregat ausgerichtet; die einzige Ausnahme bilden die Niederlande.

So mußten in Belgien, wo die Währungsbehörden bestrebt sind, die Zinsen so niedrig zu halten wie mit der Beibehaltung der Parität des Franc innerhalb des EWS vereinbar ist, die Zinssätze seit Anfang 1979 mehrmals heraufgesetzt werden. In Dänemark, wo die Anstrengungen der Währungsbehörden darauf gerichtet sind, die Parität der Krone zu verteidigen und die Finanzierung des Defizits in laufender Rechnung zu sichern, hat der massive Kapitalzufluß (durch Kauf von auf Krone lautenden Schuldverschreibungen) in den ersten Monaten zu einem Nachgeben der Rendite der Schuldverschreibungen geführt, und der Kauf von Staatsschuldverschreibungen durch Gebietsfremde ist zur Zeit verboten. Im Sommer mußten die Behörden den Diskontsatz zweimal anheben, um die Parität der Krone zu verteidigen. In Irland, wo der Postscheckstreik in der ersten Hälfte des laufenden Jahres zu einer sehr starken Expansion der Geldmenge beitrug, sahen sich die Währungsbehörden veranlaßt, die Inanspruchnahme von Notenbankkrediten durch die Geschäftsbanken zu verteuern und weitere Maßnahmen zur Begrenzung der Expansion der Bankkredite zu verstärken. In den Niederlanden schließlich, wo die Geldmengenzunahme ziemlich gemäßigt war und wo die Perspektiven bezüglich des Defizits der öffentlichen Hand und der Zahlungsbilanz sich verbessert haben, setzten die Währungsbehörden ihre Interventionssätze am Geldmarkt ebenfalls seit Jahresbeginn mehrmals herauf; diese Anpassungen nach oben hielten sich allerdings in verhältnismäßig engen Grenzen.

Tabelle 7.1

Entwicklung der Geldmenge im weiten Sinne ¹⁾
(in % der Geldmenge zu Beginn des Zeitraums)

Zeitraum	DK	D	F	IRL	I	NL	B	UK
1977 ²⁾	9,8	11,1	13,9	13,6	21,9	3,6	9,9	10,0
1978 ²⁾	6,7	11,0	12,3	28,7	22,8	4,2	9,5	14,9 ^{b)}
1. Quartal 1979 ³⁾	4,0	2,3	4,6	6,1	3,0	0,5	2,2	1,4
2. Quartal 1979 ³⁾	1,9	1,4	2,6	8,6	4,0 ^{a)}	1,5	2,3	3,8

¹⁾ M₂, außer Deutschland (M₃), Irland (M₃) und Vereinigtes Königreich (Sterling M₃).

²⁾ Zahlen nicht saisonbereinigt.

³⁾ Zahlen saisonbereinigt.

^{a)} März, April, Mai.

^{b)} Diese Zahl weicht ab von der in Tabelle 1.6 genannten, die auf der monatlichen Bankenstatistik beruht.

Tabelle 7.2

**Entwicklung der Inflationsrate und der kurz- und langfristigen Zinssätze
in den Mitgliedstaaten seit Dezember 1976**

	Inflationsrate ¹⁾				Kurzfristige Zinssätze ²⁾				Langfristige Zinssätze ³⁾			
	Dez. 76	Dez. 77	Dez. 78	Juni 79	Dezember		Juni 79		Dezember		Juni 79	
	Dez. 75	Dez. 76	Dez. 77	Juni 78	1976	1977	1978	Juni 79	1976	1977	1978	Juni 79
DK	13,0	12,3	7,1	8,6	13,4	19,0	15,2	9,7	15,6	16,8	17,4	16,7
D	3,9	3,5	2,4	3,9	4,9	4,0	4,1	6,5	7,4	6,0	6,6	8,0
F	9,9	9,0	9,7	10,2	10,4	9,3	6,7	7,2 ^{a)}	11,0	11,1	9,9	10,0 ^{a)}
IRL	20,6 ^{b)}	10,8 ^{b)}	7,9 ^{b)}	12,4 ^{c)}	13,3	7,5	13,0	15,5	15,5	11,3	13,4	15,4
I	22,0	14,0	11,6	13,5	16,7	13,0	12,3	12,3	14,2	14,1	13,5	13,7
NL	8,4	5,6	3,9	4,4	5,8	4,5	9,4	6,7 ^{a)}	7,8	7,0	6,7	7,2 ^{a)}
B	7,6	6,3	3,9	4,5	10,0	9,3	9,3	11,3	9,3	8,4	8,7	9,2
UK	15,01	12,1	8,4	11,4	14,0 ^{d)}	6,4 ^{d)}	11,9 ^{d)}	13,7 ^{d)}	14,8	10,9	12,4	11,4

¹⁾ Veränderungen des Verbraucherpreisindex

²⁾ am Geldmarkt

³⁾ Rendite von Schuldverschreibungen

^{a)} Mai 1979

^{b)} Viertel Quartal, bezogen auf das vierte Quartal des Vorjahres

^{c)} Zweites Quartal, bezogen auf das zweite Quartal des Vorjahres

^{d)} Letzter Freitag im Mai

Tabelle 7.3

Geldpolitische Ziele oder Leitlinien für 1978 und 1979 und Ergebnisse 1978

Land	Monetäres Aggregat	Zeitraum	Ziel	Ergebnis
			Erhöhung in %	
Deutschland ..	Zentralbankgeldmenge	Durchschnitt 1977 — Durchschnitt 1978	8	11,4
		Letztes Quartal 1978 — Letztes Quartal 1979	6—9	
Frankreich ...	M ₂	12 Monate bis Dezember 1978	12 ¹⁾	12,3
		12 Monate bis Dezember 1979	11 ¹⁾	
		12 Monate bis Dezember 1980	11 ¹⁾	
Italien	Expansion des gesamten Inlandskredits	12 Monate bis Dezember 1978	19 ²⁾	20,5
		12 Monate bis Dezember 1979	18,5 ²⁾	
Niederlande ..	Verhältnis M ₂ /Nettovolkseinkommen	Ende 1976		41,0 ³⁾
		Ende 1980	37,0	
Vereinigtes Königreich ...	Sterling M ₃	12 Monate bis Mitte April 1979	8—12 ⁴⁾	10,4
		12 Monate bis Mitte Oktober 1979	8—12 ⁴⁾	
		10 Monate bis Mitte April 1980	7—11 ⁵⁾	

¹⁾ Obere Grenze²⁾ In absoluten Zahlen festgelegt: 46 000 Milliarden Lire im Jahre 1978 und 53 000 Milliarden Lire im Jahre 1979³⁾ Das Ziel besteht in der allmählichen Verringerung dieses Verhältnisses bis zum Ende des Zeitraums⁴⁾ Diese Normen waren für einen Zwölfmonatszeitraum festgelegt, wurden aber nach sechs Monaten revidiert (rolling targets)⁵⁾ Diese für die restlichen zehn Monate bis zum Ende des Haushaltsjahres festgelegte Norm wurde in Jahressätzen ausgedrückt

8. Zahlungsbilanzen

Zahlungsbilanz auf Weltebene — Zusammenfassung

Die Leistungsbilanz der Gemeinschaft wies 1978 einen Rekordüberschuß von 17 Mrd. US-Dollar aus, jedoch waren viele der Faktoren, die zu diesem Erfolg beitrugen, vorübergehender Art. Die Leistungsbilanz wird im Jahre 1979 und 1980 weitaus weniger günstig sein, dies zum Teil wegen der Ölpreiserhöhung, die sich Ende Juni 1979 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitpunkt auf fast 60 % belief.

Insgesamt blieb die Leistungsbilanz der Vereinigten Staaten im Jahre 1978 unverändert, verbesserte sich aber im Jahresverlauf ständig. Nach einem Defizit in Höhe von 6,9 Mrd. US-Dollar im ersten Quartal des letzten Jahres war sie im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1979, jeweils saisonbereinigt, praktisch ausgeglichen. Das Ausfuhrvolumen der USA ist stark gestiegen, und der US-Überschuß der ersten Hälfte dieses Jahres im Nicht-Ölhandel erhöhte sich gegenüber dem niedrigen Stand von Anfang 1978. Aufgrund der jüngsten Außenhandelszahlen und der steigenden Ölpreise ist kaum anzunehmen, daß das US-Leistungsbilanzdefizit in diesem Jahr vollständig abgebaut werden wird; es scheint aber, daß die Vereinigten Staaten sich jetzt in einer Phase befinden, in der sie von der vergangenen Abwertung des Dollars profitieren. Während des größeren Teils des

letzten Jahres jedoch stand die Marktstimmung unter dem Einfluß des Leistungsbilanzdefizites der Vereinigten Staaten und den traditionellen Kapitalabflüssen durch Direktinvestitionen.

Die Konjunktur wirkte sich 1978 günstig auf die Leistungsbilanzen der EG und Japans aus, da das reale Wachstum der US-Wirtschaft mit 4 % zwar langsamer als in den zwei vorangegangenen Jahren war, aber dem bis 1973 erzielten Zehnjahresdurchschnitt entsprach, während das Wachstum in der EG und Japan mit 3 % bzw. 5 1/2 % deutlich unter der entsprechenden Entwicklung in der Vergangenheit blieb. Die Konjunktüreinflüsse haben sich 1979 umgekehrt und dürften sich 1979 im gegenteiligen Sinn auf die Leistungsbilanzen der EG und Japans auswirken.

Die EG wie auch Japan konnten den Überschuß ihrer Leistungsbilanzen im letzten Jahr gerade durch Nettokapitalabflüsse ausgleichen; beide Länder verzeichneten während der Währungsunruhen des Jahres 1978 einen starken Anstieg ihrer Nettoreserven (die EG um 16,6 Mrd. US-Dollar und Japan um 10,2 Mrd. US-Dollar), was zumindest in der Gemeinschaft Schwierigkeiten bei der Durchführung der Geldpolitik hervorrief.

In einer etwas längeren zeitlichen Perspektive war ein bemerkenswertes Ereignis des Jahres 1978 das praktische Verschwinden des Leistungsbilanzüberschusses der OPEC-Länder. 1974 entsprach dieser

Überschuß mit 60 Mrd. US-Dollar etwa den Erwartungen der Kommentatoren, aber wenige hatten erwartet, daß er innerhalb von vier Jahren verschwunden sein würde. Ein Hauptgrund des Abbaus war das fehlende Wachstum der OPEC-Ausfuhrmengen, das auf die Rezession in den Industrieländern und den Ausbau von Mineralölquellen außerhalb der OPEC-Länder zurückzuführen war. Das Exportvolumen der Hauptölerzeuger ging nach Angaben des Internationalen Währungsfonds tatsächlich zwischen 1974 und 1978 etwas zurück: ein jährlicher realer Anstieg um 4 % während dieses Zeitraums hätte bei der derzeitigen Preisentwicklung den OPEC-Überschuß im letzten Jahr um etwa 45 Mrd. US-Dollar erhöht. Gleichzeitig sind die Einfuhren der OPEC-Länder, unterstützt durch die Kreditbereitschaft einiger Mitgliedstaaten zugunsten von Entwicklungsprogrammen, etwas rascher gestiegen als erwartet, aber die jüngsten Ereignisse im Iran haben Zweifel hinsichtlich der Aussichten auf ein weiteres reales Wachstum der OPEC-Einfuhren aufkommen lassen. Ein weiterer Faktor, der zu dem Ergebnis im Jahre 1978 beigetragen hatte, war die Verschlechterung der terms of trade der OPEC-Länder, eine Entwicklung, die sich seitdem aber bereits umgekehrt hat.

Die nicht-ölfördernden Entwicklungsländer waren auch im letzten Jahr in der Lage, ein an der Vergangenheit gemessenes hohes Gesamtleistungsbilanzdefizit zu finanzieren und erhöhten sogar ihre Bruttoreserven, ein beruhigendes Ergebnis, da sich herausstellte, daß die schließlichen Geldgeber 1978 vor allem im OECD-Raum und nicht in den Ölförderländern zu finden waren.

Die Zahlungsbilanzstruktur der Gemeinschaft

Der wertmäßige Anstieg der Einfuhren in die Gemeinschaft betrug nach 9 % im Jahre 1977 bis 1978 nur 1 %, da er im letzten Jahr, wie erwähnt, durch eine günstige Entwicklung der terms of trade gedämpft wurde. Auch die Handelsbilanz der Gemeinschaft verbesserte sich volumenmäßig im letzten Jahr, wobei sich der Quotient aus Exportvolumen zu Importvolumen um etwa zwei Punkte verbesserte und sich damit der seit 1974 bestehende günstige Trend fortsetzte.

Der volumenmäßige Gewinn während der Jahre 1974 bis 1978 spiegelt zum Teil die relative Situation der Gemeinschaft in der Weltkonjunktur wider — bis in diesem Jahr hinkte die EG der konjunkturellen Erholung nach der Rezession von 1973 eher nach als daß sie diese anführte —, zum Teil ist er aber wahrscheinlich auch ein Nebenprodukt der wachsenden Integration der Gemeinschaft seit ihrer Erweiterung.

Zwischen 1974 und 1978 stiegen die innergemeinschaftlichen Einfuhren um 59 %, während die Einfuhren aus Drittländern nur um 36 % zunahmen; die Einfuhren aus Drittländern aus dem OECD-Bereich erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 53 %.

Eine Analyse der geographischen Struktur des EG-Handels mit Nichtgemeinschaftsländern zeigt, daß zwei Gruppen beherrschend sind, und zwar die euro-

päischen OECD-Mitglieder (auf die 1978 24 % der Importe und 28 % der Exporte entfielen) und die Entwicklungsländer (1978 40 % der Importe und 38 % der Exporte). Trotz raschen Wachstums entfielen auf Japan im letzten Jahr nur 5 % der EG-Importe. Die Struktur der Gemeinschaftshandelsbilanzen ist beunruhigend in ihren Implikationen bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit; Verbesserungen seit 1974 wurden ausschließlich mit den Entwicklungsländern erzielt, während die Handelsbilanzen mit entwickelten Marktwirtschaften sich überall verschlechtert haben. Der Rückgang des Überschusses der Gemeinschaft im Handel mit den Staatshandelsländern ist weitgehend den finanziellen Zwängen dieser Gruppe zuzuschreiben.

Der erhebliche Überschuß der Gemeinschaft im Warenhandel im Jahre 1978 wurde noch durch einen stark angewachsenen Überschuß der Dienstleistungsbilanz erhöht. Dieser Überschuß wurde verstärkt durch eine Beschleunigung der erratischen Zuflüsse aus Zinsen, Gewinnen und Dividenden und auch durch das ständige Anwachsen der Nettoeinnahmen aus dem Reiseverkehr. Ein besonders kräftiger Beitrag kam auch aus den rasch wachsenden Einnahmen Frankreichs aus Arbeitsleistungen und technischer Zusammenarbeit. Der Anstieg der Abflüsse bei den Nettoübertragungen war im letzten Jahre gedämpft; ihr Stand dürfte 1979 aus Konjunkturgründen unverändert bleiben. Dieser Posten, der hauptsächlich von den Überweisungen der Gastarbeiter bestimmt wird, ist ein ständiger Posten in der Leistungsbilanz der EG und stellt ein strukturelles Merkmal des Produktionsprozesses in der Gemeinschaft dar.

1978 wurde der Leistungsbilanzüberschuß der EG zum Teil durch einen wachsenden Nettoabfluß von Kapital durch Direkt- und Portfolioinvestitionen (vor allem Direktinvestitionen — siehe unten) und durch eine erhöhte Gewährung von Handels- und sonstigen Krediten durch den privaten Nichtbankensektor ausgeglichen. Diese Posten der Kapitalbilanz waren jedoch niedriger als der Nettozufluß über das Bankensystem und den Posten Fehler und Auslassungen. Das Nettoergebnis der Transaktionen der Geschäftsbanken spiegelt die weltweite Flucht aus dem Dollar wider, die insbesondere im letzten Quartal festzustellen war (obwohl der Druck sich vor allem auf den Wechselkurs auswirkte), während die Ziffer für die Fehler und Auslassungen aus dem gleichen Grund möglicherweise Veränderungen in den terms of payment widerspiegelt.

Zahlenangaben für 1979 können nur versuchsweise gemacht werden, sie deuten aber an, daß sich der Nettokapitalabfluß durch Direktinvestitionen fortgesetzt hat. Andererseits dürfte das Verschwinden des Handelsüberschusses die Bilanz der neu gewährten und aufgenommenen Handelskredite verbessern. Obwohl die spekulativen Gelder, die im letzten Jahr zu den Gemeinschaftsbanken strömten, zum Teil schon wieder abgeflossen und weitere Abzüge zu erwarten sind, dürfte der erneute OPEC-Überschuß den Banken in diesem Jahr dennoch die Möglichkeit erheblicher Nettogeldaufnahmen geben. So dürfte insgesamt der Kapitalbilanzsaldo das Lei-

stungsbilanzdefizit in diesem Jahr bei weitem wettmachen, obwohl es aber auch zu einigen Entnahmen aus den Nettoreserven zusätzlich zu umfangreichen Rückzahlungen an den IWF kommen kann.

Die Schätzungen in Tabelle 8.2 für den Warenhandel der Gemeinschaft im Jahre 1979 umfassen einen Anstieg der Ölrechnung um 9,3 Mrd. ERE, dem zusätzliche Ausfuhren nach den Ölzeugerländern in Höhe von 3,8 Mrd. ERE gegenüberstehen. Berücksichtigt wird auch ein erheblicher Anstieg der Dollarkosten für Rohstoffe und ein Anziehen der Dollarkosten für andere Importe. Man sollte jedoch nicht übersehen, daß wegen des starken Rückganges des Außenwertes des US-Dollars am Ende des letzten Jahres der durchschnittliche Wechselkurs der ERE gegenüber dem US-Dollar in diesem Jahr um 6 % höher erwartet wird als im letzten Jahr, was der Handelsbilanz einen Auftrieb geben dürfte, der sich 1980 kaum wiederholen wird und sogar umkehren könnte. Außerdem wird die Handelsbilanz im nächsten Jahr auch durch die Rezession in den USA nachteilig beeinflusst werden. Die Verschlechterung der Leistungsbilanz, wie sie sich im Jahre 1979 offenbart, dürfte deshalb noch nicht abgeschlossen sein. Die Gemeinschaft verfügte jedoch Ende 1978 über Nettoreserven in Höhe von 88 Mrd. ERE oder 56 % der Warenimporte des Jahres 1978 und befindet sich daher in einer guten Position, um mit der bevorstehenden Situation fertig zu werden.

Die Entwicklungen der letzten Jahre und insbesondere die Veränderungen des Dollarkurses haben den USA einen deutlichen Vorteil bei den Lohnstückkosten gebracht, und es wurde angenommen, dies werde die Standortentscheidungen für Produktionsstätten und neue Investitionen beeinflussen, mit den entsprechenden Folgen für die Kapital- und Zahlungsbilanz der Gemeinschaft, insbesondere gegenüber den USA. Die Auswirkung von Standortentscheidungen auf die Zahlungsbilanz eines Landes wird jedoch weitgehend dadurch verringert, daß gebietsfremde Firmen ohne weiteres lokale (oder Drittlands-) Finanzierungsmöglichkeiten in Anspruch nehmen können. Die veröffentlichten Zahlen über Direktinvestitionen können — trotz der Schwierigkeiten der Erfassung, die durch die Diskrepanzen zwischen den Zahlen für die innergemeinschaftlichen Ströme in Tabelle 8.4 verdeutlicht werden — einen Hinweis über die Tendenzen geben. Die innergemeinschaftlichen Direktinvestitionen sind in den letzten Jahren rasch gewachsen. Da sie 1977 aber nur 1 % der Bruttoanlageinvestitionen in der EG ausmachten, sollte ihre Bedeutung als Indikator für die Integration nicht überbewertet werden. Gleichzeitig stagnierte der Zustrom aus den USA nominal (ging real also zurück), während der Strom in umgekehrter Richtung rasch zugenommen hat, so daß die Ströme zwischen der EG und den USA 1977 praktisch ausgeglichen waren.

Aus kürzlich vom US-Handelsministerium gemachten Angaben geht hervor, daß der Strom der US-Direktinvestitionen nach Europa 1978 erheblich angestiegen ist, daß der Nettoabfluß abzüglich der Ströme in umgekehrter Richtung um etwa 800 Millionen ERE zugenommen hat (dennoch aber unter

dem Niveau von 1973 geblieben ist) und daß er in den ersten Monaten 1979 weiter angestiegen ist. Diese Abflüsse können jedoch durch interne Geldverlagerungen von Unternehmen aufgebläht worden sein, die ihren Grund eher in Wechselkursänderungserwartungen als in Produktionsstrategien hatten. Die Hinweise, die innerhalb der Gemeinschaft über einen umfangreichen Strom direkter Investitionen in diesem Jahr nach den USA vorhanden sind, sind sehr vage und beziehen sich weitgehend auf die chemische Industrie.

Global haben die Nettoexporte von Direktinvestitionen der USA seit 1971 regelmäßig zugenommen und betrugen 1978 mehr als 8 Mrd. ERE (5 Mrd. nach den USA, 13 Mrd. aus den USA). Vielleicht ließe sich schließen, daß die Gesamtzahlen der USA den Kostenvorteil der Entwicklungsländer anzeigen, während die Zahlen für die Ströme zwischen der Gemeinschaft und den USA in der Zeit von 1971 bis 1977 einen Vorteil andeuten, den die USA gegenüber ihren industrialisierten Konkurrenten haben.

Wenn die Rolle der Gemeinschaft im Vergleich zu den USA auch noch immer gering ist, so ist es dennoch interessant, daß die EG zwischen 1971 und 1977 als bedeutender Nettodirektinvestor in Erscheinung trat, vor allem im benachbarten Europa und in den Entwicklungsländern. Sie hat 1978 netto 2,1 Mrd. ERE direkt investiert.

Die Zahlungsbilanzlage der Mitgliedsländer

Die Tatsache, daß die Gemeinschaft in den letzten Jahren einen beträchtlichen kumulativen Überschuß der Warenbilanz erzielen konnte, war weitgehend der Bundesrepublik Deutschland zuzuschreiben, die 1978 einen Warenbilanzüberschuß in Höhe von 19½ Mrd. ERE (fob/fob) erreichte und auch bei den Außer-Gemeinschaftszahlen eine beherrschende Rolle spielte. In der jüngsten Zeit ist jedoch auch die Entwicklung Frankreichs und insbesondere Italiens bemerkenswert, die nach einem beträchtlichen Warenbilanzdefizit im Jahre 1976 und 1978 einen bedeutenden Überschuß erzielt haben. Dagegen ist das Auftreten von Defiziten in den Niederlanden und der BLWU und das Fortbestehen des dänischen Defizits beunruhigend. Der Umschwung in der Außenposition der Gemeinschaft im Jahre 1979 wird sich am deutlichsten in den deutschen Zahlen zeigen, obwohl die Bundesrepublik auch weiterhin einen beträchtlichen Handelsbilanzüberschuß verzeichnen wird. Die Verschlechterung der Positionen Frankreichs und Italiens werden weniger stark ausfallen, da ihre Ausfuhrpreise mindestens ebenso rasch steigen dürften als die ihrer Konkurrenten, die deutschen Ausfuhrpreise dagegen langsamer, eine Anpassung, die notwendig ist, um die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik wiederherzustellen. Die italienische Handelsbilanz wird außerdem durch eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums negativ beeinflusst werden. Ein besonders beunruhigender Faktor im Jahre 1979 war im übrigen die Zunahme des Handelsbilanzdefizits des Vereinigten Königreichs (und insbesondere der Anstieg des Importvolumens), während die Gewinne aus dem Nordseeöl erheblich waren und weiter stiegen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist weiterhin der einzige Mitgliedstaat mit einem ansehnlichen Defizit der Dienstleistungsbilanz (6½ Mrd. ERE im letzten Jahr): Das Vereinigte Königreich wies hier weiterhin den größten Überschuß der Gemeinschaft auf (6,2 Mrd. ERE im Jahre 1978), seine Position verschlechtert sich jedoch und könnte von Frankreich mit 4,3 Mrd. ERE im letzten Jahr und Italien — das einen anhaltenden Anstieg der Fremdenverkehrseinnahmen registrierte — mit 3,0 Mrd. ERE übertroffen werden. Zum Teil spiegelt das Defizit der Gemeinschaft bei den Übertragungen Verpflichtungen in bezug auf Wirtschaftsentwicklungsprogramme in Übersee wider, aber auch andere Faktoren spielen eine Rolle. Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich zusammen wiesen im Jahr 1978 zusammen Abflüsse aufgrund von Überweisungen der Gastarbeiter in Höhe von 3,6 Mrd. ERE auf, wovon Italien teilweise profitierte.

Hinter der günstigen Leistungsbilanz der Gemeinschaft im Jahre 1978 verbargen sich unterschiedliche Entwicklungen in den Mitgliedstaaten. Die Defizite fanden sich vor allem bei den kleineren Ländern, und die Ergebnisse reichten von dem Leistungsbilanzüberschuß Italiens in Höhe von 2,4 % des BIP und dem der Bundesrepublik Deutschland (1,4 %) bis zu dem Leistungsbilanzdefizit Irlands in Höhe von 2,6 % des BIP.

Bei den Kapitaltransaktionen unterschieden sich Deutschland und das Vereinigte Königreich im letzten Jahr von den anderen Mitgliedern durch ihre Rolle als Netto-Exporteure umfangreicher Direkt- und Portfolioinvestitionen, was sie auch 1980 weiterhin bleiben dürften. Der umfangreiche Zufluß liquider Mittel in die Gemeinschaft im Jahre 1978 war wesentlich auf die Stärke der Deutschen Mark zurückzuführen, und die westdeutschen Banken erhöhten ihre Nettoverbindlichkeiten um 6,4 Mrd. ERE, dagegen verminderte das Bankensystem Frankreichs und Italiens seine Nettoverschuldung entsprechend der amtlichen Politik. Auch bei den Bankguthaben und Geldmarktpapieren des Vereinigten Königreichs waren erhebliche Abflüsse zu verzeichnen. Ganz all-

gemein waren die Auslandskapitaltransaktionen der Mitgliedstaaten 1978 keineswegs homogen. Der Zuwachs der Nettoreserven der Gemeinschaft entsprach im Jahre 1978 der Größenordnung des Leistungsbilanzüberschusses, die Zunahme zeigte sich aber hauptsächlich in Deutschland, Italien und in geringerem Maße in Frankreich, während das Vereinigte Königreich Reserven verlor, was nach dem massiven Zustrom, den dieses Land 1977 erlebt hatte, nicht überraschend kommt. Die niederländischen Behörden mußten im letzten Jahr ebenfalls einen Rückgang ihrer Reserven hinnehmen, dagegen erhöhten sich die dänischen Reserven erheblich.

1979 kam es in Deutschland erwartungsgemäß zum Rückstrom eines Teils der spekulativen Zuflüsse des Jahres 1978, was zusammen mit dem anhaltenden Abfluß durch Direktinvestitionen wahrscheinlich zu einer Verminderung der massiven Reserven dieses Landes für das Jahr insgesamt führen dürfte. Andererseits zeigten die Reserven des Vereinigten Königreichs in den ersten sieben Monaten dieses Jahres einen beträchtlichen Anstieg, der sowohl auf die Banken wie auf die Nichtbanken zurückzuführen war, es ist aber anzunehmen, daß dieser Zuwachs zum großen Teil für die Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits benötigt wird. Es scheint, daß auch das italienische Bankensystem in diesem Jahr seine Verschuldung erhöht, um die Rückzahlungen halböffentlicher Kreditaufnahmen als Beitrag zur weiteren Aufstockung der amtlichen Reserven zu finanzieren.

Italien und das Vereinigte Königreich haben ihre günstige finanzielle Situation während der letzten 18 Monate zu umfangreichen, weitgehend vorzeitigen Rückzahlungen an den Internationalen Währungsfonds genutzt. Beide Länder haben nunmehr ihre gesamte Verschuldung in der Kredittranche zurückgezahlt und ihre Inanspruchnahme der Olfazilitäten vermindert (im Falle Italiens ganz abgebaut). 1978 schloß Italien auch die Rückzahlungen seines mittelfristigen finanziellen Beistands der Gemeinschaft und des goldgedeckten Darlehens der deutschen Bundesbank ab.

Tabelle 8.1

Leistungsbilanz auf Weltebene 1974 bis 1979
(Mrd. US-Dollar)

	1974	1975	1976	1977	1978 *)	1979 *)
EG	— 11,4	1,1	— 7,0	1,3	17,0	— 4,5
USA	2,1	18,3	4,6	— 14,1	— 13,9	— 5
Japan	— 4,7	— 0,7	3,7	10,9	16,5	— 3
OECD insgesamt	— 27,5	— 0,3	— 19,1	— 26,3	8,9	— 31
OPEC	59,5	27,3	36,5	29,0	7,0	44
sonstige Entwicklungsländer	— 23,5	— 37,5	25,5	— 23,0	— 35,0	— 44
sonstige Länder	— 6,5	— 14,0	10,0	— 7,0	— 5,0	— 7
Rest	— 2	24,5	18,1	27,3	24,0	— 38
p. M. 1ERE = US-Dollar	1,19	1,24	1,12	1,14	1,27	1,35

Quelle: Dienststellen der Kommission

*) Schätzung

Tabelle 8.2

Zahlungsbilanz der Gemeinschaft 1974 bis 1979
(Mrd. ERE)

	1974	1975	1976	1977	1978	1979
Warenhandel:						
Ausfuhren (fob)	113,62	120,20	140,73	162,79	172,33	199
Einfuhren (fob)	116,55	111,47	141,73	154,80	156,25	198
Nettosaldo	— 2,93	8,73	— 1,00	7,99	16,08	+ 1
Dienstleistungen netto	2,04	1,29	4,75	4,48	9,29	5,5
Übertragungen netto	— 8,64	— 9,19	— 9,99	— 11,29	— 13,05	— 9,8
Leistungsbilanz	— 9,53	0,83	— 6,24	1,18	13,37	— 3,3
Kapitalbilanz:						
Direkt- u. Portfolioinvest.	0,83	— 1,42	— 1,34	— 0,23	— 2,78	
Sonst. Nicht-Währungstransakt.	3,16	6,43	6,63	8,39	— 2,09	
Transakt. d. Geschäftsbank	— 2,48	— 7,43	— 0,93	4,81	2,72	
Fehler und Auslassungen	0,88	1,40	0,80	7,76	1,92	
Saldo aller Transaktionen	— 7,14	— 0,19	— 1,08	21,91	13,14	

Quelle: Eurostat; bei den Zahlen für 1978 und 1979 handelt es sich um Schätzungen der Dienststellen der Kommission

Tabelle 8.3

Geographische Struktur des EG-Handels
(fob-cif Mrd. ERE)

	Einführen			Ausfuhren			Saldo	
	1974	1978	Veränderung in %	1974	1978	Veränderung in %	1974	1978
Intragemeinschaftshandel	115,7	183,9	+ 58,9	117,1	185,8	+ 58,7	+ 1,4	+ 1,9
Extragemeinschaftshandel								
USA	20,3	28,3	+ 39,4	15,9	23,1	+ 45,3	— 4,4	— 5,2
Japan	4,4	8,7	+ 97,7	2,8	3,7	+ 32,1	— 1,6	— 5,0
OECD Europa	25,3	42,6	+ 68,4	36,0	49,1	+ 36,4	10,1	6,5
OECD insgesamt	56,0	86,2	+ 53,9	60,5	82,8	+ 36,9	4,5	— 3,4
Entwicklungsländer ..	61,4	71,2	+ 16,0	35,2	66,5	+ 88,9	— 26,2	— 4,7
Staatshandelsländer ..	8,9	14,0	+ 57,3	10,9	15,4	+ 41,3	2,0	1,4
insgesamt	130,8	178,3	+ 36,3	114,2	173,9	+ 52,3	— 16,6	— 4,4
Handel insgesamt	246,5	362,1	+ 46,9	231,3	359,7	+ 55,5	— 15,2	— 2,4

Quelle: Eurostat und OECD-Reihen

Tabelle 8.4

EG-Direktinvestitionen
(Mrd. ERE)

	intra		extra		Netto	
	1971	1977	1971	1977	1971	1977
Transaktionen mit:						
EG	1,09	2,92	1,52	2,84	— 0,43	0,08
USA	1,62	1,68	0,44	1,53	1,18	0,15
Japan	0,02	0,16	0,02	0,07	0	0,09
sonstige OECD-Länder	0,61	1,16	0,60	1,63	0,01	— 0,47
Entwicklungsländer	0,20	0,48	0,74	1,70	— 0,54	— 1,22
Insgesamt	3,85	6,92	3,64	8,50	+ 0,21	— 1,58

Quelle: Eurostat und Industrieministerium des Vereinigten Königreichs

Tabelle 8.5

Übersicht über die Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten 1966 bis 1978 *)
(Mrd. ERE)

	1974	1975	1976	1977	1978	1979
Dänemark						
Leistungsbilanz	— 0,77	— 0,41	— 1,71	— 1,47	— 1,16	— 1,8
Kapitalbilanz ¹⁾	0,41	0,39	1,63	2,16	2,36	.
Saldo aller Transaktionen	— 0,36	— 0,02	— 0,08	0,69	1,20	.
Deutschland						
Leistungsbilanz	8,23	3,21	3,44	3,24	6,88	— 0,9
Kapitalbilanz	— 8,85	— 3,94	— 0,32	0,71	0,86	.
Saldo aller Transaktionen	— 0,62	— 0,73	3,12	3,95	7,74	.
Frankreich						
Leistungsbilanz	— 5,01	— 0,05	— 5,45	— 2,92	2,92	0,3
Kapitalbilanz	4,75	2,95	2,99	3,56	— 0,67	.
Saldo aller Transaktionen	— 0,26	2,90	— 2,46	0,64	2,25	.
Irland						
Leistungsbilanz	— 0,57	— 0,02	— 0,27	— 0,25	— 0,25	— 0,9
Kapitalbilanz	0,69	0,34	0,72	0,60	0,33	.
Saldo aller Transaktionen	0,12	0,32	0,45	0,35	0,08	.
Italien						
Leistungsbilanz	— 6,72	— 0,47	— 2,52	2,00	5,00	3,5
Kapitalbilanz	2,86	— 1,75	2,31	3,03	0,28	.
Saldo aller Transaktionen	— 3,86	— 2,22	0,21	5,03	5,28	.
Belgien						
Leistungsbilanz	0,77	0,55	— 0,28	— 0,33	— 0,67	— 0,9
Kapitalbilanz	— 0,61	— 0,15	— 0,25	0,27	0,42	.
Saldo aller Transaktionen	0,16	0,40	— 0,53	— 0,06	— 0,25	.
Niederlande						
Leistungsbilanz	1,73	1,34	2,39	0,26	— 0,91	— 0,3
Kapitalbilanz	— 0,90	— 1,05	— 2,16	0,01	0,19	.
Saldo aller Transaktionen	0,83	0,29	0,23	0,27	— 0,72	.
United Kingdom ²⁾						
Leistungsbilanz	— 7,19	— 3,28	— 1,83	0,46	1,55	— 2,3
Kapitalbilanz	4,27	2,18	— 0,16	10,59	— 3,99	.
Saldo aller Transaktionen	— 2,92	— 1,11	— 1,99	11,05	— 2,44	.
EG ³⁾						
Leistungsbilanz	— 9,53	0,83	— 6,24	1,18	13,37	— 3,3
Kapitalbilanz	2,39	— 1,02	5,16	20,73	— 0,23	.
Saldo aller Transaktionen	— 7,14	— 0,19	— 1,08	21,91	13,14	.

*) Die Zahlen in dieser Tabelle unterscheiden sich von denen in Kapitel 1, da dieses auf Zahlen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen basiert, während der obigen Tabelle die Zahlungsbilanzdefinitionen zugrunde liegen. Die Schätzungen für 1979 basieren auf Definitionen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

¹⁾ Einschließlich Fehler und Auslassungen

²⁾ Aus Konsistenzgründen schließen die Zahlen Großbritanniens für Kapitalbewegungen ausländische Währungsanleihen der britischen Regierung und des öffentlichen Sektors im Rahmen des „exchange cover scheme“ ein.

³⁾ Die Gemeinschaftszahlen unterscheiden sich von der Summe der entsprechenden Zahlen der Mitgliedstaaten aufgrund methodologischer und zeitlicher Unterschiede bei der Zusammenstellung der einzelstaatlichen Zahlen.

Quelle: Eurostat und Schätzungen der Kommissionsdienststellen für 1979

9. Das Europäische Währungssystem: die ersten sechs Monate

Am 13. März 1979 ist das EWS mit 2½monatiger Verzögerung — wegen Schwierigkeiten, die sich aus den Auswirkungen des Systems auf bestimmte Aspekte der gemeinsamen Agrarpolitik ergaben — in Kraft getreten. Am 12. März haben die Teilnehmer Leitkurse gegenüber der Europäischen Währungseinheit (ECU) festgesetzt, denen im Falle der Schlangen-Länder die Schlangen-Leitkurse und im Falle Irlands, Italiens und Frankreichs die Marktkurse zugrunde gelegt wurden. Obwohl sich das Vereinigte Königreich dem Wechselkurssystem nicht anschloß, wurde zwecks Berechnung des Abweichungsindikators für das Pfund Sterling ein marktbezogener Leitkurs festgesetzt.

In den ersten sechs Monaten seines Bestehens sind im EWS gewisse Spannungen aufgetreten, die jedoch während des größten Teils dieses Zeitraums nicht übermäßig heftig waren. Von den Währungen mit enger Bandbreite, d. h. denjenigen, die eine Spanne von 2¼ % beidseits ihrer Leitkurse einhalten, ist der belgische Franc, der bereits in der Schlange eine schwache Währung gewesen war, auch im EWS schwach geblieben und mußte — zunächst gegenüber der dänischen Krone und später gegenüber der Deutschen Mark — gestützt werden. Ferner hat der belgische Franc Anfang Mai seine Abweichungsschwelle überschritten, und die Abweichung hat bis Ende Juni ständig angehalten. Infolge dieses Drucks haben die belgischen Behörden ihre Währungspolitik verschärft und — gemäß den Regeln des Systems — diversifizierte Interventionen in den Währungen der anderen Teilnehmer eingeleitet. Diese Maßnahmen haben den Druck auf den belgischen Franc gemildert; dieser hat Ende Juni seine Abweichungszone verlassen, sich dann nahe bei seinem bilateralen Limit gegenüber der Deutschen Mark gehalten und seine Abweichungsschwelle nur Ende August erneut für kurze Zeit überschritten.

Die dänische Krone lag unmittelbar nach Inkrafttreten des Systems an der oberen Grenze der engen Bandbreite und stieß an ihr oberes Interventionslimit gegenüber dem belgischen Franc. Ende Mai jedoch ist sie stark gefallen und innerhalb weniger Tage vom oberen zum unteren Ende der Bandbreite gerutscht. In den nächsten drei Monaten hat sie sich an oder sehr nahe bei ihrem unteren Interventionslimit gegenüber der Deutschen Mark gehalten. In der ganzen ersten Junihälfte lag sie ferner unter ihrer Interventionsschwelle und ist in den folgenden Monaten mehrmals vorübergehend unter diese Schwelle gefallen.

Die anderen Währungen, für welche die enge Bandbreite gilt, haben sich, mit Ausnahme der Deutschen Mark und — für sehr kurze Zeit — des irischen Pfundes, innerhalb der Interventionspunkte gehalten. Obwohl sich Irland für einen etwas von dem des Vereinigten Königreichs abweichenden Leitkurs entschieden hatte, hatten die irischen Behörden beschlossen, den Marktkurs auf gleicher Höhe mit dem des Pfund Sterling zu halten. Der starke Anstieg des

Pfundkurses führte jedoch dazu, daß das irische Pfund am 30. März sein Interventionslimit gegenüber dem belgischen Franc erreichte, und die irischen Behörden sahen sich veranlaßt, die Parität mit dem Pfund Sterling aufzugeben, um das irische Pfund innerhalb seiner EWS-Kursgrenzen zu halten. Die Zentralbank von Irland hat dann begonnen, das irische Pfund im Rahmen des EWS während einer Übergangszeit bis zum Aufbau eines irischen Devisenmarktes zu managen.

Die Deutsche Mark ist im Mai an das obere Ende des engen Bandes gerückt und in den nächsten vier Monaten fast ohne Unterbrechung hier geblieben, so daß sie zum belgischen Franc und zur dänischen Krone in Opposition stand. Für den größten Teil dieses Zeitraums ergaben sich die im System aufgetretenen Spannungen eher aus der Schwäche des belgischen Franc und der dänischen Krone nicht nur gegenüber der Deutschen Mark, sondern auch gegenüber anderen Gemeinschaftswährungen, als aus der Stärke der Deutschen Mark gegenüber anderen Gemeinschaftswährungen im allgemeinen. Der französische Franc und der holländische Gulden haben die zulässigen Spannen gut eingehalten.

Die Lira, für die eine größere Bandbreite von 6 % gilt, war vom Inkrafttreten des Systems an stark, und ihr Kurs lag seit Ende März ständig um 1 bis 3,5 % über dem der jeweils stärksten Währung innerhalb des engen Bandes.

Das Pfund Sterling, das am Wechselkurssystem des EWS nicht teilnimmt, war sogar noch stärker als die Lira. Der den Pfundkurs nach oben treibende Druck, der im Februar eingesetzt hatte, hat sich im März beträchtlich verstärkt, so daß die Behörden des Vereinigten Königreichs Anfang April beschlossen, auf dem Devisenmarkt nur noch glättend einzugreifen, da der Kapitalzustrom das inländische Geldmengenziel des Vereinigten Königreichs gefährdete. Das Pfund Sterling hat sich jedoch im Juni und Juli weiter gefestigt und hatte Ende Juli seit dem 15. März effektiv 11,7 % und gegenüber der ECU 9,7 % an Wert gewonnen. Im August ist es von dem Ende Juli erreichten hohen Stand zurückgefallen, trotzdem aber bis Mitte September fest geblieben, danach hat es sich stark abgeschwächt.

In den hier betrachteten sechs Monaten haben die am EWS beteiligten Länder beträchtliche Interventionen getätigt. Für Interventionen an den Limits wurden hauptsächlich die Deutsche Mark verwendet, die sich während der ersten sechs Monate seit Bestehen des Systems fast vier Monate lang an oder nahe bei ihrer Obergrenze in dem engen Band befunden hat. Die Zentralbanken Belgiens und Dänemarks mußten ebenfalls von Zeit zu Zeit bei Erreichen der Interventionspunkte eingreifen.

In der Ratsentschließung ist unter anderem vorgesehen, daß Interventionen grundsätzlich in Gemeinschaftswährungen erfolgen sollten (Artikel 3.3). Gleichwohl dienten die meisten Interventionen von Zentralbanken der Gemeinschaftsländer, die in den ersten Monaten nach Inkrafttreten des Systems tatsächlich erfolgten, eher zur Kontrolle der Dollar-

bewegungen auf den Devisenmärkten als zum Ausgleich von Spannungen innerhalb des EWS. Deshalb fanden die offiziellen Interventionen der EG-Zentralbanken zum größten Teil weiterhin in Dollar statt. Obwohl die Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit als Netto-Käufer von Dollar auftrat, haben im Beobachtungszeitraum sowohl wesentliche Verkäufe als auch Käufe stattgefunden. Ein großer Teil der Interventionen erfolgte im Kontext der umfassenderen Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken und vor allem der Zusammenarbeit zwischen den US-Behörden und einigen anderen größeren Zentralbanken, die nach den Maßnahmen der USA vom 1. November 1978 intensiviert wurde und in deren Rahmen die Vereinigten Staaten eine viel aktivere Rolle bei der Stützung des Dollars auf den Devisenmärkten übernommen haben.

Trotzdem haben die Interventionen in Gemeinschaftswährungen innerhalb der Spannen beträchtlich zugenommen. Derartige Interventionen waren in der Schlange verhältnismäßig selten, sind jedoch im EWS als diversifizierte Interventionen der Behörden eines Landes mit abweichender Währung vorgesehen.

Auch hier wurde die Deutsche Mark in großem Umfang zu Interventionen benutzt, obwohl auch andere Gemeinschaftswährungen, beispielsweise das Pfund Sterling im Falle der irischen Behörden, Verwendung fanden.

Gemäß Artikel 3.6 der EntschlieÙung des Europäischen Rates vom 5. Dezember 1978 wurde sechs Monate nach Inkrafttreten des EWS dessen Arbeitsweise überprüft. Dabei ergab sich, daß das System im ganzen gesehen zufriedenstellend funktioniert hat und daß zumindest im Augenblick keine Änderungen erforderlich waren.

Im Gefolge gewisser Störungen auf den Devisenmärkten in der dritten Septemberwoche, die ihren Ursprung weitgehend außerhalb der Gemeinschaft hatten, trafen die Finanzminister und Zentralbankpräsidenten der Länder, die voll am EWS teilnehmen, am 23. September zusammen und vereinbarten eine Anpassung der Wechselkurse, bei der gegenüber den anderen beteiligten Währungen die Deutsche Mark um 2 % aufgewertet und die dänische Krone um 3 % abgewertet wurde. Die sich daraus ergebenden Änderungen der Leitkurse gegenüber der ERE sind in der folgenden Tabelle angegeben:

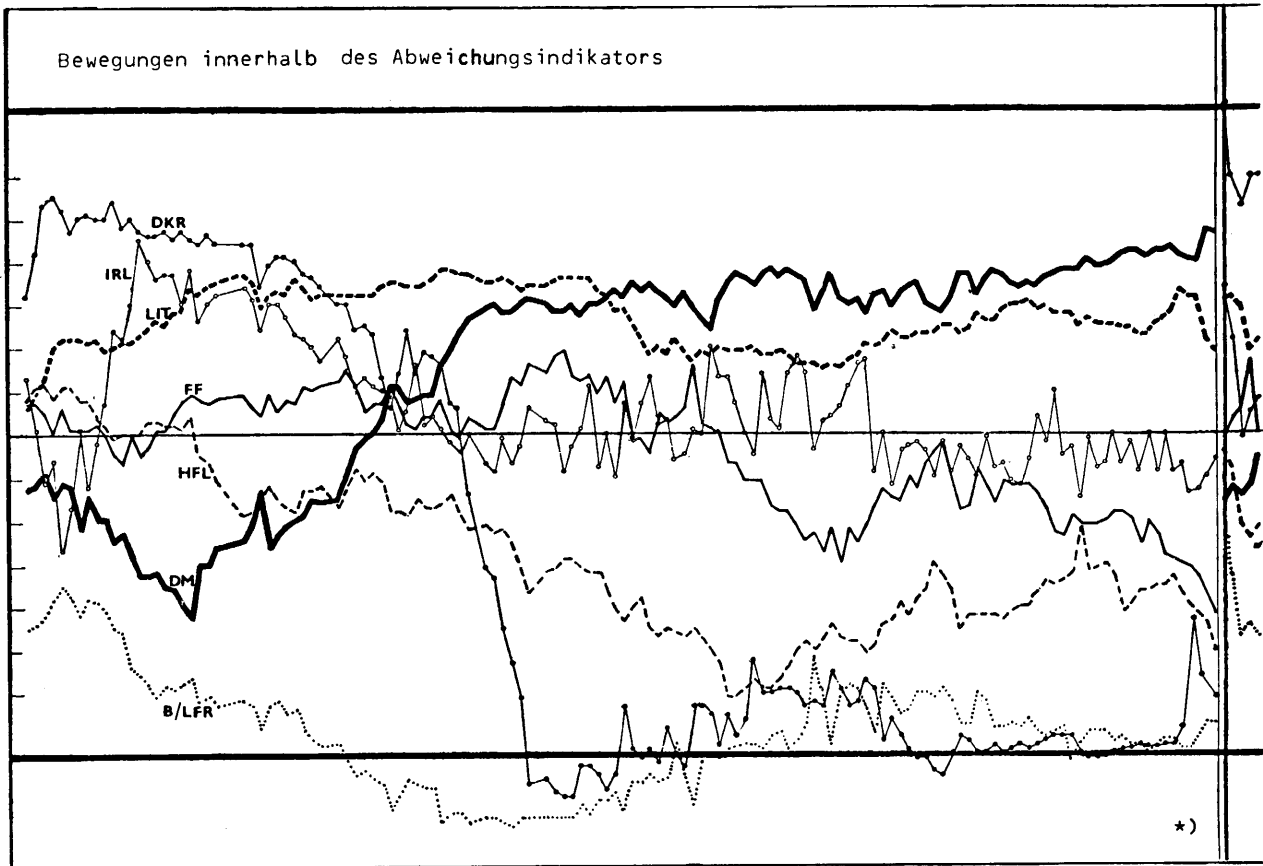
Tabelle 9.1

Leitkurse der Gemeinschaftswährungen gegenüber der ERE
(Einheiten nationaler Währungen je ERE)

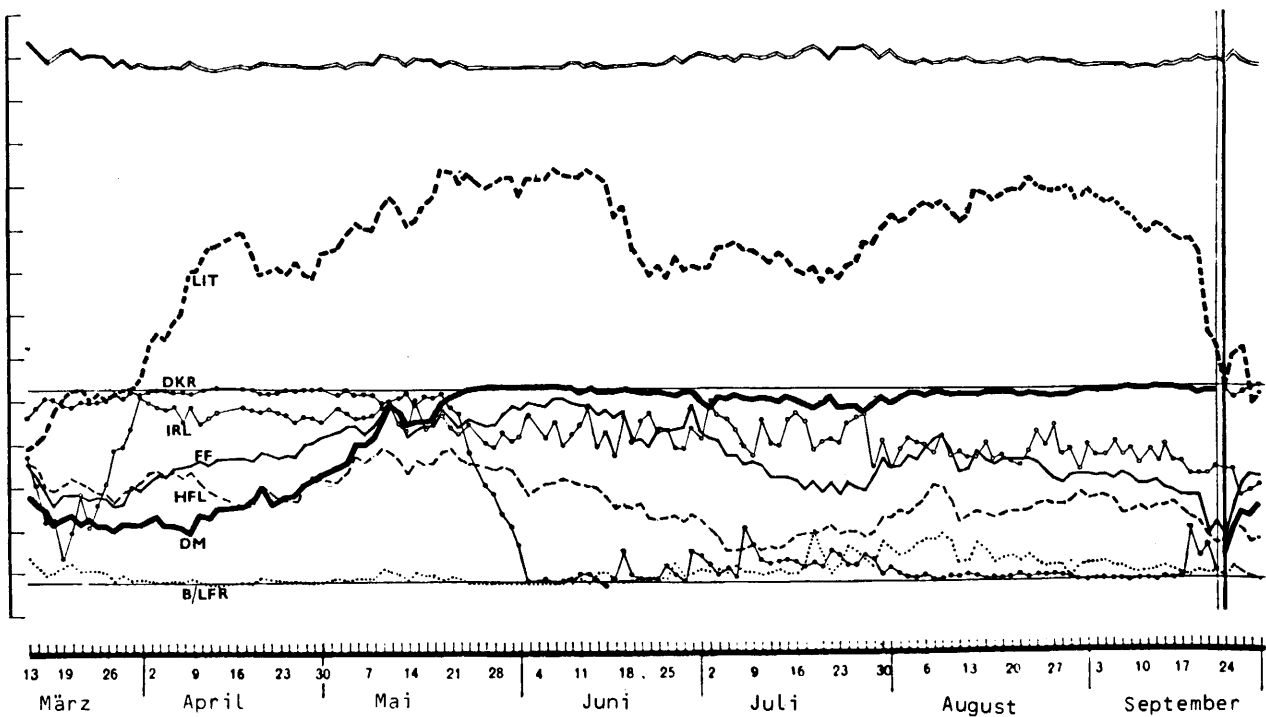
	bfr/lfr	hfl	dkr	DM	Lit.	FF	Irl
12. März 1979	39,4582	2,72077	7,08592	2,51064	1148,15	5,79831	0,662638
24. Sept. 1979	39,8456	2,74748	7,36594	2,48557	1159,42	5,85522	0,669141
Veränder. in %	+ 0,98	+ 0,98	+ 3,95	— 1,00	+ 0,98	+ 0,98	+ 0,98

(— = Aufwertung einer Währung)

Europäisches Währungssystem



Bilaterale Wechselkursschwankungen



– Oberes Limit für die Lira (6 % über der schwächsten Währung)

*) Anpassung der Leitkurse. September 1979

10. Energie

In diesem Kapitel soll aus volkswirtschaftlicher Perspektive dargestellt werden, wie sich die Energienachfrage in der Europäischen Gemeinschaft seit 1973 entwickelt hat und wie diese Nachfrage durch die verschiedenen Energieträger (vor allem eingeführte Energie) gedeckt wurde.

In den zwanzig Jahren, die der Erdölkrise von 1973/74 vorausgingen, waren vier Entwicklungsfaktoren für die Energienachfrage in der Gemeinschaft bestimmend: der Gesamtbedarf an Energie erhöhte sich stetig in einem Tempo ähnlich dem des Wirtschaftswachstums; demnach betrug die Elastizität der Energienachfrage gegenüber dem Bruttoinlandsprodukt annähernd 1 (vgl. Tabelle 10.1). Bei der Deckung dieses Bedarfs nahm der Anteil des Erdöls sehr stark zu. Für die gesamte Gemeinschaft stieg er von 39,4 % im Jahre 1963 auf 61 % im Jahre 1973 (vgl. Tabelle 10.2). Der Listenpreis für das Barrel Öl blieb nominal stabil (bzw. sank sogar): Er betrug 1953 1,84 \$ je Barrel und 1972 1,90 \$ je Barrel: Der tatsächliche Marktpreis für Rohöl lag im allgemeinen niedriger, weil Rabatte eingeräumt wurden. Der Nominalpreis für Normalbenzin ohne Steuern fiel generell von Anfang der fünfziger Jahre bis zum Beginn der siebziger Jahre, während die Nominalpreise an der Zapfsäule infolge mehrmaliger Steuererhöhungen eher stabil blieben.

Entwicklung seit 1973

Seit dem Ölschock von 1973 bis 1974 war eine Verlangsamung des Energieverbrauchs in der Gemeinschaft eingetreten: Der Bruttoverbrauch an Primärenergie war 1978 praktisch gleich groß wie 1973. Dennoch ist es sehr schwer zu sagen, ob diese Verlangsamung in signifikanter Weise einer Verminderung des Verhältnisses zwischen dem Wachstum des Energieverbrauchs und der Wachstumsrate der Wirtschaftstätigkeit entspricht. Ferner ist es äußerst schwierig, auf der Grundlage von Erfahrungswerten der letzten Jahre, die durch die Rezession, eine plötzliche Veränderung der relativen Preise, der Einleitung dirigistischer Programme und die Beschleunigung sektoraler und technischer Umwandlungen gekennzeichnet sind, zu gültigen Schlüssen zu gelangen. Außerdem scheinen die Erfahrungen in den einzelnen Mitgliedsländern stark auseinanderzulaufen.

Mit der Stabilisierung der Energienachfrage ging ein deutlicher Rückgang des Anteils des Erdöls an der Deckung des Primärenergiebedarfs einher: Der Anteil des Erdöls am Bruttoenergieverbrauch, der 1973 noch 61 % betragen hatte, fiel bis 1978 auf 55,7 %. Gleichzeitig entfielen wachsende Anteile sowohl auf das Erdgas als auch auf die Kernenergie, während der Anteil der festen Brennstoffe weiter, wenn auch viel langsamer als vor 1973, abnahm. Diese Entwicklung der Strukturbilanz verläuft in dem gewünschten Sinne einer Verminderung der Abhängigkeit der Gemeinschaft von der Oleinfuhr. Von 1973 bis 1978 sank der Anteil des Importöls an der Dek-

kung des Bedarfs an Primärenergie von 60,5 % auf 48,4 %.

Diese Verschiebung geht auf zwei Phänomene zurück. Erstens hat die heimische Ölförderung in der Gemeinschaft im Berichtszeitraum einen beträchtlichen Aufschwung genommen (die Förderung stieg von 11,8 Millionen Tonnen Öläquivalent im Jahre 1973 auf 64,5 Millionen Tonnen Öläquivalent im Jahre 1978; bis 1990 dürfte sie sich noch einmal verdoppeln). Dies erklärt sich aus der Erschließung der Ölfelder in der Nordsee, die durch den Anstieg der Rohölpreise seit 1973 noch beschleunigt wurde. Zweitens hat sich ein Wandel bezüglich der verschiedenen in Wärmekraftwerken zur Stromerzeugung verfeuerten Brennstoffe vollzogen. Der Anteil des Öls, der im Jahre 1973 noch rund 35 % der Brennstoffe ausmachte, sank allmählich auf nur 25,5 % im Jahre 1977 (vgl. Tabelle 10.3).

Zu diesen beiden grundlegenden Veränderungen kommt der Ausbau der Kernkraftwerke und die Einführung von Energiesparmaßnahmen hinzu.

Die Kernkraftprogramme wurden in den Mitgliedstaaten in unterschiedlichem Tempo vorangetrieben. Dänemark, Luxemburg und die Niederlande haben sich gegen den Bau von Kernkraftwerken entschieden. Von 1973 bis 1978 erhöhte sich die installierte Leistung der in das Verbundnetz einbezogenen Reaktoren in der Gemeinschaft von 11,5 auf 28,10 GWE, während die im Bau befindliche Leistung von 22,3 GWE auf 42,9 GWE zunahm. Nimmt man die Entwicklung der in Auftrag gegebenen bzw. geplanten Reaktoren (von 20 GWE im Jahre 1973 auf 40 GWE im Jahre 1978) hinzu, so ergibt sich insgesamt trotz Schwierigkeiten und Widerständen eine Verdoppelung der installierten bzw. im Bau befindlichen Kernkraftkapazität innerhalb von fünf Jahren, nämlich von 53,9 GWE im Jahre 1973 auf über 111 GWE im Jahre 1978. Die Tabelle 10.4 zeigt Einzelheiten dieses je nach Land unterschiedlichen Ausbaus der Kernkraftwerkkapazität.

Im gleichen Zeitraum haben sich die aus Kernkraftwerken bezogenen Strommengen in der Gemeinschaft fast verdoppelt; in Deutschland, Frankreich und England betragen sie über 10 %, in Belgien fast 25 %.

Im Bereich der Energieeinsparung sind von 1975 bis 1979 in allen Ländern der Gemeinschaft verschiedene breit angelegte Programme eingeleitet worden. Der Wirkungsgrad dieser Maßnahmen ist sehr schwer zu messen. Lassen wir diese Maßnahmen einmal beiseite und gehen wir von der (nicht abgesicherten) Hypothese aus, das Verhältnis zwischen Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum sei unverändert geblieben, so ergibt sich für das Jahr 1977 eine Energieeinsparung (gemessen als Differenz zwischen dem theoretischen und dem tatsächlichen Verbrauch) von 70 bis 80 Millionen Tonnen oder 7 bis 8 % der in diesem Jahr in der gesamten Gemeinschaft verbrauchten Energie. Diese Einsparung wäre sowohl auf die genannten Sparmaßnahmen als auch auf die Entwicklung der Energiepreise und der Energiegewinnungsverfahren zurückzuführen, wobei es nicht möglich ist, den größtmöglichen Einfluß dieser

beiden Faktoren getrennt zu bewerten. Gewiß ist immerhin, daß es noch sehr große technische Möglichkeiten für Energieeinsparungen gibt. Auf den Zeithorizont 2000/2020 projiziert könnten folgende Werte angenommen werden:

- 15 bis 35 % im Industriebereich,
- 20 bis 35 % im Verkehrssektor,
- bis zu 50 % in den Sektoren Haushalte und Dienstleistungen.

Die Entwicklung der realen Preise für Energieerzeugnisse ist in diesem Rahmen ein kritischer Indikator, an dem sich die tatsächliche Auswirkung der Verteuerungen ablesen läßt. Tabelle 10.5 zeigt den Index des Normalbenzinpreises an der Zapfsäule ohne Steuern, bezogen auf den Verbraucherpreis der Haushalte.

Gegenüber 1970 hat der Abgabepreis für Benzin sich nur begrenzt nachfragedämpfend ausgewirkt, weil er in sechs von neun Ländern relativ gefallen bzw. gleich geblieben ist: Am stärksten gestiegen ist der Preis in Frankreich und Italien (+ 14 % über einen Zeitraum von zehn Jahren). Verfolgt man die Entwicklung der realen Preise an der Zapfsäule seit 1975 (nach dem unmittelbaren Schock von 1973), so wird ein Trend zur Stabilisierung oder sogar ein Abwärtstrend der Preise erkennbar. Diese Tabelle zeigt auch, daß in einigen Mitgliedsländern der Preis für diesen Treibstoff noch niedriger liegt als in den sechziger Jahren.

Dieses Ergebnis, das sich nur auf das Normalbenzin bezieht, scheint sich durch die Entwicklung eines eher künstlichen Energiepreisindikators zu bestätigen. Der Index der letzten Nutzung der Energie im allgemeinen Verbraucherpreisindex ist nämlich im Zeitraum 1974 bis 1978 in allen Ländern (bis auf eines) durch Stagnation bzw. ein Absinken gekennzeichnet (vgl. Tabelle 10.6).

Folgen der jüngsten Preiserhöhungen für Erdöl

Die Unterbrechung der Erdöllieferungen aus dem Iran vom 27. Dezember 1978 bis zum 4. März 1979 und ihre Wiederaufnahme in einem um 2 Millionen Barrel pro Tag geringeren Umfang als erwartet — die Olausfuhr des Iran hatte 1978 fast 5 Millionen Barrel pro Tag erreicht — führte im Verein mit einer infolge der ungünstigen Witterungsbedingungen des Winters 1978/79 steigenden Nachfrage zu lebhaften Spannungen am Ölmarkt. Diese angespannte Lage, die durch ein eigentlich geringes Angebotsdefizit gegenüber dem Bedarf von rund 2 Millionen Barrel pro Tag oder 3 bis 4 % der Weltnachfrage entstanden war, schlug sich in einer Reihe von Preisaufschlägen nieder, die zuerst ungeordnet vorgenommen wurden, am 26. Juni 1979 dann von den OPEC-Ländern vereinheitlicht wurden. Vom 31. Dezember 1978 bis 1. Juli 1979 erhöhte sich der geltende Nennpreis für Referenz-Rohöl von 12,70 auf 18 US-Dollar pro Barrel, das sind fast 42 % in sechs Monaten. Im gleichen Zeitraum erzielten andere Rohölsorten, die gegenüber dem Arabian Light mit verschiedenen Rabatten verkauft wurden, einen Preis von 23 US-Dollar je Barrel. Insgesamt hat sich vom 31. Dezember

1978 bis zum 1. Juli 1979 im Rahmen der gegebenen Versorgungsstruktur der Gemeinschaft der fob-Preis für eingeführtes Öl verschiedener Herkunft in US-Dollar je Barrel um nahezu 60 % erhöht. Bleiben neue Preissteigerungen im Jahre 1979 aus und bleibt die Versorgungsstruktur unverändert, so dürfte sich der mittlere fob-Preis für in die Gemeinschaft eingeführtes Öl in US-Dollar je Barrel in diesem Jahr gegenüber 1978 um 37,5 % erhöht haben.

Die Kosten des eingeführten Erdöls (die Ölrechnung) werden — die Mehrförderung im Vereinigten Königreich bereits eingerechnet — 1979 um 12,5 Mrd. US-Dollar höher ausfallen als 1978. Dieser Mehraufwand entspricht 0,5 % des BIP der Gemeinschaft im Jahre 1979 bzw. 20 Mrd. US-Dollar oder nahezu im Zeitraum vom 1. Juli 1979 bis 1. Juli 1980 1 % des BIP der Gemeinschaft.

Es ist noch zu früh zu beurteilen, in welchem Umfang die jüngsten Ölpreiserhöhungen auf die Preise der Erdölerzeugnisse durchschlagen. Die Preisbildungssysteme und die Preisgestaltung sind von Land zu Land sehr unterschiedlich und implizieren Anpassungsverzögerungen, die von wenigen Wochen bis zu einigen Monaten ausmachen. Es ist jedoch festzustellen, daß die Preise an der Zapfsäule vom 1. Januar 1979 bis 15. Juli 1979 in fast allen Mitgliedsländern weniger rasch gestiegen sind als die Preise ohne Steuer. Auf einen längeren Zeitraum gesehen — vom Januar 1978 bis zum Juli 1979 — stellt man fest, daß praktisch in allen Ländern der Gemeinschaft die Art der Besteuerung ein Nachhinken der Verkaufspreise für Kraft- und Brennstoffe gegenüber den Preisen ohne Steuer zur Folge hat. So ergibt sich, wenn man das Gewicht der Abgaben und Steuern im Verkaufspreis von Kraft- und Brennstoffen berechnet, daß dieses Gewicht seit Januar 1978 in allen Ländern der Gemeinschaft (außer zweien) abgenommen hat. Die Skala der Abgabenbelastung reicht beispielsweise am 15. Juli 1979 bei Benzin von rd. 65 % in Dänemark bis 44 % im Vereinigten Königreich, und bei Haushaltsheizöl von 34,7 % in Dänemark bis 5,3 % im Vereinigten Königreich und 3,6 % in Irland.

Aussichten

Alle Mitgliedsländer werden — wenn auch in unterschiedlich hohem Maße, je nach der spezifischen Lage in jedem Lande — in den kommenden Jahren mit zwei Problemen zu kämpfen haben.

Erstens müssen sie ihre Bemühungen weiterführen und verstärken, Energie einzusparen, ihre alternativen Energieressourcen auszubauen und Energieträger zu erschließen, und zweitens müssen sie zugleich ständig in der Lage sein, ihre kurzfristige Wirtschaftspolitik so zu gestalten, daß die Auswirkungen etwaiger erneuter Ölpreisschübe gering gehalten werden. Es kann erneut zu vorübergehenden Ölverknappungen wie derjenigen in den ersten Monaten von 1979 kommen — mit vergleichbaren Folgen, wie oben kurz dargestellt.

Das Bemühen um die Drosselung der Erdöleinfuhren bis zum Zeithorizont des Jahres 1990 ist auf na-

tionaler Ebene vor dem letzten Europäischen Rat zur Sprache gekommen. Seinerzeit sprachen sich alle Mitgliedstaaten für das Ziel aus, die Oleinfuhrmen-gen zu beschränken, aber alle (außer zweien, Däne-mark und dem Vereinigten Königreich) sahen (in ihren im Februar 1979 vorgelegten Programmen) eine Steigerung ihrer Erdölimportmengen bis 1990 voraus. Zwar zeigt sich das Bemühen um eine Ver-ringerung der Abhängigkeit darin, daß quasi überall die vorgesehene Zunahme der Erdölimporte gerin-ger ist als die Zunahme des vorhergesagten Gesamt-energiebedarfs, doch bleibt die Tatsache bestehen, daß zwei Länder, nämlich Belgien und vor allem die Niederlande, davon ausgehen, daß der Anteil des eingeführten Öls an der Gesamtenergieversorgung gleich bleibt oder sogar noch wächst.

Eine noch größere Heterogenität der Energiepro-gramme besteht im Bereich der Stromgewinnung. Drei Länder, nämlich Frankreich, Irland und Italien, sehen eine besonders rasche Zunahme ihres Elektri-zitätsbedarfs voraus, aber es ist zu befürchten, daß (zumindest in den beiden letzteren) dieser Zunahme ein gleichwertiger Ausbau des Parks der Kohlen-kraftwerke und Kernkraftwerke nicht gegenüber-steht (vgl. Tabelle 10.7).

Die Bilanz des Zeitraums 1973 bis 1978 macht deut-lich, in wie unterschiedlichem Maße die Länder der Gemeinschaft ihre Kernenergieprogramme vorantrei-ben. Wollte man das ursprünglich gesetzte Ziel (140 GWE installierte Kernkraftwerksleistung bis 1990) erreichen — dies würde es gestatten, den Be-darf an Primärenergie des Stromerzeugungssektors in einer Größenordnung von 210 Millionen t ROE zu decken —, so wäre die Voraussetzung, daß ab sofort Jahr für Jahr der Bau von 12 bis 15 neuen Kernkraftwerken in Angriff genommen würde. Dies erscheint gegenwärtig nicht realisierbar.

Die Kohleförderung (210 Millionen Tonnen im Jahre 1978) müßte auf 240 Millionen Tonnen heraufgefahr-en werden: Dies ist aber nur mit hohem finanziel-len Aufwand möglich, auch wenn man neue Ölpreis-steigerungen in dem betrachteten Zeitraum in Rech-nung stellt.

Von dieser Bewertung der Zielvorstellungen aus-gehend hat der Europäische Rat in Straßburg am 21. und 22. Juni 1979 ein Ziel für die Einschränkung der Oleinfuhren festgelegt, das auf dem Wirtschafts-gipfel von Tokio bestätigt wurde und das darin be-

steht, in der ersten Hälfte der achtziger Jahre die Oleinfuhren der Gemeinschaft auf dem Stand von 1978 (etwa 472 Millionen Tonnen) oder darunter einzufrieren.

Die Verwirklichung dieses Ziels — das die Notwen-digkeit impliziert, neue Quoten für die Mitglieds-länder festzulegen — setzt, wenn sie nicht im Wege eines verlangsamten Wirtschaftswachstums erfolgen soll, das wegen seiner Folgen für die Beschäftigung inakzeptabel ist, eine Intensivierung der bis jetzt entfalteten Anstrengungen voraus, den Energiever-brauch vom Wirtschaftswachstum abzukoppeln, den Anteil des Importöls bei der Energieversorgung zu drosseln und Ausweichenergien zu entwickeln.

Von zentraler Bedeutung ist also mittelfristig die Lösung der grundlegenden Frage, wie das Wirt-schaftswachstum vom Energieverbrauch abgekoppelt werden kann. Die für den Energiesektor typischen Fristen implizieren nämlich, daß für die nächsten fünf bis zehn Jahre die potentiellen Energieträger technisch gesehen praktisch schon bestimmt sind. Geht man unter Berücksichtigung der Förderziele der OPEC davon aus, daß das globale Energieangebot für die OECD-Zone bis 1985 bestenfalls um 2,5 bis 3 % jährlich zunehmen kann (gegenüber 5 % jährlich im Zeitraum 1960 bis 1973), so sehen sich die Län-der der Gemeinschaft bei der Festlegung ihrer mit-telfristigen Wirtschaftspolitik vor die Notwendig-keit gestellt, das Gewicht der energiepolitischen Sachzwänge, das auf den Wachstumsmöglichkeiten lastet, möglichst gering zu halten.

Eine schematische Berechnung die auf den verfügbaren Schätzungen des von der OPEC angebotenen Rohöls, auf dem heutigen Energieverbraucherverhalten und auf der Struktur der voraussehbaren Energiebilanzen beruht, gelangt zu einem mit dem Energieangebot zu vereinbarenden Wirtschafts-wachstum bis zum Zeithorizont 1985 von höchstens 3,5 % im Jahr (bei diesem Höchstwert wurden even-tuelle einschneidende Spannungen auf dem Ölmarkt außer acht gelassen). Ohne einem derartigen Ergeb-nis — das auf einer großen Zahl ungewisser Hypo-thesen sowohl auf der Energieangebots- wie auf der -nachfrageseite beruht — allzuviel Gewicht beizu-messen, veranschaulicht es jedoch gut den neuen Sachzwang, den die Verfügbarkeit von Energie mit-telfristig für die ölimportierenden Industrieländer bedeutet.

Tabelle 10.1

BIP-Elastität des Energieverbrauchs

(Verhältnis zwischen dem mittleren jährlichem Wachstum des Energieverbrauchs und dem des BIP)

	$\frac{1970}{1963}$	$\frac{1973}{1968}$	$\frac{1978}{1973}$	$\frac{1978}{1975}$	$\frac{1978}{1976}$	$\frac{1978}{1977}$
Dänemark	1,57	0,83	0,41	1,68	2,85	*)
Bundesrepublik Deutschland ...	0,92	1,09	0,31	1,12	0,87	2,17
Frankreich	0,97	1,15	0,07	0,94	0,67	1,14
Irland	1,31	1,20	0,14	0,85	0,67	0,35
Italien	1,67	1,39	0,21	0,28	— 0,87	— 1,32
Niederlande	1,38	1,71	— 0,17	0,23	— 2,08	— 3,50
Belgien	1,06	0,97	— 0,15	1,03	0,78	1,77
Luxemburg	0,93	0,67	— *)	— 0,72	— 1,63	1,27
United Kingdom	0,64	0,51	— 0,77	0,80	1,10	0,71
EG-9	1,00	1,03	0,04	0,84	0,51	0,87

Quelle: 1963 bis 1972 Eurostat, 1978 Schätzwerte der Dienststellen der Kommission

Tabelle 10.2

Energiebilanz der Gemeinschaft

	1968 EG-6			1963			1970		
	Ein- heim. Erzeu- gung	Netto- Einfuhren	Brutto- Ver- brauch	Ein- heim. Erzeu- gung	Netto- Einfuhren	Brutto- Ver- brauch	Ein- heim. Erzeu- gung	Netto- Einfuhren	Brutto- Ver- brauch
	<i>Mio t ROE</i>								
Feste Brennstoffe	177,9	2,5	180,4	304,6	29,8	334,4	222,9	21,9	254,5
Erdöl	3,0	30,8	33,8	14,3	235,9	246,1	14,4	499,5	502,7
Erdgas	1,7	—	1,7	12,4	—	12,1	61,0	9,9	61,6
Kernkraft	22,6 **)	0,5 **)	23,1 **)	29,5	1,3	30,8	29,47	1,9	42,2
Sonstige									
Insgesamt	205,2	33,8	239,0	360,8	267,0	623,4	327,77	533,25	861,8
	<i>in % von „insgesamt“</i>								
Feste Brennstoffe	86,8	7,4	75,5	84,4	11,2	53,6	68,0	4,1	29,5
Erdöl	1,4	91,9	14,1	3,9	88,3	39,4	4,4	93,7	58,3
Erdgas	0,8	—	0,7	3,4	—	1,9	18,6	1,8	7,1
Kernkraft	11,0 **)	1,5 **)	9,7 **)	8,2	0,5	5,0	9,0	0,3	5,0
Sonstige									
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100

*) Evtl. Unstimmigkeiten zwischen der Summe der ersten beiden Spalten und der dritten Spalte erklären sich durch Vorratsveränderungen.

Quelle: SAEG — Globale Energiebilanzen

**) 1968: Elektrische Primärenergie

Tabelle 10.2

1958 bis 1990

1973			1978			1990 (a)			1990 (b)		
Einheim. Erzeugung	Netto-einführen	Brutto-Verbrauch	Einheimische Erzeugung	Netto-einführen	Brutto-Verbrauch	Einheimische Erzeugung	Netto-Einführen	Brutto-verbrauch	Einheimische Erzeugung	Netto-einführen	Brutto-verbrauch
<i>Mio t ROE</i>											
194,1	25,5	219,6	172,8	25,6	203,2	194	57	251	175	55	230
11,8	587,6	592,5	64,5	470,0	541,7	87/147	572/497	659/644	145	470	615
114,2	3,6	117,8	135,1	30,8	163,4	115/130	121	236/251	130	120	250
			28,3	—	28,3	204	—	204	160	—	160
12,5	14,5	27,0	32,7	2,7	35,4	39	4,0	43	40	5	45
346,7	631,2	971,0	433,4	529,1	972,0	639/714	754/679	1393	650	650	1300
<i>in % von „insgesamt“</i>											
55,9	4,1	22,6	39,8	4,8	20,9	30,0/27,2	7,5/ 8,4	18,0	26,9	8,4	17,7
3,4	93,0	61,0	14,9	88,8	55,7	13,6/20,6	75,8/73,2	47,3/46,2	22,3	72,3	47,3
32,9	0,6	12,1	31,1	5,8	16,8	18,0/18,2	16,0/17,8	16,9/18,0	20,0	18,5	19,2
4,0	—	1,4	6,5	—	2,9	31,9/28,5	—	14,6	24,6	—	12,3
3,6	2,3	2,8	7,5	0,5	3,6	6,1/ 5,4	0,5/ 0,6	3,1	6,1	0,7	3,5
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

*) Evt. Unstimmigkeiten zwischen der Summe der ersten beiden Spalten und der dritten Spalte erklären sich durch Vorratsveränderungen.

1990 (a) — Nationale Quellen, Programme von Mitte Februar 1979.

1990 (b) — Alternativprojektion der Dienststellen der Kommission.

Quelle: „Energiepolitische Ziele der Gemeinschaft bis 1990 und Konvergenz der Politiken der Mitgliedstaaten“ (Dok. KOM (79) 316 vom 14. Juni 1979).

Tabelle 10.3

**Anteil der verschiedenen in den Wärmekraftwerken der Gemeinschaft
verfeuerten Brennstoffe (EG-9)**

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
Steinkohle, Braunkohle und Torf	54,9	51,3	45,1	45,0	42,6	43,9	46,2	47,1
Erdöl	29,6	31,8	35,4	34,7	33,0	29,0	28,0	25,5
Erdgas	6,1	7,6	9,6	10,6	13,7	14,8	13,4	13,1
Wärme (unter anderem aus Kernkraftwerken)	5,8	6,0	6,7	6,4	7,3	9,1	9,3	11,4
Andere	3,6	3,3	3,2	3,3	3,4	3,2	3,1	2,9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle : Eurostat, globale Energiebilanzen 1970 bis 1977.

Tabelle 10.4

**Kernkraftwerke — Entwicklung der installierten und im Bau befindlichen
Leistung — GWE
1973 bis 1978**

	DK	D	F	IRL	I	NL	B	L	UK	EG-9
in Betrieb	—	2,23	2,86	—	0,6	0,5	0,01	—	5,2	11,52
1973 im Bau	—	9,8	3,6	—	0,8	—	1,65	—	6,4	22,33
bestellt und geplant	—	8,6	8,6	—	1,9	0,9	—	—	—	20,06
in Betrieb	—	8,98	7,44	—	1,44	0,5	1,66	—	8,08	28,10
1978 im Bau	—	10,6	22,9	—	1,96	—	3,76	—	3,70	42,96
bestellt und geplant	—	14,4	13,3	0,62	9,2	—	—	—	2,50	40,10

Quelle: Eurostat, Elektrizitätsstatistiken.

Tabelle 10.5

Entwicklung des relativen Preises für
(Indizes)

	Dänemark		Bundesrepublik Deutschland		Frankreich		Irland	
	PE PC	PH PC	PE PC	PH PC	PE PC	PH PC	PE PC	PH PC
1953			179,2	385,8	117,7	167,7		
1958			158,3	314,4	145,6	141,9		
1963			128,7	211,8	123,3	122,8		
1968			120,1	161,8	101,8	103,7		
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1973	88,5	103,5	92,0	90,8	88,6	99,9	83,7	85,9
1974	95,6	109,9	107,1	130,4	87,3	111,9	85,1	113,0
1975	106,4	125,3	108,9	150,0	105,9	183,5	111,7	143,2
1976	98,0	104,2	106,8	152,3	100,7	181,0	110,0	168,9
1977	108,2	112,0	104,0	150,7	110,1	172,9	122,2	174,9
1978	103,4	96,5	102,7	147,7	106,7	168,1	112,4	159,6
1979	99,8	94,3	102,6	154,7	114,0	142,1	99,3	137,4

*) Berechnet als Verhältnis des Index (1970 = 100) des Preises für Benzin an der Zapfsäule PE und des Preises für Benzin ohne Steuern PH zum Index (1970 = 100) der Privatverbraucherpreise PC der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

1) Preis vom 1. Januar eines jeden Jahres.

Tabelle 10.6

Schwankungen der relativen Energieverbraucherpreise *)
(1973 = 100)

	1974	1975	1976	1977	1978
Dänemark	131,4	126,3	126,5	124,0	122,9
Bundesrepublik Deutschland ..	110,0	111,8	114,1	110,1	110,4
Frankreich	122,1	116,2	116,4	121,3	121,1
Irland	129,0	124,2	119,3	125,8	121,1
Italien	125,2	116,3	121,5	129,2	122,5
Niederlande	105,7	111,7	114,4	116,0	121,4
Vereinigtes Königreich	108,0	116,7	117,5	114,5	109,6

*) Energiekomponente des Verbraucherpreisindex (Brennstoffe, Elektrizität und Kernkraft) geteilt durch den Gesamtindex der Verbraucherpreise.

Quelle: OECD, Wirtschaftsperspektiven, Juli 1979.

Tabelle 10.5

Normalbenzin *) in den Ländern der Gemeinschaft 1)
1970 = 100)

Italien		Niederlande		Belgien		Luxemburg		United Kingdom	
PE PC	PH PC	PE PC	PH PC	PE PC	PH PC	PE PC	PH PC	PE PC	PH PC
155,1	252,6	113,0	182,3	112,2	165,1	114,2	345,2		
150,0	194,5	120,4	162,6	103,8	147,6	102,2	138,0		
86,9	118,0	104,7	139,0	109,0	112,8	100,7	117,9		
92,3	107,5	95,3	98,6	104,2	101,9	105,6	107,5		
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
92,5	98,3	92,7	80,4	100,4	78,7	92,6	89,4	86,5	105,3
95,5	129,9	100,0	121,5	98,2	99,5	91,3	100,3	89,1	146,7
123,0	180,7	97,1	108,8	107,2	148,3	100,9	144,4	126,6	226,7
139,8	226,6	100,3	132,8	105,5	158,0	98,0	148,4	115,2	213,5
147,4	189,4	96,7	121,8	100,3	152,6	93,6	144,0	104,5	195,1
130,8	169,0	90,5	110,8	101,7	137,2	88,8	134,2	96,0	179,3
114,9	148,5	92,9	123,9	105,2	155,2	93,0	144,9	86,2	157,4

Tabelle 10.7

Quellen der Stromgewinnung 1978 bis 1990

	1978 1)					1990 2)				
	Feste Brenn- stoffe	Erdöl	Kern- kraft	Son- stige	Insge- samt	Feste Brenn- stoffe	Erdöl	Kernkraft	Sonstige	Insgesamt
<i>Mio. t ROE</i>										
DK ...	2,9	2,2	—	—	5,1	4,0	0,7	3,4	—	8,1
D	46,5	7,0	7,4	16,8	77,7	52,7	7,1	58,2	25,6	143,6
F	12,9	11,9	6,4	18,7	49,9	6,8	6,4	70,0	17,8	101,0
IRL ...	0,7	1,6	—	0,1	2,4	2,6	1,9	0,8	0,7	6,0
I	1,6	21,1	0,9	14,9	38,5	6,8	24,0	45,0	16,2	92,0
NL ...	11	2,3	0,8	9,4	13,6	5,8	7,4	2,7	4,6	20,5
BL	2,4	3,9	2,6	2,3	11,2	3,7/7,0	2,6/ 5,3	7,9	2,6	19,5/20,1
UK ...	45,3	13,1	7,1	2,2	67,7	58,0	15,0/17,0	20,0	3,0/1,0	96,0
EG-9 ..	113,4	63,1	25,2	64,4	266,1	140/144	65/70	208,0	70/68	488/485
<i>in % von „insgesamt“</i>										
DK ...	63,4	48,1	—	—	100	49,4	8,6	42,0	—	100
D	59,8	9,0	9,5	21,6	100	36,7	4,9	40,5	17,9	100
F	25,8	23,8	12,8	37,5	100	6,5	6,1	66,7	20,7	100
IRL ...	29,2	66,7	—	4,1	100	43,3	31,6	13,3	11,8	100
I	3,3	43,5	1,8	30,7	100	7,4	26,1	48,9	17,6	100
NL ...	8,1	16,9	5,8	69,1	100	28,3	36,0	13,2	22,5	100
BL	21,4	34,8	23,2	20,5	100	22,0/30,7	16,8/23,2	34,6/47,0	13,6/10,1	100
UK ...	66,9	19,3	10,5	3,3	100	60,4	15,6/17,7	20,8	3,2/ 1,1	100
EG-9 ..	42,6	23,7	9,5	24,2	100	29,0	13,7/14,2	44/42	23,3/14,8	100

Quellen: 1) Eurostat (Schätzwerte); 2) „Energiepolitische Ziele der Gemeinschaft bis 1990 und Konvergenz der Politiken der Mitgliedstaaten“, KOM (79) 316 vom 14. Juni 1979; 3) Strom aus Wasserkraft usw.

11. Internationale Spezialisierung und Arbeitsteilung bei gewerblichen Erzeugnissen

In dem unverhüllten Konkurrenzkampf, den sich die Industrieländer liefern, und angesichts des Aufstiegs neuer Konkurrenten, deren Bedeutung in den empfindlichsten Wirtschaftsbereichen spürbar wird, sind die Ausrichtung und Intensität des Engagements der Industrieländer im Welthandel ausschlaggebende Faktoren für ihre Befähigung, den Veränderungen des internationalen Warenaustauschs zu begegnen.

Je nach ihren „komparativen Vorteilen“ im Hinblick auf Arbeit, Kapital, Bodenschätze usw. haben sich die Industrieländer in differenzierter Weise für eine Spezialisierung auf die Ausfuhr oder ein Sich-Öffnen für die Einfuhr entschieden und dadurch einen mehr oder weniger großen Anteil des Weltmarktes gewonnen.

Mehr jedoch als an dem Grad der Beherrschung eines Teils des Welthandels lassen sich an der reibungslosen Anpassung an den Wandel internationalen Marktes die Aussichten eines Landes beurteilen, aus den gegenwärtigen internationalen Veränderungen Gewinn für seine wirtschaftliche Entwicklung zu ziehen. Anders ausgedrückt, geht es um seine Fähigkeit, allmählich seine inländische Produktion an Erzeugnissen mit geringer Wertschöpfung durch Einfuhren aus weniger industrialisierten Ländern zu substituieren und parallel dazu seine eigenen Industrien auf die Ausfuhr technologisch hochentwickelter Güter auszurichten.

Eine Analyse der Ausfuhr- und Einfuhrspezialisierung der wichtigsten OECD-Länder ermöglicht eine erste vergleichende Beurteilung der jeweiligen Position dieser Länder unter dem Aspekt der Sachzwänge der gegenwärtigen internationalen Arbeitsteilung.

Die bei den entscheidenden Arbeiten ¹⁾ deutlich werdenden Grundtendenzen führten zu den nachstehenden Schlußfolgerungen:

Durch Ausweitung ihrer Einfuhr von Waren mit einem niedrigen Gehalt an qualifizierter Arbeit unter Beibehaltung oder Steigerung ihrer Ausfuhr von Produkten mit einer hohen Intensität der qualifizierten Arbeit konnten die Vereinigten Staaten, die Bundesrepublik Deutschland und Japan einen gewissen Vorsprung vor den übrigen Industrieländern halten oder gewinnen.

Das Vereinigte Königreich folgte dem entgegengesetzten Weg; es weiterte seine Ausfuhr an einfacheren Erzeugnissen aus, die vor etwa 15 Jahren nur einen geringen Anteil ausmachten, und seine Position verschlechterte sich.

Dagegen haben Frankreich und Italien ihre Situation deutlich verbessert, doch bleiben sie darin durch zahlreiche Angriffspunkte gefährdet. So ist Italien

wie das Vereinigte Königreich viel unmittelbarer durch die Produktion bestimmter Entwicklungsländer bedroht, obgleich sich diese „potentielle“ Gefahr im Augenblick noch auf eine begrenzte Zahl von Wirtschaftsbereichen bezieht.

Die stärker auf den Gemeinschaftsmarkt hin ausgerichteten Beneluxländer hängen vor allem von der wirtschaftlichen Gesundheit ihrer europäischen Partner ab und sind bereits weniger empfindlich als die übrigen für die Schwankungen des internationalen Handels.

Vorgehensweise

Um die klassische Analyse der Spezialisierung zu verfeinern, schien es zweckmäßig, für die Produkte des Warenaustauschs eine Schätzung des Qualifikationsgrades der in sie eingegangenen Arbeit sowie ihres Kapitalgehalts vorzunehmen.

Unter der Annahme, daß sich der Wettbewerb der jungen Industrieländer vor allem auf Erzeugnisse mit sehr geringem Gehalt an qualifizierter Arbeit bezieht, dagegen der Wettbewerb zwischen den Industrieländern vor allem auf Erzeugnisse mit einer hohen Intensität der qualifizierten Arbeit, wurden die nach 160 Erzeugniskategorien aufgegliederten Außenhandelsdaten der OECD für die Vereinigten Staaten, Japan und die Gemeinschaftsländer, nach dem Anteil der in sie eingegangenen Produktionsfaktoren klassifiziert ¹⁾.

So wurden drei Gruppen von Erzeugnissen gebildet:

- Produkte mit sehr niedrigem Gehalt an qualifizierter Arbeit, die am weitesten den in den Entwicklungsländern ohne Facharbeiter verbreiteten Produktionstätigkeiten entsprechen (35 Erzeugniskategorien). Zu diesen gehören hauptsächlich die meisten Textilartikel, elektrische Haushaltsgeräte, Fahrräder, Spielzeuge, Möbel, Lederwaren und Fußbekleidung.
- Produkte mit hohem Gehalt an qualifizierter Arbeit, die kennzeichnend sind für einen hoch technisierten Produktionsprozeß; auf deren Markt ist mittelfristig weniger die Konkurrenz der neuen Industrieländer zu befürchten, da diese nicht über hinreichend ausgebildete Arbeitskräfte verfügen (30 Erzeugniskategorien). Auf diese Wirtschaftstätigkeit hin müßten sie unter dem Gesichtspunkt der internationalen Arbeitsteilung die fortgeschrittenen Industrieländer ausrichten; jene die sich bereits entsprechend orientiert haben, besitzen einen Vorsprung vor ihren Partnerländern. Zu dieser Produktionskategorie gehören chemische Erzeugnisse, Motoren und Turbinen, die meisten Industriemaschinen, der Luftfahrzeugbau, Feinmechanik usw.
- In der dritten Gruppe sind die Produkte zusammengefaßt, denen im Rahmen des Welthandels eine fundamentale Bedeutung beigemessen wird, weil sie die Effektivität des Produktionssystems (Computer, Maschinen zur Herstellung von Maschinen, Aktivitäten im Zusammenhang mit Forschung und Entwicklung, Nachrichtenübermittlung) tiefgreifend beeinflussen oder weil sie für

¹⁾ Vgl. Ph. Rollet „Forces et faiblesses de la spécialisation internationale des pays de la CEE à la nouvelle Division du Travail industriel“ — CIRSH Lille (Frankreich), April 1979.

eine Volkswirtschaft eine Grundlage darstellen, die die Herstellung sämtlicher übrigen Güter ermöglicht (die wichtigsten chemischen Erzeugnisse, Eisen und Stahl und Ausrüstungsgüter). Diese 60 Erzeugniskategorien umschließen im übrigen die meisten der vorausgegangenen Gruppe.

Für diese drei Erzeugniskategorien wurden systematisch die Indizes der Ausfuhrspezialisierung, der Marktdurchdringung der Einfuhren und die Entwicklung der Marktanteile systematisch analysiert. Die Zweckmäßigkeit der Einordnung der Produkte nach ihrem Gehalt an qualifizierter Arbeit wird bestätigt durch die Analyse der Importstrukturen der Industrieländer nach der regionalen Herkunft der Erzeugnisse (siehe Tabelle 11.1). So haben 56 % der Einfuhren aus jungen Industrieländern einen sehr niedrigen Gehalt an qualifizierter Arbeit gegenüber einem Durchschnitt von 22 % beim Warenaustausch zwischen den alten Industrieländern.

Die Kapitalintensität der Produktion scheint dagegen ein weniger stichhaltiges Unterscheidungsmerkmal (die Ausfuhren der östlichen und sogar der südostasiatischen Länder sind relativ kapitalintensiv), angesichts des hohen Anteils der Erzeugnisse mit niedriger oder sehr niedriger Kapitalintensität an den Ausfuhren der Entwicklungsländer nach den OECD-Ländern, jedoch von operationellem Interesse zu sein.

So ermöglicht die gleichzeitige Anwendung beider Kriterien eine „Hierarchie“ der Erzeugnisse zu erstellen, die von der für den Wettbewerbsdruck der jungen Industrieländer empfindlichsten Kategorie (schwacher Gehalt an qualifizierter Arbeit, hoher Gehalt an Sachkapital) bis zu der unempfindlichsten Kategorie mit einem hohen Gehalt an qualifizierter Arbeit und Kapital reicht. Die Situation eines Landes wird für um so ungünstiger gehalten, je stärker es auf Wirtschaftsbereiche ausgerichtet ist, die für den von den neuen Industrieländern ausgehenden Wettbewerbsdruck am empfindlichsten sind (d. h. es führt relativ mehr aus und relativ weniger ein als die übrigen Industrieländer), was für das betreffende Land eine im Vergleich größere Umstellungs- und Umstrukturierungsanstrengung oder einen stärkeren Druck auf die Produktionskosten bedeutet.

Erzeugnisse mit sehr geringem Gehalt an qualifizierter Arbeit

In den Tabellen 11.2 (A, B, C, D) sind die Indizes der jeweiligen Spezialisierung und Abhängigkeit der einzelnen untersuchten Länder in bezug auf die empfindlichsten Erzeugniskategorien sowie die Marktanteile bei der Einfuhr und der Ausfuhr ausgewiesen.

Die in den Tabellen A, B und C aufgeführten Erzeugnisse sind ganz besonders dem Wettbewerb der neuen Industrieländer ausgesetzt, während die der Tabelle D (hohe Kapitalintensität) auch den Konkurrenzdruck östlicher Länder verspüren, die ihre Exporte auf diese Erzeugniskala konzentrieren; in Zukunft könnte sich dieser Konkurrenzkampf nicht nur auf die bereits hier erfaßten neuen Industrieländer ausweiten, sondern auch auf einige OPEC-Länder

oder auf weitere Entwicklungsländer, bei denen sich die Industrialisierung in kapitalintensiveren Bereichen vollzogen hat.

Ganz allgemein läßt die Analyse dieser Tabellen eine recht deutliche Kohärenz zwischen den Indizes der Spezialisierung und der relativen Abhängigkeit hervortreten: Generell äußert sich ein Engagement in einem bestimmten Wirtschaftsbereich durch einen hohen oder steigenden Spezialisierungsindex und einen niedrigen oder sinkenden Abhängigkeitsindex.

In den einzelnen Ländern überwiegen die nachstehenden Tatbestände:

Die starke Position der Vereinigten Staaten, die — trotz eines seit 1970 etwas stärkeren Engagements in all diesen Sektoren, was zweifellos mit der Verbesserung ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit zusammenhängt — recht wenig exportspezialisiert und ziemlich offen für den Import dieser Art von Erzeugnissen bleiben. Obgleich man dieser Analyse nicht viel über die Fähigkeit der amerikanischen Industrie, ihren Inlandsmarkt zu verteidigen, entnehmen kann, läßt sich doch zumindest schließen, daß die Vereinigten Staaten weniger als andere davon berührt werden, wenn die Entwicklungsländer ihren Anteil am Weltmarkt für solche Erzeugnisse vergrößern.

Für Japan zeigen die Indizes deutlich die spektakuläre Umwandlung seines Produktionsapparates, die gleichzeitig durch das schnelle Wachstum seiner Exportmarktanteile, den Rückgang seiner Spezialisierung auf Produkte mit einem geringen Gehalt an qualifizierter Arbeit und Sachkapital (Tabellen A, B und C) und seine immer deutlichere Öffnung für die Einfuhr derartiger Erzeugnisse gekennzeichnet ist. Diese nur scheinbar widersprüchlichen Umstände spiegeln das zunehmende Gewicht Japans im OECD-Handel wider. Dieses lag im Jahre 1963 noch auf dem Stand der am wenigsten fortgeschrittenen EG-Länder, während es 1970 dem der Vereinigten Staaten und Deutschlands entspricht.

Die Gemeinschaft insgesamt hat seit 1963 an ihrer schwachen Ausfuhrspezialisierung bei diesen Produktgruppen wenig geändert, nur nahmen die Erzeugnisse mit geringem Gehalt an qualifizierter Arbeit und Kapital zu Lasten der stärker dem Konkurrenzdruck der westlichen Länder ausgesetzten Kategorien leicht zu (Tabelle C und D). Anfang der sechziger Jahre war die relative Abhängigkeit der Gemeinschaft bereits groß und verschärfte sich weiter, um nunmehr die der Vereinigten Staaten und Japans zu übertreffen. Im Bereich der Erzeugnisse, die in scharfem Wettbewerb mit den neuen Industrieländern stehen, hat sich die EG insgesamt somit stärker auf die Einfuhr spezialisiert als auf die Ausfuhr, eine Entwicklung, die seit 1963 durch verstärkte Importe und abnehmende Exporte gekennzeichnet ist.

Im Jahre 1977 ist Deutschland das einzige EG-Land, das sich in einer ähnlichen Position wie die Vereinigten Staaten und Japan befindet, die sich auf die Ausfuhr dieser Erzeugnisse wenig spezialisiert haben, jedoch für deren Einfuhr weit geöffnet sind. Je

nach den verschiedenen Produktgruppen befindet sich Deutschland manchmal in der Rangordnung vor oder hinter diesen beiden Ländern, unterscheidet sich jedoch insgesamt deutlich von seinen Partnerländern in der EG. Wie für die Vereinigten Staaten läßt sich ab 1970 ein leichter Anstieg seiner Spezialisierungsindizes beobachten, doch erhöht Deutschland im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten parallel dazu den Anteil seiner Einfuhren, was auf einen größeren Prozentsatz von Wiederausfuhren bei Auslagerung bestimmter Glieder der Produktionskette schließen läßt.

Italien befindet sich in der genau umgekehrten Lage; sein 1963 schon sehr bedeutendes Engagement in diesen Sektoren hat sich praktisch nicht verändert und seit 1970 sogar noch verstärkt. Die starke und anhaltende Spezialisierung Italiens in den am wenigsten kapitalintensiven (d. h. arbeitsintensiven) Wirtschaftsbereichen scheint damit zu übereinstimmen, daß die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote seit langem weit unter der der übrigen europäischen Länder liegt.

Dagegen ist das Vereinigte Königreich dabei, sich immer weiter in diesen Sektoren zu engagieren. Obgleich es sich früher ebenso davon zurückhielt wie die Vereinigten Staaten oder Deutschland, verstärkt es nunmehr in diesen Wirtschaftsbereichen seine Ausfuhrspezialisierung. Seine gegenwärtige Position entspricht zwar nicht dem niedrigsten Niveau der europäischen Länder, doch läßt sich eine deutliche Verschlechterung feststellen, die sich bis 1977 fortsetzt. Bemerkenswerterweise scheint seine Industrie in den Wirtschaftsbereichen mit einem sehr niedrigen Anteil an Humankapital (Tabellen A und C) weniger exponiert zu sein als in den Sektoren mit niedrigem oder sogar sehr niedrigem Anteil an Sachkapital, worin sich das Land immer stärker engagiert (Tabelle B). Diese Erklärung dürfte somit ebenso in den schwachen Anlageinvestitionen der Vergangenheit liegen wie in der Ausnutzung des relativen Rückgangs der Lohnkosten.

Frankreich praktiziert eine regelmäßige, aber langsame Verringerung der Ausfuhr und eine noch schwache Öffnung für die Einfuhr. Das 1963 noch recht stark engagierte Land hat sich Sektoren zugewendet, die dem Reifegrad seiner Industrie eher entsprechen; trotzdem ist seine Position vor allem wegen seiner schwachen Öffnung für diese Art von Einfuhren noch instabil. Dies bedeutet, daß — in geringerem Umfang als in Italien — eine Umstellungsanstrengung im Hinblick auf die Öffnung für den Warenaustausch unternommen werden muß.

Die BLWU befindet sich in mancher Hinsicht in der gleichen Situation wie Frankreich, wenn auch der größere Anteil der Verarbeitungsaktivitäten (Erzeugnisse werden erst ein- und dann wieder eingeführt) eine absolut sichere Diagnose verhindert.

Die den Einfuhren weit geöffneten Niederlande gehören gegenwärtig zu den europäischen Ländern, die auf der Ebene der Ausfuhren in diesen Sektoren am wenigsten präsent sind.

Die meisten EG-Länder scheinen somit bei einer Analyse ihres Außenhandels stärker als die Vereinigten Staaten oder Japan in Wirtschaftsbereichen

engagiert zu sein, die dem Konkurrenzdruck der neuen Industrieländer ausgesetzt sind. Bei einer getrennten Untersuchung des intra- und extra-EG-Warenaustauschs ergibt sich, daß die in diesen Sektoren recht hohen Spezialisierungskoeffizienten auf den innergemeinschaftlichen Handel zurückzuführen sind, auf den ein größerer Anteil von Erzeugnissen mit geringem Gehalt an Kapital und qualifizierter Arbeit entfällt. Berücksichtigt man ausschließlich den extra-EG-Handel der Mitgliedsländer, zeigen die Indizes für jedes Gemeinschaftsland eine etwas stärkere Position (wenn diese auch noch unter der der Vereinigten Staaten bleibt und weniger dynamisch ist als die Japans), als aus den Tabellen A bis D hervorgeht. Doch selbst in diesem Falle ist Deutschland weit weniger dem Konkurrenzdruck ausgesetzt als die übrigen Mitgliedsländer.

Zum anderen verringert der Umstand, daß die intra-EG-Komponente der Ausfuhr der Mitgliedsländer den höchsten Anteil an wettbewerbsempfindlichen Produkten einschließt, nur wenig die Bedrohung der dem Wettbewerb am stärksten ausgesetzten Länder und somit die Notwendigkeit zur Anpassung. Es ist keineswegs sichergestellt, daß diese Länder ihren Anteil am Gemeinschaftsmarkt für diese Erzeugnisse halten können bei einem Konkurrenzkampf, an dem im übrigen assoziierte Länder oder Beitrittskandidaten teilnehmen.

Erzeugnisse mit einem hohen Gehalt an qualifizierter Arbeit

Für diese Erzeugnisse — vgl. Tabelle 11.3 (A und B) — fällt ein Vergleich zwischen den Vereinigten Staaten und Japan mit den EG-Ländern für die letzteren weniger ungünstig aus als im vorausgegangen. Die relative Abhängigkeit der EG in bezug auf diese durch einen hohen Technologiegehalt gekennzeichnete Erzeugniskategorie, die gegenüber 1963 leicht und gegenüber 1970 schon deutlich zurückgegangen ist, bleibt wesentlich stärker als die der Vereinigten Staaten, jedoch schwächer als die Japans. Doch selbst wenn der Spezialisierungsgrad der Gemeinschaft nur allmählich ansteigt und für sämtliche Arten dieser Erzeugnisse unter dem der Vereinigten Staaten bleibt, liegt er immer noch deutlich über dem Japans, dem es bis jetzt nicht gelungen ist, in diesen Markt einzudringen oder sich darauf zu spezialisieren. Die bedeutenden Marktanteile des extra-Gemeinschaftshandels mit diesen hochtechnischen Erzeugnissen (22 % bei der Einfuhr gegenüber 32 % bei der Ausfuhr) lassen die dominierende Position der EG in diesem Bereich erkennen, die in der jüngsten Vergangenheit niemals durch ihre Konkurrenten wirklich in Frage gestellt wurde.

Mit etwa 20 % des Ausfuhrmarktes und einer relativ schwachen Abhängigkeit befindet sich Deutschland weiterhin in einer stabilen Position. Im Gegensatz zu der vorausgegangenen Analyse ist Deutschland jedoch in seiner günstigen Position weniger „isoliert“, dies vor allem wegen des Vereinigten Königreichs, das in diesem Bereich trotz Schrumpfens seiner Marktanteile bei weiterem Vorrücken Frankreichs recht stark spezialisiert bleibt und der guten Wirtschaftsleistungen der Niederlande. Unter den EG-Ländern

bleibt nur Italien in diesen Sektoren bei einer im Gesamtergebnis ungünstigen Spezialisierung.

Wenn jetzt auch die Diagnose für die Gemeinschaft etwas günstiger ausfällt als im vorausgegangenen Abschnitt (die Gemeinschaft scheint einen besseren Platz einzunehmen als Japan, und die Situation der einzelnen Mitgliedsländer wirkt stabiler), darf sie jedoch weder die relativ instabile Lage einiger großer Länder (wie Italien und in mancher Hinsicht Frankreich), noch den Vorsprung verheimlichen, den die Vereinigten Staaten noch bei diesen Aktivitäten haben.

„Fundamentale“ Erzeugnisse

Die neue Konkurrenz der jungen Industrieländer wird nicht nur die am weitesten fortgeschrittenen Länder zu einer auf die traditionellsten Sektoren oder Industrien beschränkten Umstrukturierungs- oder Umstellungsanstrengung zwingen. In den am stärksten industrialisierten Ländern wird die Tendenz anhalten, die produktivsten Wirtschaftsbereiche beizubehalten. In dieser neuen Phase des Wettbewerbs zwischen fortgeschrittenen Ländern ist die Beherrschung der Sektoren mit dem meisten technischen Fortschritt ein grundlegender Bestandteil der Macht der Produktionssysteme (vgl. Tabellen 11.4, A, B, C).

Es wurde eine neue Klassifizierung der Erzeugnisse des OECD-Außenhandels mit mehr oder weniger hohem Gehalt an qualifizierter Arbeit in drei speziellen Kategorien durchgeführt.

- Kategorie der „technologischen Vormachtstellung“; hierin sind die entwicklungsträchtigen und bei der Verbreitung des technischen Fortschritts am weitesten vorn stehenden Aktivitäten zusammengefaßt: Wirtschaftstätigkeit im Zusammenhang mit Forschung und Entwicklung, Computer, Nachrichtenübermittlung, Maschinen zur Herstellung von Maschinen.
- Kategorie der Zwischenprodukte; die von der Gesamtheit der großen Produktionsketten verwendet werden und auf diesem Wege das Funktionalisieren des Produktionsapparates beeinflussen.
- Kategorie der wichtigsten Investitionsgüter: elektronische Investitionsgüter, Motoren, jedoch ohne Transportgüter, die nicht unmittelbar produktiv sind.

Bei der Analyse des Außenhandels der Länder in diesen Bereichen wird mehr ihre Befähigung zur „Beeinflussung“ als zum „Erdulden“ der internationalen Arbeitsteilung bewertet, denn eine günstige Position in diesen Sektoren ermöglicht nicht nur eine relative Unabhängigkeit bei der Verwirklichung und eventuell der Neuorientierung ihrer Spezialisierung, sondern gewährleistet ebenfalls eine gewisse Kontrolle der übrigen Produktionssysteme auf dem Weg der Verbreitung ihrer eigenen Produktionsnormen.

Die gegenwärtige Lage ist gekennzeichnet durch die Konzentration dieser „fundamentalen“ Wirtschaftszweige in drei Gebieten: Vereinigte Staaten, Deutschland, Japan. Während deren globaler Markt-

anteil für die Gesamtheit der Verarbeitungserzeugnisse 49 % beträgt, erreicht er 54 % für die fundamentalen Aktivitäten, darunter entfallen 55 % auf Ausrüstungsgüter und 60 % auf Erzeugnisse, die ihnen eine technologische Vormachtstellung sichern. Die übrigen EG-Länder nehmen global nur in der Kategorie der Zwischenprodukte eine günstige Position ein.

Der Aufstieg Japans seit 1963 ist mehr als spektakulär: Im Export verdoppelte es von 1963 bis 1977 seinen Marktanteil für sämtliche fundamentale Aktivitäten. Diese Zunahme ging vor allem zu Lasten der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs. Die Lage der Vereinigten Staaten verschlechterte sich seit 1963 weitgehend, wobei ihre Spezialisierung abnahm und ihre relative Abhängigkeit größer wurde. Jedoch nehmen sie immer noch einen recht bedeutenden Platz ein, und ihre Situation scheint sich seit 1973 zu stabilisieren. Deutschland befand sich 1977 mit ungefähr 20 % des Weltmarktes für fundamentale Erzeugnisse in einer Lage, die kaum schlechter war als 1963.

Abgesehen von diesen drei Ländern scheint die Position der übrigen Industrieländer und insbesondere der übrigen großen EG-Länder weit weniger solide. Die bereits für die Gesamtheit der Verarbeitungserzeugnisse starke Verschlechterung der Position der Vereinigten Staaten wird noch deutlicher bei den fundamentalen Wirtschaftszweigen, da seine Spezialisierung in der gleichen Zeit abnimmt, wie sich seine Abhängigkeit erhöht. Die Beneluxländer und Dänemark haben wenig Aussichten, in diesem Bereich, wo der Erfolg bei der Ausfuhr nicht nur von der Forschung und Entwicklung abhängt, sondern ebenfalls von einem bedeutenden Binnenmarkt (und sogar von öffentlichen Ausschreibungen).

Die Entwicklung der übrigen großen EG-Länder, Frankreich und Italien, hat von 1963 bis 1977 recht deutliche Fortschritte erzielt; der Anstieg ihrer Ausfuhren im Bereich der fundamentalen Wirtschaftszweige war stärker als bei den übrigen Produkten. Diese echten Fortschritte heben jedoch noch längst nicht diese beiden Länder auf das Niveau ihrer großen Partnerländer. Frankreich bleibt immer noch stark von der Einfuhr von Ausrüstungsgütern und Vorfabrikaten abhängig und ist — genau wie Italien — weiterhin bei den sogenannten Aktivitäten der technischen Vormachtstellung nur schwach spezialisiert.

Wenn die EG insgesamt ihre Marktanteile von 1963 nicht halten konnte, so hat sie sich doch nach 1970 etwas ausweiten können; eine Entwicklung die im wesentlichen auf dem Zuwachs an Marktanteilen für die wichtigsten Investitionsgüter beruht. Die relative Einfuhrabhängigkeit, die zwar seit 1963 ständig zugenommen hat, bleibt deutlich unter der der Vereinigten Staaten, obgleich die Gemeinschaft 1977 hinsichtlich der Spezialisierung auf die Ausfuhr fundamentaler Erzeugnisse auf ihren Stand von 1963 zurückgefunden hat. Auf weltweiter Ebene nimmt die EG eine überragende Stellung ein, da ihre Anteile an den Exportmärkten im Augenblick größer sind als die der Vereinigten Staaten und Japans zusammen.

Tabelle 11.1

**Vergleich der Einfuhrstrukturen der fortgeschrittenen Industrieländer
nach dem Gehalt der Erzeugnisse an qualifizierter Arbeit und Kapital**
(in % der Einfuhr der Gesamtheit der Verarbeitungserzeugnisse)

	Einfuhr aus den neuindustrialisierten Ländern ¹⁾		Einfuhr aus den Ostblockländern ²⁾		Warenaustausch zwischen Industriestaaten ³⁾	
	1970	1977	1970	1977	1970	1977
Gehalt an qualifizierter Arbeit: H						
H sehr niedrig	60	56	30	41	22	22
H niedrig	12	14	36	28	32	32
H mittel	11	15	10	11	21	21
H hoch	17	15	24	20	25	25
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Kapitalgehalt: P						
P sehr niedrig	29	34	14	19	6	6
P niedrig	34	34	21	29	36	36
P mittel	11	9	9	7	10	8
P hoch	26	23	56	45	48	50
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Gleichzeitige Anwendung beider Kriterien						
(1) H und P hoch	9	5	16	14	9	11
(2) H hoch, P niedrig oder mittel	8	10	8	5	15	14
(3) H mittel, P hoch	5	5	5	5	8	9
(4) H mittel, P niedrig oder mittel	6	10	6	6	31	31
(5) H niedrig oder sehr niedrig, P hoch	12	12	35	26	13	12
(6) H niedrig, P niedrig oder mittel	5	5	4	7	6	6
(7) H sehr niedrig, P niedrig oder mittel	26	19	14	19	12	11
(8) H und P sehr niedrig	30	24	12	18	6	6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Spanien, Portugal, Griechenland, Türkei, Jugoslawien; Hongkong, Taiwan, Singapur, Korea, Philippinen, Malaysia, Brasilien, Mexiko, Venezuela, Argentinien, Chile.

²⁾ UdSSR, Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Tschechoslowakei, DDR.

³⁾ OECD-Länder ohne Spanien, Portugal, Griechenland, Türkei, Jugoslawien.

Tabelle 11.2

**Spezialisierungsindizes und Indizes der relativen Einfuhrabhängigkeit für die
dem Wettbewerb der neuindustrialisierten Länder stark ausgesetzten Erzeugnisse
entsprechend ihrem Gehalt an qualifizierter Arbeit und an Kapital**

	Marktanteile (‰)						Spezialisierungs- index			Index der relativen Einfuhr- abhängigkeit		
	1963		1970		1977		1963	1970	1977	1963	1970	1977
	M	X	M	X	M	X						
A. Produktionsbereiche mit sehr niedrigem Gehalt an qualifizierter Arbeit												
Dänemark	2,8	1,1	2,6	1,4	2,2	1,4	1,00	1,33	1,39	0,97	1,08	1,04
BR Deutschland	14,5	12,0	15,4	13,8	17,0	15,4	0,62	0,73	0,79	1,33	1,23	1,23
Frankreich	5,6	9,6	7,0	8,2	9,1	8,8	1,13	1,00	0,97	0,66	0,79	0,91
Italien	3,9	9,3	3,7	11,1	3,6	12,0	1,60	1,64	1,69	0,54	0,67	0,72
Niederlande	7,6	4,8	7,6	4,8	7,5	4,6	1,19	1,16	1,05	1,01	1,13	1,15
BLWU	6,4	6,9	5,8	7,1	7,6	7,2	1,29	1,27	1,34	1,03	1,06	1,20
United Kingdom	11,1	10,7	10,2	10,0	11,1	10,7	0,78	1,03	1,25	1,38	1,35	1,25
EG ¹⁾	21,5	29,8	21,1	27,0	26,1	27,4	0,86	0,92	0,92	1,15	1,22	1,35
USA	23,4	14,8	22,8	8,9	18,1	8,9	0,70	0,50	0,60	1,58	1,20	0,97
Japan	1,2	12,0	5,8	12,7	3,9	10,3	1,64	1,15	0,71	0,37	0,80	1,19
B. Produktionsbereiche mit sehr niedrigem Kapitalgehalt												
Dänemark	2,5	2,1	2,4	2,4	2,0	2,2	1,92	2,19	2,10	0,87	0,97	0,94
BR Deutschland	16,0	11,5	18,1	13,1	20,5	16,9	0,59	0,69	0,87	1,47	1,46	1,48
Frankreich	6,1	13,6	6,7	10,6	8,5	11,6	1,60	1,30	1,27	0,72	0,76	0,86
Italien	2,7	18,7	2,2	22,1	1,9	23,8	3,23	3,24	3,37	0,37	0,39	0,38
Niederlande	8,9	4,3	9,4	4,4	9,2	4,0	1,05	1,06	0,92	1,19	1,40	1,41
BLWU	5,3	6,6	5,0	6,6	6,5	6,3	1,24	1,18	1,17	0,84	0,91	1,02
United Kingdom	11,3	8,3	6,2	7,3	6,7	8,0	0,61	0,75	0,93	1,40	0,82	0,75
EG ¹⁾	18,2	34,0	14,2	28,1	22,7	28,3	0,99	0,96	0,95	0,98	0,82	1,18
USA	23,7	9,5	26,9	5,7	21,2	6,1	0,45	0,32	0,41	1,61	1,42	1,13
Japan	0,6	11,5	1,7	9,5	3,5	3,3	1,58	0,85	0,23	0,18	0,46	1,06

¹⁾ Extra-Gemeinschaftshandel (ohne Irland)

M = Einfuhr

X = Ausfuhr

noch Tabelle 11.2

**Spezialisierungsindizes und Indizes der relativen Einfuhrabhängigkeit für die
dem Wettbewerb der neuindustrialisierten Länder stark ausgesetzten Erzeugnisse
entsprechend ihrem Gehalt an qualifizierter Arbeit und an Kapital**

	Marktanteile (%)						Spezialisierungs- index			Index der relativen Einfuhr- abhängigkeit		
	1963		1970		1977		1963	1970	1977	1963	1970	1977
	M	X	M	X	M	X						
C. Produktionsbereiche mit sehr niedrigem Gehalt an qualifizierter Arbeit und niedrigem oder sehr niedrigem Kapitalgehalt												
Dänemark	2,7	1,1	2,5	1,4	2,1	1,4	0,97	1,31	1,34	0,93	1,04	0,99
BR Deutschland	13,5	14,1	13,9	15,9	14,7	15,6	0,72	0,84	0,80	1,24	1,12	1,06
Frankreich	6,0	8,8	6,8	8,1	8,7	8,6	1,03	0,99	0,94	0,71	0,77	0,88
Italien	4,2	9,2	4,0	9,5	4,4	9,2	1,59	1,40	1,30	0,58	0,72	0,86
Niederlande	7,3	4,7	7,0	4,9	6,6	4,6	1,15	1,19	1,06	0,97	1,05	1,00
BLWU	7,9	7,0	6,5	7,5	8,8	8,2	1,31	1,34	1,54	1,26	1,18	1,39
United Kingdom	9,1	12,7	11,4	13,8	13,2	13,6	0,92	1,31	1,58	1,13	1,51	1,49
EG ¹⁾	17,7	32,1	21,0	30,7	26,1	30,8	0,93	1,05	1,03	0,95	1,21	1,35
USA	20,7	17,5	20,5	8,9	16,0	9,0	0,83	0,50	0,61	1,40	1,08	0,86
Japan	1,7	13,0	3,9	16,4	4,6	14,8	1,78	1,48	1,02	0,51	1,05	1,41
D. Produktionsbereiche mit sehr hohem Kapitalgehalt und mit niedrigem oder sehr niedrigem Gehalt an qualifizierter Arbeit												
Dänemark	3,1	0,3	2,4	0,3	2,0	0,3	0,25	0,25	0,32	1,09	0,99	0,92
BR Deutschland	11,0	20,0	12,0	18,9	12,1	19,5	1,03	1,00	1,00	1,01	0,97	0,87
Frankreich	8,4	9,7	8,3	9,1	9,3	9,9	1,14	1,12	1,08	0,99	0,94	0,93
Italien	8,2	3,7	5,9	4,6	5,3	5,5	0,65	0,67	0,77	1,13	1,06	1,05
Niederlande	6,9	2,8	5,9	2,5	5,7	2,6	0,69	0,60	0,59	0,92	0,87	0,86
BLWU	6,0	7,9	5,6	8,6	6,5	7,2	1,48	1,54	1,34	0,96	1,03	1,03
United Kingdom	7,0	15,6	5,5	8,9	7,6	6,6	1,14	0,92	0,77	0,86	0,73	0,86
EG ¹⁾	17,1	35,6	14,1	27,4	14,3	25,6	1,03	0,94	0,86	0,92	0,81	0,74
USA	18,9	17,1	25,5	14,4	25,3	12,2	0,81	0,81	0,81	1,28	1,34	1,35
Japan	1,5	7,2	1,9	11,2	1,4	17,6	0,99	1,01	1,21	0,45	0,51	0,43

¹⁾ Extra-Gemeinschaftshandel (ohne Irland)

M = Einfuhr

X = Ausfuhr

Tabelle 11.3

Produktionsbereiche mit hoher Intensität der qualifizierten Arbeit

	Marktanteil (%)						Spezialisierungsindex			Index der relativen Abhängigkeit		
	1963		1970		1977		1963	1970	1977	1963	1970	1977
	M	X	M	X	M	X						
A. Hoher Kapitalgehalt												
Dänemark	3,3	0,8	2,1	1,0	1,5	0,9	0,77	0,93	0,86	1,14	0,86	0,72
BR Deutschland	10,3	22,0	12,5	21,0	14,9	20,8	1,14	1,11	1,07	0,95	1,00	1,08
Frankreich	11,6	8,5	10,8	9,0	11,8	9,5	0,99	1,08	1,04	1,36	1,22	1,19
Italien	8,1	4,5	7,4	5,0	7,1	4,3	0,81	0,71	0,60	1,12	1,35	1,40
Niederlande	5,6	5,5	6,6	7,0	6,9	8,1	1,32	1,62	1,85	0,74	0,98	1,04
BLWU	5,6	3,0	5,6	4,5	6,2	5,7	0,58	0,81	1,06	0,89	1,01	0,98
United Kingdom	9,2	12,0	8,3	11,0	9,8	10,8	0,88	1,10	1,26	1,14	1,10	1,10
EG ¹⁾	22,5	33,9	21,3	32,1	21,9	32,3	0,98	1,10	1,08	1,21	1,23	1,14
USA	11,2	25,5	10,8	21,5	12,5	18,3	1,20	1,21	1,22	0,76	0,57	0,67
Japan	6,7	4,5	6,8	7,5	5,8	9,3	0,61	0,62	0,64	2,00	1,82	1,77
B. Mittlerer oder niedriger Kapitalgehalt												
Dänemark	1,9	1,1	2,0	1,1	2,1	1,1	1,03	1,00	1,04	0,67	0,92	0,99
BR Deutschland	8,3	20,0	10,2	19,0	12,7	20,4	1,04	0,99	1,05	0,76	0,82	0,92
Frankreich	9,4	6,0	9,9	6,0	10,5	7,7	0,73	0,77	0,84	1,10	1,12	1,05
Italien	8,9	4,5	5,6	5,3	5,0	5,2	0,79	0,77	0,74	1,23	1,01	0,99
Niederlande	9,0	5,0	6,9	4,0	6,7	4,6	1,28	0,99	1,06	1,19	1,03	1,02
BLWU	6,1	3,3	4,6	2,5	4,7	2,5	0,62	0,43	0,48	0,97	0,83	0,74
United Kingdom	8,7	13,0	9,2	10,0	9,7	8,9	0,99	1,03	1,04	1,08	1,22	1,10
EG ¹⁾	20,8	32,3	21,3	28,6	21,8	32,1	0,94	0,98	1,08	1,12	1,23	1,13
USA	10,3	31,0	16,3	29,5	19,5	23,9	1,46	1,65	1,60	0,70	0,86	1,04
Japan	4,5	4,7	6,0	10,3	3,7	13,9	0,64	0,92	0,96	1,48	1,60	1,12

¹⁾ Extra-Gemeinschaftshandel (ohne Irland)

M = Einfuhr

X = Ausfuhr

Tabelle 11.4

**Entwicklung der Marktanteile, der Spezialisierungs- und der Einfuhrabhängigkeitsindizes
Gesamtheit der „fundamentalen“ Erzeugnisse
(Tabellen A + B + C)**

	Ausfuhrmarktanteil (%)			Spezialisierungsindex			Index der relativen Einfuhrabhängigkeit		
	1963	1970	1977	1963	1970	1977	1963	1970	1977
Dänemark	1,2	1,1	1,1	0,62	0,73	0,77	1,34	1,34	1,31
Bundesrepublik Deutschland	22,0	20,6	21,3	1,46	1,30	1,26	0,85	0,98	1,06
Frankreich	8,0	8,2	9,2	0,97	1,01	1,02	1,15	1,21	1,18
Italien	4,7	6,0	6,8	0,90	0,99	1,06	1,30	1,00	0,96
Niederlande	4,0	4,3	4,6	0,78	0,79	0,74	1,42	1,20	1,13
BLWU	5,9	5,9	5,0	1,18	1,10	0,93	1,06	0,96	0,97
United Kingdom	13,3	9,2	7,9	1,13	1,04	0,96	0,54	0,76	1,02
EG ¹⁾	35,4	29,9	32,3	1,21	1,15	1,19	0,60	0,71	0,75
USA	22,1	18,6	15,3	0,93	0,94	0,90	0,65	0,84	0,88
Japan	7,1	12,7	15,9	1,26	1,42	1,38	0,61	0,47	0,31
<i>davon: A: Erzeugnisse, die die technologische Vormachtstellung sichern</i>									
Dänemark	0,9	0,9	0,8	0,45	0,61	0,55	1,12	1,09	0,97
Bundesrepublik Deutschland	21,6	19,7	20,2	1,43	1,24	1,19	0,62	0,91	1,01
Frankreich	6,0	7,1	7,5	0,73	0,88	0,83	1,08	1,07	0,95
Italien	4,2	6,0	4,8	0,80	0,99	0,73	1,40	0,90	0,93
Niederlande	6,7	5,3	5,1	1,32	0,97	0,81	1,98	1,27	1,15
BLWU	3,0	3,2	3,4	0,59	0,59	0,63	0,99	0,77	0,80
United Kingdom	12,3	8,5	7,3	1,05	0,96	0,89	0,61	0,72	1,06
EG ¹⁾	35,3	29,7	30,5	1,20	1,14	1,12	0,72	0,75	0,93
USA	27,3	18,3	16,1	1,15	0,93	0,95	0,67	1,18	1,23
Japan	8,2	18,6	23,7	1,47	2,08	2,04	0,86	0,57	0,32
<i>B. Wichtigste Investitionsgüter</i>									
Dänemark	1,9	1,6	1,5	0,97	1,07	1,04	1,24	1,26	1,39
Bundesrepublik Deutschland	23,6	22,0	22,6	1,56	1,39	1,33	0,76	0,88	0,92
Frankreich	6,6	7,2	8,8	0,80	0,89	0,98	1,15	1,23	1,16
Italien	5,6	6,9	6,8	1,08	1,13	1,04	1,29	0,96	0,86
Niederlande	2,8	3,3	3,5	0,55	0,61	0,56	1,36	1,16	1,14
BLWU	2,2	2,4	2,5	0,44	0,45	0,47	1,17	1,00	0,94
United Kingdom	14,0	10,1	9,0	1,20	1,14	1,09	0,56	0,96	1,19
EG ¹⁾	35,3	31,1	35,7	1,20	1,20	1,32	0,64	0,76	0,79
USA	28,4	26,4	21,6	1,20	1,34	1,28	0,36	0,58	0,66
Japan	3,1	7,1	10,5	0,56	0,79	0,91	0,85	0,62	0,42
<i>C. Wichtigste Zwischenprodukte</i>									
Dänemark	0,7	0,7	0,9	0,37	0,46	0,60	1,50	1,51	1,41
Bundesrepublik Deutschland	20,7	19,9	20,5	1,37	1,25	1,21	1,00	1,09	1,18
Frankreich	10,1	9,5	10,4	1,22	1,17	1,15	1,18	1,26	1,31
Italien	4,1	5,2	8,0	0,79	0,85	1,23	1,28	1,07	1,06
Niederlande	3,9	4,8	5,5	0,76	0,88	0,88	1,25	1,21	1,11
BLWU	10,5	10,4	8,4	2,10	1,93	1,55	1,01	1,00	1,07
United Kingdom	13,1	8,7	7,1	1,11	0,98	0,86	0,50	0,63	0,87
EG ¹⁾	35,5	28,8	29,8	1,21	1,11	1,10	0,53	0,64	0,67
USA	14,1	11,6	8,4	0,60	0,59	0,50	0,87	0,92	0,88
Japan	10,0	15,3	17,7	1,79	1,72	1,53	0,33	0,31	0,22

¹⁾ Extra-Gemeinschaftshandel (ohne Irland)

Anlage 1

Meßzahlen für die Entwicklung des Außenhandels

Es werden drei Arten von Meßzahlen verwendet:

1. Ein Index der Spezialisierung auf die Ausfuhr: Er setzt den Anteil der Ausfuhr des jeweiligen Sektors an der Gesamtausfuhr eines Landes in Beziehung zu dem entsprechenden Quotienten für einen Referenzraum. Der Index sieht somit wie folgt aus:

$$S_{jk} = \frac{X_{jk}}{X_{jt}} : \frac{X_{nk}}{X_{nt}}$$

Darin bedeutet

X die Ausfuhr

j das Ausfuhrland

n den Referenzraum, hier die OECD-Länder

k den Sektor oder die Erzeugniskategorie.

2. Ein Index der relativen Einfuhrabhängigkeit: Dieser Index wird in gleicher Weise wie der obige, jedoch für die Einfuhr berechnet. Tatsächlich handelt es sich um einen Index der Spezialisierung auf die Einfuhr. Dieser lautet wie folgt:

$$I_{jk} = \frac{M_{jk}}{M_{jt}} : \frac{M_{nk}}{M_{nt}}$$

Hierin bedeuten M die Einfuhr.

3. Ein Index des Marktanteils: Er mißt den Anteil der Ausfuhr oder der Einfuhr eines Landes für eine Erzeugniskategorie an der Ausfuhr oder der Einfuhr der Gesamtheit der OECD-Länder für die gleiche Erzeugniskategorie. Dieser Index lautet wie folgt:

$$\frac{X_{jk}}{X_{nk}} \quad \text{für die Ausfuhr oder}$$

$$\frac{M_{jk}}{M_{nk}} \quad \text{für die Einfuhr.}$$

Anlage 2

Messung des Gehalts der Erzeugnisse des Außenhandels an qualifizierter Arbeit und an Kapital

Die Einordnung der untersuchten Produkte nach den beiden Kriterien Kapitalintensität und Intensität der qualifizierten Arbeit hat zu acht großen Erzeugniskategorien geführt (vgl. Tabelle 11.1).

Eine erste Schätzung dieser Intensitäten erfolgte unter Zugrundelegung von Daten von B. BALASSA (A „Stages Approach“ to Comparative Advantage; Mitteilung auf dem AISE-Kolloquium in Tokio 1976). Dieser benutzt zwei Arten von Meßzahlen für die Kapitalintensität und die Intensität der qualifizierten Arbeit, von denen an dieser Stelle nur die Bestandsmeßzahl verwendet wird, da sie für die Zwecke dieser Untersuchung besser geeignet scheint. Die Intensitäten werden für die einzelnen Wirtschaftsbereiche berechnet, in denen die Güter hergestellt werden.

Die Kapitalintensität P_k des Sektors k ist der Kapitalstock pro Kopf. Um die Intensität der qualifizierten Arbeit mit der Kapitalintensität kombinieren zu können, wurde ein Qualifikationsgrad (h_k) als fiktives „Humankapital“ pro Kopf nach der folgenden Formel geschätzt:

$$h_k = \frac{w_k - w_k^u}{r^h}$$

Darin ist: k = der Sektor

$\overline{w_k}$ = der Durchschnittslohn im Sektor k

w_k^u = der Durchschnittslohn der ungelernten Arbeitnehmer im Sektor k

r^h = die fiktive Verzinsung des „Humankapital“, die hier auf 10 % geschätzt wird.

Die Gesamtintensität für die beiden Variablen sieht damit wie folgt aus:

$$I_k = P_k + h_k$$

Die verwendeten Indikatoren erheben keinen Anspruch darauf, ein exaktes Maß für den Kapitalstock und die qualifizierte Arbeit, die an dem Produktionsprozeß beteiligt sind, darzustellen; sie liefern eine Größenordnung und erlauben es vor allem, die relative Position einer Erzeugniskategorie im Verhältnis zu den anderen anzugeben.

Auf der Grundlage der Berechnungen von Balassa konnte man auf diese Weise eine Einordnung der Produkte nach ihrer Kapitalintensität oder der Intensität der qualifizierten Arbeit vornehmen. Angesichts der Ungenauigkeiten der Indikatoren wurden an dieser Einordnung jedoch Korrekturen vorgenommen:

- entweder durch Vergleich mit anderen Indikatoren in Studien, die eine ähnliche Nomenklatur verwenden: Daten von J. De Bandt („Analyse comparative des structures industrielles“, IREP, Documentation française, 1975), wo das Kapital pro Kopf unter Zugrundelegung des Verhältnisses der Bruttoinvestitionen zur Zahl der Arbeitnehmer bewertet wird und die Intensität der qualifizierten Arbeit unter Zugrundelegung des Verhältnisses

Führungskräfte + gehobene Angestellte für das Belegschaftsstärke

Jahr 1970 in den Vereinigten Staaten und auf der Basis von Angaben des Bureau of Census in Washington.

- oder aufgrund von Stellungnahmen von Fachleuten aus der Industrie zur relativen Position bestimmter Wirtschaftsbereiche.

Mit Hilfe dieser Daten wurden die Erzeugnisse zu großen Klassen zusammengefaßt: eine zweite Gruppierung kam durch gleichzeitige Anwendung der beiden Kriterien zustande. Diese für die Interpretation der Ergebnisse notwendigen Umgruppierungen lassen sich natürlich nur schwer durchführen, und

die Zuordnung des einen oder anderen Erzeugnisses zu einer bestimmten Gruppe ist nicht völlig frei von Willkür. Es wurde versucht, diese zu verringern, indem die Zusammenfassungen unter zwei Gesichtspunkten vorgenommen wurden.

- Zum einen ließ die Aufteilung der Aktivitäten nach dem Kriterium der Kapitalintensität bereits gewisse Gruppierungen deutlich werden, was die Bestimmung von Schwellen erleichterte, deren Richtigkeit sich bei der gleichzeitigen Anwendung der beiden Kriterien bestätigte.

- Zum anderen konnten durch die Berücksichtigung des Gewichtes eines jeden Erzeugnisses in der Gesamtwirtschaft Schwerpunkte für die Zusammenfassung präzisiert und Gruppierungen, die wegen geringer qualitativer Bedeutung wenig sacherheblich sind, fallengelassen werden.

Auf diese Weise gelangte man zu insgesamt acht Klassen, die hinsichtlich der Produktionsmerkmale der in ihnen zusammengefaßten Erzeugnisse recht differenziert und von nennswertiger Bedeutung für die Wirtschaftstätigkeit sind.

